



Protokoll

der 1. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 7. Februar 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Claudio Miozzari, Grossratspräsident</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	Jérôme Thiriet (GAB), Alexandra Dill (SP), Leonie Bolz (SP), Lea Wirz (GAB), Beda Baumgartner(SP), Lorenz Amiet (SVP).

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	5
3.	Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Jo Vergeat, GAB).....	5
4.	Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge David Wüest-Rudin, GLP)	6
5.	Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge Anouk Feurer, GAB)	7
6.	Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Claudio Miozzari, SP)	7
7.	Wahl eines Mitglieds des Oberrheinrates (Nachfolge Christian von Wartburg, SP)	8
74.	Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Tobias Christ, GLP).....	8
8.	Bewilligungen von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK.....	9
9.	Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK.....	16
10.	Förderung zeitgenössische Musik; Staatsbeiträge an das Musikbüro Basel für die Jahre 2024 bis 2026; Rahmenausgabenbewilligung Fachausschuss Musik BS/BL für die Jahre 2024 bis 2026/2029 im Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, Ratschlag des RR	23
11.	Staatsbeitrag für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge (KOFFF) für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der GSK.....	26
12.	Staatsbeitrag für die Initiative «CLINNOVA – Innovation in Healthcare» für die Jahre 2024 bis 2026», Bericht der GSK.....	31
13.	Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisation zur Erweiterung der Beachhalle Im Wasenboden 6, 4056 Basel, Ratschlag des RR	32



Beginn der 1. Sitzung

Mittwoch, 7. Februar 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[07.02.24 09:00:24]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrter Herr Statthalter, lieber Balz, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Grossen Rates, sehr geehrte Regierungsrätinnen und Regierungsräte, sehr geehrter Vorsitzender des Gerichtsrates, sehr geehrte Mitarbeitende des Parlamentsdienst und der Staatskanzlei, Medienvertreterinnen und Medienvertreter, Gäste auf der Tribüne und an den Bildschirmen, liebe Familie und Freunde. Manchmal darf ich Führungen machen hier im Rathaus mit dem Kinderbüro und das mache ich sehr gerne, weil bei den Kindern immer eine riesige Faszination für unser buntes Haus zu spüren ist. Am liebsten habe ich es, wenn Sie mich mit 1000 Fragen löchern über unseren Betrieb, aber auch über irgendwelche Details hier im Haus. Ist das Türmchen auf unserem Dach aus echtem Gold? Wieso hat der Römer neben unserem Treppenaufgang rote Unterhosen an? Was sind das für Wappen hier oben bei der Tribüne?

Wüssten Sie Antworten auf diese Fragen? Bestimmt hat sich ihr Blick während einer Sitzung auch schon mal in einer der Darstellungen hier im Raum verloren. Gross inszeniert über uns ist die Aufnahme Basels in die Eidgenossenschaft, gegenüber haben wir grosse Darstellungen von Handel und von Wissenschaft. Die Medaillons zwischen den Fenstern hier drüber erinnern an grosse Basler Staatsmänner, der damaligen Zeit entsprechend vor allem Männer und viele mit Bart oder einzelne davon, zumindest Johann Rudolf Wettstein, der für die Schweiz die Loslösung vom deutschen Reich aushandelte oder Wilhelm Klein, der Basel die direkte Demokratie brachte. Es gibt aber auch viele kleinere Darstellungen über den Türen und Inschriften, die uns ganz direkt ansprechen. Ihr Grossrätinnen und Grossräte, Ihr Regierungsrätinnen und Regierungsräte seid klug wie Penelope über der ersten Türe zum Vorzimmer, tapfer wie Lucius Scaevola, gerecht wie Seleucus über der dritten Türe oder massvoll wie Alexander der Grosse hier drüben. Salus Publica Suprema Lex das steht dort drüben, das Gemeinwohl ist das oberste Gebot. Leichter gesagt als getan, aber ich würde behaupten, alle hier drin handeln entsprechend, zumindest meistens. So unterschiedlich die Grundhaltungen Ängste und Wünsche sind, unser gemeinsamer Nenner ist das Ziel für das Wohlergehen der Bevölkerung zu wirken.

Natürlich sind wir uns überhaupt nicht einig, wo wir diesbezüglich stehen und wo wir langgehen sollten. Und diese Uneinigkeit wird anhalten, solange die Demokratie funktioniert. Und doch ist uns gemeinsam, dass wir uns nach Kräften engagieren für das, was uns wichtig scheint. Diese Gemeinsamkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist wertvoll und wichtig. Sie bietet die Grundlage für die immer wieder erneuerte gemeinsame Lösungssuche und für den kollegialen Umgang vor, während und nach Debatten und Abstimmungen. Zu einer guten Diskussionskultur gehört es natürlich auch, dass politische Dispute hier am Rednerpult ihren Raum finden. Es dürfen auch mal pointierte Reden gehalten werden. Wir haben aus Gesellschaft ja auch Herausforderungen zu meistern. Die Schreckensmeldungen von internationalen Konflikten und die Verwerfungen, die das auch bei uns auslöst, aggressive Rhetorik, die ganze demokratische Ordnungen erschüttert, die schamlose Infragestellung von humanitären Übereinkünften auch bei uns. All das macht mir Sorgen und all das hat natürlich auch Auswirkungen auf unsere Diskussionen.

Ich möchte in diesem Kontext mit aller Deutlichkeit für unsere Demokratie und für die Achtung der Menschenrechte eintreten, und ich freue mich, wenn es mir möglichst viele gleichtun. Es schadet manchmal auch nicht, demütig zu sein und sich vor Augen zu führen, dass wir nur eines von vielen Kantonsparlamenten in der Schweiz sind und dass unser Kompetenzbereich von hier in alle Richtungen spätestens noch acht Kilometern aufhört und normalerweise schon viel früher. Wir sind der flächenmässig kleinste Kanton der Schweiz. In diesem engen Bereich bestimmen wir als Parlament vieles. Zugleich erreichen wir aber immer nur einen Teil der Menschen. Wir repräsentieren einen guten Teil der Wählerinnen und Wähler, wir sind vielleicht fast ebenso bunt und durchmischt wie sie, aber es ist auch wahr, dass mehr als die Hälfte von ihnen gar nicht gewählt hat und ein weiterer, noch diverserer Teil der Bevölkerung überhaupt nicht wahlberechtigt ist.

Auch mit dem immer kleiner werdenden Anteil von Wahlberechtigten in unserer Bevölkerung müssen wir uns auseinandersetzen. Ich finde, unser Wahlrecht soll sich weiterentwickeln, aber Sie werden ja schon sehr bald über entsprechende Vorlagen abstimmen. Ausserdem und sowieso braucht es unser stetiges Bemühen, den Menschen zuzuhören. Nur wenn wir uns für verschiedene Lebensrealitäten interessieren, wird es uns gelingen, diesen gerecht zu werden und Lösungen zu finden, die zum Vorteil aller sind.

Was, liebe Kolleginnen und Kollegen, denken Sie beeindruckt die Schülerinnen und Schüler im Rathaus am meisten? Ich verrate es Ihnen, mehr noch, wir führen es Ihnen vor. Die krassste Wirkung hat unsere Technik und wie sie in diesem historizistischen Saal verbaut, ja versteckt ist. Haben Sie schon mal bewusst mitverfolgt, wie unsere Bildschirme und



Leinwände aus dem Täfer fahren? Ich finde das, ähnlich wie unsere Kinder, ziemlich crazy. Ja, ein Highlight ist es jeweils auch, wenn Klassen am Mikrophon des Redepultes debattieren und an unseren Knöpfen über Fragen abstimmen. Die Kinder und Jugendlichen sehen dabei, dass wir gleich funktionieren wie sie, wenn sie in der Klasse Entscheide fällen. Man bringt Argumente vor, man sucht nach einem Kompromiss und wenn es nötig ist, stimmt man halt noch Mehrheitsentscheid ab und dieser wird dann auch von der Minderheit akzeptiert.

Gerne behaupte ich am Ende der Führungen auf dem Turm des Rathauses jeweils, dass die Kinder nach ihrem Besuch dieses Haus besser kennen als viele Ratsmitglieder. Diese Behauptung möchte ich nun verifizieren und zwar per Abstimmung. Die Kinder auf den Führungen werden jeweils gefragt, ob sie zuvor schon mal im Rathaus waren. Das frage ich Sie jetzt natürlich nicht. Meine Frage an sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, lautet: waren Sie schon einmal auf dem Rathaus Turm?

Abstimmung

Abstimmung in der Eröffnungsrede

JA heisst, Sie waren schon einmal auf dem Rathausurm, NEIN heisst, Sie waren noch nie auf dem Rathausurm.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 47 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002767, 07.02.24 09:08:35]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 47 waren noch nicht auf dem Rathausurm, 42 waren schon mal dort oben. Immerhin und 2 wollen es nicht sagen oder sind nicht mehr sicher, ob sie schon mal dort oben waren.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich mag sie, diese Momente, wenn die Bänke im Grossratssaal so gut besetzt sind, wenn die politischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger sich versammeln, wenn wir Verantwortungsgefühl und Wertschätzung für unsere politischen Institutionen zeigen. Dass ich heute an so einem Moment sprechen darf, erfüllt mich mit Stolz und mit Demut. Mit Ihrer Unterstützung darf ich unseren Verhandlungen nun ein Jahr lang vorstehen. Ich werde mich nach bestem Wissen und Gewissen darum bemühen, dass wir geordnete Debatten führen und Entscheide korrekt fällen. Und ich werde mich auch ausserhalb dieses Hauses dafür einsetzen, dass die Menschen in unserem Kanton möglichst viel mitbekommen von unserer Parlamentsarbeit. Ich werde erzählen, dass man mit uns in Kontakt treten kann und dass man sich einbringen kann, dass die Demokratie vom Engagement aller lebt, und dass gute, tragfähige Entscheide auch in diesem Saal hier nicht vom Himmel fallen, auch wenn wir Bildschirme aus dem Täfer fahren lassen können.

Hiermit eröffne ich das 4. Amtsjahr der 44. Legislatur des Grossen Rates Basel-Stadt. (*Langer Applaus*).

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ganz herzlichen Dank. Jetzt darf ich Sie auch noch zur heutigen Sitzung begrüssen und ich habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Neues Ratsmitglied: Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen. Lukas Bollag von der GLP nimmt den Platz des zurückgetretenen David Wüest-Rudin ein. Ich bitte Lukas Bollag, sich kurz von seinem Sitz zu erheben und wünsche ihm für seine verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse ihn hier herzlich willkommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Fotograf im Saal: Heute Vormittag macht der Fotograf Michael Fritschi neue Bilder zu unserem Parlamentsgeschehen. Die Bilder werden in einigen Tagen in der Bildergalerie auf der Homepage des Grossen Rates aufgeschaltet und sind dann frei zum Download.

Zwei runde Geburtstage: Ivo Balmer und Franziska Roth feierten zusammen den 100. Geburtstag. Aus diesem Anlass spendieren Sie heute morgen den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich den beiden ganz herzlich zum Geburtstag und bedanke mich für diese grosszügige Gäste.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Neue Interpellationen: Es sind 14 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummern 1, 2, 5 und 10 werden mündlich beantwortet heute Nachmittag.



Das waren die Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung: Antrag auf ein neues Traktandum. Die Fraktion GLP beantragt, ein neues Traktandum 74. Wahl eines Mitglieds der UVEK, Nachfolge Tobias Christ auf heute, nach Traktandum 7, anzusetzen. Möchte die Fraktion begründen oder gibt es Gegenanträge? Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der Traktandierung einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

Dringliche Traktandierung, Motion 9: Joël Thüring beantragt die Motion betreffend «Bequem durch die Innenstadt mit einem Tramersatz, damit betagte und mobilitätseingeschränkte Personen und das Gewerbe nicht vergessen werden» dringlich zu traktandieren. Möchte der Motionär begründen? Er möchte es.

Joël Thüring (SVP): Herr Präsident, meine Damen Herren, ich bitte Sie, diese Motion auf die Traktandenliste für diesen Monat zu setzen. Es geht hier um eine Tramperrung in der Innenstadt, voraussichtlich im April dieses Jahres, und deshalb macht es Sinn, dass wir heute darüber diskutieren. Sie können sie danach auch ablehnen, aber zumindest heute darüber diskutieren, um entsprechend diese Sache für den April aufzulösen.

Es ist mir auch klar, dass es sich um eine erste Überweisung der Motion handelt. Nichtsdestotrotz halte ich es für nicht besonders sinnvoll, wenn während eines ganzen Monats kein Tram durch die Innenstadt fahren kann und auch kein Trampersatz möglich ist. Gerade ältere Menschen möchten vielleicht doch gerne die Möglichkeit haben, in die Stadt zu gehen, einkaufen zu gehen oder allenfalls auch etwas essen zu gehen, und das wird erschwert, wenn keine Tram und auch keine Trampersatzmöglichkeiten in der Innenstadt bestehen.

Deshalb bitte ich Sie, diese Motion heute für dringlich zu erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor. Sie wird abgelehnt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Sprecherin ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Wir finden nicht, dass diese Motion dringlich behandelt werden soll. Ja, es geht um eine Tramsperrung im April. Ich glaube aber, eine Motion ist der falsche Weg. Sie hätten zum Beispiel das Telefon in die Hand nehmen und Regierungsrätin Esther Keller anrufen können, Sie haben ihre Handynummer. Man kann sie ansprechen, es wäre nicht so schwierig gewesen. Man hätte eine Interpellation einreichen können. Dass es immer gleich eine Motion sein muss, verstehen wir nicht, dass man sie dann auch noch dringlich traktandieren muss, riecht für mich vor allem nach Wahlkampf. Wenn Ihnen die Rechte von Personen, die mobilitätseingeschränkt sind, so sehr am Herzen liegen, wie Sie sagen, dann hätten Sie sich zum Beispiel auch 2019 beim Behindertengleichstellungsgesetz, also dem Gesetz, das dem zugrunde liegt, dass diese Menschen überall in der Stadt in das Tram einsteigen können, vielleicht nicht enthalten sollen, Joël Thüring. Für uns ist das einfach billige Polemik und wir sind dagegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Die Fraktion der LDP wünscht die dringliche Behandlung dieser Motion und wird sich entsprechend stimmlich verhalten. Es geht eigentlich darum, dass wir das entweder heute dringlich machen oder wir machen es gar nicht. Denn wenn man dies erst im Februar behandelt und es dann noch zu einer Zweitüberweisung kommt, dann kann man es ja auch gleich sein lassen. Und billige Wahlpolemik hin oder her, auf 2019 und das entsprechende Abstimmungsverhalten zu verweisen, das ist auch etwas sehr billig, Jessica Brandenburger.

Ich finde, wir sollten mal darüber reden, wir könnten ein starkes Zeichen setzen an die BVB mit einer starken Überweisung, dass es nämlich einfach nicht geht zu sagen, wir sperren die Innenstadt für einen Monat und ihr könnt ja alle zu Fuss gehen. Insofern mag die Motion vielleicht nicht das absolut perfekte Mittel sein, aber es ist das stärkste, das wir haben, und die LDP ist dafür, dass wir dieses anwenden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich unterstütze natürlich das Anliegen Joël Thüring. Ich möchte ganz kurz auf meine Vorrednerin Jessica Brandenburger zu sprechen kommen. Sie hat gesagt, es rieche nach Nachwahlkampf. Aber was Sie Joël Thüring an den Kopf werfe, machen Sie ja selber. Es ist erlaubt.



Und Jessica Brandenburger, wenn Sie sagen, es riechet nach Polemik, muss sich das ganz klar zurückweisen. Was Joël Thüring fordert, ist eine ganz eine normale Sache, die er beantragen kann. Auch die Liste Ausländer Stopp wird natürlich den Antrag von der SVP in der langen parteipolitischen Geschichte unterstützen. Da können Sie auch schmunzeln und lächeln, wie Sie es jetzt machen, aber meine Stimme haben Sie nicht, Jessica Brandenburger.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Entgegen der Kreuztabelle werden wir Grünliberalen Nein zur dringlichen Traktandierung sagen. Jessica-Brandenburger hat es sehr schön gesagt betreffend der Dringlichkeit respektive der Motion. Eine Interpellation oder ein direkter Kontakt zu Regierungsrätin Esther Keller hätte es auch getan.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur dringlichen Traktandierung von Motion 9 vor. Da der Motionstext nicht drei Wochen vor der Sitzung den Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt wurde, ist für die dringliche Traktandierung ein Zweidrittelmehr notwendig. Wir stimmen darüber ab.

2/3-Abstimmung

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 50 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002769, 07.02.24 09:20:31]

Der Grosse Rat beschliesst

keine dringliche Traktandierung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die dringliche Traktandierung abgelehnt mit 37 Ja-Stimmen gegen 50 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Es liegen zum Traktandum 1 keine weiteren Wortmeldungen vor. Sie haben die Tagesordnung stillschweigend genehmigt und Geschäft Nummer 1 ist somit erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[07.02.24 09:20:53]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen hier keine Wortmeldungen vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

3. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Jo Vergeat, GAB)

[07.02.24 09:21:14]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 7 und auch 74 offen durchzuführen, da die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden natürlich immer noch einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die



Zustimmung eines Zweidrittelmehr, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Wir kommen zur Abstimmung über offene Wahl.

2/3-Abstimmung

JA heisst offene Wahlen bei den Traktanden 3 bis 7 und 74, NEIN heisst geheime Wahlen

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002773, 07.02.24 09:22:29]

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen bei den Traktanden 3 bis 7 und 74

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den offenen Wahlen zugestimmt mit 88 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme bei keiner Enthaltung. Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion GAB laufen.

Für die Wahl als Mitglied der Finanzkommission der Fraktion GAB vorgeschlagen wurde Anouk Feurer. Es sind keine weiteren schriftlichen Wahlvorschläge eingegangen.

Wir kommen zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Anouk Feurer wählen will, stimmt JA, Wer sie nicht wählen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002775, 07.02.24 09:23:43]

Der Grosse Rat wählt

Anouk Feurer als Mitglied der Finanzkommission

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich gratuliere Anouk Feurer zur Wahl als Mitglied der Finanzkommission und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt. Sie haben 87 Ja-Stimmen eine Nein-Stimme und eine Enthaltung abgegeben.

4. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge David Wüest-Rudin, GLP)

[07.02.24 09:24:23]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied der Finanzkommission für die GLP vorgeschlagen wurde Tobias Christ. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion GLP. Es sind keine weiteren schriftlichen Wahlvorschläge eingegangen. Somit kommen wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Tobias Christ wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung



87 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002778, 07.02.24 09:24:51]

Der Grosse Rat beschliesst

Tobias Christ als Mitglied der Finanzkommission zu wählen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben Tobias Christ mit 87 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und 2 Enthaltungen in die Finanzkommission gewählt.

Ich gratuliere ihm zur Wahl als Mitglied der Finanzkommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

5. Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge Anouk Feurer, GAB)

[07.02.24 09:25:10]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier sind nur Wahlvorschläge zulässig aus der Fraktion GAB. Es wurde schriftlich Jo Vergeat als Kandidatin für die Petitionskommission gemeldet von der Fraktion.

Wir kommen auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Jo Vergeat wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002781, 07.02.24 09:26:03]

Der Grosse Rat beschliesst

Jo Vergeat als Mitglied der Petitionskommission zu wählen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben auch hier der Wahl zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung. Ich gratuliere Jo Vergeat zur Wahl als Mitglied der Petitionskommission und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.

6. Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Claudio Miozzari, SP)

[07.02.24 09:26:21]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Von der SP wurde Michela Seggiani für die Bildungs- und Kulturkommission nominiert. Es sind keine weiteren schriftlichen Wahlvorschläge eingegangen. Wir kommen zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Michela Seggiani wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung



90 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002783, 07.02.24 09:27:08]

Der Grosse Rat beschliesst

Michela Seggiani als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission zu wählen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben der Wahl zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen einer Nein-Stimme und einer Enthaltung. Ich gratuliere Michela Seggiani zur Wahl als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.

7. Wahl eines Mitglieds des Oberrheinrates (Nachfolge Christian von Wartburg, SP)

[07.02.24 09:27:25]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied des Oberrheinrates von der Regiokommission vorgeschlagen wurde das bisherige Ersatzmitglied Felix Wehrli. Wählbar sind Personen der Regiokommission. Zudem schlägt die Regiokommission neu als Ersatzmitglied Melanie Eberhard vor. Es sind keine anderen schriftlichen Wahlvorschläge eingegangen. Wir kommen zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Felix Wehrli als Mitglied und Melanie Eberhard als Ersatzmitglied des Oberrheinrates wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002785, 07.02.24 09:28:32]

Der Grosse Rat beschliesst

Felix Wehrli als Mitglied und Melanie Eberhard als Ersatzmitglied des Oberrheinrates zu wählen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben der Wahl zugestimmt mit 88 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen.

Ich gratuliere Felix Wehrli und Melanie Eberhard zur Wahl und wünsche ihnen Freude und Erfolg im neuen Amt.

74. Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Tobias Christ, GLP)

[07.02.24 09:28:50]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied der UVEK wurde von der Fraktion GLP vorgeschlagen Lukas Bollack. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion GLP und es sind keine anderen schriftlichen Wahlvorschläge eingegangen. Wir kommen zur offenen Wahl.



Abstimmung

Wer Lukas Bollack wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002787, 07.02.24 09:29:41]

Der Grosse Rat beschliesst

Lukas Bollack als Mitglied der Umwelt-, Verkehr- und Energiekommission zu wählen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben der Wahl zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Ich gratuliere Lukas Bollack zur Wahl als Mitglied der UVEK und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

8. Bewilligungen von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

[07.02.24 09:29:59, 23.1343.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, Ausgaben in der Höhe von insgesamt 8,86 Millionen zu bewilligen. Für die Kommission geht das Wort an deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Seit der Eröffnung im Jahre 1997 trägt die Fondation Beyeler stark zur Strahlkraft der Museumsstadt Basel bei. Ohne die Institution würde dem Kanton ein Publikumsmagnet fehlen, von dem wir alle profitieren. Die Fondation weist eine hochklassige Sammlung und ein innovatives Vermittlungsprogramm auf. Darum ist der Staatsbeitrag in der BKK völlig unbestritten. Die Fondation Beyeler hat ein weiteres Mal eine Erhöhung des Beitrags beantragt, worauf der Regierungsrat ein weiteres Mal nicht eingetreten ist.

Am Hearing haben die Vertreterinnen und Vertreter der Fondation argumentiert, dass sie eigentlich ein erfolgreiches Finanzierungsmodell aufweisen würden mit Selbstfinanzierung, Subventionen und Stiftungsgeldern. Das Modell gerate jedoch immer mehr in Schieflage, da in den Anfangszeiten die Subventionen 50 Prozent ausgemacht hätten und jetzt lediglich noch bei 9 Prozent des gesamten Finanzbedarfs liegen. So werde die nachhaltige finanzielle Basis dem Museum entzogen. Die Betriebsbeiträge der Stiftung seien plafoniert und hätten ihr Maximum erreicht. Eine grosse Herausforderung seien die gestiegenen Ausgaben für Energie, Digitalisierung, die Besucherkommunikation und für die Personalkosten, da die Mindestlöhne angehoben worden seien. Zudem belastet der Wegfall der Betriebsbeiträge des Kantons Basel-Landschaft, der jeweils zwischen 300'000 und 400'000 Franken jährlich betragen hat, stark.

Der Regierungsrat begründet die Absage an eine Beitragserhöhung damit, dass einerseits die Fondation Beyeler bereits den höchsten Beitrag aller privaten Museen erhalte und nicht klar aufzeigen könne, dass sie ohne Staatsbeitrag nicht existieren könne, da sie von einer grosszügigen mäzenatischen Defizitgarantie profitiere.

Die BKK hat nach den beiden Hearings mit dem Präsidialdepartement und der Fondation Beyeler eine sorgfältige Abwägung der gehörten Argumente gemacht und sie beantragt dem Grossen Rat eine Erhöhung der Staatsbeiträge um 250'000 Franken pro Jahr. Die Fondation Beyeler legt klar dar, dass sie zwar Beiträge aus der Stiftung erhalten würde, dass die Stiftung aber keine Defizitgarantie abgebe. Die Stiftungssubstanz dürfe nicht signifikant gemindert werden, da die Stiftung keine neuen Mittel erhalte und nicht als Verbraucherstiftung gelte. So seien die Beiträge beschränkt und das Beitragsmaximum sei erreicht. Zudem seien Beiträge von weiteren Stiftungen oder privaten Gönnern und Gönnerinnen ebenfalls begrenzt und andere Museen und kulturelle Institutionen sind ebenfalls auf diese Gelder angewiesen.

Der BKK ist wichtig, dass die Fondation Beyeler nicht in eine Abwärtsspirale gerät, denn wenn das strukturelle Defizit steigt, ist eine nachhaltige Finanzierung nicht mehr gegeben. Mit dieser Erhöhung möchte die BKK, dass die Fondation ihre Strahlkraft weiterhin erhalten kann und dass das ausgezeichnete Vermittlungsangebot vor allem auch für junge Menschen erhalten werden kann. In diesem Zusammenhang ist der BKK aber auch wichtig zu erwähnen, dass sich die Verantwortlichen der Fondation Beyeler weiterhin und intensiv um finanzielle Beiträge aus dem Kanton Basel-Landschaft bemühen sollen.



Auch Schulklassen aus unserem Nachbarkanton können die Angebote der Fondation kostenlos nutzen, was auch gemacht wird. Aus Sicht der BKK soll hier der Kanton Basel-Landschaft auch eine finanzielle Mitverantwortung übernehmen.

Die BKK hat in ihrer Diskussion noch weitere Themen wie den Neubau und die Tatsache, dass die Fondation Beyeler sich entwickeln kann, ohne sich mit dem Kanton abzusprechen, angesprochen. Das führe ich jetzt nicht nochmals aus, sondern verweise, weil es eben schon auch wichtig ist, auf den schriftlichen Bericht.

Die BKK beantragt entsprechend dem Grossen Rat einstimmig, Ausgaben in der Höhe von 2,215 Millionen Franken pro Jahr für die Jahre 2024 bis 2027 zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat das Wort Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Gerade bei der diesjährigen Museumsnacht ist uns allen wieder bewusst geworden, dass sich Basel im Kulturbereich dank der grossartigen Museen erfolgreich positionieren kann. Private Museen leisten daran wichtige Beiträge. Heute steht die Erneuerung des Staatsbeitrags der Fondation Beyeler beziehungsweise deren Trägerschaft, die Beyeler Museum AG und ihre Förderung durch die öffentliche Hand zur Debatte.

Die Fondation Beyeler ist überregional und international das bedeutendste private Basler Museum und sie ist das meist besuchte Kunstmuseum der Schweiz. 2022 waren es 363'000 Besucherinnen und Besucher. Aktuell erhält die Beyeler Museum AG vom Kanton Basel-Stadt die Summe von 1,965 Millionen Franken pro Jahr. Sie hat um Erneuerung des Staatsbeitragsverhältnisses für die Jahre 2024 bis 2027 und um eine pauschale Erhöhung um 500'000 Franken pro Jahr ersucht. Das Gesamtbudget der Institution beträgt rund 30 Millionen Franken pro Jahr.

Die Fondation Beyeler ist bekannt für ihr grossartiges Ausstellungsprogramm, das zwischen populären Publikumsausstellungen und der Präsentation unbekannter Positionen oszilliert. Sie verfügt über eine hochkarätige Sammlung klassischer Moderne, über ein innovatives Vermittlungsprogramm für junge Erwachsene und ein ebenso hervorragendes Event-Programm. Ihre finanzielle Lage ist im Grundsatz stabil. Die Institution generiert rund 55 Prozent ihrer Erträge selber und akquiriert einen wesentlichen Teil ihrer Mittel durch privates Sponsoring, Mäzenatentum und Mitgliedschaften. Der Staatsbeitrag, das ist ausgeführt worden, macht aktuell 9 Prozent aus. In den letzten Jahren kamen zum Staatsbeitrag noch zwei spezifische Positionen dazu. Das betrifft eine Kurzarbeits- und Ausfallentschädigung wegen der Coronapandemie von total 4,8 Millionen Franken, und ein Transformationsprojekt für digitale Transformation wurde ebenfalls unterstützt mit 95'800 Franken. Die Fondation Beyeler investiert laufend in die räumliche Infrastruktur. Aktuell liegt der Fokus auf dem Neubau von Peter Zumthor im Iselin-Weber-Park. Der Neubau soll 2025 eröffnet werden und ist vollständig durch Drittmittel finanziert.

Nun hat die Institution um eine Erhöhung der Staatsbeiträge um 500'000 Franken ersucht. Ihr Hauptargument, wir haben es gehört von der Kommissionspräsidentin, lautet, die ursprüngliche Verteilung der Ertragssäulen Eigenmittel, Drittmittel und Kanton entsprechen nicht mehr ihren einmal geplanten Verhältnissen. Der Beitrag des Kantons sei trotz massiver Weiterentwicklung im Budget und Ausbau des Angebots seit 1997 kaum angepasst worden.

Der Regierungsrat würdigt die Entwicklung und den Erfolg der Fondation Beyeler umstandslos und ist sich bewusst, welche tragende Rolle sie für die Ausstrahlung Basels als Museums- und Kunststadt spielt. Die Fondation Beyeler ist grossartiger Partner in der Basler Kulturlandschaft. Sie ist ein Segen für die Stadt und unsere Region. Der Regierungsrat bestreitet daher die Sinnhaftigkeit der Förderung durch den Kanton in keiner Weise und befürwortet sie vollumfänglich. Einer Erhöhung stimmt der Regierungsrat aber nicht zu, denn in ihrer positiven Entwicklung ist die Fondation Beyeler im Quervergleich wenig abhängig von den kantonalen Geldern, gerade weil sie von einer grosszügigen mäzenatischen Defizitgarantie profitiert.

Es ist wichtig, sich an dieser Stelle das Staatsbeitragsgesetz in Erinnerung zu rufen, das eben die Notwendigkeit einer staatlichen Förderung voraussetzt, subsidiär zu den privaten Mitteln, die im Vordergrund stehen sollen. Dies sieht die Regierung hinsichtlich des neuen Erhöhungsantrags jetzt nicht ausgegeben. Der Regierungsrat möchte deshalb bei der Weiterführung der Staatsbeiträge in bisheriger Höhe von 1,965 Millionen Franken pro Jahr bleiben und befürwortet wie bisher eine vierjährige Laufzeit.

Der Regierungsrat anerkennt die sorgfältige Auseinandersetzung der BKK mit diesem Ratschlag und nimmt zur Kenntnis, dass sie sich mit ihrem Bericht für eine Erhöhung der Staatsbeiträge um 250'000 Franken einsetzt, damit dem Antrag der Trägerschaft zur Hälfte entsprechen möchte. Die BKK verweist auch auf die Thematik einer wünschbaren Unterstützung seitens des Kantons Basel-Landschaft. Wegen veränderten Vergabekriterien des Swisslos-Fonds Basel-Landschaft erhält das Museum seit 2017 von diesem keine Unterstützung mehr, was gemäss Information der Institution zu Einnahmeausfällen zwischen 250'000 und 400'000 Franken pro Jahr führe.

Der Regierungsrat kann die Entscheidung des Swisslos-Fonds Basel-Landschaft in diesem Fall nur zur Kenntnis nehmen. Er sieht gleichzeitig keinen Anlass, einen Ausfall der Swisslos-Fondsmittel aus Basel-Landschaft mit einer Erhöhung der Staatsbeiträge durch den Kanton Basel-Stadt zu kompensieren.



Ich möchte Ihnen damit abschliessend empfehlen, dem Regierungsrat zu folgen, der Weiterführung der Staatsbeiträge an die Beyeler. Museums AG zuzustimmen bin überzeugt, dass auch damit weiterhin ein hoch attraktives Angebot für die Basler Bevölkerung erhalten, unterstützt und weiterentwickelt werden kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Da wir auch über einen Nachtragskredit befinden, haben wir auch eine Sprecherin der Finanzkommission, die wir vorher übersprungen haben. Wir gehen deshalb jetzt zurück zu den Kommissionssprechenden und ich erteile der Vizepräsidentin der Finanzkommission Michela Seggiani das Wort.

Michela Seggiani (SP): Der Form halber darf ich als Vizepräsidentin der Finanzkommission Ihnen Folgendes mitteilen. In der Finanzkommission haben wir zum Erhöhungsantrag respektive zum Nachtragskredit der BKK, zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027 einstimmig beschlossen, diesen zur Genehmigung zu beantragen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern. Da hat sich als erster für die SVP Joël Thüring eingetragen.

Joël Thüring (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission zu folgen und entsprechend diese Staatsbeitragserhöhung zu bewilligen. Wir sprechen ungern von Leuchttürmen, aber wenn wir einen Leuchtturm in unserer Region im kulturellen Bereich haben, dann ist das neben dem Kunstmuseum sicher die Fondation Beyeler. Das ist ein Museum mit nationaler und internationaler Strahlkraft. Wenn man über Basel, über unsere Region und über Kultur spricht, dann kommt man nicht darum herum, das Beyeler-Museum in Riechen zu erwähnen. Das ist einer dieser Leuchttürme, die unsere Kulturstadt Basel, unsere Region in Fragen der Kultur ausmacht. Ich glaube, das dürfen wir an dieser Stelle wirklich auch noch einmal ganz deutlich hervorheben.

Es ist ein Museum mit Strahlkraft und man sieht es auch, dass dieses Museum Strahlkraft hat. Das sieht man Jahr für Jahr an den Besucherzahlen, das sieht man aber auch daran, dass es dem Museum immer wieder gelingt, herausragende und hervorragende Ausstellungen zu kuratieren, mit spannenden Ausstellungen auch Menschen in unsere Region zu bringen, die dann wieder zur Wertschöpfung nicht nur für das Museum beitragen, sondern eben auch für die Wertschöpfung unserer Region ganz wichtig sind.

Deshalb ist es uns auch sehr wichtig, hier festzuhalten, dass wir es eben sehr wohl für richtig erachten, dass dieser Staatsbeitrag nun für die Fondation erhöht wird. Wir haben diese Diskussionen auch in der Kommission geführt, ob es notwendig ist, dass das Beyeler Museum über einen erhöhten Staatsbeitrag verfügen muss. Meine Fraktion ist ganz klar zum Entscheid gekommen, dass das richtig und notwendig ist, denn wenn wir sehen, wie sich der Verlauf der Finanzierung des Betriebsaufwandes in Prozenten in den letzten 20 Jahren entwickelt hat, dann können wir feststellen, dass der Anteil der Subventionen des Kantons Basel-Stadt kontinuierlich gesunken ist, von einmal etwas über 11 Prozent auf nun neu, wenn wir dem Antrag des Regierungsrates folgen würden, noch gerade einmal etwas über 8 Prozent. Und das ist schon eine beachtliche Reduktion des Anteils des Kantons an den Beiträgen des Museums, an den Beiträgen des Betriebsaufwandes, und lässt ausser acht, dass dieses Museum wie viele andere Häuser und viele andere Institutionen, die der Kanton mit unterstützt, eben auch unter der Teuerung leidet und darunter, dass alles auch in der Kette teurer geworden ist, auch beispielsweise die Versicherungssummen für Kunst und Kulturgüter aber eben auch Kosten für Personal, für Ausstellungen. All das ist auch für das Museum Beyeler teurer geworden und das muss aus unserer Sicht nun auch in diese in diese Überlegungen mit einfließen.

Das Museum leistet darüber hinaus gerade dort sehr wertvolle Arbeit, wo es dem Regierungsrat immer sehr wichtig ist, dass auch Staatsbeiträge ausbezahlt oder verwendet werden, nämlich im Bereich der Vermittlung. Wir können festhalten, auch in dieser Frage ist die Fondation Beyeler ein Leuchtturm in unserer Region. Es gibt kaum ein Museum, das es immer wieder schafft, auch junge Menschen für Kultur zu begeistern. Denken Sie nur an diese Gratiseintritt auch für die unter 25-Jährigen, denken Sie aber auch beispielsweise an die vielen Festivals, die im im Garten der Fondation Beyeler in den Sommermonaten stattfinden, beispielsweise auch das bei jungen Menschen sehr beliebte Sunset, ein Technofestival, das mehrfach im Jahr stattfindet, das junge Menschen in ein Museum bringt, jungen Menschen oder jüngeren Menschen es auch ermöglicht, beim Besuch dieses Festivals gratis und kostenlos den Innenteil des Museums zu besichtigen. Eine Möglichkeit auch hier mit Kultur in Berührung zu kommen und eine niederschwellige Möglichkeit auch für Kultur in unserer Region zu werben. Und auch dieses Angebot zeigt, dass es der Fondation immer wieder gelingt, gerade dort Menschen abzuholen, die vielleicht nicht auf den ersten Blick einen Bezug zu Museen oder ganz generell zur Kultur haben.

Wir erachten deshalb diese Erhöhung des Staatsbeitrages von 250'000 Franken, wie es nun die Bildungs und Kulturkommission beantragt hat für richtig. Wir wissen, dass die Fondation Beyeler 500'000 Franken beantragt hat. Wir



glauben aber, dass dieser Mittelweg richtig ist und auch ein starkes Zeichen setzt, dass wir die Fondation Beyeler auch langfristig auf soliden finanziellen Beinen sehen möchten. Es ist eben ein bisschen ein Trugschluss zu meinen, dass es schon immer einfach so weitergeht, dass die Fondation über tolle grosszügige Mäzene oder auch Stiftungen finanziert wird. Auch das Museum Beyeler hat dieselben Herausforderungen wie andere Häuser in dieser Region, auch sie müssen vermehrt intensiv Drittmitteln einwerben. Auch sie stehen vor den gleichen Problemen wie andere Häuser und wir können keinesfalls sagen, dass langfristig die Finanzierung der Fondation Beeler einfach nur dadurch gesichert ist, weil es einige sehr grosszügige Mäzene gibt, die dieses Haus unterstützen. Diese Unterstützung kann auch einmal ab- oder wegbrechen und die Mittel der Stiftung sind limitiert. Das ist auch im Stiftungszweck so festgehalten. Auch hier kann die Fondation nicht einfach willkürlich über zusätzliche Gelder verfügen. Es wäre schon ein wenig seltsam, wenn wir permanent dort, wo Kulturinstitutionen klagen oder Not haben, wie beispielsweise beim nächsten Traktandum, einfach die Staatsbeiträge Periode für Periode erhöhen, und diejenigen Institutionen, die es in den vergangenen 20 Jahren geschafft haben, gut zu wirtschaften, solide zu haushalten, dann bei berechtigten Anliegen für eine Erhöhung des Staatsbeitrages aussen vorlassen und nicht unterstützen. Das wirkt ein wenig so, als wäre es im Präsidialdepartement der Wunsch, möglichst die Kulturinstitutionen nicht zu unterstützen, die gut arbeiten, also die fast noch dafür zu bestrafen, dass sie nicht jedes Jahr für neue zusätzliche Gelder hier in diesem Hause werben.

Deshalb glauben wir, ist das Signal heute mit dieser moderaten Erhöhung von 250'000 Franken pro Jahr richtig. Es ist ein Zeichen an die Fondation Beyeler und es zeigt auch unser langfristiges Commitment für eine erfolgreiche Fondation Beyeler, die mit diesem neuen Projekt des Neubaus und dessen Betriebsaufwand für die ersten 10 Jahre fremdfinanziert ist, aber trotzdem natürlich die Herausforderungen im Bereich des Betriebsaufwandes für das Haus ganz generell eben nicht geringer wird. Deshalb glauben wir, macht hier diese Erhöhung für diesen Leuchtturm Sinn, damit wir auch in den kommenden Jahren tolle Vermittlungsangebote haben. Die Fondation hat auch in den Hearings uns versichert, dass diese Vermittlungsangebote für Jugendliche und für junge Menschen selbstverständlich fortgeführt werden und wir sind hier sehr auch von der Kraft dieses Hauses überzeugt, dass dies auch in den kommenden Jahren gelingen wird und wir möglichst viele Menschen niederschwellig nach Riehen in diese tolle Fondation bringen können.

Wir bitten Sie deshalb heute dem Antrag der BKK zuzustimmen und den Staatsbeitrag entsprechend zu erhöhen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion LDP geht das Wort an Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich begrüsse auch auf der Tribüne die kaufmännische Direktorin der Beyeler Museum AG.

Ich danke der Kommissionspräsidentin für die Ausführung, wie auch meinem Vorredner für die detaillierte Ausführung und ich werde da nicht auf jede Zahl eingehen. Aber die Fondation Beyeler ist zweifellos ein kulturelles Highlight in Basel. Als meist besuchtes Museum der Stadt und eines der erfolgreichsten Museen für die moderne und zeitgenössische Kunst in Europa trägt es zur Attraktivität Basels als Kunst- und Museumsstadt bei. Mit seinem hochkarätigen Ausstellungsprogramm und innovativen Vermittlungsangebot lockt das Beyeler Museum nicht nur kunstbegeisterte Besucher aus aller Welt an, sondern genießt auch internationale Anerkennung.

Die Staatsbeiträge an das Beyeler Museum sind seit 2015 unverändert, wir haben es gehört. Angesichts der allgemeinen Kostenentwicklung ist eine massvolle Erhöhung des Staatsbeitrages an die Erfüllung der Kernaufgaben des Museums gerechtfertigt. Eine solche finanzielle Anpassung wäre ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber dem Museum und seiner herausragenden Leistung. Sowohl in künstlerischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht stellt das Beyeler Museum einen Mehrwert für unsere Region dar. Als international renommiertes Zentrum für moderne und zeitgenössische Kunst zieht es Touristen aus aller Welt an, belebt den lokalen Tourismussektor und bringt positive wirtschaftliche Effekte für die umliegenden Unternehmen.

Die LDP-Fraktion erachtet es deshalb als wichtig und richtig, dass der Kanton sein Engagement für das Beyeler Museum weiterführt und anpasst. Sie unterstützt den Antrag der BKK, die Staatsbeiträge an das Beyeler Museum um 250'000 Franken pro Jahr für die nächsten vier Jahre zu erhöhen und bittet Sie, dem Antrag zu folgen danke.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich will das Beyeler Museum nicht als Leuchtturm bezeichnen. Dieser Begriff bringt bei uns Unglück. Ich erinnere nur an die Kaserne und das AUE. Aber wir sind allen begeistert von den Leistungen der Fondation Beyeler und gehen immer gerne hin, wie etwa wenn der Grosse Rat zusammen mit dem Landrat dort eingeladen ist. Ob der Landrat zukünftig auch noch eingeladen wird, wenn sich unser Partnerkanton weiterhin der Unterstützung verweigert, habe ich nicht zu beurteilen.



Regierungsrat Lukas Engelberger hat das Staatsbeitragsgesetz angerufen. Für mich steht folgende fest: Wenn die Fondation Beyeler in den Geltungsbereich des Staatsbeitragsgesetzes fällt, und das wird nicht beschränkt vom Regierungsrat, dann besteht auch ein gewisses Ermessen in der Höhe des Beitrages. Dieses Ermessen wurde vom Regierungsrat nicht ausgeschöpft. Das Ermessen wurde von der BKK und hoffentlich von Ihnen ausgeschöpft und die Erhöhung ist «nur» im Ausmass der aufgelaufenen Teuerung seit 2015 beantragt, das heisst mit dem Geld, das wir jetzt sprechen, finanzieren wir das gleiche Angebot wie wir 2015 finanzieren wollten. Es wird also nicht mehr Angebote finanziert. Das Beyeler Museum haushaltet auch durchaus sparsam mit seinen Mitteln. Uns wurde zum Beispiel versichert, dass das Lohnniveau im Beyeler Museum unter demjenigen der staatlichen Museen liegt.

Wenn es darum geht, so wertvolle Veranstaltungen wie Swiss Indoors oder Baloise Session zu fördern, dann ist ja der Regierungsrat immer sehr kreativ mit Konstruktionen, wie man eine Förderung als Sponsoring-Engagement verkleiden kann. Wir sind jetzt hier wirklich auf dem Boden geblieben, haben gesagt, eine gewisse Erhöhung des Staatsbeitrags ist angemessen für die grosse Leistung, die das Beyeler Museum bringt im kulturellen Bereich. Aber eben, da könnte man auch Studien wie bei Swiss Indoors oder bei Baloise Session anstellen, wie hoch die Wertschöpfung für unsere Region ist.

Und noch etwas: Mäzenatentum ist eben keine Selbstverständlichkeit, ist nicht richtig abgesichert. Ein gewisses Zeichen, dass wir dieses grosszügige Mäzenatentum schätzen, stellt eben auch diese massvolle Erhöhung des Staatsbeitrages dar. Und in diesem Sinne bittet sie die FDP-Fraktion, dem Antrag der PKK zu folgen. Wir sind sonst sehr regierungstreu, aber ich glaube, in diesem Punkt können Sie mit gutem Gewissen von der Regierung abweichen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Die SP-Fraktion kann sich dem Lob und der Wertschätzung für das Beyeler Museum nur anschliessen. Die SP-Fraktion ist sich der Bedeutung des Beyeler Museums nicht nur für Basel, sondern für die ganze Schweiz sehr bewusst und wir wissen ihre hervorragenden Leistungen sehr zu schätzen. Die Fondation Beyeler erreicht ein zahlreiches und äusserst vielfältiges Publikum in allen Alterskategorien wie kaum ein anderes Kunstmuseum in der Schweiz. Wir haben es bereits gehört, mit seinem hochkarätigen Ausstellungs- und Vermittlungsprogramm erreicht das Museum sowohl ein regionales als auch ein nationales und internationales Publikum. Es leistet darüber hinaus einen bedeutenden Beitrag an die Standortattraktivität und Lebensqualität der Region und trägt zur internationalen Ausstrahlung der Kulturstadt Basel bei. Sie ist mit über 360'000 Besuchenden im Jahr 2022 das meist besuchte Museum Basels und das meist besuchte Kunstmuseum der Schweiz.

Für die SP-Fraktion ist es besonders wichtig, dass das Beyeler Museum auch Menschen anspricht und begeistert, die sonst kein Museum besuchen. Zudem schätzen wir insbesondere das Vermittlungsangebot der Fondation, da es Menschen unterschiedliche Altersgruppen und vielfältiger Herkunft eine inhaltliche wie praktische Beschäftigung mit Kunst ermöglicht. Laut Zweckartikel der Stiftung Beyeler soll das Interesse der Jugend an der Kunst geweckt beziehungsweise erhalten werden, weshalb Kinder und Jugendliche bis 25 Jahren kostenlos ins Museum können. Die Fondation leistet damit einen wertvollen Beitrag für die Jugendlichen und Schulklassen der Region.

Um zu vermeiden, dass bei Ausbleiben eine Erhöhung der staatlichen Beiträge in diesem Bereich Kürzungen vorgenommen werden und aufgrund der Bedeutung des Museums für die Region ist die SP-Fraktion im Sinne eines Kompromisses bereit, die Staatsbeiträge um jährlich 250'000 Franken zu erhöhen. Die Erhöhung der Staatsbeiträgen erfolgt aber nicht ganz vorbehaltlos. Die SP-Fraktion ermutigt die Verantwortlichen der Fondation Beyeler, weiter beim Kanton Basel-Landschaft um Staatsbeiträge zu ersuchen. Sollte eine finanzielle Unterstützung ausbleiben, sollten die Verantwortlichen der Fondation über mögliche Massnahmen in diesem Zusammenhang nachdenken.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, dem Antrag der BKK zu folgen und die Erhöhung der Staatsbeiträge um 250'000 Franken pro Jahr auf 2,215 Millionen Franken für die Jahre 2024 bis 2027 zu genehmigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Fraktionssprechenden. Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Das Beyeler Museum ist ein privates Museum. Es ist sehr reich, die brauchen kein Geld von uns. Darum stelle ich Antrag auf Rückweisung und Nichteintreten. Die Begründung ist, dass das Museum sehr reich ist. Zwei Sachen möchte ich Ihnen erzählen. Die staatlichen Museen sollen unser Geld bekommen, und darum haben wir auch als Grossräte das Recht auf Gratiseintritte. Das muss man wissen, ich hab noch nie Eintritt bezahlt.



Ich möchte etwas an meine Vorrednerin Catherine Alioth richten. Catherine Alioth, ein kleiner Hinweis am Rande: Was Sie da vorne gesagt haben, ist laut Geschäftsordnung vom Grossen Rat nicht erlaubt. Sie dürfen nicht Gäste auf der Tribüne begrüßen. Das darf nur der Präsident oder der Statthalter.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Manchmal müssen wir uns auch bewusst sein, welche Signale wir aussenden, wenn wir hier im Grossen Rat reden. Was wäre das Signal, wenn wir den Antrag der BBK nicht unterstützen würden, ein Antrag, der ja schon sehr massvoll ist. Es wäre ja durchaus auch richtig und für mich vernünftig gewesen, noch weiter zu gehen, denn wenn Sie irgendwo im Ausland erzählen, Sie kommen aus Basel, werden Sie mit fast hundertprozentiger Sicherheit auf das Beyeler Museum angesprochen, nicht auf unsere tollen anderen Museen, was ich ja nicht immer verstehe, denn das Kunstmuseum ist ein geniales Museum. Aber die Leute nehmen das Beyeler Museum wahr, wegen dieser gigantisch wertvollen Ausstellungen. Wenn Sie sie hier sehen, können Sie sie dann im Centre Pompidou in Paris sehen und allenfalls in New York.

Und wir diskutieren hier darum, ob wir nur die Teuerung ausgleichen. Das muss ja selbstverständlich sein. Wir müssen doch hier zeigen, dass uns das etwas wert ist und wir danken, dass wir hier eine so wunderbare private Unterstützung haben. Ich beantrage Ihnen also, dem Antrag der BKK Folge zu leisten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hätte Regierungsrat Lukas Engelberger noch einmal das Wort. Er verzichtet. Die Sprecherinnen der Finanzkommission und der BKK verzichten ebenso. Eintreten wurde bestritten von Eric Weber, das heisst, wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer auf das Geschäft eintreten will, stimmt JA, wer nicht eintreten will stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002789, 07.02.24 10:04:50]

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich entschieden, auf das Geschäft einzutreten mit 85 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung. Auch Rückweisung wurde beantragt von Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, Wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 90 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002791, 07.02.24 10:05:37]

Der Grosse Rat beschliesst

Kein Rückweisung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben entschieden, den Bericht nicht zurückzuweisen mit 90 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.



Detailberatung des Grossratsbeschlusses I (Nachtragskredit) (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer den Grossratsbeschluss annimmt, stimmt JA, wer ihn ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002793, 07.02.24 10:06:30]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Beyeler Museum AG wird für das Jahr 2024 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 250'000 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 88 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung

Detailberatung des Grossratsbeschlusses II (Staatsbeiträge) (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt Staatsbeiträge in der Höhe von 7,86 Millionen. Wir eröffnen dazu die Debatte möchte der Antragsteller Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort? Er verzichtet. Die Sprecherin der BKK verzichtet ebenso, Es sind keine Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde wird ebenfalls verzichtet. Das heisst wir kommen zur Abstimmung über Grossratsbeschluss 2.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 88 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002795, 07.02.24 10:07:58]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.!

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 88 Neinstimmen bei einer Ja-Stimme und einer Enthaltung. Wir führen die Detailberatung weiter.

Publikations und Referendumsklausel.

Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN



Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002797, 07.02.24 10:08:45]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Beyeler Museum AG werden Ausgaben in Höhe von Fr. 8'860'000 (Fr. 2'215'000 p. a.) für die Jahre 2024 bis 2027 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss 2 zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

9. Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

[07.02.24 10:09:00, 23.1342.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs und Kulturkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt 1,92 Millionen Franken zu bewilligen. Für die Kommission geht das Wort an deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Der Verein Literatur Basel betreibt das Literaturhaus Basel, das an der Barfüssergasse 3 eingemietet ist. Zudem führt der Verein das internationale Literaturfestival Buch Basel durch und verleiht in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Buchhandels- und Verlagsverband den Schweizer Buchpreis.

Im Literaturhaus Basel finden jährlich über 100 verschiedene Veranstaltungen wie Schreib- und Lesezirkel, Kindernachmittage oder Diskussionen zu aktuellen Büchern statt. Der Verein Literatur Basel ist die einzige grosse Institution, die sich im Bereich Literatur umfassend engagiert und ist darum wichtig für Basel. Er habe gemäss Auskunft Präsidialdepartement in den letzten Staatsbeitragsperiode einen grossen und gelungenen Entwicklungsschritt in den Bereichen Innovation und Generationentransfer gemacht. Da die Kosten in allen Bereichen gestiegen sind, sich der Verein Literatur Basel aber weiter gut entwickeln möchte, hat der Verein eine Erhöhung der Staatsbeiträge von 124'000 Franken beantragt.

So möchte der Verein den freischaffenden Autorinnen und Moderatorinnen Honorare auszahlen können, wie sie vom Branchenverband empfohlen werden. Um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben, sollen auch die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Lohnanpassung erfahren oder zumindest den Teuerungsausgleich erhalten können. Diese würden eine ausgezeichnete Arbeit leisten und beispielsweise ermöglichen, dass mit dem Literaturfestival ein jüngeres und diverses Publikum erreicht werden kann, ohne dass das bestehende Publikum verloren gehe. Das gleiche gelte für die Arbeit im Literaturhaus. Auch dort sei es gelungen, ein jüngeres Publikum anzusprechen und zu erreichen. Die Erhöhung würde aber auch dazu verwendet werden müssen, um die gestiegenen Infrastrukturkosten wie Miete, Energietechnik, aber auch die gestiegenen Reise- und Hotelkosten, die beim Literaturfestival anfallen, auszugleichen.

Mit dem Ratschlag, der nun vorliegt, beantragt der Regierungsrat eine Erhöhung des Staatsbeitrages um 50'000 Franken und möchte damit ermöglichen, dass die Löhne und die Honorare angepasst werden können. Die BKK schätzt das Engagement und die erfolgreiche Arbeit des Vereins Literatur Basel sehr. Darum unterstützt die Kommission den vom Regierungsrat erhöhten Staatsbeitrag mehrheitlich.

Eine Kommissionsminderheit hat Verständnis dafür, dass der Verein Literatur Basel sagt, dass die 50'000 Franken, die der Regierungsrat zusätzlich vorschlägt, nicht reichen, weil die gestiegenen Infrastrukturkosten so nicht gedeckt werden können und dass ohne weitere Unterstützung des Kantons das Programm gekürzt werden müsste. Die Akquise von Drittmitteln sei enorm anstrengend geworden, es brauche doppelt so viel Aufwand für denselben Ertrag.

Der Antrag um eine weitere Erhöhung der Staatsbeiträge wurde in der Kommission aber mit 6 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Die ablehnende Mehrheit begründet dies damit, dass sie vermutet, dass der Verein zu viele Projekte angestossen hat und sich so finanziell selber etwas in diese Situation gebracht hat. Zudem sieht sie Potenzial für die Gewinnung von mehr Eigenmitteln und das Einwerben von Drittmitteln, gerade auch im Zusammenhang mit der



erfolgreichen Buch Basel. Zudem könnten die Mitgliederbeiträge erhöht und das Volkshaus als Hauptaustragungsort der Buch Basel überdacht werden.

Entsprechend beantragt die BKK dem Grossen Rat mit 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Ratschlag so, wer jetzt vorliegt, zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Sprecher des Regierungsrates Lukas Engelberg.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Es steht die Erneuerung von Staatsbeiträgen an den wichtigsten Akteur im Bereich der Literaturvermittlung und dessen Förderung durch die öffentliche Hand zur Debatte, dem Verein Literatur Basel. Er trägt das Literaturhaus Basel an der Barfüssergasse, führt jährlich das Festival Buch Basel durch und ist zuständig für die Verleihung des Schweizer Buchpreises, eine nationale und international ausstrahlender Anlass in Zusammenarbeit mit dem Schweizer Buchhändlerverband. Literatur Basel ist damit der zentrale Akteur für die Literaturvermittlung in der Stadt und der Region.

Die Institution wurde in der Periode bis Ende 23 vom Kanton Basel-Stadt mit 430'000 Franken pro Jahr unterstützt. Das Gesamtbudget beträgt bisher rund 1,25 Millionen Franken pro Jahr. Der Verein umfasst drei Bereiche. Das Literaturhaus an der Barfüssergasse, es bietet pro Jahr über 100 Veranstaltungen an mit Schwerpunkt Lesungen. Dazu werden auch Diskussionen, Schreib- und Lesezirkel, Kindernachmittage oder literarische Spaziergänge veranstaltet. Dann das Festival Buch Basel, im November letzten Jahres zuletzt durchgeführt. Es bespielt an unterschiedlichen Spielorten in der Stadt, die Aufmerksamkeit für das Buch und für Lesen für ein breites, vor allem auch junges Publikum. Und dann drittens der Schweizer Buchpreis, er zeichnet jährlich ein belletristisches deutschsprachiges Werk aus. Es ist der wichtigste Literaturpreis für die deutsche Schweiz. Die Preisverleihung findet jeweils im Theater Basel statt und schafft natürlich auch eine gewisse Aufmerksamkeit in der schweizerischen Öffentlichkeit.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass der Verein Literatur Basel mit diesen Aktivitäten massgeblich zur Qualität und Vielfalt des Kulturangebots beiträgt und beantragt deshalb die Weiterführung der bisherigen Staatsbeiträge ab dem Jahre 2024 für eine reguläre Laufzeit von vier Jahren sowie eine Erhöhung von 50'000 Franken pro Jahr. Wir wollen also neu 480'000 Franken anstelle von 430'000 Franken pro Jahr ausrichten. Der Antrag der Trägerschaft lautete auf eine grössere Erhöhung. Sie haben das sicher gesehen und gelesen. Wir haben alle Anträge sorgfältig geprüft. Der Regierungsrat unterstützt total 50'000 Franken Erhöhung mit der Begründung der Anpassung von Lohnkosten der Mitarbeitenden sowie der Autorinnen- und Autorenhonorare. So kann der Verein seine Rolle als fairer Arbeitgeber und als Vergabeinstitutionen für Kunstschaffende gerecht werden. Die übrigen Anträge haben wir Ihnen nicht unterbreitet.

Der Regierungsrat würdigt die Entwicklung und den Erfolg des Vereins Literatur Basel umstandslos und wir sind uns bewusst, welche tragende Rolle die Institution für die Ausstrahlung Basels als Kulturstadt spielt. Insgesamt sind wir überzeugt, dass mit der Weiterführung des Staatsbeitrags wie wir das beantragt haben ein attraktives Literatur vermittelndes Angebot für die breite Basler Bevölkerung weiterbestehen und entwickelt werden kann. Das möchten wir unterstützen und bitten deshalb um Unterstützung unserer Anträge.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Für die SP hat das Wort Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Geschätzter Herr Grossratspräsident, können Sie den Spagat Herr Statthalter, kennen Sie Twister? Geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, Twister ist das Spiel, wo die eine Hand auf einem Punkt liegt und die andere ganz woanders auf der Spielmatte und mit den Beinen verhält es sich ebenso. Das Spiel ist mit etwas Effort machbar. Wer den Spagat kann, hat da einen Vorteil. Der Verein Literatur Basel spielt im metaphorischen Sinn Twister, mit Engagement, Effort und Elan. Es ist Ihnen nicht nur gelungen, mit der einen Hand auf dem farbigen Feld ein junges diverses Publikum für Literatur zu gewinnen, mit der anderen ein älteres Buch liebendes Publikum mit regionaler, nationaler und internationaler Literatur zu beglücken, sondern auch eine Vorreiterrolle in der digitalen Literatur einzunehmen und ein Literaturfestival zu organisieren, dessen Ruf weit über die Region, die Schweiz oder die deutschsprachende Grenze geht und so divers wie spannend ist.

Heute debattieren wir im Rat über eine Erhöhung und wie ich gestern vernommen habe, eventuell über eine Kürzung der Subventionen. Gerade haben wir über die Fondation Beyeler diskutiert und warum sie für ihren kommerziellen Erfolg mit unseren Steuergeldern belohnt werden soll. Warum also soll der Kanton etwas subventionieren, das nicht kommerziell erfolgreich ist? Die Frage muss anders lauten. Wozu Kunst fördern, wenn Sie nicht wirtschaftlich erfolgreich ist? Literatur ist nebst Musik, Tanz und Theater eine Kunstform und trägt dazu bei, die Welt zu verstehen und unseren Horizont zu erweitern. Literatur lässt uns in eine andere Welt abtauchen und dadurch eine andere Perspektive für gesellschaftliche, menschliche oder spirituelle Themen zu bekommen. Sie kann Trost und Herausforderung sein oder auch Impulsgeber für etwas Neues.



Und ich sage das hier nicht zum ersten Mal in diesem Saal, Kunst ist Nahrung für die Seele. Das ist nicht immer kommerziell und finanziell gewinnbringend. Der Staat hat dies anerkannt und sieht den Wert für seine Bürgerinnen und Bürger, daher unterstützt der Vereine wie Literatur Basel. Vielleicht könnte auch das Gesundheitsdepartement in Zukunft etwas für die Kulturförderung beisteuern. Wussten Sie nicht, dass der Besuch von Kunst- und Kulturevents wie Literaturanlässe, Konzerte, Theateraufführungen und Museumsbesuche das Wohlbefinden, die Gesundheit und ein längeres Leben fördern? Es ist nicht nur die Inspiration, sondern auch die soziale Integration, die sich positiv auf die Psyche und Fitness auswirkt. Das behaupte ich nicht einfach so aus dem Blauen, dazu habe ich eine Studie gelesen. Kulturinteressierte Seniorinnen und Senioren leben bei besserer Gesundheit länger als ihre Altersgenossen ohne Interesse für Kulturelles. Das ist ein Ergebnis einer 14-jährigen Langzeitstudie an der 6'710 Personen ab 15 Jahren aus Grossbritannien teilgenommen haben. Dabei zeigt sich, dass die Sterblichkeit bei älteren Menschen, die mehrmals im Jahr kulturelle Veranstaltungen besuchen, bis zu 31 Prozent gesenkt wurde, im Gegensatz zu Kulturmuffeln. Dieser Effekt zeigt sich unabhängig vom biologischen Geschlecht, sozialem Status, Bildungsniveau, körperlicher Grundfitness und psychischer Gesundheit. All diese Faktoren für eine andere Erklärung konnten herausgerechnet werden, der Kultureffekt, meine Damen und Herren, bleibt erhalten.

Und das ist mit ein Grund, warum ich für die kleinen, nicht so kommerziellen Kulturinstitutionen kämpfe und im Namen der SP eine Erhöhung von 50'000 Franken per annum für den Verein Literatur Basel beantrage. Warum reicht denn die Erhöhung des Regierungsrates nicht aus? Der Verein Literatur Basel hat bei den Subventionsverhandlungen eine Erhöhung von 124'000 Franken gebeten, bekommen haben Sie 50'000, davon sind 30'000 zweckgebunden für den gerechten und marktkonformen Lohn der Autorinnen und Autoren. Und die restlichen 20'000 reichen nicht aus, wenn das Budget die steigenden Kosten sprengt. Um den Betrieb in dem bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten benötigen sie nochmal 50'000. Ein Betrieb notabene, mit dem der Spagat zwischen den Generationen und den Genres gelingt. Das zusätzliche Geld wird nicht benötigt, um Löcher zu stopfen, weil der Verein nicht haushälterisch umgegangen ist mit dem Budget, sondern weil er mit seinem Angebot in Basel einmalig ist und wie gesagt die allgemeinen Kosten steigen. Er gewinnt ein junges Publikum ohne das ältere abzuhängen, Literatur Basel deckt von Hochliteratur bis Kinderliteratur, von regional bis international, von Lyrik bis Krimi alles ab. Literatur Basel beinhaltet aber nicht nur das Literaturhaus, das haben wir schon gehört, es ist auch das Festival Basel und der Schweizer Buchpreis.

Das Programm ist vielfältig, divers und sehr umfassend. Sie müssten allerdings ohne die Erhöhung 25 Prozent des Programmes herunterfahren. Wenn das nicht mehr geht, dann ist das nicht einfach schade. Dann ist das ein Verlust für Basel und sein Kulturangebot, welches nicht nur Musikfans und Museumsfreaks hat. 50'000 wird mal wohl noch auftreiben können, denkt der eine oder die andere. Die Geschäftsleitung hat letztes Jahr doppelt so viel Aufwand betrieben, um Drittmittel zu akquirieren, und war trotzdem weniger erfolgreich als in den vorangehenden Jahren. Aha, wird die spitzfindige Fraktion der Streichungswilligen bemerken, mangelnde Qualität und es ist nicht kommerziell genug. Ich kann Ihnen versichern, es liegt nicht an der Qualität und im Output des Vereins Literatur Basel, sondern an der grösser werdenden Konkurrenz.

Und hier noch ein paar Worte zu dem hartnäckigen Gerücht, die Oberlichter im Literaturhaus. Der Verein hat Gelder von Dritten Aufgetrieben für eine längst fällige Renovation. 2006 war es eine Druckerei, die Oberlichter waren renovationsbedürftig. Der Ersatz der Oberlichter war nicht kosmetisch, sondern wegen Abnutzung und Alter notwendig. Daher hat sich die Baloise als Eigentümerin mit 100'000 Franken an der Renovation beteiligt. Die übrigen Kosten wurden von der CMS zweckgebunden gesprochen. Bei dieser Gelegenheit haben sie das Milchglas durch Klarglas ersetzt, ein willkommener Nebeneffekt, der die Öffnung des Hauses unterstützt. Freundlicher, einladender, heller. Und es hat bisher keine Fenster, nun hat man die Möglichkeit zu lüften. Der Saal kann also tagsüber für Workshops genutzt werden. Durch diese Attraktivitätssteigerung kann er auch leichter vermietet werden und das generiert zusätzliche Einnahmen. Ein kleiner kommerzieller Aspekt.

Also nochmals die notwendigen Transformationsprojekte waren durch Drittmittel finanziert. Twister spielen wir hier mit zwei Armen und zwei Beinen. Das Literaturhaus ist eher ein Twister spielender Oktopus. Wussten Sie, dass die Buch Basel das grösste kuratierte Festival mit internationalen Ausrichtungen der Schweiz ist? Ja, Regierungsrat Lukas Engelberger hat es erwähnt. Und dass das Literaturhaus eine Vorreiterrolle in der digitalen Literatur spielt, das wissen Sie auch schon und über den Schweizer Buchpreis hat Regierungsrat Lukas Engelberger auch gerade gesprochen. Die Liste sprengt den Rahmen meines Votums. Ich sage nur Twister spielender Oktopus.

Wir haben mit dem Verein Literatur Basel einen wertvollen Schatz, einen Schatz, von dem alle Besuchenden ein Juwel mitnehmen dürfen, vielleicht sogar ein lebensverlängerndes Juwel Unser Beitrag als Parlament ist es dafür zu schauen, dass die Schatzkiste gefüllt bleibt. Dafür bitten Sie, dem Antrag der SP auf Erhöhung um 50'000 Franken zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion LDP geht das Wort an Nicole Kuster.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Die LDP nimmt den Antrag der Regierung, den Staatsbeitrag um 50'000 Franken zu erhöhen, zur Kenntnis und begrüsst die Verwendung von 30'000 Franken des Erhöhungsbeitrages für angemessene Honorare



gemäss Verband der Autorinnen und Autoren Schweiz, dass die verbleibenden 20'000 Franken nicht ausreichend sind, die gestiegenen Kosten zu decken, mag zutreffen, jedoch sieht die LDP im Bereich Mitglieder und Mitgliederbeiträgen sowie bei den Drittmitteln noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. In Anbetracht, dass das Literaturhaus in der laufenden Staatsbeitragsperiode bereits 80'000 Franken mehr erhalten hat und nun künftig noch einmal erhöht wird, sieht die LDP die heute gestellten Mehrforderungen der SP kritisch. So sind alle Kulturinstitutionen mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert und es müssen konkrete Sparmassnahmen oder Einnahmequellen evaluiert werden.

In Anbetracht der Bedeutung des Literaturhauses können wir dem Erhöhungsantrag der SP im Sinne eines Kompromisses jedoch folgen. Die LDP betont jedoch, dass dieser heute gesprochene Mehrbetrag in der Beurteilung der nächsten Beitragsperiode stark gewichtet werden muss. Die LDP erwartet insbesondere im Bereich der Mitgliederzahlen gute innovative Ideen, wie diese ausgebaut wurden, damit die Staatsbeiträge einem möglichst breiten Publikum zukommen. Demgemäss ersuche ich Sie, der beantragten Erhöhung der SP zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Fraktionssprecher für das GAB ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Das GAB möchte einen Änderungsantrag stellen und beantragt eine Erhöhung von 50'000 gegenüber dem Ratschlag der BKK. Ich muss zugeben, dass ich persönlich einen längeren Weg zurücklegen musste, bevor ich zur Überzeugung gelangt bin, dass diese Erhöhung richtig und notwendig ist. Es ist nachvollziehbar, dass die von der Regierung gesprochene Erhöhung für einen einigermaßen stabilen Betrieb des Literaturhauses nicht genügt, da die Gelder vor allem eine faire Bezahlung der Autoren sowie deren Spesen gedacht sind. Und das ist auch völlig richtig so. Der andere Teil wird für den Ausgleich der allgemeinen Teuerung bei den Löhnen verwendet. Für die Infrastruktur und erhöhten Betriebskosten des erfolgreichen Literaturfestivals bleibt leider nichts übrig, was eine Weiterentwicklung der Inhalte und eine positive Zukunftsperspektive der Akteure leider sehr erschwert.

Im Vorfeld habe ich mich auch mit dem Sinn und dem Zweck des neuen Formats zur digitalen Literatur beschäftigt und einen kritischen Blick darauf geworfen. Ich konnte jedoch feststellen, dass gerade dieses Genre dazu beigetragen hat, dem Literaturfestival ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber vielen anderen Literaturveranstaltungen zu verleihen und dass es der Crew besonders hier gelungen ist, ein junges Publikum anzuziehen, das über erweiterte Sinneserlebnisse einen neuen Zugang zu literarischen Texten bekommen konnte. Natürlich ist es ein Experiment und vielleicht wird sich diese digitale Literatur nie wirklich durchsetzen. Und dennoch verdient es auch dieses Genre oder vielmehr verdient es das Basler Publikum mit dieser Literaturrichtung auf eine einfache Weise in Kontakt zu kommen.

Nun, Tatsache ist, dass sowohl das Literaturhaus als auch das Literaturfestival dem lesenden Publikum eine sehr vielseitige Erlebnisplattform bietet, hautnah mit Literatur in Berührung zu kommen und dass wir in Basel eigentlich darauf stolz sein sollten, dass wir hier schweizweit das grösste derartige Event anbieten können, dessen Qualität auch über die Grenzen hinausstrahlt. Hinzu kommt, dass das Literaturhaus 2023 einen Think Tank etabliert hat, der das Team dabei unterstützt, den Prozess der interkulturellen Öffnung des Programms voranzutreiben und für mehr Diversität zu sorgen und innovative Wege zu gehen, um auch ein jüngeres Publikum anzusprechen.

Ich möchte kurz eine Replik geben auf die Mitgliederbeiträge und die Erhöhung von Mitgliederbeiträgen. Es gibt wohl nichts Schwierigeres und riskanteres, als das zu tun. Wir haben ganz praktische Beispiele, dass wenn man so etwas macht, die Mitgliederzahlen erst einmal ziemlich stark sinken und es vielleicht eine langfristige Investition ist, aber für kurzfristige Verbesserung der finanziellen Lagen in dem Sinn nichts taugt und risikobehaftet ist. Heute kämpfen alle Organisationen um Mitglieder, und Erhöhungen geben oft den Impuls, die Mitgliedschaft zu kündigen und nicht mehr zu zahlen.

Das GAB haben diese Argumente überzeugt, die wir jetzt auch von Sasha Mazzotti gehört haben. Wir hoffen, dass auch Sie sich dazu entschliessen können, das Literaturhaus mit zusätzlichen Geldern so zu finanzieren, dass es weiterhin über unsere Grenzen hinausstrahlen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Die FDP-Fraktion ist bei diesem Geschäft regierungstreu. Diese Debatte war ja eine Art-Achterbahnfahrt. Bei meiner Vorrednerin dachte ich am Schluss an einen gewissen Spruch. Da muss irgendwo ein Gerichtsschreiber oder eine Gerichtschreiberin ein Urteil begründen und sagt, all das und all das spricht für eine Verurteilung, trotzdem kommt das Gericht zum Schluss, es sei freizusprechen. Diese Linksumkehrwendung der geschätzten LDP-Fraktion überzeugt mich persönlich nicht. Ich glaube, wir haben das Geschäft intensiv beraten in der BKK und haben festgestellt, es gibt eine Erhöhung, die Beiträge wurden stetig erhöht, diese Erhöhung, wie von der Regierung beantragt, ist gerechtfertigt. Auf der Mitgliederbeitragsseite ist durchaus noch etwas Luft, auch wenn das symbolisch ist. Ich sage nicht, die Beiträge sind zu



erhöhen, aber die Anzahl Mitglieder, und Sie sehen 2021 gab es auch Mitgliederbeiträge von 15'180 Franken, die sind gesunken auf 13'740 Franken. Also die Mitglieder scheinen davonzulaufen.

Vielleicht sind Sie ein bisschen verwirrt durch diese Twister-Oktopus-Ausführungen und konnten dem nicht folgen. Dann vielleicht noch zum Gesundheitskostenargument: Ich bitte den Verein Literatur Basel, mit diesen Argumentationen zu den Krankenkassen zu gehen. Die sind ja die besten Sponsoren für das Literaturhaus und die werden zusammen doch noch etwa 50'000 Franken aufbringen können, wenn sich dadurch die Gesundheitskosten im Kanton Basel-Stadt markant senken lassen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, der Regierung und dem BKK-Antrag zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raoul Furlano möchte Ihnen eine Frage stellen. Die Zwischenfrage wird angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Wären Sie beruhigt zu erfahren, dass die LDP keine Kehrtwende gemacht hat, sondern an ihrer Fraktionssitzung dies eingehend und mit Mehrheit so beschlossen hat? Leider, da gebe ich Ihnen recht, steht in der Kreuztabelle ein Plus, was nicht ganz korrekt ist. Sind Sie beruhigt?

David Jenny (FDP): Nein. Bei Kulturfragen traue ich immer den Mitgliedern der BKK Ihrer Fraktion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP geht das Wort an Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion wird einer Erhöhung des Staatsbeitrages an den Verein Literatur Basel nicht zustimmen. Sie haben deshalb als Tischvorlage einen Änderungsantrag erhalten. Die SVP-Fraktion ist mit dem Vorgehen des Vereins Literatur Basel nicht einverstanden. Nach der Veröffentlichung des BKK-Berichtes verschickte der Verein Literatur Basel anscheinend einen Brief, in dem er dem BKK-Bericht sehr deutlich widerspricht. Leider haben weder mein Kollege Joël Thüring noch ich als BKK-Mitglieder dieses Schreiben zugesendet bekommen. Durch einen Zufall erhielt ich Kopie dieses Briefes und ich war doch sehr erstaunt, wie die obersten Verantwortlichen des Vereins Literatur Basel den BKK-Bericht zerlegen.

Die meisten Aussagen haben Sie bereits in den Voten der Befürworter des Erhöhungsantrag gehört. Diese haben anscheinend den Brief erhalten, doch ich möchte betonen, dass ein Bericht der BKK nach bestem Wissen und Gewissen und nach Erhalt aller möglichen Informationen während den Anhörungen aller Beteiligten verfasst wird. Da der Bericht der BKK einstimmig verabschiedet wurde, stelle ich die Frage in den Raum, ob ihr tatsächlich das Geschäft alle falsch interpretierten, denn in dem obenerwähnten Schreiben des Vereins Literatur Basel wird uns genau dies unterstellt.

In dem Brief wird erwähnt, dass die Transformationsprojekte, Einbau einer mobilen Bühnentechnik, Schaffung von technischen Voraussetzungen für die Buch Basel, Erneuerung des grafischen Auftritts inklusive Websites wie auch die Erneuerung der Oberlichter im Literaturhaus durch Drittmittel finanziert wurden und gemäss Budget umgesetzt werden konnten. Da aber im Ratschlag argumentiert wird, dass genau diese Neulancierungen dazu geführt haben, dass auf Rückstellungen zurückgegriffen werden musste, weil das Geld nicht reichte, steht dies in einem völligen Widerspruch zueinander. Diese Projekte hätten unseres Erachtens erst angegangen werden können, wenn die im Brief genannten zweckgebundenen Drittmittel zusammen mit den Beträgen aus dem laufenden Staatsbeitrag gereicht hätten.

Man kann einfach nicht neue Projekte lancieren, die man sich nicht leisten kann und danach das Geld mit der Bewilligung von Staatsbeiträgen einfordern. Dies ist schlichtweg die falsche Reihenfolge. Es ist auch ein schlechtes Zeichen an all die anderen Vereine, die Staatsbeiträge erhalten und die haushälterisch mit ihrem Geld umgehen und im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten neue Projekte lancieren. Ansonsten wird es am Schluss Schule machen, dass die vom Kanton unterstützten Vereine teure Projekte lancieren und danach die hohle Hand beim Kanton machen. Diese Vorgehensweise wollen wir nicht und setzen mit unserer Ablehnung somit ein Zeichen, dass wir einen solchen Ablauf weder schätzen noch unterstützen.

Nun gibt es aber auch noch Projekte, die bauliche Massnahmen zur Öffnung des Literaturhauses betreffen. Für diese wurden aber gemäss Ratschlag separate Investitionskostenbeiträge bewilligt, zum Beispiel der Ersatz der Oberlichter im Vereinssaal mit dem Argument, «dass dann in den Himmel geschaut werden kann.» Und das Interieur des Cafés sollte dann auch gleich noch erneuert werden. Der behindertengerechte Zugang erscheint uns absolut plausibel, aber nicht, wenn von einer ohnehin fälligen Renovation des Hauses die Rede ist, das einer Versicherungsgesellschaft gehört und die vielleicht auch eingebunden werden könnte.



Dass der Verein tatsächlich erst eine Woche vor seinem Auftritt in der BKK auf die Idee kam, einen Gönnerverein aufzulegen, macht dieses Geschäft auch nicht besser, zumal die erfolgreiche Buch Basel sich für eine gute Drittmittelakquise ja förmlich aufdrängt. Und unter dieser von der BKK bemängelten Drittmittelakquise verstehen wir weder die CMS noch die Beträge vom Kanton Basel-Landschaft und Gemeinden noch Stiftungen, sondern private Geldgeber, denn diese scheinen einen zu kleinen Beitrag auszumachen. Ich glaube nicht, dass ein einstimmig verabschiedeter Kommissionsbericht von einem Antragsteller als diskreditierend bezeichnet werden darf. Antragstellende haben in der BKK die Möglichkeit, ihre Anliegen zu begründen. Dies ist dem Verein Literatur Basel anscheinend nicht gelungen. Vor diesem Hintergrund lehnen wir jegliche Erhöhungen ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Sasha Mazzotti. Sie wird nicht angenommen. Damit kommen wir zu den Einzelvoten und hier hat sich Bruno Lötscher eingetragen.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ja, es stimmt, es gibt grundsätzliche Überlegungen, die wir hier anführen müssen, ob es richtig ist, wenn wir Vorlagen des Regierungsrates, die gut durchdacht und überlegt sind und in der Kommission beraten worden sind und dann dort nochmals verbessert worden sind, hier im Grossen Rat wiederum abändern sollen oder ob wir uns da nicht Zurückhaltung auferlegen sollten. Das ist richtig und man kann natürlich solche Prinzipientreue in den Vordergrund stellen und dann den Hintergrund, das Materielle eines Geschäfts relativ einfach ausklammern. In diesem Fall spreche ich als Einzelsprecher, weil das für uns in der Fraktion tatsächlich ein Thema war. Wir haben uns gesagt, eigentlich ist es nicht richtig, wenn wir hier im Grossen Rat dann noch an Geschäften schrauben, wenn die Kommission schon darüber gegangen ist. Die Mehrheit unserer Fraktion hat deshalb gesagt, wir folgen dem Antrag. Ich kann das aber als Einzelsprecher nicht tun in diesem Einzelfall, weil wir mit dem Literaturhaus etwas Aussergewöhnliches haben hier in Basel. Wir wissen es, wir alle lesen zu wenig, Literatur ist nicht mehr im Vordergrund, wir haben nicht mehr die Musse und Zeit zu lesen, und das Literaturhaus macht in diesem Sinne in diesem Zusammenhang eine enorm wichtige Aufgabe. Wir haben einige Leuchttürme, aber schweizweit gesehen haben wir nichts Vergleichbares mit der Literatur. Und dass wir hier jetzt aus grundsätzlichen Überlegungen, etwa weil die ehemalige Finanzdirektorin geweibelt habe, obwohl sie es gar nicht gerne gehabt habe, wenn im Parlament noch etwas geändert wurde, das wir jetzt also aus grundsätzlichen Überlegungen ein Geschäft abweisen oder nicht weiter entwickeln im Rat, das kann doch nicht sein, wenn wir zu einer besseren Überzeugung kommen. Was spricht denn dafür, dass wir hier noch 50'000 Franken zusätzlich sprechen, wie es die SP beantragt.

Manchmal muss man vielleicht sagen, verlieren wir nicht die Relationen. Wir können zehn solche Geschäfte machen, dann sind wir bei 500'000. Wir können 20 solche Geschäfte machen, sonst sind wir bei einer Million. Ich bin jetzt etwas mehr als ein Jahr in diesem Rat. Ja, wir machen manchmal solche Geschäfte, aber dann gibt es plötzlich ein Geschäft, wo wir 100 Millionen Mehrkosten durchwinken. Wenn wir das mal überlegen, was wir tun können mit diesen kleinen Beträgen, dann glaube ich, ist das ein Ort, wo wir sagen könnten: Ja, wir haben grundsätzlich unsere Prinzipien, aber die sind nicht da, um uns zu erwürgen, sondern um uns Massstab zu sein und wir können auch im Einzelfall mal über unseren Schatten springen. Ich meine, das hier sei eines dieser Geschäfte, wo wir über über unseren Schatten springen können.

Ich würde also als Einzelsprecher, nicht ganz allein in der Fraktion aber als Einzelsprecher, dem Antrag der SP, der auch von der liberaldemokratischen Partei und ich glaube von den Grünen unterstützt worden ist, ebenfalls unterstützen und bitten Sie, über Ihren Grundsatzschatten zu springen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Regierungsrat hat noch einmal das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wenn ich Ihnen heute Vormittag zuhöre, dann komme ich zum Schluss, unser Problem ist *embarras de richesse*. Das ist nicht dasselbe wie ein Luxusproblem. Es ist die Herausforderung, als Gemeinwesen adäquat mit so viel kulturellem Reichtum umzugehen. Es ist ein Privileg, dass wir derart grossartige Kulturinstitutionen haben in unserem kleinen Stadtkanton und es ist schön, dass wir eine lebendige Kulturszene haben, die auch immer neue Leistungen und Pläne erarbeitet. Aber es ist anspruchsvoll, sich als Subventionsgeber unterstützend, nachhaltig, fair und auch finanziell vernünftig zu verhalten.

Es ist immer verlockend, mehr zu geben, weil alle Institutionen und Angebote für sich sehr gute Argumente ins Feld führen. Wir müssen aber auch das grössere Ganze im Auge behalten. Wir müssen unsere Mittel fair verteilen und wir müssen auch die Kantonsfinanzen nachhaltig in der Zukunft unter Kontrolle haben. Deshalb kommt es dann zu Vertragsabschlüssen, die wir machen mit den Institutionen, die im Nachgang schon in der Kommission oder dann im im Plenum als noch ungenügend beurteilt werden. Man hätte gern mehr fair enough, das darf man immer sagen. Wir müssen irgendwo in dieser Mittelverteilung dann halt auch Grenzen ziehen und Beträge setzen. Wenn Sie darüber hinausgehen wollen, dann haben Sie selbstverständlich dieses Recht. Ich finde allerdings, es ist schon auch zu bedenken, dass Sie damit immer auch der



Verhandlungsposition des Kantons – und im Regierungsrat sind wir diejenigen, die verhandeln gemeinsam mit den Mitarbeitenden aus der Verwaltung – keinen Dienst erweisen, wenn Sie im Nachhinein dann jeweils grosszügig aufrunden. Das bitte ich Sie zu bedenken bei Ihrer Abstimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an die Kommissionspräsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Ich habe Verständnis für das Votum von Regierungsrat Lukas Engelberg betreffend Verhandlungsmandat. Ich wäre aber auch froh, wenn die Regierung Verständnis hätte, dass wir in den Kommissionen ja genau das machen müssen und dass halt der Ablauf so ist, dass wir einen Ratschlag, wenn er aus der Regierung kommt, nochmals anschauen müssen. Und ja, wir haben in der BKK wirklich intensiv diskutiert und ich glaube, wir haben gut abgewogen. Der Antrag, der jetzt auf dem Tisch liegt, haben wir in der BKK bereits diskutiert und er war nicht sehr eindeutig. Es war eine knappe Mehrheit, die dagegen war und nur eine knappe Minderheit, die unterlegen ist. Und darum finde ich auch die Diskussion zwischen LDP und FDP als immer wieder vermittelnde Kommissionspräsidentin nicht zielführend. Ich danke Ihnen für die Debatte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses Seite 6 des Berichts.

Titel und Ingress.

Einzigster Absatz

Hier liegen zwei Änderungsanträge vor, einer der Fraktion SP und einer der Fraktion SVP. Die Fraktion SP möchte die Staatsbeiträge auf 2,12 Millionen Franken erhöhen, die SVP auf 1,72 Millionen Franken senken. Wir führen die Debatte über die beiden Anträge und stimmen in einer Eventualabstimmung zuerst über diese beiden Anträge ab. Dann stellen wir den obsiegenden Antrag dem Antrag der BKK gegenüber.

Ich eröffne zu den Anträgen nochmals die Debatte. Möchten die Antragstellerinnen das Wort? Kommissionspräsidentin und Regierungsrat? Alle verzichten, das heisst, wir nähern uns dieser Eventualabstimmung.

Abstimmung

Eventualabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der SP, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der SVP

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002799, 07.02.24 10:50:50]

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter dem Antrag der SP zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 72 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung eventualiter für den Antrag der SP entschieden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung mit dem obsiegenden Antrag gegen den Antrag der BKK.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der SP, NEIN heisst Ablehnung (d.h. Zustimmung zum Antrag der BKK)

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 21 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002801, 07.02.24 10:51:46]



Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Änderungsantrag der SP

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag der SP zugestimmt mit 76 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen. Wir führen die Detailberatung weiter.

Publikations- und Referendums Klausel.

Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 10 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002803, 07.02.24 10:52:32]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Literatur Basel werden Ausgaben in Höhe von Fr. 2'120'000 (Fr. 530'000 p. a.) für die Jahre 2024 bis 2027 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 78 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

10. Förderung zeitgenössische Musik; Staatsbeiträge an das Musikbüro Basel für die Jahre 2024 bis 2026; Rahmenausgabenbewilligung Fachausschuss Musik BS/BL für die Jahre 2024 bis 2026/2029 im Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, Ratschlag des RR

[07.02.24 10:52:44]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt 3,147 Millionen Franken zu bewilligen. Das Wort geht an die Präsidentin der BKK Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Wir kommen zum dritten Bericht der BKK. Er liegt Ihnen nicht schriftlich vor, darum berichte ich mündlich.

Beim vorliegenden Ratschlag handelt es sich um die Staatsbeiträge an das Musikbüro Basel und die Rahmenausgabenbewilligung für den Fachausschuss Musik beider Basel. Beide Beiträge sollen nur für drei Jahre gesprochen werden, da es die Absicht ist, den Staatsbeitrag an das Musikbüro Basel, jener für die Programmförderung der Clubs und die Rahmenausgabenbewilligung für den Fachausschussmusik beider Basel per 2027 zu synchronisieren und ab dann gemeinsam zu behandeln und zu beschliessen. Ab 2027 soll dann wieder eine vierjährige Staatsbeitragsperiode gelten.

Das Musikbüro Basel erbringt seinen Auftrag zur Musikförderung im Bereich Pop, Rock, Hiphop und so weiter im Auftrag der beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft beträgt zurzeit 220'000 Franken pro Jahr und ist dort im regulären Budget eingestellt. Es wird davon ausgegangen, dass diese Unterstützung für die nächste bei Staatsbeitragsperiode beibehalten wird. Vom Kanton Basel-Stadt wird das Musikbüro aktuell mit 586'000 Franken pro Jahr unterstützt. Das Musikbüro Basel agiert als Förderplattform nahe an der Szene und im engen Austausch mit ihr. Es vergibt auf der Basis von Ausschreibungen und beurteilt durch eine Fachjury Förderbeiträge an Musikerinnen und



Musiker, an Bands sowie an das Business in der Region Basel. Mit der Umsetzung der Trinkgeldinitiative wird das Musikbüro Basel neu als Partner im Bereich der Förderung der Populärmusik verstanden und hat in diesem Zuge auch neue Aufgaben übernommen. So soll neu mit 14 Angeboten in 10 Bereichen eine effektive, effiziente und nachhaltige 360-Grad-Förderung erfolgen. Diese Förderung findet sowohl individuell direkt wie auch strukturell statt, soll in die Breite, aber auch in die Tiefe wirken und alle zeitgenössischen Stile der Popmusik berücksichtigen. Bereits beschlossen ist, dass das Musikbüro Basel auch die Klubförderung übernimmt.

Für die neue Staatsbeitragsperiode hat das Musikbüro Basel um eine Erhöhung der Staatsbeiträge ersucht, um die lancierten Neuerungen und die neuen Aufgaben nachfrageorientiert umsetzen zu können. Der Regierungsrat ist auf einen Teil der Erhöhungsanfragen eingetreten. So soll beispielsweise das Lohnniveau angehoben werden, damit faire Arbeitsbedingungen geboten werden können. Mit dem erhöhten Staatsbeitrag sollen aber auch Angebote im Bereich Diversität und Inklusion geschaffen und eine Kreativitätsförderung im Rahmen von Werkbeiträgen eingeführt werden. So beantragt der Regierungsrat einen jährlichen Betriebsbeitrag von 759'000 Franken für das Musikbüro Basel. Die Erhöhung des Betriebsbeitrages geht vollumfänglich zu Lasten der eingeplanten Mittel zur Umsetzung der Trinkgeldinitiative.

Noch ein paar Worte zu den Rahmenausgaben für den Fachausschuss Musik Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Der Fachausschuss Musik ist zuständig für die projektorientierte Förderung der neuen Musik unter besonderer Berücksichtigung des zeitgenössischen klassischen Musikschaffens in der Region. Die vier bikantonalen Fachausschüsse werden seit 2022 im Total paritätisch finanziert. So hat der Kanton Basel-Landschaft die Mittel zugunsten der Fachausschüsse Tanz und Theater, Literatur und Musik einheitlich erhöht. Beim Fachausschuss Musik geschieht das jetzt umgekehrt. Der Beitrag aus Baselstadt soll von jährlich 90'000 Franken auf 290'000 Franken erhöht werden. Diese Erhöhung um 200'000 Franken soll vollumfänglich für die Förderung des zeitgenössischen Jazz und der improvisierten Musik eingesetzt werden. Auch diese Erhöhung der Mittel gehen vollumfänglich zu Lasten der eingestellten Mittel zur Umsetzung der Trinkgeldinitiative.

Mit eben dieser Umsetzung findet zurzeit auch die im Kulturleitbild angekündigte umfassende Überprüfung der Musikförderung statt. Um dem zielgerecht zu werden, ein flexibles Fördersystem zu haben, das die Bedürfnisse aller Genres und Produktionsweisen in der Musik berücksichtigt, soll ab 2025 auch der Fachausschuss Musik überprüft werden. Die BKK hat sich den Ratschlag an einer Sitzung vorstellen lassen. Inhaltlich hat die Kommission kaum diskutiert, da die zusätzlichen Mittel via Trinkgeldinitiative zur Verfügung stehen und zwei bewährte und bestehende Institutionen oder Gefässe berücksichtigt werden. Moniert wurde, dass die Kommission nicht überprüfen kann, ob die Zielgruppe auch tatsächlich erfasst wird. Ebenfalls wurde ein weiteres Mal angesprochen, dass die zusätzlichen Mittel der Trinkgeldinitiative möglichst Personen oder Gruppen aus dem Kanton Basel-Stadt zugutekommen sollten.

Da die Förderung an der Stadtgrenze aber nicht ganz genau scharf getrennt werden kann, wird es immer eine Schnittmenge geben. Der Kommission ist es darum wichtig, dass in dieser ersten Förderperiode genau geschaut wird, wo die Gelder der Trinkgeldinitiative hingehen, ob die Zielgruppe, die man erreichen möchte, auch tatsächlich erreicht, gefördert und unterstützt wird. Die Kommission erwartet auch, dass spätestens in den kommenden Ratschlägen darüber berichtet wird.

Die BKK heisst die Ausgaben für das Musikbüro Basel in der Höhe von 2,277 Millionen Franken für die Jahre 2024 bis 2026 einstimmig mit 12 Stimmen gut. Ebenfalls heisst die Kommission die Staatsbeiträge für den Fachausschuss Musik beider Basel für die Jahre 2024 bis 2026 in der Höhe von 870'000 Franken einstimmig mit 12 Stimmen gut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat geht das Wort an Regierungsrat Lukas-Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir haben Ihnen den Sammelratschlag Förderung zeitgenössisches Musikschaffen vorgelegt, der zwei bisher separat behandelte Geschäfte umfasst, nämlich die Staatsbeiträge an den Verein Musikbüro Basel und die Rahmenausgabenbewilligung für den Fachausschuss Musik, gemeinsam mit dem Partnerkanton Basel-Landschaft.

Der gesamte Bereich der zeitgenössischen Musikförderung ist stark im Umbruch. Mit der Erneuerung der Kulturpartnerschaft mit Basel-Landschaft wurde beschlossen, dass im Fachausschuss Musik neu eine Jazz-Förderung eingesetzt werden soll. Der Kanton Basel-Landschaft hat hierfür seine Beiträge an den Fachausschuss per 2022 erhöht. Mit der Umsetzung der Trinkgeldinitiative – das betrifft jetzt nur unseren Kanton – wird der Bereich der Populärmusik in allen Genres gestärkt, und diese Förderung wird wesentlich durch das Musikbüro wahrgenommen. Aber auch die Förderung von Jazz und improvisierter Musik wird verbessert werden.

Die vom Grossen Rat im November 2023 verabschiedete Club-Förderung wird ebenfalls die Arbeitsbedingungen von Musikerinnen und Musikern aus den Populärgenres positiv beeinflussen. Per Januar 2024 hat die Kulturabteilung Basel-Stadt die Geschäftsführung des Fachausschusses Musik BS/BL übernommen. Der Kanton Basel-Landschaft übernimmt im Gegenzug die Geschäftsführung des Fachausschusses Literatur.

Meine Damen und Herren, für den Regierungsrat ist die Weiterführung einer stabilen Förderpartnerschaft mit dem Kanton Basel-Landschaft essenziell. Für die gemeinsamen Fachausschüsse ist weiterhin eine paritätische Finanzierung gewahrt,



ebenso eine Aufgabenteilung, die Synergien nutzt und dadurch Ressourcenkosten sensibel einsetzt. Von vier Fachausschüssen werden jeweils zwei von den kantonalen Kulturämtern in Basel-Stadt oder Basel-Landschaft in der Geschäftsführung betreut. Beide Kantone stellen paritätisch Mittel zur Verfügung. Im Total sind das bis 2023 für die vier Ausschüsse 1,665 Millionen Franken pro Jahr, ab 2024 sind es dann, sofern Sie hier der vorgelegten Erhöhung durch Basel-Stadt auch zustimmen, 1,865 Millionen Franken pro Jahr und Kanton.

Das Musikbüro hat eine Leistungsvereinbarung mit beiden Kantonen. Für die Popmusikförderung durch das Musikbüro führt der Kanton Basel-Landschaft seine Beiträge autonom, die werden weitergeführt. Hier besteht keine vertragliche Vereinbarung zwischen beiden Kantonen. Sie haben geschildert bekommen, die Anträge, die wir stellen, sind Erhöhungen im Vergleich zu den bisherigen Beträgen. Ich möchte das nicht wiederholen. Sie sehen das natürlich in den Anträgen von Regierungsrat und Kommission. Wichtig ist, uns, dass die gesamte Erhöhung von Seiten Basel-Stadt im Rahmen der Trinkgeldinitiative zu 100 Prozent angerechnet wird für beide Bereiche des Sammelratschlags, also sowohl für das Musikbüro wie auch für den Jazz und improvisierten Musik. Die Erhöhung um 200'000 Franken im Fachausschuss Musik soll spezifisch der Jazz-Förderung zugutekommen.

Damit wird nun der letzte Umsetzungsschritt der Trinkgeldinitiative angegangen, so wie er im Umsetzungsvorschlag des Regierungsrats vom September 2021 formuliert war und von Ihnen im März 2022 bestätigt wurde. Dabei kommen 50 Prozent der Erhöhung von Fördermitteln durch die Umsetzung der Trinkgeldinitiative dem Bereich Musik und der Klubförderung zugute, das sind rund 1,6 Millionen Franken, der andere Teil geht an Sparten übergreifende Fördermassnahmen und die Erhöhung von einzelnen Staatsbeiträgen für Plattformen und Institutionen, für das junge Kunstschaffen und das Theaterschaffen.

Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie uns die Weiterführung unserer Förderpolitik und unserer Partnerschaft auch mit Basel-Landschaft hier ermöglichen und den Anträgen ihre Zustimmung erteilen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Regierungsrat und die Kommissionssprecherin verzichten in der zweiten Runde. Eintreten wurde nicht bestritten Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1

Staatsbeiträge an das Musikbüro, Seite 27 des Berichts

Titel und Ingress

1. Staatsbeiträge

2. Teuerungsausgleich

Publikations und Referendums Klausel

Schlussabstimmung Grossratsbeschluss 1.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002805, 07.02.24 11:06:05]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für das Musikbüro Basel werden Ausgaben in Höhe von Fr. 2'277'000 (Fr. 759'000 p. a.) für die Jahre 2024 bis 2026 bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben zugestimmt mit 86 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2, Fachausschuss Musik, Seite 28 des Berichts.

Titel und Ingress



Einzigter Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002807, 07.02.24 11:06:54]

Der Grosse Rat beschliesst

Für Staatsbeiträge für den Fachausschuss Musik BS/BL für die Jahre 2024-2026/2029 wird

eine Rahmenausgabenbewilligung in Höhe von Fr. 870'000 (nicht indexiert) erteilt. Dabei

können Förderentscheide bis 31. Dezember 2026 getroffen und daraus resultierende Ausgaben bis 31. Dezember 2029 getätigt werden.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben auch dem Grossratsbeschluss zwei Fachausschuss Musik zugestimmt mit 82 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

11. Staatsbeitrag für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge (KOFFF) für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der GSK

[07.02.24 11:07:08, 23.0728.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits und Sozialkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt 680'000 Franken zu bewilligen. Für die Kommission geht das Wort an deren Präsidenten Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge, auch KOFF genannt, vermittelt und koordiniert seit 2015 Kontaktpersonen an Asyl suchende und geflüchtete Personen in Basel in so genannten Tandems. Zudem hilft die KOFF auch bei der Vernetzung von Projekten und Organisationen im Migrationsbereich. Die Koordinationsstelle wird vom Roten Kreuz betrieben und vom Kanton Basel-Stadt und der CMS beauftragt. Seit 2017 bestehen Staatsbeiträge, es handelt sich also um ein langjähriges und professionelles Angebot in der Freiwilligenarbeit.

Die KOFF hat das Ziel, den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Integration zu stärken und ermöglicht menschliche wertvolle Begegnungen zwischen geflüchteten und hier wohnhaften Menschen, dies ganz im Sinne der Integrations AG in der Schweiz und dem kantonalen Integrationsgesetz, welches festhält, dass Integration ein gesamtgesellschaftlicher Prozess ist, welcher sowohl die Einheimischen wie die Migrationsbevölkerung einschliesst.

Beispielsweise vermittelt die KOFF Freiwillige an Wohngemeinschaften mit geflüchteten jungen Erwachsenen oder eben auch an einzelne Asylsuchende und Flüchtlinge, um unter anderem beim Deutschlernen, bei Fragen im Alltag und bei der Wohnungs- und Arbeitssuche zu unterstützen. Die Koordinationsstelle arbeitet zudem eng mit der Sozialhilfe Basel-Stadt zusammen, welche für die Unterbringung, Betreuung und Integration der Asylsuchenden und Flüchtlingen beauftragt ist.

Der Regierungsrat beantragt die Fortführung des Staatsbeitrags für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge für die Jahre 2024 bis 2027 von insgesamt 680'000 Franken jährlich also 170'000 Franken. Der aktuelle Vertrag ist Ende 2023 ausgelaufen, infolge des Ukrainekriegs und der Zunahme von geflüchteten Menschen mussten Zusatzbeiträge gesprochen werden. Die ursprüngliche Finanzhilfe von 65'666 Franken wurde Mitte 2022 für die Jahre 2022 und 2023 um rund 56'000



Franken auf eine Finanzhilfe von insgesamt 122'000 Franken im Jahr erhöht. Zudem finanziert wird auch die CMS das Angebot mit 61'000 Franken.

Diese Erhöhung wurde von der Finanzkommission bewilligt. Seit der Übernahme des Projekts durch die SRK besteht ein strukturelles Defizit, welches von der gemeinnützigen Organisation mit Eigenmitteln getragen wird. Aus diesen Gründen hat die SRK einen Erhöhungsantrag gestellt, um der höheren Nachfrage gerecht zu werden und die Tandems auch in Zukunft auf 52 halten zu können. Diese erfordert eine Erhöhung der Personalressourcen um 45 Prozent auf total 230 Stellenprozente. Diese Erhöhung wurde vom Departement bewilligt. Ein weiterer Antrag zur Finanzierung von zusätzlichen Projekten wurde hingegen abgelehnt und somit soll der Gesamtbeitrag zur Finanzierung der KOFF ab 2024 neu bei 255'000 Franken liegen. Davon stammen 137'000 Franken aus dem WSU, 33'000 Franken aus dem PD, und 85'000 Franken sollen in der Zukunft von der CMS fliessen. Einen wesentlichen Teil der Finanzierung des Angebots, also mehr als die Hälfte, wird von der SRK über Eigenleistungen und zu einem grossen Teil mittels Freiwilligenarbeit zur Verfügung gestellt.

Die GSK hat den Ausgabenbericht an zwei Sitzungen in Anwesenheit des Vorstehers des WSU und dem Amtsleiter der Sozialhilfe behandelt. Nach einer kurzen Diskussion innerhalb der GSK war klar, dass das Angebot der KOFF auch in Zukunft mit finanziellen Mitteln unterstützt werden muss. Der Bedarf an einer 1 zu 1-Begleitung durch Freiwillige ist klar erwiesen und zeigt sich auch deutlich an der kontinuierlichen Zunahme der Tandems in den letzten Jahren.

Neben den Aufgaben in der Begleitung im Alltag gehört es auch zur Tätigkeit der Koordinationsstelle, neue Freiwillige zu rekrutieren und diese zu schulen, weiterzubilden und Supervision anzubieten. Die Sozialhilfe wird durch das Angebot wesentlich entlastet und ergänzt. Die Asylsuchenden und geflüchteten Menschen profitieren durch das Angebot von gesellschaftlichen Zugängen, die durch das Amt gar nicht oder nur schwer erwirkt werden können. Für eine integrative Begleitung der geflüchteten Menschen ist das Angebot der KOFF unerlässlich.

Die GSK beantragt einstimmig dem Grossen Rat, den Staatsbeitrag an die Koordinationsstelle für Flüchtlinge für die kommenden vier Jahre 2024 bis 2027 in der Höhe von insgesamt 680'000 Franken zuzustimmen. Die GSK bedankt sich bei der KOFF für die bisher geleistete Arbeit und ist überzeugt, dass die KOFF auch in Zukunft einen wertvollen Beitrag für die Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die Situation im Asylbereich ist zurzeit sehr anspruchsvoll. Viele Menschen sind auf der Flucht, viele Menschen stellen Asyl in der Schweiz. Der Bund ist dabei zurzeit sehr stark gefordert, die nötigen Ressourcen für die Unterbringung und auch insbesondere für die Behandlung der Gesuche zu erbringen. Der Bund fällt dann die Entscheide über die Gesuche, ob Menschen bleiben können, als vorläufig Aufgenommene oder als anerkannte Flüchtlinge, oder ob auf ihr Gesuch nicht eingetreten wird. Der Bund ist gefordert, dafür zu schauen, dass erstens die Pendenzen der Gesuchstellenden rasch abgebaut werden und dass auch die Rückführung der Menschen, die abgewiesene Gesuche haben, schneller vollzogen werden können, um die Asylsituation auch bei uns zu entspannen.

Viele Menschen erhalten aber einen positiven Entscheid nach der Prüfung, das heisst, sie bekommen eine Anerkennung als Flüchtlinge oder sie sind vorläufig aufgenommen. Hier ist der Kanton gefordert, diese Menschen unterzubringen, sie zu finanzieren und auch dafür zu schauen, dass ihre Integration hier bei uns in die Gesellschaft gelingt. Im Vordergrund stehen da sehr stark auch die Sprache und der berufliche Einstieg.

Da sind Freiwillige eine grosse Unterstützung und ich bin jetzt sehr dankbar für ihre Arbeit und die Arbeit der KOFF in diesem Bereich. Freiwilligenarbeit entlastet damit die Arbeit der Sozialhilfe und von uns als Kanton und Stadt und sie fördert insbesondere die Integration der Menschen, die hier bei uns bleiben. Und es funktioniert auch beidseitig, auch von den geflüchteten Menschen zu den Freiwilligen entstehen positive Kontakte und Effekte.

Aus diesem Grund ist das Angebot der Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge, die von der SRK geführt wird, enorm wichtig Sie schauen, dass Freiwillige sich melden können, rekrutiert werden. sie schauen dafür, dass es zu einer Zusammenführung kommt der geflüchteten Menschen mit den Freiwilligen und sie begleiten diese Tandems auf ihrem Weg. Dieses Angebot ist sehr erfolgreich, die Zahlen sind steigend. Im Jahr 2020 waren es noch 191 Tandems, im Herbst letzten Jahrs waren es schon 280. Diese Entwicklung ist sehr positiv zu werten und wir als Kanton und Stadt haben ein grosses Interesse, dass diese Arbeit wirkungsvoll und erfolgreich weitergeführt werden kann.

Aus diesem Grund beantragt Ihnen der Regierungsrat eine Erhöhung des Staatsbeitrags an die KOFF um 48'000 Franken auf neu insgesamt 170'000 Franken pro Jahr, dies mit dem Ziel, dass das Potenzial an Freiwilligen möglichst ausgeschöpft werden können kann und dass auch genügend Zeit für die Tandems zur Verfügung steht, damit sie wirkungsvoll agieren können.

An dieser Stelle möchte ich danken. Ich möchte all den Freiwilligen danken, die bereit sind, diese wichtige Integrationsarbeit zu leisten zugunsten der geflüchteten Menschen und zugunsten unserer Gesellschaft. Ich möchte dem SRK und seinen



Mitarbeitenden danken. Ich möchte der CMS-Danken für ihre Mitfinanzierung und auch für die Erhöhung ihrer Unterstützung, gleichzeitig mit dem Kanton, und ich bedanke mich auch bei der GSK für die Prüfung unseres Antrags.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurden keine Fraktionsvoten eingetragen. Damit geht das Wort als Einzelsprecher an Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Grossrat der Liste Ausländer Stopp stelle ich Antrag auf Rückweisung und Nichteintreten. Ich muss einfach sagen, die hohle Hand aufmachen geht nicht. Es bringt viele Bürger in Wallung, auch mich. Wir reden hier über den Betrag von einer Million. Dann heisst es wieder, es ist freiwillig. Aber wenn es freiwillig ist, warum kriegen die Leute dann Geld? Also ich verstehe es nicht, auch wenn ich im Gymnasium gewesen bin, freiwillige Arbeit ist gratis. Das nennt sich auf Hochdeutsch ehrenamtliche Arbeit. Warum gibt es denn Geld?

Wenn ich das Wort Flüchtlinge höre oder lese, wie jetzt heute am Morgen in der Tagesordnung, dann steigt bei mir der Blutspiegel. Es ist für mich ein Reizwort und es macht sich Wut breit und es kommen Wörter wie Benachteiligung hoch. Das sagen immer mehr Leute. Als Einthema-Partei muss ich zu dieser Sache reden und ich bitte auch die SVP, bei dieser Abstimmung entweder Nein zu stimmen mit mir oder sich anstandshalber zu enthalten.

Der Herr Präsident hat heute Morgen eine gute Rede, in der es auch um das Thema Ausländer gegangen ist. Ich bin einverstanden, was er gesagt hat, aber Sie haben auch gesagt, es gibt verschiedene Meinungen, man muss die verschiedenen Meinungen akzeptieren und man muss die verschiedenen Meinungen aushalten können. Es fiel das Wort schamlose Infragestellung von humanitärer Hilfe.

Wenn viele Leute, die Schweizerdeutsch reden, nichts zum Essen haben, dann verstehe ich das. Es ist einfach bei der Bevölkerung ein gewisser Neid da, eine gewisse Eifersucht und ein Verlierergefühl. Dann wird von diesen Leuten eine Politik gemacht, die nicht akzeptiert, dass so viele Gelder an Leute fliessen.

Ich selber habe grosses Verständnis für Flüchtlinge. Meine Mutter ist als Flüchtling aus der DDR gekommen, weil sie nichts mit dem Kommunismus zu tun haben wollte. Aber die Leute, die damals aus der Tschechoslowakei und der DDR kamen, haben alle gearbeitet bis zur Pensionierung.

Es wurde gesagt, Tandems förderten den gesellschaftlicher Zusammenhalt. Aber den gesellschaftlichen Zusammenhalt kann ich nicht sehen und ich weiss, was draussen los ist. Wenn man der Bevölkerung auf den Zahn fühlt, weiss man, dass die Bevölkerung das nicht will. Und ich möchte das auch nicht. Darum stimme ich mit gutem Herzen Nein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchte der Regierungsrat nochmals das Wort? Er verzichtet. Der Kommissionspräsident verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde bestritten von Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer auf das Geschäft eintreten will, stimmt JA, wer nicht eintreten will stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002809, 07.02.24 11:22:15]

Der Grosse Rat beschliesst

Eintreten

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben beschlossen, auf das Geschäft einzutreten mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Auch Rückweisung wurde beantragt von Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN



Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 73 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002810, 07.02.24 11:22:56]

Der Grosse Rat beschliesst

die Abstimmung wird wiederholt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir wiederholen die Abstimmung.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 89 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002812, 07.02.24 11:23:34]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben beschlossen, das Geschäft nicht zurückzuweisen mit 89 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 5 des Berichts

Titel und Ingress,

einzigster Absatz.

Publikationsklausel.

Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002814, 07.02.24 11:24:18]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge KOFFF werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 680'000 (Fr. 170'000 pro Jahr) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Oliver Bolliger (GAB): Beim beantragten Staatsbeitrag an die Initiative CLINNOVA für die kommenden drei Jahre handelt es sich um eine erstmalige Finanzhilfe. CLINNOVA Innovation in Healthcare ist eine Forschungsinitiative mehrerer Universitäten und Kliniken in Luxemburg, Deutschland, Frankreich und der Schweiz. CLINNOVA konzentriert ihre Forschungstätigkeit auf



drei Autoimmunerkrankungen, darunter Multiple Sklerose, die häufigste Immunkrankheit des Nervensystems. Das Projektziel von CLINNOVS ist die Erschliessung des Potenzials von künstlicher Intelligenz im Zusammenhang mit grossen Datenmengen für das Gesundheitswesen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen Aufschluss zu Wirksamkeit von Therapieformen in unterschiedlichen medizinischen Gebieten geben. Die Gesamtverantwortung für die wissenschaftliche Koordination der verschiedenen Arbeitspakete liegt in der Schweiz am Universitätsspital Basel und der Universität Basel. Geforscht wird hauptsächlich im Basler Research Center for Clinical Neuroimmunologie and Neuroscience. Dieses Center ist eine Non-Profit-Stiftung des USB und der Universität Basel und genießt auf dem Gebiet der Multiple Sklerose-Forschung ein internationales Ansehen.

Die bisherige Vorstudie, welche Ende letztes Jahr ausgelaufen ist, wurde mit Mitteln des Bundes und der Kantone finanziert. Nun beginnt die produktive Projektphase mit drei simultanen Arbeitspakete für den Standort in Basel. Es handelt sich dabei um folgende: Aufbau einer IT-Infrastruktur mit dem notwendigen Datenschutz, prospektive klinische Studie mit der Anwendung künstlicher Intelligenz auf die grossen Datenmenge eben im Bereich Multiple Sklerose und für die Projektkoordination und Kommunikation sowie juristische und ethische Beratung. Für die produktive Projektphase ab 2024 beteiligen sich die Region Grand Est und Luxemburg mit je 20 Millionen Franken und das Land Baden-Württemberg mit 10 Millionen Franken. Für den Standort Basel wurden abgesehen von der Eigenbeteiligung der Universität und des USB und des Forschungszentrums noch keine Finanzen bewilligt. Damit der Standort Basel sich an der produktiven Projektphase beteiligen kann, wurden von Seiten des USB und der Universität ein finanzieller Beitrag von 4 Millionen Franken für die kommenden drei Jahre beantragt. Die Eigenbeteiligung der Projektseite beträgt ein Drittel, der Kanton würde sich mit zwei Dritteln an den Kosten beteiligen.

Aus Sicht der Regierung stimmt das Projektkino mit den Eignerstrategien für das USB und für die Universität überein. Die Nutzung von grossen strukturellen Datenmengen ist ein dringendes Bedürfnis im Gesundheitswesen und CLINNOVA bietet eine hervorragende Gelegenheit, einen Beitrag zur Spitzenforschung zu leisten und das USB und die Universität als innovativen Partner zu positionieren als auch Basel an ein europäisches Netzwerk zur Nutzung von reichhaltigen Datenquellen und der personalisierten Medizin anbinden zu können. Der Regierungsrat beantragt deshalb einen Staatsbeitrag für die Initiative CLINNOVA für die Jahre 2024 bis 2026 in der Höhe von insgesamt 4 Millionen Franken in Form einer Finanzhilfe.

Der Ratschlag wurde von Seiten des Departements durch den Vorsteher und den Leiter Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen sowie von Seiten der Universität und Universitätsspital vom Direktor des Forschungszentrums und von der Gesamtprojektverantwortlichen vorgestellt. Die GSK hat den Ratschlag an zwei Sitzungen behandelt. Die GSK unterstützt die Vorlage. Es ist ihr aber sehr wichtig, dass die Ergebnisse der Grundlagenforschung durch die Trägerstiftung abgesichert werden. Allfällige Materialgüteransprüche sollen in einem institutionellen Rahmen bleiben, da diese durch die öffentliche Hand finanziert wurden. Nutzung durch Dritte beziehungsweise Private müssten abgegolten werden.

Die GSK begrüsst auch die Teilnahme am Forschungsprojekt, weil es unter anderem auch um wichtige Grundlagenforschung zur Multiplen Sklerose geht und hier hat Basel eine wertvolle Position. Im regionalen Krankheitsbild hat MS eine grosse Bedeutung und medizinischer Fortschritt in der Behandlung der Krankheit ist sehr zu begrüssen. Die GSK sieht es aber auch durchaus kritisch, dass für ein solches spezifisches und wichtiges Forschungsprojekt die Form einer kantonalen Finanzhilfe gewählt werden muss und andere Zugänge über Bundesgelder aus dem Nationalfonds oder weitere finanzielle Forschungsmittel nicht beantragt beantragt werden konnten. Es handelt sich ja dabei im Gegensatz zum Beispiel zum IUB nicht um ein ganzes Institut, sondern um ein Forschungsprojekt. Auch der zeitliche Druck irritiert die GSK, so dass ohne die Finanzierung von Seiten des Kantons das wichtige Forschungsprojekt zwischen Stuhl und Bank fallen würde.

Die GSK begrüsst das Ansinnen der Regierung, dass die Finanzierung von CLINNOVA nach 2026 ohne Staatsbeiträge gesichert werden soll. Aufgrund der Trägerschaft mit der bikantonalen Universität Basel bedauert die GSK, dass sich der Kantons Basel-Landschaft nicht am Forschungsprojekt beteiligen will. Insgesamt sieht die GSK aber ein Problem bei der Verantwortungsübernahme vor allem durch den Bund. Zukünftige Forschungsprojekte im Bereich der Spitzenmedizin können nicht allein durch kantonale Finanzhilfen getragen werden.

Ein Teil der Kommission weist auf den Umstand hin, dass nun zum wiederholten Male für wissenschaftliche technische Grossprojekte unter Zeitdruck hohe finanzielle Mittel beantragt werden müssen, dies unter anderem auch unter dem Gesichtspunkt, dass für soziale Projekte teilweise um viel geringere Mittel gerungen werden muss. Doch dieser Aspekt allein ist für die GSK kein Hinderungsgrund, dem vorliegenden Ratschlag zuzustimmen.

Die GSK beantragt nach eingehender Debatte dem Grossen Rat, die Beschlussvorlage Staatsbeitrag für die Initiative CLINNOVA für die Jahre 2024 bis 2026 zuzustimmen und insgesamt Ausgaben von 4 Millionen Franken für die drei kommenden Jahre zu sprechen.



12. Staatsbeitrag für die Initiative «CLINNOVA – Innovation in Healthcare» für die Jahre 2024 bis 2026», Bericht der GSK

[07.02.24 11:24:31, 23.0958.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Präsidenten der GSK Oliver Bolliger.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat nun Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir beantragen Ihnen mit dem vorliegenden Ratschlag die Bewilligung von Ausgaben für einen Staatsbeitrag für die Initiative CLINNOVA Innovation in Healthcare für die Jahre 2024 bis 2026 in der Höhe von insgesamt 4 Millionen Franken. Die Forschungsinitiative CLINNOVA, die von Luxemburg, Deutschland und Frankreich mitgetragen wird, setzt sich zum Ziel, das Potenzial von künstlicher Intelligenz im Zusammenhang mit grossen Datenmengen für das Gesundheitswesen besser zu erschliessen. Daten von Patientinnen und Patienten können, wenn sie in grosser Zahl vorliegen, automatisiert miteinander vernetzt und analysiert werden. Mittels präziser Algorithmen können Erkenntnisse zur Wirksamkeit von Therapieformen gewonnen werden. CLINNOVA sieht die Entwicklung von grenzüberschreitenden Forschungsplattformen vor, in denen die Datenpools der einzelnen Forschungsstandorte analysiert werden können. Dabei werden nicht die Daten reisen, sondern es werden die Analysealgorithmen reisen stellen sich also insofern nicht grosse grenzüberschreitende Probleme im Datenschutz.

Für die Datenanalyse ausgewählt wurden beispielsweise Krankheitsbilder aus dem Bereich der häufigsten chronischen Autoimmunerkrankungen, Multiple Sklerose, rheumatoide Arthritis und entzündliche Darmerkrankungen. Gerade im Bereich der MS-Grundlagenforschung ist der Standort Basel führend und verfügt mit dem MS-Zentrum am Universitätsspital über einen einzigartigen Datenpool, der von hochkompetenten, international führenden multidisziplinären Forschungsgruppen gepflegt und genutzt wird. Durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Projektpartnern kann die Menge an qualitativ hochwertigen medizinischen Daten nochmals signifikant vergrössert und damit eine kritische Masse erreicht werden, die für die Entwicklung von aussagekräftigen Modellen notwendig ist.

Die Projektschritte und die Zahlen hat Ihnen der Kommissionssprecher schon ausführlich geschildert, ich möchte das hier nicht wiederholen. Ich möchte vielleicht kurz eingehen auf einen Punkt, den der Kommissionssprecher sehr zu recht moniert hat, nämlich ob das nicht ungewöhnlich sei, dass wir diese Art von Projekt hier als Kanton unterstützen. Dazu kann ich sagen, dass wir alternative Finanzierungsmöglichkeiten selbstverständlich auch geprüft haben. Eine Weiterführung des Projekts durch Mittel der neuen Regionalpolitik ist aufgrund der zu geringen Mittel nicht möglich, eine Mitfinanzierung durch den Bund ebenfalls nicht, das ist bedauerlich, aber irgendwie erklärbar. Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO macht keine Forschungsförderung, die ist bei Innosuisse oder beim Nationalfonds, und die unterstützen indessen keine Infrastrukturprojekte. Unser Projekt hier ist ein Hybrid zwischen Forschungs- und Infrastrukturprojekt, etwas Besonderes. In diesem Fall glauben wir, ist es legitim, dass wir als Kanton und als Träger der Institutionen, die hier mitwirken, einspringen.

Das vorliegende Projekt ist eine hervorragende Gelegenheit, einen Beitrag zur Spitzenforschung zu leisten, das Unispital und die Universität Basel als innovative Partner für die in unserer Region so bedeutsame Life-Sciences-Industrie zu positionieren sowie die Ausstrahlung und Bedeutung dieser Institutionen in einem wichtigen Gebiet der Medizin entscheidend zu stärken. Dadurch kann für den Forschungs- Gesundheits- und Wirtschaftsstandort Basel ein wichtiges Signal ausgesandt werden.

Da CLINNOVA mit der beantragten Anfangsinvestition in den ersten drei Jahren 2024 bis 2026 die Basis für die transnationale Forschung entscheidend verbessern und vergrössern wird, haben alle an diesem Projekt Beteiligten ein grosses Interesse an der Fortsetzung von CLINNOVA nach 2026 und werden Wege finden, in Zusammenarbeit mit verschiedenen nationalen und internationalen Förderorganisationen sowie mit der Industrie, die notwendigen Mittel für die Weiterführung des Projekts aufzubringen. Vor diesem Hintergrund soll aus heutiger Sicht das Staatsbeitragsverhältnis nach 2026 grundsätzlich nicht weitergeführt werden.

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass die avancierte Nutzung strukturierter Gesundheitsdaten einem dringlichen Bedürfnis des gesamten Gesundheitswesens entspricht. Die Erschliessung des Potenzials von künstlicher Intelligenz im Zusammenhang mit grossen Datenmengen kommt der Spitzenforschung, der klinischen Forschung und der medizinischen Produkteentwicklung, dann aber auch der Gesundheitsversorgung und somit den Patientinnen und Patienten zugute, in Zukunft möglicherweise auch vermehrt der Prävention.

Eine Finanzierungszusage ist die klare Willensbekundung zugunsten der medizinischen Forschung und der gezielten Weiterentwicklung der darin tätigen Institutionen sowie zur Stärkung des Life-Sciences-Standorts Basel. Sie unterstreicht die Wettbewerbsfähigkeit des Unispitals und der Universität Basel sowie deren Bedeutung für die Leitindustrie der Region und sendet dadurch auch ein politisch wichtiges Signal aus. Auch ist die klare Willensbekundung zur Intensivierung der



internationalen Forschungszusammenarbeit in Europa hervorzuheben. Sie wissen, dass wir das bei jeder Gelegenheit betonen, dass die Schweiz wieder vollen, gleichberechtigten Zugang zu den europäischen Forschungsprogrammen braucht. Hier haben wir eine Möglichkeit, in einem separaten Rahmen in ähnliche Projekte einzusteigen und das ist auch ein wichtiges Bekenntnis, das wir hier abgeben können. Ich bin also dankbar, wenn Sie unseren Anträgen zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde verzichten der Regierungsrat und auch der Kommissionssprecher. Eintreten wurde nicht bestritten Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 6 des Berichts

Titel und Ingress

einzigster Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002816, 07.02.24 11:38:16]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Initiative «CLINNOVA – Innovation in Healthcare» werden für die Jahre 2024 bis 2026 Ausgaben von insgesamt Fr. 4'000'000 (2024: Fr. 1'560'000, 2025: Fr. 1'295'000, 2026: Fr. 1'145'000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen.

13. Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisation zur Erweiterung der Beachhalle Im Wasenboden 6, 4056 Basel, Ratschlag des RR

[07.02.24 11:38:29, 23.0507.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Kommission JSSK hat das Wort Gabriel Nigon.

Gabriel Nigon (LDP): Zur Ausgangslage: Mit seinem Ratschlag beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, für die Projektierung und Realisation der Erweiterung der Beachhalle Basel am Standort Im Wasenboden Brückenkopf eine einmalige Ausgabe in der Höhe von 2,35 Millionen Franken. Im Wesentlichen soll mit diesem Projekt die Beachhalle Basel unter der Strassenbrücke Luzernerring um zwei weitere Trainings-Felder für Beachvolleyball ausgebaut werden, da diese Flächen durch das Tiefbauamt nicht mehr genutzt werden. Gestützt auf eine Machbarkeitsstudie und die darauf basierende Kostenschätzung mit einer Kostengenauigkeit von +/- 20 Prozent werden die Kosten mit 2,35 Millionen Franken veranschlagt. Darin ist eine Reserve von 20 Prozent für Unvorhergesehenes eingerechnet. Für die näheren Ausführungen wird auf den Ratschlag verwiesen.

Zum Vorgehen der Kommission: Die JSSK befasste sich an den drei Sitzungen vom 10. Januar, 17. Januar sowie 24. Januar 2024 mit der Vorlage. Anlässlich der ersten Sitzung wurde das Projekt durch die Verwaltung, vertreten durch die Herren Steve Beutler ED, Christian Mehlisch FD und Stefan Segessenmann BVD präsentiert. Im Anschluss an die zweite Sitzung



wurde die Verwaltung um eine schriftliche Stellungnahme zu den Alternativen einer Beachhalle ersucht. Im Rahmen der dritten Sitzung wurden die Antworten der Verwaltung vom 23. Januar 2024 diskutiert.

Zu den Erwägungen der Kommission: Diskutiert wurde, Beachhalle Im Wasenboden die optimalste Lösung darstellt oder durch die Errichtung von Ballonüberdachungen von bestehenden Feldern im St. Jakob oder auf dem Rankhof mehr und kostengünstigere Winterplätze für Training und Wettkämpfe geschaffen werden könnten. Gemäss der erwähnten Antwort der Verwaltung werden auf der Sportanlage St. Jakob im Winter zwei Drittel der beleuchteten Beachvolleyballfelder vom Sand befreit und für den Fussball genutzt. Zudem verhindert der dortige Teilzonenplan der Gemeinde Münchenstein die für den Beachvolleyball erforderliche Gebäudehöhen. Im Rankhof werden die baulichen Gegebenheiten als schwierig eingeschätzt. Zudem wird angenommen, dass eine Traglufthalle für zwei Beachvolleyballfelder einer Investition von rund 2,76 Millionen Franken bedarf. Die Kommission kam deshalb zum Schluss, dass sich durch den Auszug des Tiefbauamtes aus der besagten Liegenschaft eine Opportunität für den Beachvolleyball ergeben hat, welche wahrgenommen werden soll.

Zum Antrag der Kommission: Am 24. Januar 2024 beschloss die Kommission mit 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Grossen Rat die Genehmigung des Beschlussentwurfs zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisation zur Erweiterung der Beachhalle Im Wasenboden 6 in Basel zu beantragen. Des weiteren beschloss die Kommission stillschweigend mündliche Berichterstattung und bestimmte den hier Sitzenden zum Sprecher der Kommission. Im Namen der JSSK bedanke ich mich für ihre Aufmerksamkeit und Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Zuerst einmal vielen herzlichen Dank an die Kommission für die kritischen Fragen und für die sehr rasche Behandlung. Ich glaube, das ist wirklich auch wichtig gerade mit Blick darauf, dass es wenig Sinn machen würde, wenn wir im ersten Quartal 2026 fertig würden mit diesem Projekt, denn die Halle wird ja vor allem im Winter genutzt. Die schnelle Behandlung stellt sicher, dass wir das auch wirklich für den übernächsten Winter bereitstellen können.

Es wurde erwähnt vom Kommissionssprecher, dass das wirklich eine Chance ist. Es sind dort bereits sanitäre Anlagen vorhanden, es gibt Umkleidekabinen, die jetzt intensiver genutzt werden können. Man kann das erweitern in den Räumlichkeiten gleich nebenan. Da gibt es wirklich auch Möglichkeiten für Synergien in den jetzigen Räumlichkeiten. Es ist auch klar, die Nachfrage ist da. Während es im Sommer zahlreiche Trainingsmöglichkeiten über die ganze Stadt und über den ganzen Kanton verteilt gibt, müssen sich im Winter im Kanton Basel-Stadt alle Beach-Sportler dieses eine Feld teilen. Deshalb freue ich mich über die einstimmige Zustimmung der Kommission und bitte Sie, diese Ausgabenbewilligung zu sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Fraktionsvotum hat sich Gianna Hablützel-Bürki eingetragen für die SVP.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Ich stehe heute vor Ihnen, um meine Bedenken hinsichtlich der vorgeschlagenen Erweiterung der Beachvolleyhalle um 2,35 Millionen Franken zum Ausdruck zu bringen. Es ist bedauerlich, dass der Regierungsrat erneut versäumt hat, die notwendige Sorgfalt walten zu lassen, um die optimalen Lösungen für unsere Gesellschaft zu erarbeiten. Die Tatsache, dass die Idee einer Erweiterung ohne vorherige Konsultation von Sportexperten und Verantwortlichen beziehungsweise Betroffenen präsentiert wurde, ist leider nicht überraschend. Die Argumentation, wonach die Halle von einem auf drei Beachfelder mit minimalem baulichem und finanziellem Aufwand erweitert werden soll, erscheint oberflächlich. Es stellt sich die Frage, ob 2,35 Millionen Franken tatsächlich als minimaler finanzieller Aufwand für eine Erweiterung gelten können, die lediglich ein zusätzliches Feld von Normgrösse und ein kleines Feld für den Nachwuchs vorsieht. Es obliegt unserer Verantwortung, den Sport in Basel zu fördern, doch dies erfordert eine sorgfältige Planung und Rücksichtnahme auf die breite Palette sportlicher Bedürfnisse.

Es ist fraglich, ob ernsthafte Bemühungen unternommen wurden, alternative Räumlichkeiten zu finden, die sämtlichen Anforderungen des Beachvolleyballsports gerecht werden. Trainings-Felder sollten den gängigen Normen entsprechen, um allen Athleten optimale Trainingsbedingungen zu bieten. Wir alle wissen, Basel leidet zweifellos unter einem Mangel an Hallen und Trainingsflächen für den Vereinssport. Wenn wir wirklich etwas für den Basler Sport tun wollen, müssen wir sicherstellen, dass unsere Investitionen nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig nachhaltig sind und ausreichend Platz für umfassendes Training bieten. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Anliegen des Sports nicht halbherzig behandelt, sondern dass endlich konkrete Massnahmen ergriffen werden.

Der Grosse Rat hat die Verantwortung sicherzustellen, dass die vorgeschlagenen Investitionen nicht nur dem einfachsten, sondern dem besten Ergebnis für die Gesellschaft dienen. Daher appelliere ich an Sie, diesen Vorschlag kritisch zu hinterfragen und sicherzustellen, dass alternative Lösungen und Bedürfnisse künftig im Bereich des Vereinssports



angemessen berücksichtigt werden. Wir müssen sicherstellen, dass die bereitgestellten Mittel effektiv und verantwortungsbewusst eingesetzt werden.

Dennoch ist es im Interesse des Sports unumgänglich, heute eine Zustimmung zu einem Ratschlag zu geben, der grundsätzlich zurückgewiesen werden muss, da er in seiner gegenwärtigen Form nicht akzeptabel ist. Wir können jedoch keine weitere Zeit verlieren, sondern müssen heute entscheiden. Nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach» beantrage ich im Namen der SVP-Fraktion die Zustimmung zu diesem Ratschlag.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Einzelvotum hat sich Alex Ebi eingetragen.

Alex Ebi (LDP): Ich danke für das ausführliche Votum von Gianna Hablützel-Bürki. Sie hat ganz viel und eigentlich alles auf den Punkt gebracht. Es geht genau um das, der Sport ist am Schluss oft in dieser Situation, dass man dann halt einfach sagt, besser das als gar nichts. Natürlich ist es schwierig in unserem Kanton, wir haben einfach zu wenig Platz. Das Sportanlagekonzept 2022 sagt das auch, wir sollten mehr Hallen haben.

Die Situation mit diesen Sporthallen dürfen wir einfach nicht aus den Augen verlieren. Wenn man dann etwas macht auf dem kleinen Platz für den Sport, dann ist wichtig, dass man das wirklich optimal dann auch wirklich einsetzt, jeden Franken, den wir für den Sport kriegen können, müssen wir optimal einsetzen. Und darum wäre es mir auch wichtig, dass die Hauptmieter, und das sind jetzt hier in diesem Fall die Beachvolleyballerinnen und die Beachvolleyballer, rechtzeitig gefragt werden: Was brauchen Sie ganz genau, was können wir dort richtig optimal machen, dass die 2,3 Millionen wirklich optimal eingesetzt werden?

Natürlich bin ich dafür, dass man das entgegennimmt. Natürlich nehmen wir das als Sportler und als Sportlerinnen dankend an. Grossartig, dass die Verwaltung an das gedacht hat. Und trotzdem, der Weg ist noch lange nicht zu Ende, viele Sportarten haben immer noch nicht die nötigen Räumlichkeiten, die sie brauchen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein zweites Votum, der Kommissionssprecher ebenso.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung Seite 10 des Ratschlags

Titel und Ingress

einzigster Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002818, 07.02.24 11:51:13]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Projektierung und Realisation (inkl. Reserve) der Erweiterung der Beachhalle Basel am Standort «Im Wasenboden / Brückenkopf» wird eine einmalige Ausgabe in der Höhe von Fr. 2'350'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich, Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Bildung, Immobilien Basel-Stadt bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung und keiner Nein-Stimme.

Ich hatte mir vorgenommen, mit dem nächsten Traktandum noch anzufangen, wenn wir noch mindestens 10 Minuten zur Verfügung haben. Das ist jetzt nicht mehr der Fall und somit entlasse ich Sie bereits in die Mittagspause.

Schluss der 1. Sitzung

11:51 Uhr



Protokoll

der 2. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 7. Februar 2024, um 15:00 Uhr

- Vorsitz:** *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
- Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
- Abwesende:** Tim Cuénod (SP), Jo Vergeat (GAB), Pascal Messerli (SVP), Tobias Christ (GLP), Alexandra Dill (SP), Leonie Bolz (SP), Pascal Pfister (SP), Beda Baumgartner (SP).

Verhandlungsgegenstände:

14.	Neue Interpellationen.....	2
14.1.	Interpellation Nr. 1 Adrian Iselin betreffend Bedeutung des Longines CHI Classics Basel	2
14.2.	Interpellation Nr. 2 Oliver Bolliger betreffend Zugang für auswärtige obdachlose Frauen zur Frauen-Notschlafstelle und der Umgang der Notschlafstellen mit Kältwellen	3
14.3.	Interpellation Nr. 3 Eric Weber betreffend Sicherheit bei Parlaments-Sitzungen.....	5
14.4.	Interpellation Nr. 4 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend alarmierender Situation im Betrieb des Kasernen-Hauptbaus.....	5
14.5.	Interpellation Nr. 5 Daniel Seiler betreffend abgelehnter Stadtklimainitiativen	5
14.6.	Interpellation Nr. 6 Nicola Goepfert betreffend der Ausweitung der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage	6
14.7.	Interpellation Nr. 7 Felix Wehrli betreffend Ladendiebstähle ohne Polizei?	7
14.8.	Interpellation Nr. 8 Beda Baumgartner betreffend Informationspolitik zu Massnahmenpaket	8
14.9.	Interpellation Nr. 9 Jenny Schweizer betreffend Wasseranalysen Deponie Maienbühl.....	9
14.10.	Interpellation Nr. 10 Joël Thüning betreffend Samidoun: Die in Deutschland verbotene antisemitische Organisation ist weiterhin in Basel aktiv	10
14.11.	Interpellation Nr. 11 Tonja Zürcher betreffend Flughafenusbau verhindert Klimagerechtigkeit.....	11
14.12.	Interpellation Nr. 12 Heidi Mück betreffend Museumsnacht für alle.....	11
14.13.	Interpellation Nr. 13 Fina Girard betreffend Kindertankstelle Dreirosenmatte	11
14.14.	Interpellation Nr. 14 Sasha Mazzotti betreffend Klassenzahlen auf dem Campus Bäumlihof, Drei Linden, Hirzbrunnen	12
15.	Vorgezogenes Budgetpostulat 2025 Oliver Bolliger Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (QuartierJobs)	13
16.	Antrag Claudia Baumgartner und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht)	13
17.	Motion 1 Pascal Messerli betreffend Volksentscheid akzeptieren - keine Durchwegung durch Freizeitgartenareale.....	19
18.	Motion 2 Pascal Messerli betreffend den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag streichen und durch einen anderen Tag ersetzen.....	19
19.	Motion 3 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Gleichbehandlung der nachobligatorischen Schulzeit in Sachen Familienurlaub	22
20.	Motion 4 Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Stromsparbonus für Betriebe gerecht verteilen	26
21.	Motion 5 Daniel Albiets und Konsorten betreffend faires Inventarisierungsverfahren	27
22.	Motion 6 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend PACS und Verantwortungsgemeinschaft für Basel-Stadt.....	31



Beginn der 2. Sitzung

Mittwoch, 7. Februar 2024, 15:00 Uhr

14. Neue Interpellationen

[07.02.24 15:00:48]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung. Wir fahren mit den Interpellationen fort.

14.1. Interpellation Nr. 1 Adrian Iselin betreffend Bedeutung des Longines CHI Classics Basel

[07.02.24 15:01:19, 24.5024.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Somit geht das Wort an Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt. Zunächst einleitend: Das Sportamt verfolgt gemeinsam mit der Abteilung Aussenbeziehung und Standortmarketing eine Akquisitionsstrategie, um sportliche Grossanlässe nach Basel zu holen. Zusammen mit den verantwortlichen Personen der jeweiligen Veranstaltungen werden frühzeitig Gespräche geführt, um unter anderem die Finanzplanung transparent angehen und allfällige Beitragsgesuche prüfen zu können.

Zu Frage 1: Der Turnierleitung ist es gelungen, das Turnier in den vergangenen Jahren auf höchstes internationales Niveau zu bringen. Damit leistet dieser Sportgrossanlass, der Basel im Namen trägt, einen wichtigen Beitrag zur Bekanntheitssteigerung Basels als moderner Veranstaltungsort. Der Regierungsrat erachtet die Longines CHI Classics Basel sowohl in sportlicher Hinsicht als auch mit Blick auf die hervorragende Wahrnehmung unseres Kantons als einen der bedeutendsten Anlässe im Jahreskalender unserer Stadt. Das Turnier trägt jedoch nicht nur zur Imagebildung Basels bei, sondern generiert auch eine nicht unbedeutende Wertschöpfung für Basel und die Region.

Zu Frage 2: Mit der Austragung des Weltcupfinals in den drei Disziplinen Springreiten, Dressur und Voltige wird Basel vom 2. bis 6. April 2025 erstmals Austragungsort des pferdesportlichen Höhepunkts der Hallensaison. Nach den olympischen Spielen und den Weltmeisterschaften hat der Weltcup Final im Pferdesport den höchsten Stellenwert und eine entsprechend grosse Ausstrahlung. Im Gegenzug zu seiner Unterstützung und im Austausch mit den Veranstaltenden wird der Kanton diesen Grossanlass, wie bei anderen internationalen Sportgrossanlässen auf Ebene Europa und Weltmeisterschaften, mit verschiedenen Kommunikationsmassnahmen als Marketingplattform für Basel nutzen, zum Beispiel mit Bandenwerbung, Plakaten oder Spots. Der Regierungsrat erachtet diesen Sportgrossanlass daher als Chance, Basel ins Zentrum der weltweiten Wahrnehmung zu stellen.

Zu Frage 3: Wie eingangs erwähnt, stehen das Sportamt und die Abteilung Aussenbeziehung und Standortmarketing auch mit den verantwortlichen Personen für die jährliche Durchführung des Longines CHI Classics Basel und für die Weltcupfinals in einem Austausch. Den Veranstaltern ist bekannt, dass sie Finanzbeiträge beim Swisslos-Sportfonds beantragen können.

Zu Frage 4: Finanzielle Unterstützungsbeiträge des Kantons werden aufgrund unterschiedlicher Faktoren gesprochen. Nebst der Bedeutung für den Leistungs- und Breitensport sowie für Basel als Standort werden dabei auch die internationale Visibilität und Medienpräsenz beurteilt. Dabei wird eine bestmögliche Gleichbehandlung der verschiedenen Grossanlässe angestrebt. Wie erwähnt, kann für die jährliche Durchführung des Longines CHI Classics Basel ein Antrag an den Swisslos-Sportfonds gestellt werden. Die zuständige Kommission beurteilt das Gesuch nach den massgebenden Kriterien. In den vergangenen Jahren wurde jeweils ein namhafter Betrag bewilligt und ausbezahlt.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Adrian Iselin (LDP): Besten Dank für Ihre Ausführungen. Ich bin sehr zufrieden mit dieser Antwort. Ich glaube, es ist wirklich eine gute Plattform und eine Chance für Basel. Ein wichtiger Punkt ist hinsichtlich der Gleichbehandlung in Bezug auf die Unterstützung, dass nicht derjenige, der am lautesten schreit und droht, am meisten Geld erhält, sondern dass man da wirklich gleich behandelt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

14.2. Interpellation Nr. 2 Oliver Bolliger betreffend Zugang für auswärtige obdachlose Frauen zur Frauen-Notschlafstelle und der Umgang der Notschlafstellen mit Kältwellen

[07.02.24 15:05:42, 24.5030.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird diese Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Der Kanton Basel-Stadt betreibt im Gegensatz zu den umliegenden Kantonen zwei Notschlafstellen, eine für Frauen und eine für Männer in einer Notsituation. Dies ist eine wichtige Massnahme, damit Personen ohne Obdach sicher übernachten können. Für eine minimale Pauschale von 7.50 Franken pro Nacht können Personen aus Basel-Stadt übernachten. Für ausserkantonale Personen werden 40 Franken berechnet. Dies liegt weit unter den Vollkosten. Gemäss dem Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung von Bedürftigen liegt die Zuständigkeit beim jeweiligen Wohnkanton. Mit der Finanzierung der Übernachtungskosten von ausserkantonalen Personen verstösst Basel-Stadt gegen das Gesetz über die Zuständigkeit von Unterstützung von Bedürftigen oder geht darüber hinaus. Dem Regierungsrat ist die gesicherte Unterbringung von wohnungslosen Personen ein wichtiges Anliegen, weshalb er auch ein Gesamtkonzept für soziales Wohnen erarbeitet hat. Basierend auf den Ergebnissen schlägt er dem Grossen Rat ein ganzes Paket mit konkreten Massnahmen vor. Kann die Umsetzung dieser Massnahmen erfolgen, wird sich die Situation für besonders benachteiligte Personen noch einmal verbessern. Der Regierungsrat ist aber auch der Meinung, dass wir uns auf die Personen konzentrieren müssen, für welche wir gemäss dem Bundesgesetz zuständig sind. Die zuständigen Wohnorte, Kantone beziehungsweise Länder sollen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Zu Frage 1: Am 19. Dezember 2023 musste die Notschlafstelle der Frauen von der Rosentalstrasse temporär ins Hotel du Commerce umziehen. Damit reduzierte sich die Anzahl Betten. Damit während des gesamten Winters genügend Betten für Notsituationen zugänglich sind, wurde kommuniziert, dass ausserkantonale Personen nicht mehr mit einer Kostengutsprache in der Notschlafstelle untergebracht werden können. Die betroffenen Frauen sowie die Institutionen und Gemeinden, welche für die Kostengutsprachen verantwortlich sind, wurden entsprechend über die Änderung informiert. In den kantonalen Notschlafstellen wird jedoch sowieso jeden Winter auf die Temperaturen Rücksicht genommen. Entsprechend werden bei der ersten Übernachtung keine Personen weggeschickt, die nicht bezahlen können. Jede Person kann bis zum nächsten Arbeitstag übernachten. Dann jedoch muss sie sich bei der Sozialhilfe Basel-Stadt melden, um entweder eine Kostengutsprache zu erhalten oder um an die zuständige Wohngemeinde verwiesen werden zu können. Erst wenn die Person dies verweigert, kann sie nicht mehr in der Notschlafstelle übernachten. Diese Regelung gilt aktuell auch in der Notschlafstelle für Frauen.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat nimmt zu dieser Frage ausführlich Stellung in seinem Ratschlag zum sozialen Wohnen, in dem auch der Anzug Tonja Zürcher betreffend Überprüfungen der Erweiterung der Angebote für Obdachlose in der Stadt unabhängig von Anmelde- Kanton- und Aufenthaltsstatus behandelt wird. Wie bereits ausgeführt, ist die Zuständigkeit für die Nothilfe im Bundesgesetz geregelt. Mit der aktuellen Kulanz bei den ersten ein bis drei Übernachtungen an diesem Wochenende ist die Sicherheit von ausserkantonalen Personen im Winter gewährleistet.

Zu den Fragen 3 und 4: Die beiden Notschlafstellen haben für ihren Auftrag genügend Betten. Ein Ausbau ist auch mit Blick auf die zusätzlichen Massnahmen im Rahmen des Ratschlages soziales Wohnen nicht notwendig.



Zu Frage 5: Die Notschlafstellen sichern eine günstige Übernachtungsmöglichkeit für Personen, die sich akut in einer Notlage befinden. Es ist nicht vorgesehen, die Öffnungszeiten zu verlängern, mit Ausnahme der Massnahmen, die wir im Hinblick auf Rosental am Prüfen sind. Für Personen, die nur einige Nächte dort verbringen, ist das aktuelle Angebot ausreichend. Daneben existiert bereits heute ein sehr grosses Angebot an beheizten Räumen, welche ohne Konsumationspflicht von wohnungslosen Personen tagsüber genutzt werden können. Die meisten dieser Angebote werden vom Kanton mitfinanziert. Für Personen, die dauerhaft ohne Obdach sind, werden unter anderem zusammen mit dem Sozialdienst der Frauenoase Anschlusslösungen gesucht, zum Beispiel im vom Kanton finanzierten Housing First. Zudem plant der Kanton eine neue Art des niederschweligen selbstständigen Wohnens mit Housing First Plus. Auch das ist im Ratschlag soziales Wohnen ausgeführt.

Zu Frage 6: Personen, die in Basel-Stadt Sozialhilfe oder Nothilfe beziehen, werden durch die Sozialhilfe Basel-Stadt auf das Angebot aufmerksam gemacht beziehungsweise sie erhalten dort eine Kostengutsprache. Daneben existiert in Basel-Stadt ein breites kantonales und privates Angebot an Beratungsstellen für sozial benachteiligte Personen. Ihnen allen ist das Angebot bekannt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (GAB): Ich bedanke mich für die mündliche Beantwortung meiner Interpellation. Ich habe diese Mitte Januar eingereicht, also vor rund drei Wochen, als es in Basel bitterkalt war und in der Nacht die Temperaturen deutlich unter den Gefrierpunkt gefallen sind und zusätzlich eine kalte Bise herrschte. Kurz vor Weihnachten, wie es Regierungsrat Kaspar Sutter schon aufgeführt hat, wurde die Frauennotschlafstelle an einen neuen Standort verlegt. Mit dieser Überlegung verbunden war auch eine Reduktion der Anzahl Betten. Den Platz in der ursprünglichen Frauennotschlafstelle an der Rosentalstrasse benötigte die Sozialhilfe für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden. Dies ist nachvollziehbar, ein Teil der Liegenschaft wurde ja bereits zu diesem Zweck benutzt. Es geht überhaupt nicht darum, die eine Gruppe gegen die andere auszuspielen.

Aber mit der Verlegung wurde auch noch die Zugangsbeschränkung für auswärtige obdachlose Frauen angepasst. Obdachlose Frauen, die in Basel zwar leben, und dies teilweise seit Jahren, aber nicht hier angemeldet sind, können, wie ausgeführt würden, neu weder mit einer Kostengutsprache einer sozialen Organisation, aber auch nicht, wenn sie den Betrag selber bezahlen würden, länger als einmalig eine Nacht beziehungsweise drei Nächte übers Wochenende übernachten. Es wird mit der Bettenreduktion argumentiert und auch mit dem Gesetz, das Regierungsrat Kaspar Sutter genannt hat. Diese Frauen wohnen aber hier, die werden sich nicht bei der Sozialhilfe anmelden, weil sie sich vom Staat verfolgt fühlen, zum Teil vom deutschen, aber auch noch vom schweizerischen. Das ist einfach ein Fakt.

Die Praxis bei der Männernotschlafstelle ist da anders. Es wird zwar ein bisschen mehr hingeschaut, aber der Zugang besteht bei einer Kostengutsprache auch für auswärtige Obdachlose weiterhin. Das ist aus meiner Sicht dann schon ein wenig fraglich. Meine Nachfrage fokussiert aber vor allem auf den Umgang dieser neue Regelung bei vorhandenen Tiefsttemperaturen. Deswegen habe ich diese Interpellation geschrieben, und wegen der Nichtbereitschaft der Behörden, in dieser Situation ein pragmatisches, der Lage angepasstes staatliches Handeln einzuleiten. Dies ist für mich aus fachlicher Sozialarbeitersicht aber auch als Gesundheits- und Sozialpolitiker nicht nachvollziehbar. Denn wenn das Lausanne kann, muss das auch Basel können, davon bin ich fest überzeugt. Das Prinzip der Subsidiarität in der Hilfestellung darf in einer solchen Situation, das ist ja nicht Alltag, nicht alleinbestimmend sein. Das menschliche Leid steht klar im Vordergrund und über diesem Prinzip.

Und es handelt sich ja nicht um eine grosse Anzahl von betroffenen Frauen, sondern um ein paar wenige obdachlose Frauen für eine gewisse spezifische Zeit ohne Aufenthaltsbewilligung und diese sind in den niederschweligen Institutionen eh schon bereits bekannt. Und weil die Frauennotschlafstelle ohnehin nicht vollbesetzt ist, wäre es dies zu diesem Zeitpunkt auch gar kein Problem gewesen. Kommt hinzu, dass die UMA anscheinend noch gar nicht in die ehemalige Frauennotschlafstelle eingezogen sind.

Also, es hatte damals genügend Platz. Nun, was haben die privaten niederschweligen Organisationen gemacht? Was sie schon immer gemacht haben, sie handelten auch ohne Auftrag und bezahlten die Übernachtungen in günstigen Hotels oder Backpacker Schlafstellen halt aus dem eigenen Portemonnaie.

Der angesprochene Ratschlag zum sozialen Wohnen in Basel ist gut, er betrifft aber vor allem die hier lebenden und angemeldeten Personen. Da wird etwas kommen, das ist auch wichtig. Da bin ich mit Regierungsrat Kaspar Sutter sehr einig. Aber das wird erst in der Zukunft sein.

Mit der Antwort dieser Interpellation bin ich nicht zufrieden, Mit den Antworten 3 bis 6 bin ich zufrieden, aber mit den ersten beiden Antworten überhaupt nicht. Und das ist der Grund, weshalb ich insgesamt nicht mit der Beantwortung zufrieden bin.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Besten Dank. Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

14.3. Interpellation Nr. 3 Eric Weber betreffend Sicherheit bei Parlaments-Sitzungen

[07.02.24 15:15:05, 24.5026.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): Es geht um uns alle, es geht um den Grossen Rat. Da ich ja als Grossrat ausscheide und in einem Jahr nicht mehr Grossrat bin, könnte es mir ja egal sein. Aber nein, ich mache etwas für Sie, ich denke mit. Wir haben 26 Kantone und auch wir hier im Grossen Rat gingen nahe an einer Katastrophe vorbei. Die Chance oder nicht Chance, egal wie man es nennen mag, dass es einen treffen kann, lag bei 1 zu 26. Ich rede vom Massaker im Kantonsrat Zug mit fast 20 Toten. Ich bin noch heute darüber sehr schockiert, denn ich denke mir, ich bin ja auch Kantonsrat und ich liebe euch alle, daher diese Anfrage. Das Zitat «Ich liebe euch alle» stammt nicht von mir. Ich übernahm es von Erich Milke, dem Chef der Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik. Er sagte es im Parlament in der Volkskammer der DDR.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur nächsten Interpellation.

14.4. Interpellation Nr. 4 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend alarmierender Situation im Betrieb des Kasernen-Hauptbaus

[07.02.24 15:20:38, 24.5036.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen .

14.5. Interpellation Nr. 5 Daniel Seiler betreffend abgelehnter Stadtklimainitiativen

[07.02.24 15:20:52, 24.5038.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Zu den Fragen 1 und 2: Der Regierungsrat hat die Stadtklimainitiativen insbesondere aufgrund ihrer zeitlich unrealistischen Zielsetzung abgelehnt. Die Stossrichtung zugunsten mehr Begrünung unterstützt er jedoch und er hat dies im Vorfeld der Abstimmungen auch zum Ausdruck gebracht. Der Kanton verfolgt ambitionierte Klimaziele und hat seine Klima- und Verkehrspolitik darauf ausgerichtet. Bei Strassenbausanierungen sollen wo immer möglich Grünflächen geschaffen, Bäume gepflanzt und Böden entsiegelt werden, um die Hitze im Stadtraum zu reduzieren. Dies wird der Regierungsrat weiterverfolgen und entsprechend kommunizieren. Der Grosse Rat hat diese Stossrichtung mit der Zweitüberweisung der UVEK-Motion zum Thema Fernwärmeausbau unterstützt.

Zu Frage 3: Bei Anwohnerinformationen und Medienmitteilungen zu einzelnen Projekten werden wesentliche Veränderungen thematisiert, üblicherweise auch die Anzahl Parkplätze. Unabhängig davon wird jede Anpassung des Angebots an



Parkplätzen in Form einer Verkehrsanordnung oder einer öffentlichen Planaufgabe im Kantonsblatt publiziert. Bei einer blauen Zone wird dies sinnvollerweise in Metern angegeben, nicht in Parkfeldern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder nicht.

Daniel Seiler (FDP): Danke für die Ausführungen. Ich bin nicht ganz zufrieden, wie Sie vermuten können. Ich kann die Ausführungen im oberen Teil nachvollziehen. Wenn ich die aktuelle Lage anschau und als Beispiel den neuen aktuellen Flyer zum Wettsteinquartier nehme, muss ich feststellen, dass auf allen sechs Seiten mit keinem Wort der Parkplatzabbau kommuniziert wird. Ich muss mich anschliessend fragen, ob Sie Angst haben, den Parkplatzabbau explizit zu erwähnen. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

14.6. Interpellation Nr. 6 Nicola Goepfert betreffend der Ausweitung der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage

[07.02.24 15:23:47, 24.5039.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: In der Begleitgruppensitzung Dreirosenanlage vom 20. September 2023 wurden private und institutionelle Anrainer über die Verlängerung der Videoüberwachung informiert und haben diese praktisch unisono begrüsst. Danach wurde die Verlängerung samt der Anpassung der Videoüberwachung auch noch via Medienmitteilung am 31. Oktober 2023 kommuniziert und fand breite Berichterstattung in den lokalen Medien.

Zu Frage 2: Um mit der Videoüberwachung einen vormals blinden Flecken einsehen zu können, wurde der Aufnahmeperimeter auch nach Rücksprache mit Direktbetroffenen ausgeweitet.

Zu Frage 3: Es gibt keinen Zielkonflikt. Die Anhänge B und C beinhalten operative und technische Angaben. Auf die Veröffentlichung einer konkreten Videosequenz, die nicht in Zusammenhang mit den genannten Anhängen des Reglements steht, wurde aus Rücksicht auf das Opfer verzichtet, weil es trotz Verpixelung im Bekanntenkreis identifizierbar gewesen wäre.

Zu Frage 4: Über die Evaluation der Videoüberwachung wurde mit Medienmitteilung vom 31. Oktober 2023 informiert. Auch in diesem Jahr werden die Entwicklungen kommuniziert.

Zu Frage 5: Nein. Die Videoüberwachung wurde vom Datenschutzbeauftragten geprüft, öffentlich kommuniziert, danach öffentlich diskutiert. Der Regierungsrat erachtet dies als genügende Einbindung der Zivilgesellschaft.

Zu Frage 6: Die Situation auf der Dreirosenanlage hat sich seit September 2023 zwar leicht beruhigt, das JSD ist aber der Auffassung, dass weiterhin Handlungsbedarf besteht.

Zu Frage 7: die Strategie zur Verbesserung der Situation im Unteren Kleinbasel beziehungsweise weitere Massnahmen sind in Arbeit und werden zu gegebener Zeit kommuniziert.

Zu Frage 8: Für eine nachhaltige Beruhigung auf der Dreirosenanlage braucht es mehrere sich ergänzende Massnahmen. Ob und vor allem auch welche Wirkung die Massnahmen erzielen, kann nur über einen längeren Zeitraum geprüft werden.

Zu Frage 9: Bis dato nicht.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder nicht.

Nicola Goepfert (GAB): Vielen Dank für die Antwort, mit der ich trotzdem nicht zufrieden bin. Sie ist ungenau, sie ist unkonkret. Ich möchte gerade anhand von ein paar Antworten darauf eingehen. Die Videoüberwachung bei der Dreirosenanlage wurde massiv verlängert, um über ein Jahr, und auch ausgeweitet, und da reicht es meiner Meinung nicht, wenn man einfach in einer Medienmitteilung darüber informiert, gerade bei einer Ausweitung, von der auch neue Personenkreise davon betroffen sind. Da müssten die Anwohner:innen alle darüber informiert werden und nicht nur über Medienmitteilung oder Begleitgruppen.

Dies gilt auch hinsichtlich Evaluation. Eine Medienmitteilung, eine Info ist das nicht das gleiche, wie wenn eine Evaluation veröffentlicht wird. Das ist nicht vollumfänglich und so kann auch nicht überprüft werden, was tatsächlich in dieser Evaluation steht. Dort geht es dann auch darum, wie damit umgegangen wird. Eine Medienmitteilung ist auch nicht eine unabhängige oder wissenschaftliche Überprüfung. Es wäre wünschenswert, wenn die Wissenschaft oder Zivilgesellschaft stärker eingebunden wird. Darüber werden wir auch noch diskutieren heute oder morgen anlässlich des Anzugs von Fleur Weibel.

Die Videoüberwachung wurde verlängert um mehr als ein Jahr und es wird gesagt, es brauche einen längeren Zeitraum. Was gilt jetzt? Gibt es eine Evaluation, dergemäss es etwas bringt? Dann sollte diese veröffentlicht und damit erklärt werden, warum es eine Videoüberwachung braucht. Die Aussage, es brauche einen längeren Zeitraum für die Videoüberwachung womit jede Videoüberwachung überprüft oder begründet werden könne, das ist zu unkonkret und zu ungenau, angesichts eines solchen Eingriffs in die Grundrechte, was eine Videoüberwachung ist. Deshalb bin ich nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

14.7. Interpellation Nr. 7 Felix Wehrli betreffend Ladendiebstähle ohne Polizei?

[07.02.24 15:29:01, 24.5042.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Einleitende Bemerkungen: Eine Überprüfung der Prozesse bei der Kantonspolizei Basel-Stadt hat dazu geführt, dass die Vorgehensweise bei Ladendiebstählen von unter 300 Franken angepasst wurde. Im Zusammenhang mit dieser Anpassung sind bedauerlicherweise Missverständnisse entstanden. Die neue Praxis der Kantonspolizei betrifft erstens nur eindeutige Fälle, also wenn die Personalien bekannt sind und der Beschuldigte geständig ist. Zweitens kommt die neue Praxis fast ausschliesslich bei Kontrollen durch professionelle Sicherheitsdienste in grösseren Läden zur Anwendung. Die Kantonspolizei kommt weiterhin, wenn Unklarheiten oder Ermittlungsansätze bestehen, wenn die Täterschaft aggressiv, flüchtig oder minderjährig ist. Der von einzelnen Medien erweckte Eindruck, dass zum Beispiel Besitzer von kleineren Geschäften selbstständig Ladendiebe anhalten müssen, ist nicht korrekt. Ausserdem scheint die Vorstellung verbreitet, dass die Kantonspolizei Ladendiebe bestraft. Das kann sie gar nicht. Sie rapportiert die Täterschaft an die Staatsanwaltschaft, Sie ist für die Strafverfahren zuständig. Der wesentliche Unterschied im Vergleich zu früher besteht darin, dass die Polizei nicht mehr vor Ort kommt, um die Möglichkeit einer Kautionserhebung zu prüfen. Falls aber weitere polizeiliche Massnahmen oder eingehende Untersuchungen erforderlich sind, hat die Kantonspolizei Basel-Stadt nichts an ihrem Vorgehen geändert.

Zu Frage 1: Es handelt sich um einen Entscheid, der von der Kantonspolizei gefällt wurde. Ziel der Anpassung war es, Kräfte zu bündeln.

Zu Frage 2: Mitarbeitende des Community Policing haben jene Geschäfte, die häufig von Ladendiebstählen betroffen sind, über die Anpassung informiert. Auch der Informationsflyer zum Thema Ladendiebstahl wurde angepasst und zusammen mit einem neuen Formular auf der Website der Kantonspolizei veröffentlicht.

Zu den Fragen 3 und 4: Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt führt keine derartige Statistik. Es kann daher nur sehr grob geschätzt werden. Die Kriminalpolizei erlässt jährlich rund 1'200 Strafbefehle, wovon rund 400 Haftstrafbefehle sind. Gut



zwei Drittel davon dürften Ladendiebstähle betreffen. Die Staatsanwaltschaft spricht neben Bussen auch Geld und Freiheitsstrafen aus.

Zu Frage 5: Der Regierungsrat hat zur Kenntnis genommen, dass die Praxisänderung für Verunsicherung gesorgt hat. Es ist bedauerlicherweise der Eindruck entstanden, die Polizei rücke bei Ladendiebstählen nicht mehr aus. Das ist falsch. Wichtig ist die Abgrenzung, dass die Praxisänderung, wie bereits erläutert, nur in eindeutigen Fällen zum Tragen kommt. Sobald Unklarheiten bestehen oder polizeiliches Handeln erforderlich ist, etwa weil eine Person aggressiv oder nicht geständig ist, nimmt die Kantonspolizei selbstverständlich ihren gesetzlichen Auftrag wahr.

Zu Frage 6: Die Schadenssumme ist nicht bekannt.

Zu Frage 7: Es wurden keine polizeilichen Aufgaben an Privatpersonen abgegeben und das ist auch in Zukunft nicht geplant.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Felix Wehrli (SVP): Es ist unverständlich, dass nicht alle Geschäfte über die Änderungen informiert wurden und aus diesem Grund natürlich Missverständnisse entstanden sind. Das muss in Zukunft sicher besser gemacht werden. Das betrifft aber sicher nicht nur eindeutige Fälle, da dies am Telefon oder durch die Geschäfte selber gar nicht festgestellt werden kann. Es kann Erweiterungen haben. Natürlich wird man nun im praktischen Dienst weniger ausrücken wegen Ladendiebstählen, und die Polizei kennt da nicht mal mehrere Klientel.

Dass man auch nicht mehr prüft, ob eine Kaution erhoben werden kann, ist ebenso nicht nachvollziehbar. Man lässt also die Diebe einfach weitergehen. Sie gehen in den nächsten Laden, machen oder dasselbe und so weiter.

Dann würden meine Fragen alle beantwortet mit Verweis zum Beispiel auf das Fehlen von Statistiken. Überall werden diese gemacht, aber offenbar nur bei der Stawa nicht. Ich will darauf nicht weiter eingehen.

Zum Schluss kann ich aber mit einer Antwort zufrieden sein, die besagt, dass der Grund dieser Massnahmen der Unterbestand der Polizei ist. Und das hat man bis anhin eben nicht gesagt, und das hätte ich eigentlich erwartet. Ich bin also teilweise zufrieden mit der Antwort.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

14.8. Interpellation Nr. 8 Beda Baumgartner betreffend Informationspolitik zu Massnahmenpaket

[07.02.24 15:34:23, 24.5047.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Somit geht das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich beantworte diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt.

Der Regierungsrat ist sich über den Handlungsbedarf und über die Stossrichtung der Massnahmen im Bereich Sucht und Drogenhandel einig. Der Vorsteher des Gesundheitsdepartements, also ich, hatte bereits im Rahmen der Budgetdebatte im Dezember 2023 zu den geplanten Massnahmen in Kleinbasel allgemeine Informationen gegeben. Der Drogenstammtisch fand Ende Januar statt. Die Vorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartements hatte ihre Teilnahme zu einem früheren Zeitpunkt schon zugesagt. Sie nahm bereits zum zweiten Mal als Vertreterin des Regierungsrats an diesem Format teil. Es war spürbar, wie das Thema die geschätzt 100 Anwesenden beschäftigte.

Die Vorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartements stellte sich den Fragen, welche am Stammtisch auftauchten, und trat in den direkten Austausch mit der betroffenen Bevölkerung. Sie gab klare und konkrete Antworten auf der Basis der Massnahmen, die von einer interdepartementalen Arbeitsgruppe erarbeitet werden und im Regierungsrat bereits diskutiert wurden.



Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass Formate, welche auf den direkten Austausch mit der Bevölkerung ausgerichtet sind, sehr wertvoll sind und dass diese Art der niederschweligen direkten Kommunikation auch weiterhin möglich sein soll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist abwesend. Die Interpellation ist erledigt.

14.9. Interpellation Nr. 9 Jenny Schweizer betreffend Wasseranalysen Deponie Maienbühl

[07.02.24 15:36:27, 24.5048.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen. Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Ja.

Zu Frage 1a: Die Proben wurden am Dienstag, 16. Januar 2024 erhoben. Die Laborergebnisse liegen seit dem Freitagabend 26. Januar 2024 vor.

Zu Frage 1b: Weder im Deponiewasser im unmittelbaren Abstrom noch in der hinteren Auquelle konnte Benzidin nachgewiesen werden. Da sich in der historischen Untersuchung keine Hinweise darauf finden, dass in der Deponie Maienbühl Azor-Farbstoffe abgelagert wurden, geht das Amt für Umwelt und Energie davon aus, dass sich kein Benzidin in der Deponie Maienbühl befindet. Die Resultate bestätigen die bisherigen Untersuchungen, insgesamt liegen dem AUE-Daten zu mehr als 600 Probenamen vor, die seit dem Jahr 1993 im Zusammenhang mit der Ablagerung im Maienbühl durchgeführt wurden.

Zu Frage 1c: Die Proben wurden direkt aus dem Deponiekörper, dem unmittelbaren Abstrom und in der hinteren Auquelle erhoben und analysiert.

Zu Frage 1d: Die Proben wurden auf Benzidin und sechs seiner Derivate untersucht.

Zu den Fragen 1 e und f: Transparenz im Bereich der Altlasten ist sehr wichtig. So publiziert der Kanton all seine Analyseresultate online, sobald sie aufbereitet sind. Eine aktive Kommunikation wird dann gewählt, wenn eine Gefährdung für Mensch und Umwelt besteht oder wichtige neue Erkenntnisse gewonnen wurden. Die jüngsten Analysen haben keine neuen Erkenntnisse gebracht, sondern das bereits vorhandene Wissen bestätigt. Aus diesem Grund wurde entschieden, keine Medienmitteilung herauszugeben. Hingegen ist vorgesehen, den Gemeinderat und die Initiantinnen und Initianten direkt über die Ergebnisse zu informieren, sobald die Daten aufbereitet sind.

Die restlichen Fragen sind obsolet, da die Frage 1 mit Ja beantwortet wurde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jenny Schweizer (SVP): Ich danke Herrn Regierungsrat Kaspar Sutter für die Beantwortung meiner Interpellation. Der Abstimmungskampf in Riehen bezüglich der Sanierung der Deponie Maienbühl läuft auf vollen Touren und der Ton zwischen Gegnern und Initianten verschärft sich zusehends. So ist es nur logisch, dass die zusätzlichen Proben und deren Analysen mit Spannung erwartet wurden, damit die Argumente von beiden Seiten entweder bestätigt oder widerlegt werden können.

Es ist sehr entscheidend für die Meinungsfindung der Rieherer Bevölkerung, ob die versprochenen Proben entnommen und ausgewertet wurden. Dass dies tatsächlich geschah und die Analysen vorliegen, freut mich. Weniger erfreut bin ich, dass diese in der Öffentlichkeit bis jetzt nicht zugänglich gemacht werden konnten. Da also kein Benzidin gefunden wurde, zeigt, dass das AUE über Jahre Recht hatte mit seiner Aussage, dass kein Benzidin im Boden schlummert und deshalb dies auch nicht hinterfragt werden muss.

Auch dass eine Entnahme aus der hinteren Auquelle und dem Sickerwasser unter dem Deponiekörper stattgefunden hat, ist begrüssenswert. Das Sickerwasser befindet sich ja gerade unmittelbar unter dem Deponiekörper. Wenn also hier keine Spuren von Benzidin messbar sind, dann kann logischerweise auch keines in der Deponie schlummern. Und dadurch, dass



zusätzlich auch nach den Abbauprodukten von Benzidin, den so genannten Derivaten gesucht wurde, diese aber auch nicht gefunden wurden, wird hier klar aufgezeigt, dass nicht nur kein Benzidin im Maienbühl vorhanden ist, sondern auch nie relevante Mengen da waren, da sonst diese zu Derivaten eben abgebaut worden wären und diese Derivate sind über Jahrzehnte später immer noch nachweisbar.

Diese Erkenntnisse sind wichtig für die Bevölkerung von Riehen und die Abstimmung vom 3. März. Deshalb möchte ich den Regierungsrat höflich bitten, die Ergebnisse möglichst schnell bekannt zu geben. Ich bin mit der Beantwortung meiner Interpellation zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

14.10. Interpellation Nr 10 Joël Thüring betreffend Samidoun: Die in Deutschland verbotene antisemitische Organisation ist weiterhin in Basel aktiv

[07.02.24 15:41:36, 24.5049.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich beantworte diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Wie der Regierungsrat im Oktober 2023 in der erwähnten mündlichen Interpellationsbeantwortung bereits ausgeführt hat, sind nicht die kantonalen Behörden für die Früherkennung und die Bekämpfung von Terrorismus sowie des gewalttätigen Extremismus präventiv zuständig, sondern der Nachrichtendienst des Bundes NDB. Über die Erkenntnisse des NDB dürfen weder die kantonalen Behörden noch der Regierungsrat berichten. Der Regierungsrat bittet um Verständnis, dass er aus diesem Grund wiederum auf die meisten Fragen des Interpellanten nicht eingehen kann. Zudem kann der Regierungsrat ohnehin keine personenbezogenen Auskünfte erteilen.

Ende November 2023 hat der Bundesrat bekanntgegeben, dass er das EJPD und das VBS beauftragt hat, in Zusammenarbeit mit dem EDA bis Ende Februar 2024 ein spezifisches Gesetz über ein Verbot der Hamas auszuarbeiten. Mit einem solchen Gesetz erhalten die Bundesbehörden die notwendigen Instrumente um, ich zitiere, «gegen allfällige Aktivitäten der Hamas oder die Unterstützung der Organisation in der Schweiz vorzugehen». Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt trägt diese Bestrebungen selbstverständlich mit. Stand heute ist die Organisation Samidoun in der Schweiz nicht verboten. Unabhängig von der Frage, ob ein Veranstalter auf einer Verbotsliste steht, prüft die Kantonspolizei aber mit Blick auf ihren gesetzlichen Sicherheitsauftrag jede ihr bekannt gewordene Veranstaltung, führt eine Lagebeurteilung durch, falls dies geboten ist, und leitet daraus allfällige polizeiliche Massnahmen ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Ich danke Regierungsrätin Stephanie Eymann sehr für die Nichtbeantwortung meiner Interpellation. Ich bin selbstverständlich nicht zufrieden mit dieser Beantwortung. Ich weiss auch gar nicht, ob Frau Regierungsrätin Eymann, die ich ansonsten sehr schätze, die Fragen auch tatsächlich gelesen hat. Wenn wir nun auf Bundesebene Hamas verbieten wollen, hat das auf Samidoun keine Auswirkung. Samidoun ist eine eigenständige Organisation, die der Popular Front for the Liberation of Palestine PFLP nahesteht. Entsprechend geht meine Frage, das ist die Frage 6, in die Richtung, ob sich der Regierungsrat nun beim Bund stark macht, dass Samidoun in der Schweiz verboten wird. Da bringt es mir wenig, wenn Sie auf die Hamas referenzieren und auf ein Bundesgesetz, das in diesem Zusammenhang in Ausarbeitung ist.

Das ist das eine. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat selbstverständlich Recht, nachrichtendienstlich ist der Bund dafür zuständig. Aber die Kantonspolizei, die kantonalen Behörden können selbstverständlich Veranstaltungen im Kanton Basel-Stadt verbieten. Und Sie haben diese Veranstaltung nicht verboten, obschon bekannt ist, was für eine schreckliche Organisation Samidoun, ist eine Organisation, die vor wenigen Monaten in Deutschland in einem beschleunigten Verfahren vom Bundeskanzler Scholz und der zuständigen Innenministerin Nancy Faeser verboten wurde, eine Organisation, die seit Jahren in Israel auf der Terrorliste steht. Und dass diese Organisation regelmässig, man muss es schon so sagen,



regelmässig Veranstaltungen wie im letzten Jahr im Basler Gewerkschaftshaus oder nun an anderer Stelle in diesem Kanton durchführen kann, ohne dass die Behörden einschreiten und eine solche Veranstaltung verbieten, erschliesst sich mir nicht. Man hat nach den schrecklichen Anschlägen auf Israel auch schon andere Veranstaltungen untersagt. Ich möchte daran erinnern, dass die Kantonspolizei zwei Demonstrationen, eine für die Hamas und eine für Israel, abgesagt hat, aus Sicherheitsüberlegen weil offenbar Bedenken offenbar bestanden haben. Genau so ist es selbstverständlich auch möglich, dass der Kanton, dass die kantonalen Behörden hier auch aktiv werden können.

Hier geht es auch darum, dass man als Kanton glaubwürdig bleibt. Man kann nicht eine Woche, nachdem Israel angegriffen wurde, dann doch noch kurz die Fahne Israels an das Rathaus hängen, nach dem der Druck zu gross geworden ist. Man kann da nicht solidarisch mit Israel irgendeine grossen Veranstaltungen hier in diesem Saale durchführen, wenn es dann aber konkret darum geht, terroristische Aktivitäten von Organisation hier in diesem Kanton zu untersagen, einfach schweigen und die zulassen. Das geht wirklich nicht und ich hoffe sehr, dass solche Veranstaltungen künftig in Basel, wenn sie Samidoun betreffen, auch verboten werden und dass sie weiter darauf hinwirken, dass die angesprochene Person, die gesprochen hat, Mohamed Khatib, der Europa-Koordinator von Samidoun, nicht in die Schweiz einreisen kann. Herr Khatib ist ein mutmasslicher Terror-Fürst, der schon vor Jahren dazu aufgerufen hat, die westlichen Länder zu zerstören, Amerika zu zerstören, Israel zu zerstören. Er wurde ihm unter anderem auch deshalb bereits vor Jahren aufgrund seiner radikal terroristischen Gesinnung verweigert, in die Vereinigten Staaten einzureisen und dieser Herr Khatib kann nun also munter vielleicht mit dem Tram 8 über die Grenze fahren, hier an irgendwelchen Veranstaltungen seine antisemitische Gesinnung kundtun und kann dann wieder abreisen, ohne dass ihn die Schweizer Behörden irgendwie daran hindern.

Das finde ich sehr problematisch, gerade in unserem Kanton, gerade in dieser Stadt Basel, und ich ersuche wirklich Regierungsrätin Stephanie Eymann und die zuständigen Behörden, dafür zu sorgen, dass ein solcher mutmasslicher Terror-Fürst künftig nicht mehr in unseren Kanton einreisen darf und sich der Regierungsrat auch beim Bund dafür stark macht - immerhin ist ja nun der zuständige Bundesrat der ehemalige Regierungspräsident Beat Jans - dass auch Samidoun raschmöglichst hier in der Schweiz verboten wird und hier auch keine Veranstaltung dieser Gruppierung mehr durchgeführt werden können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

14.11. Interpellation Nr. 11 Tonja Zürcher betreffend Flughafenausbau verhindert Klimagerechtigkeit

[07.02.24 15:48:14, 24.5050.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

14.12. Interpellation Nr. 12 Heidi Mück betreffend Museumsnacht für alle

[07.02.24 15:48:30, 24.5051.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

14.13. Interpellation Nr. 13 Fina Girard betreffend Kindertankstelle Dreirosenmatte

[07.02.24 15:48:42, 24.5052.01]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Fina Girard (GAB): Wir sprechen heute bereits zum zweiten Mal über die Dreirosenanlage, ganz zu schweigen vermutlich zum X-ten Mal wie in der während der vergangenen Monaten. Die Dreirosenmatte ist eine der wenigen Grün- und Freiflächen im dicht bewohnten Kleinbasel. Genauso viele Bedürfnisse wie auch Probleme vereinen sich auf dieser Matte. Auch am letzten Drogenstammtisch vom Stadtteilsekretariat und von Bajour wurde viel und aufgebracht über die Situation auf der Dreirosenmatte gesprochen, besonders von anwesenden Eltern.

Regierungsrätin Stephanie Eymann hat an diesem Anlass darüber informiert, dass nun auch auf den Schularealen zum Teil gedealt und konsumiert wird. Das besorgt und verunsichert Eltern und ihre Kinder. Als Massnahme hat der Regierungsrat den Einsatz von Security angekündigt. Ob das dem Sicherheitsgefühl der Kinder dienlich sein wird, sei mal dahingestellt. Was sich die Quartierbevölkerung hingegen schon lange wünscht, ist, statt stets auf repressive Massnahmen zu setzen, im Gegenteil die Dreirosenmatte positiv zu besetzen und sie aktiv für das Quartier und seine Kinder zu gestalten.

Eine Möglichkeit dafür wäre die Schaffung einer Kindertankstelle. Damit entsteht ein Raum, wo betreutes und unbeschwertes Spielen im Zentrum steht. Damit hat man bereits bei ähnlicher Ausgangslage auf der Claramatte gute Erfahrungen gemacht. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat sich am Drogenstammtisch offen und positiv gegenüber dieser Idee geäussert. Das ist sehr erfreulich. Nun erwarten die anwohnenden Familien aber endlich eine Antwort, ob es denn auch wirklich vorwärtsgeht. Jetzt dürfen sie nicht mit leeren Versprechen stehengelassen werden. Ich bedanke mich deshalb für eine rasche Beantwortung der Interpellation.

14.14. Interpellation Nr. 14 Sasha Mazzotti betreffend Klassenzahlen auf dem Campus Bäumlihof, Drei Linden, Hirzbrunnen

[07.02.24 15:50:55, 24.5053.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Sasha Mazzotti (SP): Ich zitiere in der Antwort der Regierung die Motion Alex Ebi: «Entgegen dem Emotionstext befinden sich gegen 100 Schulklassen auf dem Campus. Am Standort Bäumlihof gibt es 26 Klassen des Gymnasiums, 31 Sek-Klassen und am Standort Hitzbrunnen sind es 18 Primarklassen und ein Kindergarten. Somit befinden sich 76 Klassen am Standort.» Ich mache die Neuner-Probe: Gymnasium Bäumlihof 26 Klassen minus 4 Sportklassen, rechnen wir also 22 Klassen. Das ist von Alex Ebi und mir verifiziert, stimmt so. Sekundarschule 31 Klassen, auch das von Alex Ebi und mir verifiziert, stimmt so. Sekundarschule 31 Klassen, auch das haben wir verifiziert. Primarschule Herzbrunnen 18 Klassen und ein Kindergarten. Abgesehen, dass 5 weitere Kindergärten zum Standort gehören und eine Turnstunde haben, aber das ist nicht relevant für die Berechnung. Aber eine erste Differenz: Damit schliesst das ED seine Berechnung und kommt auf 76 Klassen. Und jetzt frage ich mit meiner Interpellation, wo haben denn die Klassen der Sekundarschule Dreilinden Sport, wenn nicht auf dem Campus. Das ist natürlich eine rhetorische Frage. Natürlich haben auch diese 18 Klassen Sport auf dem besagten Campus und sind schlicht bei der Rechnung des ED vergessen gegangen. 18 Klassen im kommenden Schuljahr, sogar mindestens 2 mehr, wie in meiner Tabelle aufgeführt mit je 3 Sportlektionen, also im 2024/25 60 Sportlektionen, die das ED nicht mitrechnet.

Kein Wunder haben letztes Mal 80 Grossrätinnen und Grossräte die Motion überwiesen. Tatsächlich ist es ja nicht ausschliesslich ein ED-Thema. Somit appelliere ich an die gesamte Regierung, dass sie sich ihre Haltung zu diesem Anliegen des Grossen Rates nochmals überlegt und nicht auf die rechtliche Unzulässigkeit der Motion beharrt. Das Anliegen muss im Vordergrund stehen und dieses ist berechtigt, wie vom Motionär und den weiteren Sprechenden bereits ausgeführt. Für die Schulen auf dem Campus, die im nächsten Jahr Zuwachs erhalten, mit Blick über die Schulen auf dem Campus hinaus, auf den Standort Sek Rosental, der sich im Aufbau befindet und keine Turnhalle hat, und für die Vereine, wie das Sporthallenkonzept Basel vom Juni 2022 klar auf Seite 67 festhält: Handlungsbedarf bei den grösseren Schulsport- und Sporthallen, Doppelhallen, Dreifachhallen, und ein Ausbau der Schulsport- und Sporthallenkapazitäten sei anzustreben. Wo sollen denn diese Sporthallen in Basel gebaut werden? Wo hat es denn noch Platz. Und die einmalige Gelegenheit, eine alte viel zu kleine Doppelturnhalle zu ersetzen, wenn nicht jetzt und beim Campus Bäumlihof, Dreilinden und Hirzbrunnen.

Ich danke der Regierung, dass sie dies nochmals prüft, unabhängig, ob die Motion Ebi zulässig ist oder nicht.



15. Vorgezogenes Budgetpostulat 2025 Oliver Bolliger Präsidi­aldepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (QuartierJobs)

[07.02.24 15:54:41, 23.5655.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, das vorgezogene Budgetpostulat entgegenzunehmen. Gibt es dazu Wortmeldung? Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

das vorgezogene Budgetpostulat stillschweigend dem Regierungsrat zu überweisen.

16. Antrag Claudia Baumgartner und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht)

[07.02.24 15:55:24, 23.5642.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von David Jenny.

David Jenny (FDP): Die Fraktion ist offen. Ich bestreite und habe einen Strauss von Argumenten. Zuerst zu den billigen Argumenten. Der Wahlkampf von Katja Christ beendet, ich gratuliere ihr zur Wiederwahl. Damit sind auch diese Vorstösse obsolet. Wollen wir in eine Grube fallen, die Altnationalrat Gysin gegraben hat? Diese Vorstösse kamen immer aus seiner Küche und es ging ihm nicht wirklich um die Aufwertung der beiden früheren Halbkantone, sondern um eine Heiratsstrafe einzuführen, die eine Fusion oder Wiedervereinigung verhindert. Wer will dann von vier auf zwei Ständeräte zurück?

Dann das realistische Argument. Es ist hier reine Symbolpolitik, wenn wir überweisen. Dieser Vorstoss ist chancenlos. Wenn innerhalb von fünf Jahren dieser umgesetzt wird in einer Abstimmung von Volk und Ständen, dann spendiere ich dem damaligen Grossen Rat einen Kaffee am Vormittag Sie dürfen das entsprechend protokollieren.

Jetzt zu den prinzipiellen Argumenten. Wir sind ein Bundesstaat. Ich vergleiche einmal mit den USA und mit Deutschland. Da gibt es zwei Argumente. Einerseits stellen wir auf die Staatlichkeit ab der einzelnen Mitgliedstaaten und eben die Gleichberechtigung. Das hat die USA durchexerziert. Wir haben dort 50 Staaten, der Unterschied in der Bevölkerung zwischen Wyoming als bevölkerungsschwächstem und Kalifornien ist mehr als ein Faktor 60. Bei uns ist dieser Faktor zwischen Zürich und Uri deutlich geringer. Wir haben die Geschichte und die Geschichte sagt, wir haben diese sechs ehemaligen Halbkantone. Wenn wir jetzt auf die Gleichberechtigung aller Gliedstaaten abstellen, dann muss gefordert werden, dass eben auch Ob- und Nidwalden sowie Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden je zwei Ständeräte und die sogenannte volle Standesstimme bekommen.

Dann haben wir das Modell in Deutschland mit dem Bundesrat. Da haben wir die Gewichtung der Gleichberechtigung der einzelnen Bundesländer angereichert mit einer Gewichtung der Bevölkerungsstärke. Und da kommen wir auf einen Unterschied, die nach Bevölkerung kleinsten Bundesstaaten haben drei Stimmen im Bundesrat und die grössten Nordrhein Westfalen und Bayern haben sechs Stimmen, also nur eine Gewichtung von 1 zu 2. Das wäre in der Schweiz auch denkbar, wurde in einem gewissen Umfang angedacht im Verfassungsentwurf 1977. Da gab es eine Variante, mit der dann die 16 grössten Kantone nach Bevölkerung drei Stimmen erhalten hätten und den vier Kantone wären bei einer Stimmen geblieben, das wären Obwalden, Nidwalden, Appenzell Innerrhoden und Ausserrhoden. Das ist aber, wenn wir die Bevölkerung nehmen, nicht ganz logisch, weil bei uns die vier bevölkerungsschwächsten Kantone klar Glarus, Obwalden, Uri, Appenzell Innerrhoden sind.

Also, wenn man da konsequent sein müsste, müsste man fordern, dass zum Beispiel die vier oder die sechs bevölkerungsschwächsten Kantone nur eine Stimme haben, dann zwei und irgendwann geht man auf drei oder vier Stimmen. Und eine Berücksichtigung der Wirtschaftsstärke ist nicht zulässig, wie auch das Zensuswahlrecht nicht zulässig



ist. Das kann man bedauern, aber das ist ein Grundprinzip unserer Demokratie. Und aus all diesen Gründen bitte ich Sie, diese Standesinitiative, die wirklich nur für die Galerie ist, abzulehnen und nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie, diese Standinitiative nicht dem Regierungsrat zu überweisen. Ich habe tatsächlich das Gleiche gedacht wie David Jenny, ist denn die GLP immer noch im Wahlkampf? Diese Idee wurde ja im Wahlkampf mehrfach durchkreuzt. Sie hat mich schon damals nie überzeugt und sie überzeugt mich heute noch sehr viel weniger.

Die wichtigsten Argumente hat eigentlich an dieser Stelle auch schon mein Vorredner David Jenny erwähnt. Diese Idee ist ja aus mehrfacher Hinsicht nicht fertig gedacht. Erstens ist es ja immer speziell, wenn man für sich selber etwas fordert und bittelt. Wir als Kanton Basel-Stadt wollen jetzt also der Bundesversammlung beliebt machen, dass wir ein volles Ständerecht haben. Ja, schöner wäre es, wenn der Kanton Bern diese Standesinitiative für uns einreichen würde, dann wäre es vielleicht fast schon grosszügig, weil man dann sagen würde, das ist aber nett, dass man dem Kanton Basel-Stadt und auch dem Kanton Basel-Landschaft ein volles Ständerecht geben möchte. Aber wenn wir das selber einfordern, erinnert mich das so ein bisschen an dieses jahrelange Gejammer unseres Kantons in Bern, dass wir dort zu wenig Beachtung finden und auch sonst immer ganz gern vergessen gehen. Nun ist dieses Narrativ spätestens seit der Wahl von Regierungspräsident Beat Jans in den Bundesrat ja widerlegt, obschon ich das nicht glaube, aber es auch nie geglaubt habe, dass dies entscheidend ist, wer im Bundesrat sitzt, wenn es dann um die Vertretung der Kantone geht. Das ist das erste Argument.

Das andere Argument ist ja vor allem, dass wir den anderen Halbkantonen ja auch das volle Ständerecht geben müssen, wenn wir es weiterdenken, und dann erreichen Sie ja aus städtischer Sicht nichts, und das war ja immer die Grundüberlegung von Katja Christ. Dann erreichen Sie ja gerade das Gegenteil, Denn wenn Appenzell Innerrhoden und Ausserrhoden aufgewertet werden mit vollem Ständerecht, wenn Ob- und Nidwalden aufgewertet werden, dann ist das Ungleichgewicht zulasten der eher städtischen Kantone wie Basel-Stadt und auch Basel-Landschaft ja noch grösser. Sie erreichen dabei ja gerade das Gegenteil von dem, was Sie eigentlich sich gewünscht haben, nämlich dass insgesamt bei vollem Ständerecht sogar unser Kanton weitaus weniger Gewicht hat als heute. Auch deshalb macht es keinen Sinn, eine solche Standesinitiative einzureichen.

Und dann das dritte, und das ist fast schon das einfachste Argument. David Jenny hat es auch schon erwähnt. Es ist schlicht und ergreifend für die Galerie, was wir hier machen. Was Herr Jenny gesagt hat, ist für die Galerie, was ich sage, ist für die Galerie, was danach meine Nachredner sagen werden, ist für die Galerie und was Claudia Baumgartner als Antragstellerin sagen wird, ist auch für die Galerie. Und wenn diese Standesinitiative dann nach Bern gehen würde, danach sieht es ja bedauerlicherweise gemäss Kreuztabelle aus, dann ist das erst recht für die Galerie, weil das in Bern schon oft diskutiert wurde und weil es in Bern noch nie eine Mehrheit gefunden hat. Ob das nun gut oder schlecht ist, ist ein anderes Thema, aber dieser Vorstoss ist in Bern derart chancenlos, dass es auch nicht sinnvoll ist, weiter nach Bern zu pilgern. Das müsste ja dann die Regierung machen in den entsprechenden Kommissionen, in der sie angehört wird, im Wissen, dass dies absolut chancenlos ist.

Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag heute nicht zu unterstützen und auf die Einreichung dieser Standesinitiative zu verzichten. Dieses bewährte System der Schweiz sollte so aufrechterhalten bleiben. Wenn wir es ändern würden, glaube ich nicht, dass es zum Vorteil unseres Kantons wäre, und deshalb ist es auch nicht nötig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Sie haben gesehen auch wir sind hier offen. Die Argumente, warum wir dieses Offen entschieden haben und es durchaus kritische Stimmen in der Fraktion gab, haben David Jenny und insbesondere auch Joël Thüring vorgebracht. Dabei ist besonders zu bemerken, dass diese Aufwertung der anderen Halbkantone, die man nicht mehr so nennen darf, das eigentliche Ziel, wie es in dem Text formuliert wird, wieder konterkarieren würde und damit eher ländlich geprägte Kantone stärken würde.

Da das alles schon gesagt wurde, möchte ich auf noch etwas anderes für die Galerie hinweisen, und zwar auf den Text, weil dort im zweiten Abschnitt insinuiert wird, dass der Grund, warum es eine halbe Standesstimme für Basel-Stadt gab, im Konflikt zwischen französischer und deutschsprachiger Schweiz liege. Das ist nicht der Fall, sondern es geht hier um die Frage zwischen konservativen und progressiven Kantonen und Basel-Stadt gehörte damals zu den eher konservativen Kantonen, eigentlich bis zweitens 19. Jahrhundert hinein. Als die Tagsatzung am 14. September 1832 mit einem Mehrheitsbeschluss die Teilung des Kantons Basel bestimmte unter Vorbehalt der Wiedervereinigung, dann geschah das eben aus genau diesem Grund, weil der Kanton Basel-Landschaft, der am Entstehen war, ins progressive Lager gehörte und sich die leichte progressive Mehrheit dadurch eine Stärkung für ihr Anliegen der Gründung eines Bundesstaates wünschte



und mit einer Stimme mehr natürlich auch diesem Ziel etwas näher kam. Der Kanton Basel-Stadt, den es zwar damals noch nicht gab, aber das betreffende Teilstück, das immer noch konservativ war, schloss sich dem Sarner Bund an, zusammen mit anderen konservativen Kantonen, und wollte dabei vor allem diese Teilung der beiden progressiven Teile vom Kanton Basel-Stadt und des Kantons Schwyz, der sich zur gleichen Zeit eben auch aufgeteilt hat, wieder rückgängig machen. Dies stoppte dann die Tagsatzung vom 26. August 1833 und verfügte die endgültige Trennung.

Das hat für uns wahrscheinlich nicht mehr so grosse Relevanz, aber es ist wichtig, darauf hinzuweisen, es ist nicht eine Spaltung zwischen französischsprachigen und deutschsprachigen Kantonen, die da reingespielt hat. In dem Sinne ist die Kritik ein bisschen verständlich. Wenn man jetzt die urbanen Kantone stärken möchte, die jetzt die progressiven Kantone darstellen, dann müsste man in der logischen Folge auch Obwalden und Nidwalden stärken, die jetzt nicht unbedingt wahnsinnig progressiv sind.

Deswegen sind wir offen und es wird in beide Richtungen abgestimmt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich kann es nicht staatsrechtlich so genau erklären wie David Jenny und ich kann es auch nicht aus der Optik von Oliver Thommen erklären, der eher historisch von progressiven und weniger progressiven Kantonen spricht. Ich möchte einfach so erklären, warum wir von der LDP diesen Antrag ablehnen, weil das schlicht und ergreifend völlig chancenlos ist. Zwar hat man jetzt auch einen gleich lautenden Vorschlag in Basel-Landschaft, und ich bin sehr gespannt, ob der Landrat ihm zustimmen wird. Aber solange man nicht die anderen vier Kantone dann auch gleich mitnimmt, nämlich die beiden Appenzell, Nidwalden und Obwalden, kann man es eh sofort vergessen. Wenn man sie mitnehmen würde, was dann eben vielleicht sogar kontraproduktive Folgen hätte, selbst dann würde man das aus einem wichtigen Grund nie durchkriegen, weil die welschen Kantone nämlich zusammen mit dem Tessin finden würden, dass das doch nicht in Frage kommt. Das stärkt doch wieder diejenigen, die jenseits des Röstigrabens anders stimmen.

Die ganzen Argumente, die in diesem Antrag von Claudia Baumgartner angewendet werden, sind richtig, sie sind anzubringen, aber sie sind völlig sinnlos, weil das interessiert niemand. Das interessiert wirklich die Welschen nur dann, wenn sie nicht benachteiligt würden. Sie würden sich benachteiligt fühlen. Der Text ist nämlich auch insofern falsch im Antrag, weil da steht nämlich, dass mit diesem Antrag die beiden Basel gleichgestellt werden. Die anderen Kantone werden es dann nicht und dann haben wir ein paar andere Benachteiligte.

Im Gegensatz zu anderen Fraktionen ist die LDP geschlossen gegen diesen Antrag, zum Teil aus den Argumenten, die ich jetzt soeben gerade erwähnt habe, ich wurde aber auch dringend gebeten zu erwähnen, dass teils die Fraktion auch dagegen ist, um die Wiedervereinigung nicht zu gefährden. Da muss ich jetzt ehrlich sagen, das wäre für mich ein Grund, den Antrag anzunehmen, weil ich finde, von dieser Illusion sollten wir uns jetzt auch mal langsam befreien und insofern kann ich das Angebot von David Jenny noch etwas vergrössern. Ich biete an, solange ich lebe, spendiere ich eine Woche lang oder einen Monat lang den Kaffee für den damaligen Grossen Rat, sobald sich die beiden Basel wiedervereinigen, weil ich glaube nicht, dass mich das etwas kosten wird.

Aber egal aus welchen Argumenten Sie diesen Antrag ablehnen, Hauptsache ist, Sie lehnen ihn ab, weil Sie bemühen hier nur erst die kantonale und dann die Bundesverwaltung und mir hat einmal ein Angestellter der Staatskanzlei gesagt, dass eine Standesinitiative etwas sei, das man noch lese, bevor man es wegwerfe. Also bitte lassen Sie es sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Ich kann mich grösstenteils den Vorsprechenden anschliessen. Es ist klar, es ist eine Illusion zu denken, dass nur die beiden Basel mehr Stimmen bekommen und bei allen anderen Halbkantonen bleibt es so, wie es ist. Es ist also klar, diese Standesinitiative bewirkt, wenn sie dann überhaupt irgendetwas bewirken würde und da sind wir ja alles skeptisch, dass die Interessen von Basel-Stadt noch stärker untergehen.

Ich habe das mal ausgerechnet für die Konzernverantwortungsinitiative, das war ja der letzte Fall, anlässlich dessen das Ständemehr so ausführlich diskutiert wurde. Diese Initiative wurde von den Ständen mit 14,5 zu 8,5 Ständen abgelehnt. Würden wir also diese Standesinitiative annehmen, sie würde wider Erwarten in Bern umgesetzt werden, die Verfassung und alles würde sich ändern, dann würde eine ähnliche Initiative oder die gleiche Initiative mit den gleichen Stimmen mit 17 zu 9 Ständen abgelehnt. Wir haben also sehr viel erreicht. Es würde dann also noch stärker gegen die Interessen von Basel-Stadt entschieden, unsere Bevölkerung hat die Konzernverantwortungsinitiative nämlich mit über 60 Prozent der Stimmen angenommen. Also, wir würden mit so einer Standesinitiative nur bewirken, dass die Interessen von Basel-Stadt einfach noch weniger zählen.



Wenn wir schon irgendetwas am Ständemehr und der Zusammensetzung des Ständerats oder dem Ständerat generell ändern wollen, dann machen wir doch etwas, das tatsächlich den urbanen und progressiven Interessen oder den Minderheitsinteressen besser entgegenkommt, oder wir machen gerade den Strich und schaffen es einfach ab. Das wäre auch eine Möglichkeit. Aber hier herumzubasteln, um dann uns selber zu schaden, sehe ich nicht wirklich ein. Um noch auf Joël Thüring zu reagieren: Es wäre eigentlich schon richtig, wenn Basel-Stadt selber diese Standesinitiative eingeben würden und es nicht den Bernern übergäbe. Wir können das theoretisch schon selber machen, aber ich hoffe, Sie lehnen das ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Sie haben gehört, dass wir im Regierungsrat bereit sind, auf das Anliegen einzutreten. Seit dem 1. Januar 2000 und der neuen Bundesverfassung macht der Bund die begriffliche Unterscheidung zwischen Kantonen und Halbkantonen nicht mehr. Es ist nur noch von Kantonen die Rede. Ungeachtet dessen gehören die Stände Basel-Landschaft und Basel-Stadt, aber zu jenen Kantonen, die nur eine halbe Standesstimme haben und im Ständerat mit nur einem Mitglied vertreten sind. Die Frage einer vollständigen Aufwertung der früheren Halbkantone hatte man bei der Totalrevision der Bundesverfassung bewusst ausgeklammert. Damit hat Basel-Stadt wie die anderen fünf betroffenen Kantone in Bezug auf eidgenössische Abstimmungen und auf die Ständeratssitze nach wie vor weniger Gewicht. Ich glaube, es ist offensichtlich, dass das heute eine völlig unverständliche Benachteiligung von Basel-Stadt ist. Und das ist auch der Hauptgrund, weshalb wir bereit sind, auf das Anliegen einzutreten. Es ist aus heutiger Sicht einfach nicht plausibel, weshalb Basel-Stadt benachteiligt sein soll.

Es gab natürlich dann aufgrund dieser offensichtlichen Unbegründetheit dieser Benachteiligung in der Vergangenheit wiederholt Versuche, diese historische Ungleichbehandlung zu beseitigen oder zumindest anzusprechen. Ich erspare Ihnen jetzt an Historie, was man hier mir noch aufgeschrieben hat. Es war allen Vorstössen kein Erfolg beschieden und es ist ja auch sehr deutlich in den Voten jetzt zum Ausdruck gekommen, dass auch eine neue Standesinitiative es eher schwer haben wird. Aber in der Sache bleibt das Anliegen berechtigt und deshalb meinen wir, es ist richtig, darauf einzutreten.

Ich bin der Meinung, dass es nicht unbedingt zum jetzigen Zeitpunkt unsere Aufgabe ist, mögliche Folgefragen auf Bundesebene schon fundiert zu diskutieren. Das soll dann die Bundesversammlung erörtern, wenn sie sich darüber ernsthafte Sorgen macht. Ich meine, das sollte für uns hier nicht im Vordergrund stehen. Grosses Verständnis habe ich für den Aspekt Wiedervereinigung, das ist für uns unverändert ein Ziel, das auch als mehr oder weniger realistisch dargestellt wird hier im Saal. Aber ich habe Verständnis dafür, es ist für uns weiterhin eine historische Perspektive und deshalb, glaube ich, müssen wir diese Diskussion führen. Ich meine zum heutigen Zeitpunkt sagen zu können, dass also eine Aufwertung der beiden Kantone im Bund nicht das letzte und nicht das schwerste Hindernis sein würde auf dem Weg zu einer Wiedervereinigung. Da wird es ohnehin starke Dynamik brauchen und dann wird man sich mit diesem Aspekt der Vertretung auf Bundesebene noch gut auseinandersetzen können, falls und wenn es dann einmal so weit ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Solange nicht generell die Bevölkerungsstärke ein Argument ist, können Sie mir ein stringentes Argument nennen, warum von einer Aufwertung nur die beiden Basel profitieren sollen?

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Das ist gar nicht eine Aussage, die von uns hier und heute verlangt ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Thomas Gander.

Thomas Gander (SP): Wir sind jetzt hier nicht Feuer und Flamme für diesen Antrag, aber wir haben ihn insofern behandelt, dass wir der Meinung sind, es mache doch Sinn, dieses Thema wieder einmal nach Bern zu transportieren.

Ich habe interessiert den historischen Herleitungen von Oliver Thommen und David Jenny zugehört. Sie sind spannend, sie stimmen auch alle und sie sind auch argumentativ stringent, aber die Kernfrage hat Regierungsrat Lukas Engelberg gestellt, welches Argument es nämlich gibt, dass Basel-Stadt so untervertreten ist, rein aus der aktuellen gesellschaftlichen politischen Realität hinaus. Diese Antwort haben Sie mir nicht gegeben. Diese müssen Sie mir dann nach der Herleitung



noch geben. Wieso darf sich demokratiepolitisch nicht etwas verändern in der Schweiz? In der Bundesverfassung hat man es gemacht, indem man die Halbkantone aufgelöst hat, respektive dieses Wort aufgelöst hat. Wieso ist man nicht nachgefolgt und hat sich dann die Grundsatzfrage gestellt, ob die Repräsentativität auf Bundesebene so überhaupt noch gegeben sei. Diese Frage ist wichtig.

Diese Frage ist auch wichtig, um auch ein Gleichgewicht in der Schweiz herzustellen zwischen Land und Stadt, zwischen den verschiedenen Mehr- und Minderheiten, um die Stabilität zu gewährleisten. Und es ist tatsächlich so, wir haben einen Nationalratsitz weniger, weil unsere Bevölkerung nicht so gewachsen ist wie in einem anderen Kanton, auf der anderen Seite sind wir einer der grössten Geberkantone in der Schweiz. Wir haben doch eine gewisse wirtschaftliche Prosperität, die relevant ist, wir sind ein Grenzkanton, wir sind eine urbane Region oder ein urbaner Kanton, dessen Interessen in der Schweiz untervertreten sind. Und das sind doch Fragen, die wir stellen dürfen und dann dürfen wir uns nicht nur hinter guten Argumenten verstecken, die Sie beide eingebracht haben, sondern es ist wichtig, auch diesen Missmut darüber, dass wir so untervertreten sind in Bern, kundzutun.

Ob die Standesinitiative das wirkungsvollste Instrument ist, sei dahingestellt. Wenn Sie ein besseres Instrument haben, um unser Anliegen in Bern neben unseren Vertreterinnen und Vertretern vorzubringen, dann bitte ich Sie, dieses zu nennen. In diesem Sinne werden wir diesem Antrag so zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Joël Thüring an? Sie wird angenommen.

Joël Thüring (SVP): Sie haben gesagt, es sei Ihnen wichtig und deshalb seien Sie für diese Überweisung, damit das in Bern thematisiert werden kann. Ist Ihnen bekannt, dass aktuell ein Postulat von Katja Christ hängig ist in den nationalen Räten, die genau dieses volle Ständerecht einverlangt und der Bundesrat hierzu bereits eine ablehnende Haltung adressiert hat im März oder April 2023?

Thomas Gander (SP): Umso wichtiger ist, dass wir jetzt mit dieser Standesinitiative folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): In Staatskunden war ich immer sehr gut im KV. Wenn das Schule macht, dass man Halbkantone aufrundet, dann ist das wie ein Geschäftsmodell, dass es dann immer mehr politische Stellen gibt im Ständerat. Wir haben ja das Beispiel des Kantons Bern, als sich der Kanton Jura abgespalten hat, und dann hat der Jura gleich zwei neue Sitze bekommen im Ständerat.

Ich sehe das jetzt so: Wenn sich zum Beispiel der nördliche Teil vom Kanton Aargau abspaltet, dann würden die auch zwei Ständeräte bekommen für den nördlichen Kanton Aargau, und dann gibt es einfach zu viele Ständeräte. Also das ist ein Geschäftsmodell, mit dem es dann immer mehr politische Stellen gibt.

Ich bin gegen diesen Antrag. Ich werde auch gegen diesen Antrag stimmen. Im Kanton Basel-Stadt oder im Kanton Basel, wie wir mal geheissen haben, hatten wir 90 Grossräte aus der Stadt und 10 Grossräte aus dem Land. Der Krieg zwischen der Stadtbevölkerung und der Landbevölkerung ist ausgebrochen, weil Bevölkerung des Landes moniert hat, nur 10 Grossräte zu haben trotz gleicher Bevölkerungsstärke. Darum gab es diesen Krieg zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft.

Wir haben die von Basel-Landschaft ziehen lassen, und das war gut so. Wären wir jetzt noch ein Gesamtkanton Basel, hätten wir nur 65 Grossräte von Basel-Stadt und 65 Grossräte von Basel-Landschaft, das gibt zusammen 130. Und ein Grossteil von Ihnen, meine Damen und Herren, wäre in einem Gesamtkanton Basel nicht Grossrat und ich wäre es auch nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun kommen wir zur Antragstellerin Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Ich danke für die interessante Debatte und ich glaube, es gibt jetzt inhaltlich zu diesem Geschäft nicht mehr so viel zu sagen. Entweder man möchte diesen Versuch wieder einmal wagen oder man findet es eben grundsätzlich unnötig oder man möchte weiterhin auf ein freiwilliges Einlenken in Bern oder gar auf eine Fusion von Basel-Stadt und Basel-Landschaft irgendwann einmal hoffen.



Lasst mich deshalb nur kurz erläutern, wie es zu dieser Eingabe in diesem Moment gekommen ist. Ja, wir Grünliberalen hatten diesen Vorstoss bereits im Frühling 2023 zusammen mit der GLP Basel-Landschaft erarbeitet, um dem entsprechenden nationalen Vorstoss von Katja Christ vom Dezember 2022 Vorschub zu leisten. Das Postulat wurde im Parlament nämlich noch nicht beraten, aber bereits im Februar 2023 vom Bundesrat unter der Ägide der damaligen Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider zur Ablehnung empfohlen. Im Sommer 2023 jedoch erste Wahlkampf und wir erhielten von anderen Fraktionen keine Unterstützung, was wir bedauerten aber selbstverständlich akzeptierten und somit zuwarteten. Im September 2023 schliesslich lud unser damaliger Grossratspräsident Bülent Pekerman Bevölkerung und Politik zu einem Austausch zur 175-jährigen Bundesverfassung ins Rathaus ein. Was bewährt sich? Welche Reform für Bedürfnisse sind vorhanden? Das Publikum durfte anschliessend über die diversen Reformideen abstimmen und wählte als eines der drei Topthemen den längst fälligen Erhalt eines zweiten Ständeratsmitglieds für Basel-Stadt und auch die übrigen ehemaligen Halbkantone. Diese Idee wurde übrigens aus dem Publikum vorgetragen von Altregierungs- und Nationalrat Remo Gisin. Welch direkter Auftrag aus der Bevölkerung!

Nach diesem Abend, dem auch wir von der GLP beigewohnt hatten, war für uns jedenfalls klar, dass wir diese Standesinitiative in jedem Fall einreichen werden und dies teilten wir den Medien im letzten Oktober auch so mit. Wir wollten aber damit noch bis nach den eidgenössischen Wahlen ins Parlament und den Bundesrat zuwarten und in der Zwischenzeit konnten wir nun noch auf die Unterstützung einiger anderer Fraktionen oder Mitglieder anderer Fraktionen erhalten, was mich persönlich sehr gefreut hat.

Nun, das Anliegen ist immer noch das gleiche und auch die Argumente dafür und dagegen sind es. Da schliesse ich mich natürlich Thomas Gander und Regierungsrat Lukas Engelberger an. Ich denke, diese Gegenargumente Romanisch-Deutsch, progressiv-konservativ, klein-gross, Stadt-Land, sogar Konfessionen, sind angesichts der heutigen Herausforderung, die unser Bundesstaat zu bewältigen hat, ganz sicher nicht höher zu gewichten als etwa die Proargumente nationaler Finanzausgleichs, Urbanität und Anbindung an Europa. Und es macht doch keinen Sinn, diese Stände gegeneinander auszuspielen, um sich vor der Lösung des eigentlichen rechtsstaatlichen Problems, dass wir ehemaligen Halbkantone seit Anfang Jahrtausend Vollkantone, aber aus historischen Gründen nicht die gleichen Rechte geniessen, wohl aber die gleichen Pflichten wie alle übrigen Vollkantone haben, zu drücken. Ja, das ist aufwendig und wirft ganz sicherlich dann auch Fragen auf auf Bundesebene, aber das gehört dazu. Wann bitte schön kommt denn endlich dieser Mut zu Lösung? Wir wollen doch nicht immer zurückblicken, sondern vorwärtsschauen. Und darum haben wir mit unserem neuen Bundesrat und Justizminister vielleicht jetzt die einmalige Gelegenheit, dass wir für dieses Anliegen auf Bundesebene in allen drei relevanten Gremien Unterstützung erhalten. Nutzen wir sie.

Im Landrat wird übrigens gerade morgen die analoge Standesinitiative behandelt. Im Kanton Basel-Landschaft ist die Ausgangslage noch ein bisschen eindeutiger. Seine Verfassung legt seit 1989 in § 1 Abs. 3 fest, dass seine Behörden darauf hinzuwirken haben, dass er eine volle Standesstimme beziehungsweise zwei Ständeratsmitglieder erhält. Ich freue mich auch im Namen der GLP-Fraktion, wenn wir heute in Basel-Stadt unserem Regierungsrat auch ohne entsprechenden verfassungsrechtlichen Auftrag gleichwohl das analoge Mandat mitgeben. Und ja, ich spreche natürlich hier für Basel-Stadt und Basel-Landschaft, weil wir das zusammen so vorbereitet haben. Ich masse mir nicht an, über andere Halbkantone zu verfügen, aber es ist ein grundsätzliches Problem für alle ehemaligen Halbkantone.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Bedeutet das Argument des nationalen Finanzausgleichs, dass der Kanton Zug dann eigentlich drei Ständeräte haben sollte, weil er pro Kopf weitaus am meisten zahlt in diesen Topf?

Claudia Baumgartner (GLP): Nein, das denke ich nicht. Es geht einfach darum, dass jeder Kanton seine zwei Stimmen hat und man eben genau nicht ausspielt, ob einer reicher oder ärmer ist, welche Religion er hat, ob er grösser oder kleiner ist, sondern es einfach eine Gleichberechtigung wenigstens im Ständerat gibt. Im Nationalrat läuft das ja anders.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Besten Dank. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung



Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 32 Nein, 10 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002837, 07.02.24 16:30:33]

Der Grosse Rat beschliesst

die Standesinitiative dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Standesinitiative überwiesen mit 53 Ja-Stimmen gegen 32 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen.

17. Motion 1 Pascal Messerli betreffend Volksentscheid akzeptieren - keine Durchwegung durch Freizeitgartenareale

[07.02.24 16:30:46, 23.5620.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Messerli hat mitgeteilt, dass er die Motion zurückzieht.

Die Motion ist erledigt.

18. Motion 2 Pascal Messerli betreffend den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag streichen und durch einen anderen Tag ersetzen

[07.02.24 16:31:09, 23.5621.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als erster Redner hat sich Oliver Thommen eingetragen.

Oliver Thommen (GAB): Auch das GAB bittet Sie, diese Motion nicht zu überweisen, aber ich möchte vielleicht zuerst zu den Gemeinsamkeiten kommen, die ich doch in diesem Text irgendwo auch noch erkennen kann. Wir sind uns alle einig, dass die Beschädigung von Eigentum unter einen politischem Vorwand infantil bis kriminell und einfach schlichtweg undemokratisch ist und keinen Platz in dieser Gesellschaft hat. Der zweite Punkt: Ich denke, der 1. Mai sollte ein Feiertag für alle sein, der auch von allen gelebt werden kann. Ich bin selbst in einer Gewerkschaft im Vorstand und das bewegt die Leute an der Basis auch, denn sie möchten 1. Mai-Feierlichkeiten haben, die einen gemütlichen und vielleicht auch kämpferischen und fordernden Charakter haben, aber keinen 1. Mai mit zerstörerischem Charakter.

Nun gibt es aber vier Gründe, warum man diese Motion klar ablehnen muss. Sie sagen, die allermeisten Feiertage seien im Gegensatz zum 1. Mai in der Gesellschaft tief verankert. Ich würde das jetzt bestreiten. Wenn Sie auf den Marktplatz gehen und eine zufällige Auswahl von Personen fragen, was sie an Pfingsten machen und was Pfingsten bedeutet, gäbe es einige, die es vielleicht wüssten, aber ich behaupte jetzt, ohne es mit Zahlen belegen zu können, dass die meisten Personen nur wissen, dass sie dann frei haben. Wie ein Feiertag gelebt wird, kann kein Argument sein., es gibt diese Feiertage, sie alle haben einen gewissen historischen und gesellschaftlichen Stellenwert.

Weiter sagen Sie, dass dies kein Feiertag der hart arbeitenden Bevölkerung mehr sei. Mich würde interessieren, wo Sie das festmachen. Gibt es eine Studie darüber, wie der 1. Mai praktiziert wird? Sie beziehen sich eigentlich nur auf die offiziellen Feierlichkeiten und da gebe ich Ihnen recht, es sind da nicht alle 200'000 Einwohnende des Kantons dort, aber Sie müssen sich auch fragen, ob das ein wirkliches Argument ist. Wenn Sie an Weihnachten in die Kirchen gehen, müssten Sie ja auch schauen, ob diese Kirchen voll sind, um den Feiertag zu legitimieren. Ein Feiertag lebt ja nicht nur allein von den prozeduralen Mechanismen, sondern es kann auch sein, dass ein Familienvater, ein «Trämli», jeden 1. Mai mit seinen Kindern wandern geht und so diesen Feiertag geniesst. Das ist auch ein Ritus, auch wenn Sie ihn vielleicht nicht auf der Strasse sehen oder in der Zeitung lesen. Also für mich ist das kein Argument.



Dann behaupten Sie, dass viele andere Kantone das nicht haben und das stimmt auch. Die meisten Kantone haben keinen Feiertag am 1. Mai. Aber wenn Sie anschauen, welche Kantone das sind, dann sehen Sie, dass das alles Kantone sind in der Region Basel. Es ist Solothurn, der einen Teilfeiertag hat, es ist Basel-Landschaft und Basel-Stadt, aber dann haben wir noch ganz Deutschland und ganz Frankreich, also die ganze Region um uns herum kennt den Feiertag des 1. Mai.

Das führt mich dann zum letzten Punkt, zu den Alternativvorschlägen. Da bin ich ehrlich gesagt etwas ratlos, weil ich selber nicht mehr weiss, was genau der Berchtoldstag ist. Ich weiss nicht, ob dieser in der Bevölkerung verankert ist, das können Sie mir dann noch erklären. Bei Allerheiligen weiss ich noch, worum es geht, ob er in der Bevölkerung verankert ist, weiss ich auch nicht. Ob der 13. Juli im Zusammenhang mit der Eidgenossenschaft ein guter Feiertag ist, weiss ich nicht angesichts der vorherigen Debatte, hinzu kommt, dass er in die Sommerferien fällt. Vielleicht könnten wir uns auf den 12. September einigen, wenn die zweite Standesstimme kommt.

Ich sehe hier wirklich nicht so viele Option und bitte Sie, diese Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Ich verschone Sie jetzt mit einem historischen Abriss der Geschichte des 1. Mai und wende mich eher der aktuellen Situation zu. Der 1. Mai ist ein Feiertag, der wichtig ist, der für grosse Teile der Gesellschaft wichtig ist. Er heisst ja Tag der Arbeit. Sie Sie kennen vielleicht den Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Die meisten Menschen sind eben darauf angewiesen, ihr Einkommen über Arbeit zu generieren, weil Geld ja nicht auf Bäumen wächst. Deshalb ist es wichtig, dass diese Menschen einen Feiertag haben. Darüber kann man unterschiedlicher Meinung sein, aber diesen jetzt abzuschaffen, dafür gibt es definitiv keinen Grund.

Ich möchte zuerst noch einen Punkt ansprechen, der mich in der Formulierung der Motion sehr stört. Es steht in der Motion, dass der 1. Mai genutzt würde, um Sachbeschädigungen zu machen. Das ist für mich wirklich ein sehr wichtiger Punkt. Wenn Sie die Geschichte des 1. Mai in Basel anschauen, dann ist der 1. Mai in Basel eigentlich bis auf wenige Ausnahmen durchgehend friedlich geblieben. Ich sage nicht, dass es im vorletzten Jahr nicht unschöne Szenen mit Sachbeschädigungen gab, aber das ist die Ausnahme. Der 1. Mai in Basel ist in den letzten Jahren, und ich bin jetzt einige Jahre dabei, immer friedlich geblieben. Ich bitte Sie, keine Mythen zu schaffen und diese Geschichte, dass der 1. Mai in Basel gewalttätig sei, zu wiederholen.

Wir konnten im Vorfeld lesen, dass der 1. Mai nicht mehr nötig sei, weil alle Arbeitnehmerrechte ja bereits erreicht seien. Da muss ich wirklich schmunzeln. Das ist vielleicht der Fall, wenn man unter Arbeiterinnen und Arbeitern den weissen Facharbeiter versteht, der in der Chemie eine gut bezahlte Stelle hat. Aber die Arbeiterklasse, das sind eben nicht nur Männer, sondern da sind gerade heute viele erwerbstätige Frauen, natürlich auch viele Ausländerinnen und Ausländer, die zum Teil nicht die gleichen Rechte haben wie die Schweizer Arbeiter. Da gibt es noch sehr viele Themen, die angegangen werden müssen und die am 1. Mai ihren Ausdruck finden. Es wäre ein sehr sehr starker Affront, den 1. Mai abzuschaffen, und ich bin sehr froh, dass es nur wenige Kolleginnen und Kollegen gibt, die das unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der 1. Mai ist ein Feiertag, eine wichtige Tradition und auch ein Symbol für den sozialen Frieden hier bei uns in Basel-Stadt. Er geht zurück auf die ca. 400'000 Arbeiterinnen und Arbeiter, die 1886 in den USA für den Achtstundentag demonstriert haben, eine Demonstration, die dann blutig niedergeschlagen wurde. Das ist der Grund, weshalb der 1. Mai dann relativ rasch in Europa und in der Schweiz auch begangen wurde als Tag der Arbeit.

Der Konflikt zwischen Arbeiterinnen und Arbeiter auf der einen Seite und dem Arbeitgeber oder der bürgerlichen Schweiz auf der anderen Seite war einer der grossen Konflikte, vor allem Ende des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhundert. Die Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung hat sich eingesetzt für zum Beispiel das Proporzwahlrecht, die Einführung des Frauenstimmrechts, eine Alters- und Invalidenversicherung oder die 48-Stundenwoche. Der Kulminationspunkt in diesem Konflikt war wohl der Landesstreik, der auch in Basel zu Toten geführt hat auf Seite der Arbeitnehmer:innen.

Die Antwort der Schweiz war der soziale Frieden, man hat Reformen und Änderung vorgenommen, das Proporzwahlrecht wurde eingeführt in unserem Land, die AHV und IV wurden gegründet, das Arbeitsgesetz entstand. Es gab auch eine Integration der Arbeiter:innen-Bewegung in den Bundesrat auf der anderen Seite auch die Anerkennung der Schweizer Armee als Notwendigkeit auf Seiten der Linken, und es entstand die Friedenspflicht, die eigentlich eine wichtige Grundlage ist für unser Zusammenleben in der Schweiz und in Basel-Stadt. Auch der 1. Mai steht dafür symbolisch, für diesen sozialen Frieden, der in der Schweiz und in Basel herrscht. Dieser Tag ist wichtig für die demokratische Linke, für den sozialen Frieden und auch für die gesamte Bevölkerung, die dann frei hat, auch wenn sie im 1. Mai nicht diese Tradition sieht.



In Basel wird der 1. Mai seit 1890 begangen. Das ist eine lange Zeit, er wurde dann 1932 zum gesetzlichen Feiertag und wie Oliver Thommen gesagt hat, in unserem Umland, in anderen Kantonen ist es ein Feiertag, so in Basel-Landschaft, im Kanton Jura, aber auch im Kanton Zürich oder Neuenburg. Es ist ein kantonaler Ruhetag auch in Schaffhausen, Thurgau und Tessin, und im Dreiland wird der 1. Mai auch begangen. Der Regierungsrat verurteilt jegliche Sachbeschädigung und Gewalt, die im Rahmen und im Zusammenhang mit dem 1. Mai stattfinden. Er erachtet es aber als falsch, aus diesem Grunde den 1. Mai abzuschaffen als gesetzlicher Feiertag, dies, weil es eine wichtige Tradition ist. Es wäre auch ein Kuschen vor den Chaoten und auch das Ziel, dass die Mai-Feiern und die Demos nicht mehr stattfinden, würde damit ja nicht erreicht, weil diese würden auch stattfinden, wenn es kein gesetzlicher Feiertag mehr wäre in Basel-Stadt.

Der Regierungsrat bittet Sie also, den 1. Mai als wichtige Tradition, auch als wichtiges Zeichen für den sozialen Frieden in Basel-Stadt und in der Schweiz beizubehalten und ihm entsprechend diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte mich an Regierungsrat Kaspar Sutter anschliessen. Sie haben uns eine Geschichtsstunde geben, wie der 1. Mai entstanden ist. Er hat ein paar Sachen erzählt, die für mich neu waren. Für mich ist der 1. Mai auch wichtig, für mich geht der 1. Mai zurück auf Karl Marx. Meine Mutter kommt von Karl-Marx-Stadt, das heisst heute Chemnitz. Darum habe ich viel Verständnis für den 1. Mai. Als Kind bin ich in Karl-Marx-Stadt vor dem Karl-Marx-Kopf gestanden. Der ist 20 Meter hoch und steht heute noch dort als Denkmal. Ich habe gelernt in der DDR, dass der 1. Mai geschaffen worden ist wegen der Unterdrückung durch Grosskapitalisten. Und darum ist der 1. Mai für mich eigentlich auch immer wichtig gewesen.

Gewisse Politiker haben ein Kurzzeitgedächtnis. Ich möchte noch einmal an das Protokoll appellieren. Ich habe genau zugehört, was der Vorredner Pascal Pfister gesagt hat. Er hat einen kleinen Fehler gemacht. Er hat gesagt, am 1. Mai 2023 sei viel Polizei gewesen, aber er hat vergessen, den 1. Mai 2022 zu erwähnen. Da wurden viele Schaufensterscheiben eingeschlagen.

Die Polizei hat schon jetzt Angst und zittert wegen dem 1. Mai 2024. Und es ist nicht schön, wenn dann alles zusammengeschlagen wird in einer Stadt und es passiert nicht viel. Das macht natürlich die Leute verrückt. Ich habe Verständnis für den 1. Mai, weil es für die Arbeiter ist, weil ich so erzogen worden bin und darum stimme ich jetzt einmal mit links.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht nun an den Motionär Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Dass rot-grün an ihrem Feiertag festhalten will, ist jetzt nicht etwas, was mich sonderlich überrascht. Ich bedauere jedoch, dass niemand von den anderen Fraktionen den Mut hat, hier zumindest einer Erstüberweisung zuzustimmen. Fakt ist doch, meine Damen und Herren, über 90 Prozent oder vielleicht sogar über 95 Prozent der Menschen gehen am 1. Mai nicht auf die Strasse, um gegen den Kapitalismus zu demonstrieren, sondern sie geniessen einfach nur ihren freien Tag, wie sie das an jedem anderen Tag auch machen würden. Auf der Strasse demonstriert eine Minderheit, eine linke politische Elite, welche Klassenkampf betreibt und somit auf ihre Anliegen aufmerksam machen will. Es sind meistens Anliegen, die insbesondere auf Bundesebene hochaus scheitern, wenn ich nur an die 1 zu 12 Debatte, die 99 Prozent Initiative, AHV plus, Abschaffung der Wehrpflicht, Einheitskasse, Erbschaftssteuer usw. denke. genau das sind die Themen, welche sie am 1. Mai auf die Strassen bringen und dort Aufmerksamkeit haben wollen.

Es ist völlig legitim, diese Aufmerksamkeit zu haben. Sie dürfen demonstrieren. Sie dürften auch bei einer Abschaffung des kantonalen Feiertages am 1. Mai demonstrieren, aber man muss sich doch die Frage stellen, inwiefern es dafür einen kantonalen Feiertag braucht. Und innerhalb dieser kleinen Minderheit gibt es noch eine kleinere Minderheit, nämlich die linksextreme Szene, welche am 1. Mai jedes Jahr ihre Kommunisten-Fasnacht begeht und in der Stadt Sachbeschädigung betreibt. Nein, Pascal Pfister, es sind keine Einzelfälle, wir haben jedes Jahr Sachbeschädigungen am 1. Mai, ausser vielleicht im letzten Jahr, als die Linksextremen von Polizisten eingekesselt wurden. Ja, das war die Ausnahme, da gebe ich Ihnen recht.

Wenn wir mehr Polizisten im Einsatz haben, welche die linken Chaoten stoppen müssen, als effektiv Menschen auf der Strasse für diese Anliegen demonstrieren, muss man sich schon fragen, ob dieser kantonale Feiertag noch berechtigt ist. Wir sprechen vom Tag der Arbeit und hart arbeitende Polizisten müssen hier arbeiten und diese Chaoten an Sachbeschädigungen hindern. Das ist einfach nicht der Sinn eines kantonalen Feiertags für alle statt für wenige, sondern es ist umgekehrt, es ist für wenige statt für alle.



Oliver Thommen hat ein paar interessante Punkte aufgezählt, er hat gefragt, warum ich ausgerechnet einen anderen Tag favorisiere. Ich habe gerade ausgeführt, dass dieser Tag nicht mehr unbedingt eine grosse Bedeutung in der Gesellschaft hat, vielleicht andere Feiertage auch nicht, aber hier geht es halt auch darum, dass wenn wir derart viele Feiertage im Frühling haben, dass wir das vielleicht auch verteilen können, dass vielleicht auch ein kantonaler Feiertag im Herbst, im November oder im September stattfinden kann und wir hier diesen 1. Mai streichen können. Hinsichtlich Pfingsten und Auffahrt gebe ich ihm sogar noch recht, diese sind gesellschaftlich auch nicht unbedingt tief verankert, zumindest die Bedeutung nicht, aber sehr viele Leute geniessen das Auffahrtswochenende und das Pfingstwochenende. Und der 1. Mai ist nicht zwingend an einem Wochenende, sondern es ist einfach einen Tag, der immer stattfinden kann und dementsprechend ist hier diese lokale Verankerung weniger stark als bei den anderen kantonalen Feiertagen.

Ich bitte Sie deshalb, diese Motion für eine erste Überweisung zu überweisen und bedanke mich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt Zwischenfragen von Pascal Pfister, Johannes Sieber und Oliver Thommen. Werden sie angenommen? Sie werden angenommen. Dann hat zuerst Pascal Pfister das Wort.

Pascal Pfister (SP): Besteht Ihrer Meinung nach die linke Elite in Basel aus 4'000 bis 5'000 Personen?

Pascal Messerli (SVP): Basel-Stadt hat eine Bevölkerung von über 200'000. es ist also immer noch eine klare Minderheit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Mich hätte interessiert, was es denn mit fehlendem Mut zu tun hat, wenn man eine Idee, die man nicht gut findet, nicht unterstützt.

Pascal Messerli (SVP): Die Beweggründe kenne ich ja nicht, weil unter anderem auch Ihre Fraktion kein Votum gehalten hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Oliver Thommen hat seine Zwischenfrage zurückgezogen. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002840, 07.02.24 16:52:04]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion nicht überwiesen mit 80 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

19. Motion 3 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Gleichbehandlung der nachobligatorischen Schulzeit in Sachen Familienurlaub

[07.02.24 16:52:16, 23.5643.01]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als erste Einzelsprecherin hat sich Brigitte Gysin eingetragen.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Die Schülerinnen und Schüler der nachobligatorischen Schulzeit haben 70 Ferientage im Jahr. Mit dieser Motion hätten Sie neu das Anrecht auf zwei weitere Ferientage. Wir sprechen hier in diesem Haus regelmässig über das Problem der hohen Gymnasialquote, dass man doch die Berufslehre unbedingt attraktiver gestalten müsste, damit hier ein Ausgleich geschieht. Und wir überweisen dann möglicherweise eine Motion, die gerade dem entgegenwirkt.

Wenn ein junger Mensch überlegt, welchen Weg er gehen, ob er schon eine Berufslehre in Angriff nehmen oder in der Schule bleiben soll, dann ist es vielleicht doch ein Faktor zu wissen, dass er in der Schule 70 Ferientage und noch zwei zusätzliche dank dem Parlament hat und beim anderen Weg hat er 25, falls er sich in der Jugendarbeit engagiert 30 Ferientage. Ja, die 70 Ferientage können die jungen Menschen nicht frei wählen, wobei, das ist ja in der Lehre auch ein Stückweit so, wenn sie zum Beispiel Berufsschulunterricht haben, können sie auch nicht einfach so zusätzlich freinehmen.

Da muss ja etwas anderes in der Waagschale sein, warum man jetzt trotzdem dem zustimmen sollte. Wenn man den Motionstext liest, könnte man denken, dass an den nachobligatorischen Schulen keine Urlaube gewährt werden. Wenn aber ein Schüler oder eine Schülerin zum Beispiel spezielle sportliche Veranstaltungen hat, vielleicht sogar etwas wie Finale einer Schweizermeisterschaft, dann wird in der Regel so Urlaub gewährt, sofern er nicht gerade ausgerechnet auf einen Tag mit wichtigen Prüfungen fällt und der Schüler oder die Schülerin vielleicht sowieso schon gefährdet ist, das Schuljahr zu schaffen. Wenn ein besonderes Familienereignis ansteht, die Cousine in Indien heiratet und man einen Tag früher abreisen muss, um diese Hochzeit nicht zu verpassen, dann wird der Urlaub in der Regel gewährt. Was man sich vielleicht fragen kann ist, ob es tatsächlich für die Familie unabdingbar ist, dass man einen Tag früher gehen muss, um sich den Flug dorthin leisten zu können. Nach meiner Kenntnis gibt es ja kein Pflichtprogramm der fairen Destinationen, unter denen man wählen kann und nur dort einen gewinnbringenden, schönen Familienurlaub verbringen kann und dann gezwungen ist, irgendwohin zu fliegen, wo der Flug zu teuer ist, wenn man am Samstag fliegt.

Mit anderen Worten, ich glaube jetzt nicht, dass man unter dem Label Familienförderung dieser Motion zustimmen muss. Mir scheint es wichtiger, sich vor Augen zu halten, dass wir ja tatsächlich wollen, dass die Berufslehre ein bisschen mehr an Ansehen gewinnt und dass wir nicht noch einmal einen Stein mehr in den Weg legen sollten, indem wir die Schullaufbahn noch weiter in ihrer Attraktivität steigern, was das Thema Ferien anbelangt. Zudem lebt der Unterricht in der Schule vom gemeinsamen Lernen. Es hilft nicht, wenn dann einfach immer mal wieder Leute zusätzlich fehlen. Es fehlen schon genügend aus Krankheits- und anderen Gründen, da müssen wir nicht noch gesetzlich das Recht zu weiteren Ferientagen geben. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ich darf heute für das GAB und für die SP sprechen und ich bitte Sie, diese Motion sehr wohl zu überweisen. Ich habe die Worte meiner Vorrednerin wohl gehört, ich hoffe aber sehr, dass wir, wenn es um Lehrlinge und die Attraktivität Lehrstellen geht in Zukunft, bessere Ideen haben als einfach zwei zusätzliche Ferientage zu gewähren. Das reicht wahrscheinlich bei weitem nicht. Und ich sehe es auch nicht als Argument gegen diese Motion und den nachobligatorischen Schülern und Schülerinnen das zu verwehren.

Die Bewilligung von zwei zusätzlichen frei wählbaren Urlaubstagen entspricht einer sehr moderaten Regelung, die für Familien mit mehreren Kindern mehrere Erleichterungen bringt. So können Sie beispielsweise den Hauptreisetagen ausweichen, stehen weniger lang in Staus und tragen selbst auch weniger dazu bei. Sie können von billigeren Zugtarifen profitieren oder gemeinsam Sportveranstaltungen eines Kindes besuchen und damit gemeinsame Erfolg feiern oder sich bei Niederlagen gegenseitig beistehen.

Die heutige Regelung weist demgegenüber eine deutliche Ungleichbehandlung von Familien mit einem Kind gegenüber Familien mit mehreren Kindern auf. Während Familien mit einem Kind jederzeit von der heutigen Urlaubsregelung profitieren können, können dies Familien mit zwei oder mehreren Kindern häufig nicht, wenn sie Kinder in verschiedenen Schulstufen haben. Diese Regelung mag für die Propagierung und Förderung von Einkindfamilien sinnvoll erscheinen, ist aber für alle anderen nur diskriminierend und trifft genau diejenigen Familien, die eigentlich sowieso schon einer höheren Belastung sowohl in zeitlicher als auch in finanzieller Hinsicht ausgesetzt sind, aber auf der anderen Seite einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Mit der Überweisung dieser Motion können Sie dieser diskriminierenden Ungleichbehandlung von Familien ein Ende setzen und deshalb empfehlen wir, dies heute zu tun.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Besten Dank. Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny, sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Vielleicht irre ich mich, aber ich dachte immer, Linke und Grüne würden exkommuniziert, wenn sie einen Vorstoss unterstützen, in dem das Fliegen positiv konnotiert ist.

Béla Bartha (GAB): Sie haben, glaube ich, nicht ganz richtig zugehört. Ich habe das Beispiel vom Zug erwähnt und nicht vom Fliegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Persönlich habe ich den Familienurlaub in den letzten neun Jahren Schulzeit meines Sohnes sehr schätzen gelernt. Ich gehe also mit Lorenz Amiet einig, es ist eine gute Sache. Aber mit der nachobligatorischen Schulzeit sehe hier im Gegensatz zum Titel der Motion in erster Linie eine Ungleichbehandlung zwischen denjenigen, die ein Gymnasium oder eine Mittelschule besuchen und denjenigen, die eine Lehre absolvieren. Brigitte Gysin hat es bereits anschaulich erklärt. 14 Ferienwochen sind es für Gymnasiums- und Mittelschüler im Vergleich zu den Lernenden, für die es fünf Ferienwochen pro Jahr sind, und wie Sie ebenfalls erwähnt hat, vielleicht noch für die ausserschulische Jugendarbeit fünf Tage dazu.

Und dann sollen die Schülerinnen und Schüler auch noch zwei Tage zusätzlichen Familienurlaub pro Jahr erhalten? Geschätzte Grossratskolleginnen und -kollegen, das ist so ziemlich das Gegenteil von dem, was sie hier drin immer wieder betonen, nämlich dass wir die Attraktivität der Lehre gegenüber der Maturität und weiterführenden Schulen stärken wollen. Und genau das ist mir persönlich sehr wichtig, die Stärkung der Lehre. Daher bitte ich Sie, diese Ungleichbehandlung von Gymnasium- und Mittelschülern gegenüber Lernenden nicht noch zu verstärken und die Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Vielleicht waren Sie nach dem Votum von Brigitte Gysin etwas irritiert, weil die Kreuztabelle ja darüber informiert, dass wir als Fraktion zu diesem Geschäft positiv eingestellt sind. Aber es ist tatsächlich so bei uns, dass wir keinen Fraktionszwang kennen und die Meinungsfreiheit hochhalten. Darum darf man durchaus anderer Meinung sein.

Die deutliche Mehrheit der Fraktion findet, dass diese Forderung berechtigt ist und dass diese Unterscheidung zwischen der obligatorischen Schulzeit und den weiterführenden Schulen nicht gerechtfertigt ist und dass es hier eine Korrektur braucht, die auch angemessen ist. Brigitte Gysin hat vorgerechnet, wie viele Ferientage solche Schüler haben. Es sind 70 und es sind zwei mehr, die dann irgendwie noch flexibel zur Verfügung stehen sollen. Schüler und Schülerinnen fehlen aus anderen Gründen auch, wir denken, dass um die Ferien herum diese Tage durchaus verkraftbar sind und sagen auch als familienfreundliche Fraktion ja zu diesem Vorstoss.

Es geht wirklich um die Familie und Sie sind vielleicht verwundert, dass unsere Kinder bis weit nach dem 16. Altersjahr mit uns in die Ferien gereist sind und reisen. Was wäre schade, wenn das wegen einer solchen Regelung nicht mehr möglich wäre. In diesem Sinne danke ich für die Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun hat das Wort Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Ich versuche natürlich das Schlusswort vor dem Schlusswort des Motionärs zu halten und habe genau noch richtig gedrückt. Vielen Dank die Brigitte Gysin und Brigitte Kühne, die sehr präzise ausgeführt haben, warum diese Motion eine Benachteiligung der Berufsbildung mit sich bringt. Es kann nicht sein, dass wir immer von der Stärkung der Berufsbildung reden und dann unseren Mittelschülerinnen und Mittelschülern, also den ca. 16- bis 19-Jährigen, die schon 14 Wochenferien haben noch, zusätzlich Jokertage gegeben. Ich glaube, in diesem Alter ist die Selbstverantwortung gross genug, dass man auch mit der Familie zusammen in diesen 14 Wochen, die man freihat, den Urlaub die Ferien gut planen kann.



Wir sind ja nicht irgendwie hartherzig gegenüber den Schülerinnen und Schülern, sondern selbstverständlich bei ausserordentlichen Ereignissen gibt es Möglichkeiten, zusätzlich Urlaubstage zu bekommen. Es gibt eine Verordnung dazu, die Absenzen- und Disziplinarverordnung, da werden auch die Ereignisse teilweise explizit genannt. Das sind aussergewöhnliche Familienereignisse, also Hochzeiten, runde Geburtstage, auch Abdankungen innerhalb der Familie, immer «insbesondere» genannt, und entsprechend gibt es praxisgemäss auch noch weitere Gründe, das können zum Beispiel die Mitwirkung an Sportveranstaltungen, ein Sportwettkampf oder ein Theaterengagement sein.

Die Praxis hat sich auch noch einmal nach einer kurzen Rücksprache mit den Schulleitungen gut bewährt. Es ist nicht so, dass die Eltern und die Schülerinnen und Schüler da ständig anrennen und begründete Gesuche nicht gewährt werden. Was nicht gewährt wird, das dürfen wir hier auch aussprechen, wenn Leute einfach sagen, es wäre schön, schon am Donnerstag in die Ferien zu reisen, wenn halt am Donnerstag und am Freitag noch Schule ist. Aber ja das gehört irgendwie zum Leben. Natürlich sind wir im nachobligatorischen Bereich und ist es sozusagen freiwillig, ins Gymnasium oder in die FMS zu gehen, aber auch dort gelten halt gewisse Regeln. Und die Schulen sollen ja, wie es die Berufslehre auch tut, auch auf das Leben danach vorbereiten.

Wie ausgeführt von Brigitte Gysin und Brigitte Kühne, in der Berufslehre ist es halt anders und auch ein sehr lehrvertragsfreundlicher Arbeitgeber wird es nicht schaffen, seinen Lernenden 14 Wochenferien zu gewähren, das das geht einfach nicht. Wir reden ja hier über eine Erhöhung der Ferienzahl von vielleicht fünf auf sieben Wochen, was einzelne Arbeitgeber schon machen, aber die 14 Wochen, die die Mittelschülerinnen und Mittelschüler haben und die die Mittelschule unter anderem so attraktiv macht für viele, werden in der Berufswelt nicht möglich sein. Da müssen wir uns keine Illusionen machen. Umso mehr ist es nicht angebracht, jetzt noch zusätzliche Erleichterungen, zusätzliche Zückerchen zu schaffen, die nicht notwendig sind für die Mittelschülerinnen und Mittelschüler.

Aus diesem Grund bitte ich Sie namens des Regierungsrats, die Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun hat der Motionär Lorenz Amiet das Wort.

Lorenz Amiet (SVP): Vielen Dank für die gute und spannende Debatte. Viele Argumente, die für diese Motion sprechen, haben Sie gehört. Ich will mich deshalb vor allem um jene Argumente kümmern, die gegen die Motion geäussert wurden. Es ist eine Motion, die etwas verlangt, das beispielsweise im Kanton Aargau seit Jahrzehnten Praxis ist, im Kanton Zürich ebenfalls vor ein paar Jahren eingeführt wurde. Ich habe die anderen Kantone nicht alle angeschaut, aber ich bin sicher, es sind nicht nur diese zwei Kantone.

Worum geht es hier? Es geht in erster Linie einmal um eine Forderung, Bürokratie abzubauen. Und deshalb habe ich mir schon ein bisschen die Augen gerieben, dass ausgerechnet die Bürokratieabbauparteien hier gegen diese Motion votieren. Natürlich kann man auch heute Urlaube beantragen und es ist richtig, man bekommt die Urlaube in aller Regel auch. Aber man muss Formulare ausfüllen, man muss Briefe schreiben, man muss die Lehrkräfte orientieren und so weiter und so fort, für etwas, was vollständig unnötig wäre, wo man niederschwellig, bürokratielos, einfach eine Lösung hätte. Und nein, es geht nicht um zwei zusätzliche Ferientage. Die Schule geht weiter an diesen zwei Tagen und die Schülerinnen und Schüler, die den Unterricht verpassen, weil sie etwas anderes vorhaben, müssen den Stoff nachholen. Und den holen Sie am Gymnasium wahrscheinlich am Wochenende nach oder in den Ferien. Es geht nicht darum, hier einfach die Ferien zu verlängern.

Weshalb diese Forderung? Wenn man Familienvater ist und Kinder in verschiedenen Schulen hat, das heisst ein Teil der Kinder ist in der obligatorischen Volksschule, ein Teil der Kinder ist in der nachobligatorischen Schule, dann hat man in der Tat das Problem, dass man mit verschiedenen Regelungen arbeiten muss und dass man zwar einen Teil der Kinder für einen Anlass ganz einfach aus der Schule bringt, für einen anderen Teil der Kinder nicht. Das ist unnötig aus meiner Sicht. Es wurde das Argument genannt, dass man ja nicht zwingend nach dem Flugpreis die Ferien aussuchen muss. Da gebe ich Recht, nicht unbedingt aus dem Badeferienkatalog. Aber all jene, die Verwandte im Ausland haben, wählen die Destination wahrscheinlich nicht nach dem Katalog, sondern nach der Ortschaft, wo die Verwandtschaft lebt, und da kann es sehr wohl sein, dass ich am Freitag zum halben Preis fliege als am Samstag. Wenn jemand keine Kinder hat, ist das nicht so schlimm, wenn jemand ein Kind hat, ist es noch erträglich, aber wenn jemand drei, vier oder sogar fünf Kinder hat, dann geht das eben substanziell ins Geld. Und wir haben vorhin von Regierungsrat Conradin Cramer gehört, dass gerade dies kein Grund ist, um heute Urlaub zu beantragen.

Schliesslich noch ein paar Worte zum Argument, dass es darum geht, mit der Ablehnung dieser Motion die Attraktivität der Lehre nicht zu schädigen. Wenn wir tatsächlich mit diesem Argument die Lehre stärken müssen, dann haben wir ein gröberes Problem, meine Damen und Herren. Erstens einmal hat die Lehre auch ihre substanziellen Vorteile nicht nur im Bildungs-, sondern im rein administrativen Bereich, sie bekommen immerhin Lohn. Sie haben einen Arbeitsvertrag, der Ihnen Freitage zulässt beispielsweise für Prüfungen (z. B. Fahrprüfung), Freitage, wenn Verwandten in direkter Linie sterben und vieles anderes mehr. Der Umzugstag ist noch ein gutes Beispiel. Wenn eine Familie umzieht, müssen Sie heute als



Arbeitnehmerin, Arbeitnehmer, also als Lehrling, beweisen, dass Sie eine neue Adresse haben und damit ist die Sache erledigt. An der Schule müssen Sie Briefe schreiben und Formulare ausfüllen.

Wenn wir tatsächlich das Gefühl haben, mit solchen Massnahmen die Leute dazu bringen zu müssen, nicht ans Gymnasium zu gehen, sondern eine Lehre zu machen. Ich glaube, dann haben wir ein falsches Verständnis davon, was es heisst die Berufsbildung zu stärken. Ich bin sehr dafür, dass wir die Berufsbildung stärken. Ich bilde selber Lehrlinge aus, die meisten Leute in meiner Firma haben eine Lehre gemacht, aber wir müssen schauen, dass wir den Leuten erklären, wo die Vorteile der Lehrer sind nicht während der Ausbildung, sondern nachher im Berufsleben. Besten Dank dafür, dass sie diese Motion unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Brigitte Gysin. Sie wird angenommen.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Wenn man Verwandte irgendwo in Übersee hat, gibt es dann nur den günstigeren Donnerstagflug vor dem Ferienbeginn? Gäbe es nicht bei sechs Wochen Sommerferien auch einen Donnerstag oder zwei innerhalb der sechs Wochen, an dem es auch günstiger wäre?

Lorenz Amiet (SVP): Es könnte ja sein, dass Sie die Verwandtschaft zum Beispiel an Weihnachten und Neujahr besuchen wollen und dann mindestens gibt es in der Tat nach Ferienbeginn keine günstigen Flüge.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 21 Nein, 10 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002842, 07.02.24 17:12:20]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 59 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen.

20. Motion 4 Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Stromsparbonus für Betriebe gerecht verteilen

[07.02.24 17:12:34, 23.5645.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Gibt es Wortmeldungen? Ich habe keine eingetragen.

Es wurde kein Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.



21. Motion 5 Daniel Albietz und Konsorten betreffend faires Inventarisierungsverfahren

[07.02.24 17:13:04, 23.5649.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Lea Wirz.

Lea Wirz (GAB): Die Inventarisierung von schützenswerten Bauten dient grundsätzlich dem Erhalt von kulturell, historisch, künstlerischen oder städtebaulich relevanten Gebäuden und hat einen Informationscharakter. Mit einer Inventarisierung wird in erster Linie eine Erhaltenswürdigkeit festgestellt, nicht mehr und nicht weniger. Diese wird im Rahmen von tatsächlichen Bauverfahren oder auf Anforderung der Eigentümer:innen vertieft geprüft und diesen stehen dann in diesem Verfahren die üblichen Rechtsmittel zur Verfügung, wenn sie mit einer allfälligen Unterschutzstellung nicht einverstanden sein sollten.

Eine grössere Zurückhaltung bei der Inventarisierung, wie sie die Motion fordert, könnte grundsätzlich zu einem Verlust wertvoller historischer oder städtebaulicher Bausubstanz führen. Es ist nicht sicher, dass ohne Inventarisierung auf geplante Veränderungen an bauhistorisch bedeutsamen Gebäuden angemessen reagiert werden könnte, um eben den Erhalt dieser Bauten langfristig zu gewährleisten. Eine umfassende Anhörung aller Betroffenen im Rahmen des Inventarisierungsverfahrens würde zudem zu einem erheblich zeitlichen und administrativen Aufwand führen, was die Effizienz der Verfahren erheblich beeinträchtigen würde, wenn nicht sogar zum Erliegen bringen würde. Die wertmindernde Wirkung, welche der Motionär anführt, ist vielleicht auch gar nicht so falsch, bedeutet es doch insbesondere, dass ein allfälliger Abriss und Neubau nicht mehr ganz so einfach möglich ist und dies allenfalls schädliche Spekulationen mindern kann.

Zum Schluss möchte ich anführen, dass wir den Umgang mit grauer Energie ernstnehmen müssen, wenn wir unsere dringend notwendigen Klimaziele erreichen wollen. Wir brauchen dafür einen sorgfältigen Umgang mit vorhandener Bausubstanz. Der Denkmalschutz kann hier einen kleinen Teil beitragen. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Die Motion Albietz fordert ein faires Inventarisierungsverfahren. Das liest sich auf den ersten Blick sympathisch. Wer ist schon gegen Fairness? Gerade die SP setzt sich ja auch konsequent für mehr Mitwirkung und Teilhabe ein, auch da, was soll man dagegen haben? Was die Motion aber tatsächlich fordert, steht in der untersten Zeile, dass es einen rechtsstaatlichen Einbezug der Grundeigentümerschaften bei einer Inventarisierung braucht. Das ist aus unserer Sicht zutiefst problematisch in seiner Auswirkung, und zwar sowohl für die Denkmalpflege wie auch für die Hauseigentümerschaften.

Lassen Sie mich kurz ausführen, wie das Inventar der schützenswerten Bauten funktioniert. Das Inventar, wir haben es schon von meiner Kollegin Lea Wirz gehört, ist ein Fachinventar ohne rechtlich verbindlichen Charakter. Es ist eine Triage aller Gebäude in Basel-Stadt im Sinne einer oberflächlichen Erstbeurteilung, welche die Frage beantwortet, ob die Denkmalpflege im Falle eines Baugesuchs die Schutzwürdigkeit eines Gebäudes überhaupt prüfen soll. Eine Inventarisierung ist also keine Unterschutzstellung, sondern eben eine Vorsondierung, und zwar auch eine effiziente Vorsondierung. Das macht Sinn. Wenn dann nämlich ein Haus, das im Inventar ist, beispielsweise abgerissen werden soll, dann kommt dieses Baugesuch zur Denkmalpflege. Aber eben nur, wenn es im Inventar ist. Und erst dann wird vertieft geprüft, ob das Gebäude wirklich schützenswert ist oder nicht, dann wird geprüft, ob das Gebäude erhaltensfähig ist oder nicht und falls nicht, wird es auch aus dem Inventar wieder entlassen. Das gibt es immer wieder, auch sehr prominente Fälle. Meine erste Interpellation hat sich genau um so einen Fall gedreht.

Also erst wenn ein konkretes Bauvorhaben vorliegt, wird mit viel Aufwand sorgfältig alles angeschaut. Und diese Sorgfalt braucht es auch, denn eine Unterschutzstellung stellt tatsächlich einen Eingriff ins Eigentumsrecht dar. Da braucht es eine gesetzliche Grundlage. Sie muss verhältnismässig sein. Dann, wenn es eben konkret geprüft wird, hat auch die Eigentümerschaft alle Möglichkeiten des rechtsstaatlichen Einbezugs. Dann hat sie insbesondere die Möglichkeit, mit einem Rekurs gegen den Entscheid der Behörden vorzugehen, bis zu den obersten Gerichten. Die Rechte der Grundeigentümer sind und bleiben also auch heute schon gewahrt.

Dies alles nun vorzuziehen auf die Inventarisierung, macht überhaupt keinen Sinn. Das verkompliziert den ganzen Prozess ungemein und es verhindert einen effizienten Ablauf. Ein rechtlich verbindlicher Einbezug wäre eine Vorwegnahme des Unterschutzstellungsverfahrens und in diesem Umfang für die Behörden kaum zu bewältigen. Es würde auch dazu führen, dass umso mehr Baugesuche, die eben nicht Inventarobjekte betreffen, durch die Behörden, also durch die Denkmalpflege,



geprüft werden müssen. Denn das Inventar hat ja auch den Effekt, dass alle, die nicht im Inventar sind, eigentlich ohne den Einbezug der Denkmalpflege ein Bauvorhaben umsetzen können. Und diese Effizienz verlieren wir eben, wenn das Inventar nicht mehr funktionsfähig ist und das wäre es unter diesen Voraussetzungen.

Es würde auch dazu führen, dass die Eigentümer:innen zu einem willkürlichen Zeitpunkt klären müssen, wie sie ihre Häuser weiterentwickeln möchten. Dabei macht es doch einen erheblichen Unterschied für die Prüfung, auch in der Beurteilung der Denkmalpflege, ob man einfach ein Bad ersetzen will oder ein Haus abreißen will. Die Denkmalpflege setzt den Schutzzumfang heute auch differenziert fest, je nachdem eben wie schützenswert und wie erhaltensfähig ein Gebäude ist. Das kann man nicht prophylaktisch und ohne konkretes Vorhaben sinnvoll tun.

Es geht auch um die Effizienz und ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir doch genau diese Effizienz im Wochentakt von Regierungsrätin Esther Keller fordern. Gerade im BVD und im Bewilligungsverfahren wünschen wir uns das alle, und da erstaunt es mich schon, dass jetzt von bürgerlicher Seite ein Vorstoss kommt, der genau das verkomplizieren und verunmöglichen will. Es kommt schon auch der Verdacht auf, dass die Intention hinter dem Vorstoss eben ist, das Ganze so zu verkomplizieren, dass letztlich die Denkmalpflege und der Denkmalschutz geschwächt werden.

Das kommt für uns nicht in Frage. Die SP setzt sich für den Bestand in all seinen Dimensionen ein, sozial, ökologisch und eben auch baukulturell. Darum danke ich Ihnen, wenn Sie die Motion nicht überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Aufgrund des Denkmalschutzgesetzes wird ja ein Inventar mit schützenswerten Bauten erstellt und dabei ist §24a Folgendes festgehalten: Die betroffenen Eigentümerschaften sind über die Aufnahme ins Inventar und jede Änderung zu informieren.

Eine bloss Information der Eigentümerschaften ist für mich hier nicht angemessen. Wir haben es gehört, es gibt die Frage der Effizienz, aber es gibt auch ein Abwägen, was wichtiger ist, und ich denke, die Rechte der Eigentümer spielen für mich eine grössere Rolle. Natürlich braucht es den Denkmalschutz, aber die Frage ist, ob es hier angemessen ist oder ob es nicht eine Anpassung der rechtlichen Situation braucht.

Denn der Eintrag ins Geoinformationssystem hat einschneidende Konsequenzen. Die bauliche Erneuerung und Massnahmen zur energetischen Sanierung werden eingeschränkt. Die Liegenschaft verliert an Wert, das ist ein grösserer Einschnitt. Da sollen die Eigentümer schaffen einfach bloss informiert werden? Nein. Das Verfahren bei der Inventarisierung muss dringend angepasst werden. Die betroffenen Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen dürfen nicht einfach nur informiert werden, sie müssen einbezogen werden.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Wie einige von Ihnen wissen, habe ich bei diesem Thema wie zwei Hüte an. Ich vertrete die LDP-Fraktion, bin aber gleichzeitig auch Co-Präsident der freiwilligen Basler Denkmalpflege. Das ist keine einfache Ausgangslage, um über ein solches Thema zu diskutieren und eine Meinung zu haben, die, wie Sie an der Kreuztabelle sehen, für eine Überweisung spricht.

Der Punkt, dass Eigentümer:innen von Häusern spärlich informiert werden, nicht einbezogen werden, wurde erkannt bei der kantonalen Basler Denkmalpflege. Das Verfahren, wie inventarisiert wird, wurde überarbeitet, es gibt mittlerweile einen partizipativen Ansatz. Das wurde in den letzten zwei Jahren so gehandhabt, dass in den Quartieren die Personen, die dort wohnen, aber auch Eigentümerinnen und Eigentümer, Interessensverbände, Mitglieder der Bau- und Raumplanungskommission usw. einbezogen wurden, um auch die Qualität dieser Inventarisierungen sicherzustellen.

Wieso ist die LDP für eine Überweisung dieser Motion? Es geht in erster Linie darum, dieses Verfahren einmal aufzuzeigen. Wir haben jetzt sehr viele Ausführungen gehört. Salome Bessenich hat das sehr gut erklärt also, dieses Verfahren ist sehr strukturiert im Kanton Basel-Stadt und mittlerweile eben auch viel besser aufgegleist, indem eine Information tatsächlich stattfindet. Dennoch ist es jetzt wichtig, auch diese Mitwirkung in einer Form zu verschriftlichen und aufzuzeigen, wie diese umgesetzt werden kann.

Gleichzeitig ist es mir wichtig zu betonen, dass eine Inventarisierung eben keine Unterschutzstellung ist und man muss schon sehen, wenn die Inventarisierungen nicht mehr gemacht werden würden, sozusagen ein Fuss in die Tür gesetzt wird, dann hat man eigentlich eine komplette Rechtsunsicherheit als Eigentümerin und Eigentümer. Denn dann mache ich einen



Baubeglehen und ohne nichts Schlimmes, und dann kommt die kantonale Denkmalpflege auf dem Fahrrad vorbei und sagt, dieses Haus hier ist spannend, das müssen wir abklären. Und als Eigentümer verliert man extrem viel Zeit. Es kommt zu einer Abklärung, Gutachten werden erstellt und am Schluss wird es unter Denkmalschutz gestellt, contre coeur, dann kann man sich wehren und Rechtsmittel ergreifen. Am Schluss geht das zwei Jahre, man kann nicht bauen. Das verhindert man wiederum mit einer rechtzeitigen Information über das Inventar.

Darum, es ist ein gutes Anliegen, die Denkmalpflege und den Kanton quasi zu beauftragen, hier aufzuzeigen, wie das Verfahren abläuft, wie man das verbessern könnte. Aber man sollte auch beherzigen, dass der Prozess eben zweigeteilt ist zwischen Inventarisierungs- und Unterschutzstellungsverfahren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Stefan Wittlin. Sie wird angenommen.

Stefan Wittlin (SP): Sie haben gesagt, dass die Partizipation bereits stattfindet seit rund zwei Jahren und dass es Ihnen jetzt darum gehe, dass dieses Verfahren einmal aufgezeigt würde. Ist die Motion dafür das richtige Mittel?

Michael Hug (LDP): Ja, die Motion liegt jetzt auf dem Tisch. Es ist offenbar auch ein Bedürfnis vieler Mitglieder auch unserer Partei, dass diese Mitwirkung besser wird und die Motion ist im Moment das beste Instrument.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Andreas Zappalà.

Andreas Zappalà (FDP): Ich möchte an dieser Stelle klarstellen, dass es hier nicht um Denkmalschutz Ja oder Nein oder um das Inventar Ja oder Nein geht, sondern es geht um die Frage eines rechtsstaatlichen Prinzips. Hat der Staat die Möglichkeit, etwas zu verfügen, ohne dass der Betroffene die Möglichkeit hat, dagegen etwas einzuwenden?

Es ist richtig, dass es früher einfach so war, dass man plötzlich ein Schreiben bekommen hat und erfahren hat, dass die Liegenschaft plötzlich im Inter eingetragen ist. Jetzt gibt es ein Verfahren, bei dem auch wir vom Hauseigentümergebiet eingeladen sind, uns dort einzubringen. Aber am Schluss entscheidet die zuständige Amtsstelle und es wird dann verfügt, dass man ins Inventar kommt. Die jetzige Regelung ist, dass eine Liegenschaft eher ins Inventar kommt als nicht, weil man eben sagt, dass es ja die Möglichkeit gibt, dass man das Verfahren dann durchzieht, wenn man ein Vorhaben hat. Und beim Vorhaben geht es nicht um Abbrüche oder um Gesamtanierungen, da geht es auch schon darum, Fenster auszuwechseln oder Sonnenkollektoren auf dem Dach zu installieren. Auch dann findet die Diskussion statt, ob die Liegenschaft in das Denkmalverzeichnis eingetragen werden muss oder ob sie entlassen werden kann.

Und es macht meines Erachtens keinen Sinn, dass man einfach Liegenschaften inventarisiert, weil man vielleicht unsicher ist, ob diese Denkmalwürdigkeit besteht oder nicht, nur damit man sie dann wieder aus dem Inventar entlassen kann. Ich denke, da macht es Sinn, dass der Eigentümer zumindest eine Möglichkeit hat, schon im Zeitpunkt der Inventarisierung eine Einsprache zu machen. Wenn er es nicht macht, dann ist es seine Sache und ich glaube nicht, dass es eine Flut an Einsprachen geben wird, wenn er im Moment noch kein konkretes Projekt hat und die Frage, ob das Gebäude denkmalwürdig ist oder nicht, erst später behandelt wissen will.

Kein Thema ist der Wert der Liegenschaft, ich persönlich bin nicht der Meinung, dass der Wert der Liegenschaft sinkt, wenn man im Inventar ist oder wenn man dem Denkmalschutz untersteht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Salome Bessenich und Michael Hug. Sie werden beide angenommen.

Salome Bessenich (SP): Sie sagen, dass heute Gebäude eher ins Inventar kommen als nicht. Ist Ihnen bewusst, dass aktuell nur rund 13,5 Prozent der Gebäude im Kanton Basel-Stadt im Inventar sind?

Andreas Zappalà (FDP): Es kommt halt immer darauf an, was man als denkmalwürdig bezeichnet. Aber jetzt ist man daran, schon die Baujahre zwischen 1960 und 1970 zu beurteilen. Da stellt sich für mich die Frage, ob das wirklich denkmalwürdige Liegenschaften sind, die man jetzt schon im Inventar haben muss oder ob es nicht einfach darum geht, dass man das auch später dann noch entscheiden kann.



Michael Hug (LDP): Wie stellen Sie sich den das vor? Wenn ein Eigentümer nicht einverstanden ist mit der Inventarisierung, kommt es ja dennoch direkt zum Verfahren, es wird ein Gutachten erstellt und man nimmt den Unterschutzstellungsprozess einfach vorweg. Das kann ja nicht unbedingt im Interesse des Eigentümers sein.

Andreas Zappalà (FDP): Das ist halt die Folge, dass man jetzt Rekurs machen und das Verfahren führen muss, wenn die Behörde entscheidet, die Liegenschaft ins Inventar aufzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich finde es richtig und wichtig, dass man dieses Verfahren anschaut und durchleuchtet. Ich habe den Eindruck, dass wir in Basel an sich sowieso tendenziell sehr viele Denkmäler, Schutzbedürfnisse entwickeln und dass möglicherweise auch viel zu viel geschützt wird. Für mich ist wichtig, dass wir nicht Denkmalthemen verwischen und verwechseln mit den Themen der Erreichung der Klimaziele. Sonst haben wir plötzlich hier Opposition in Gebieten, die bis jetzt eigentlich unbestritten waren. Aber dieses Thema darf man nicht vermischen und vermengen. Wenn man Denkmäler schützen will, dann ist es etwas anderes, als wenn man Klimaziele erreichen will.

Warum muss man aber das Verfahren anschauen: Es ist tatsächlich störend, dass man belastende Verfügungen erhält, bei denen man nicht mitwirken kann. Wie diese ausgestaltet werden sollen und was die Rechtsfolgen sein sollen, will diese Motion prüfen. Salome Bessenich hat das Verfahren gut dargestellt, mir ist aber ein persönlicher Fall bekannt, der sich gerade vor Kurzem abgespielt hat und der zeigt, dass es nicht ganz richtig ist. Wenn eine Bauherrschaft ein Baugesuch einreicht und eher überraschend zur Kenntnis nehmen muss, dass die Liegenschaft inventarisiert ist. Wenn dann die Denkmalpflege zum Schluss kommt, dass dem Baubeglehen stattgegeben werden kann und die Liegenschaft nicht schutzwürdig ist, bleibt sie trotzdem im Inventar. Es ist also nicht so, dass man nach der Prüfung einen Anspruch geltend machen kann, aus dem Inventar zu kommen. Das kann ja nicht sein. Deshalb glaube ich, ist es richtig, wenn man das Verfahren unbefangen anschaut, um dann zu sehen, was zu tun ist. Ich bitte also um Erstüberweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat der Motionär das Wort.

Daniel Albiets (Mitte-EVP): Zunächst danke ich der Regierung, dass sie bereit ist, die Motion entgegenzunehmen. Ich danke auch den Fraktionen, die den Vorstoss unterstützen und hier auch sehr substantiell begründet haben, weshalb. Etwas überrascht bin ich über den Widerstand der linksgrünen Fraktionen, insbesondere der versammelten Sozialdemokratie, überrascht vor allem, weil der Vorstoss von drei Mitgliedern dieser Fraktion mitunterzeichnet wurde und ich daher keine Anhaltspunkte dafür hatte, dass sich die übrige Fraktion gegen eine rechtsstaatliche Verbesserung des Inventarisierungsverfahrens stellen wird.

Und genau darum geht es bei dieser Motion, um eine Verbesserung des Rechts- und Eigentumsschutzes bei der Inventarisierung von Gebäuden in diesem Kanton. Ich verzichte darauf, hier noch einmal die Argumente darzulegen, Sie können sie in der Motion nachlesen und haben vorhin auch noch ergänzend gehört, warum die Motion unterstützungswürdig ist.

Substantielle Einwände gegen diese Argumente habe ich heute nicht vernommen. Es wurde zwar gesagt, das Inventar habe reinen Informationscharakter. Ich sage nein, es ist eben nicht nur eine Information, sondern es ist ein erheblicher Eingriff ins Eigentumsrecht mit erheblichen Auswirkungen, monetär, baulich, energetisch, es hat Auswirkungen auf jedes Baugesuch, wobei Sie sich vielleicht nicht einmal mehr erinnern, dass ihr Gebäude in so einer Liste ist.

Dann wurde gesagt, es habe keinen rechtlich verbindenden Charakter. Aber eben, es hat erhebliche Auswirkungen und zwar in der Öffentlichkeit. Ich hätte nichts gegen ein internes Inventar einzuwenden, aber es ist nun einmal öffentlich, diese Gebäude werden eingezeichnet und jeder, der das interessiert, kann das nachschauen im Geoinformationssystem des Kantons, auch jeder Kaufinteressent kann das nachschauen und das hat erhebliche Auswirkungen. Weil es eben ein öffentliches Inventar ist, braucht es auch einen minimalen rechtsstaatlichen Schutz.

Es wurde gesagt, dieser rechtsstaatliche Einbezug sei problematisch. Ich bitte, noch einmal nachzulesen, was genau verlangt wird mit der Motion. Ich verlange ja keine vollständige Rechtsmittelbelehrung mit Gang ans Bundesgericht, sondern es wird verlangt eine Anpassung des Verfahrens im Sinne eines rechtsstaatlichen Einbezugs. Und das kann auf verschiedene Arten geschehen. Heute sieht es einfach nicht. Heute ist es ein B-Post-Brief, der verschickt wird, und man hat keine Ahnung, was das vielleicht bedeutet und was man dagegen tun kann.



Es wurde auch ein Effizienzverlust beklagt durch dieses Verfahren. Einerseits kann man das bei allen Rechtsmittelverfahren beklagen. Wir haben ein Staatswesen, das sich auszeichnet dadurch, dass man eben Rechtsmittel ergreifen kann, wenn man in persönlichen Rechten betroffen ist. Und das fehlt hier. Die Beurteilung der Schutzwürdigkeit wird einfach vorgezogen. Es es geht darum, dass nicht Inventarisierung im Zweifel und auf Vorrat geschieht. Wenn ich heute höre, es seien ja nur 13,5 Prozent aller Gebäude im Kanton im Inventar, dann muss ich sagen, das ist nicht «nur», das ist ein erheblicher Anteil, und ich vermute, dass eben auf Vorrat inventarisiert wird, auf Sicherheit, und das erachte ich als übertrieben.

Das Inventar beurteilt die Schutzwürdigkeit, darauf hat auch Bruno Lötscher hingewiesen, und hat nicht zum Zweck, generell Abbrüche zu erschweren. Dafür haben wir andere Instrumente. Beim Inventar geht es wirklich darum, ob ein Gebäude schützenswert ist oder nicht. Darum ist es angezeigt, hier den Schutz zu verstärken. Natürlich mich, Michael Hug hat es dargelegt, es gibt heute schon diesen freiwilligen Einbezug durch die Denkmalpflege, weil sie gemerkt hat, dass es vielleicht gut wäre, wenn aktiver darüber informiert und vorher die Meinung abgeholt würde, aber es ist eben nur freiwillig. Darum glaube ich, dass es gut wäre, wenn wir mindestens ins Gesetz schreiben würden, wie dieser Schutz aussieht.

Es ist eine Motion mit Erstüberweisung, das heisst, die Regierung kann sich darüber äussern, welche Art von Einbezug und von Schutz sie sich hier vorstellt. Das muss wie gesagt kein ausgewachsenes Rechtsmittelverfahren sein, aber es geht darum, mindestens eine niederschwellige Mitwirkung vorzusehen für betroffene Grundeigentümerschaften. Es geht um besseren Rechtsschutz bei faktischen Eigentumsbeschränkungen. Wer dagegen ist, stellt den Schutz von Eigentum und auch Grundeigentum als Grundelemente unserer Wirtschaftsordnung eigentlich grundsätzlich in Frage, womit der Widerstand von linksgrün einer gewissen Selbstoffenbarung gleichkommt. Uns geht es darum, Dinge zu schützen, ohne Hidden Agenda. Ich danke Ihnen für die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wurde bestritten von Lea Wirz. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 41 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002845, 07.02.24 17:40:57]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Überweisung der Motion entschieden mit 49 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

22. Motion 6 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend PACS und Verantwortungsgemeinschaft für Basel-Stadt

[07.02.24 17:41:12, 23.5650.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich bitte Sie, sich als Einzelsprechende zu registrieren. Erster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich bitte Sie als Einzelsprecher, aber durchaus auch im Namen meiner Fraktion, diese Motion nicht zu überweisen. Es geht uns in erster Linie darum, dass voraussichtlich Arbeit für den Papierkorb gemacht würde, wenn wir in Basel jetzt zu diesem Thema die Verwaltung aktivieren, tätig zu werden. Das Pacte civil de solidarité ist eine interessante Sache, die in Frankreich, wenn ich es richtig sehe, zum ersten Mal so entwickelt wurde und 1999 eingeführt wurde, zur Möglichkeit von gleichgeschlechtlichen Paaren, sich einen erhöhten Schutz zu geben, weil eine



gemeinsame Ehe nicht möglich war in Frankreich. Das ist dort erst seit 2013 möglich. In der Schweiz ist das möglich, ursprünglich mit der eingetragenen Partnerschaft schon 2007 und jetzt auch mit der Ehe für alle. Also, die Notwendigkeit, weshalb man effektiv etwas machen musste, die ist in der Schweiz weniger gross als es damals in Frankreich war. Es gibt es auch in Genf und in Neuenburg, wenn ich es richtig gesehen habe.

Aber vor allem und entscheidend scheint mir, dass auf Bundesebene eine entsprechende Vorlage in Ausarbeitung ist. Es gibt die parlamentarische Initiative von Ständerat Andrea Caroni aus Appenzell Ausserrhoden. Dies ist schon behandelt worden in der Rechtskommission des Ständerats, auch in der Rechtskommission des Nationalrats, und beide Rechtskommissionen haben zunächst einmal ihre Zustimmung gegeben, dass man das Geschäft weiterverfolgt. Jetzt ist es in der Ständeratskommission.

Wenn wir im Kanton hier tätig würden, hätte das doch weitgehende Folgen – man müsste ein Register schaffen, dort würde, könnte man sich eintragen lassen, man verpflichtet sich positiv einer Partnerin, einem Partner beizustehen, solange man zusammen ist. Vielleicht will man zusätzliche Rechte erwirken, das könnte der Kanton wohl. Er könnte erbrechtliche oder steuerrechtliche Vorteile gewähren. Aber wenn wir daran sind, eine Vorlage auf Bundesebene auszuarbeiten, macht es keinen Sinn, hier in diesem Bereich vorzupreschen und eine Ehe Light oder ein Konkubinat plus einzuführen im Kanton Basel-Stadt. Selbst wenn man gewisse Probleme für Leute sieht, die zusammenleben ohne diese Anerkennung eines Ausweises, wie die Ehe beispielsweise oder ein privatrechtlicher Vertrag, wie etwa Mitwirken bei Behörden, bei Gängen ins Spital, dann haben wir Instrumente, die helfen. Also die Notwendigkeit, schnell vorzupreschen, ist nicht nötig. Wir haben den Vorsorgeauftrag, wir können also in solchen Fällen durchaus auch institutionell unterstützend wirken, privatrechtlich sowieso mit Bevollmächtigungen.

Inhaltlich müssen wir uns im Moment gar nicht damit auseinandersetzen. Es macht keinen Sinn, eine solche Vorlage in Basel für Basel alleine auszuarbeiten, wenn auf Bundesebene die Arbeiten aktuell getan werden aufgrund einer parlamentarischen Initiative eines Ausserhoder Ständerats der FDP. Das hat durchaus Chancen, dass das im Bundesparlament mehrheitsfähig ist. Deshalb ersuche ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Wir haben die Kreuztabelle erfreut zur Kenntnis genommen. Es sieht so aus, als würde unser Parlament heute den Vorstoss von Raphael Fuhrer aus unserer Fraktion überweisen. Wir nehmen damit als Kanton eine doppelte Pionierrolle ein. Mit der Zustimmung zum Pacs nehmen wir eine Pionierrolle in der Deutschschweiz ein, und schweizweit wären wir der erste Kanton, der sich dem Thema der Verantwortungsgemeinschaften annimmt. Das finde ich grandios.

Der Pacs und auch Verantwortungsgemeinschaften sind eine Möglichkeit zur Anerkennung von unverheirateten Paarbeziehungen und unterschiedlichen Lebensgemeinschaften und gelebter Realität. Dieser Akt der Anerkennung erachte ich als sehr wichtig. Es ist ein Akt der Anerkennung nicht nur gegenüber dem Staat, sondern auch gegenüber der Gesellschaft und der Bevölkerung. Für uns als Gesellschaft, aber auch für die Lebensrealität der Menschen, hat dies einen Effekt. Und nicht zuletzt, mein Vorredner hat es bereits gesagt, gibt es national bereits Bemühungen, vor allem zu einem Pacs. Wenn wir diesen Vorstoss jetzt überweisen, verstärkt das auch die nationalen Bemühungen oder auch zukünftige Bestrebungen für Verantwortungsgemeinschaften.

Daher wird meine Fraktion sehr motiviert diese Motion überweisen. Uns ist aber auch bewusst, dass ein Pacs und auch Verantwortungsgemeinschaften einiges nicht regeln können, weil nicht alles umfassend auf kantonaler Ebene überhaupt geregelt werden kann. Der kantonale Einfluss ist begrenzt, aber nicht Null. Und dies zeigen die Kantone Genf und Neuenburg, die bereits einen solchen Pacs haben.

Nun, wie sehen diese Pax dort aus? Sie sind sehr unterschiedlich. Die beiden Kantone in der Romandie haben unterschiedliche Wege gewählt. In Genf hat der Pacs zur Folge, dass die Partnerin oder der Partner eine Zeugenaussage nicht leisten muss, falls es zu einem Gerichtsfall kommt, sondern nur Auskunft geben kann. Weitere direkte Auswirkungen hat der Pacs dort nicht, nicht auf die AHV, nicht auf die Pensionskasse oder auch nicht auf Sozialleistungen, aber, und das finde ich ein sehr wichtiger Punkt, die Kantonsverwaltung muss die Pacs-Paare gleich behandeln im Umgang wie sie auch Eheleute behandeln würde. Und das macht doch im Alltag dieser Paare einen grossen Unterschied. In Neuenburg sieht es leicht anders aus. Dort hat der Pacs einen leichten Einfluss auf das Erbe, es hat einen leichten Einfluss auf den Umgang mit Schenkungen, nicht jedoch auf direkte Steuer.

Wir haben gehört, der Bund mache das ja schon, man müsse daher bei uns nichts tun. Ich sehe das anders. Ich fände es sehr erfreulich, wenn der Bund vorwärts macht. Aber auch wenn der Bund vorwärts macht und einen Pacs auf nationaler Ebene bringen würde, müssen wir die kantonalen Dinge, die der Kanton regelt, ohnehin selbst regeln. Daher ist das für mich kein überzeugendes Argument gegen den Pacs.



Es gibt also einen gewissen Handlungsspielraum, und wenn es das bei Paarbeziehungen gibt, wie Neuenburg und Genf zeigen, gibt es das sicher auch bei Verantwortungsgemeinschaften. Warum ist auch zweiteres wichtig? Es gibt viele Formen von Lebensgemeinschaften und damit auch viele Formen von Familie- und Lebensrealitäten. Ich zähle ein paar Beispiele auf: Zwei alleinerziehende Mütter oder Väter, die ihre Kinder gemeinsam grossziehen, beste Freunde, die gemeinsamen altern, drei Personen, die zusammen ein Haus kaufen und sich Freud und Leid des Alltags teilen. Paare, die zusammen mit einer pflegebedürftigen Person, einem Geschwister oder Elternteil, einem Freund oder Freundin leben, erwachsene Menschen, die sich zusammentun, um gemeinsam Kinder grossziehen. Die Liste ist lang, und das ist in unserem Kanton gelebte Realität. In einer immer individualisierteren Gesellschaft ist es wünschenswert, wenn auch wir Menschen Anerkennung schenken, die sich zusammentun und gegenseitig Verantwortung übernehmen. Wenn wir dies tun, dann wertschätzen wir verschiedene Lebensformen, geben solchen Legitimität, wir geben den Auftrag, diese Bereiche zu identifizieren, wo wir tatsächlich noch Handlungsspielraum und Handlungsbedarf haben, und daher freue ich mich, wenn dieser Vorstoss heute überwiesen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von André Auderset. Sie wird angenommen.

André Auderset (LDP): Wenn die beiden erwähnten besten Freunde, die gemeinsam alt werden wollen, dies dann in Hochwald oder Rheinfelden machen, fällt plötzlich wieder alles weg, worauf sie vorher aufgebaut haben, weil es eine rein kantonale Regelung ist. Was meinen Sie dazu?

Raffaella Hanauer (GAB): Leider haben wir hier keinen Einfluss auf das Kantonsparlament in Basel-Landschaft, aber einen entsprechenden Vorstoss dort würde ich begrüssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Nach meiner Vorrednerin kann ich es jetzt kurz machen, denn sie hat doch sehr viel Wesentliches bereits gesagt. Zum Argument bezüglich Bund: Erstens sagt meine Erfahrung, dass die Mühlen leider doch dazu neigen, langsam zu mahlen, eher langsam als schnell. Zweitens, das hat eben meine Vorrednerin erwähnt, sollte das dann kommen, dann wäre unsere Arbeit mitnichten vergebens, ganz im Gegenteil, wir könnten dann auf das, was wir zum Beispiel registermässig beim Pacs schon gemacht haben, Register mässig, zurückgreifen.

Dann ist mir eben auch diese Pionierrolle, diese Vorbildrolle unseres Kantons wichtig. Es wurde gesagt, es geht in diesem Vorstoss eben nicht «nur» die Pacs, sondern auch um die VGM, um die Verantwortungsgemeinschaft. Das ist wirklich etwas, das wir als erste anerkennen würden. Menschen können sich verbindlich zusammenschliessen, um gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und ihren Alltag zu teilen, sich gegenseitig zu vertreten, ohne, wie im Gleichstellungsgesetz definiert, romantisch oder erotisch verbunden zu sein, sondern einfach um gemeinsam den Alltag zu meistern. Da geht es auch nicht nur um WG und um Junge, sondern ich darf Ihnen sagen, dass auch viele ältere Menschen, sehr häufig Geschwister und aufgrund der höheren Lebenserwartung dieser Altersklasse häufig Schwestern zusammentun. Es wäre gut, wenn hier auf einfache niederschwellige Weise, ohne eben unzählige Vollmachten und Vertretungen ausfüllen zu müssen, auch eine solche Verantwortungsgemeinschaft anerkannt werden könnte. Wir würden damit wirklich eine Pionierrolle übernehmen und den Bestrebungen auf Bundesebene einen Vorschub leisten. Meine Fraktion würde sich freuen, wenn dieser Vorstoss überwiesen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Sie haben der Kreuztabelle entnommen, dass die Regierung den Vorstoss nicht überwiesen haben möchte. Es geht dabei nicht um ein inhaltliches Statement für oder gegen Pacs, im Gegenteil, wir sehen den Anwendungsbereich und die Sinnhaftigkeit eines Pacs. Aber wenn ich an die Vorredner anknüpfen darf, Bruno Lötscher hat es gut gesagt, es ist auf Bundesebene hängig und zwar nicht nur in der Theorie, sondern die parlamentarische Initiative wurde überwiesen und fordert, innert zwei Jahren eine Gesetzesvorlage zu formulieren, zwei Jahre gerechnet ab dem Datum der Einreichung, also im Jahr 2025. Wir sind wesentlich langsamer mit unserer Motion, wenn Sie die überweisen. Wir haben laut Motionstext drei Jahre Zeit.

Das andere ist der Handlungsspielraum. Wir sind regierungsrätlich der Meinung, dass die Bundeskompetenz in den meisten Fällen spielt, wir diese Bundesvorlage auch brauchen und der Anwendungsbereich dann rein Kantonal eben doch relativ



klein ist. Es ist wahrscheinlich einfach die Bundeszuständigkeit und die Bundeslösung abzuwarten, um zu schauen, wo wir kantonal noch ausführen müssen. Wir sind der Meinung, dass dies der Pionierrolle wegen gesetzgeberisch nicht sinnvoll ist in einem solchen Bereich. Man kann sehr wohl das Votum anerkennend zur Kenntnis nehmen, auch die Regierung sieht es ähnlich, dass es Anwendungsbeispiele gibt, aber dies ist die falsche Methode, das Geschäft zu initialisieren. Deshalb bittet der Regierungsrat, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Ich fand das Votum von Christine Keller sehr gut und möchte mich dem voll und ganz anschliessen. Ich finde, dass wir auf kantonaler Ebene vorwärtskommen können. Wir haben das mit dem Thema des Konversionstherapieverbots schon gehabt. Da hat man gesagt, das soll man in Bern lösen. In Bern hat man mir gesagt, man soll es kantonal lösen. Also wir können kantonal vorwärtskommen oder nicht. Ich finde, hier könnten wir vorwärtskommen, wir sollten das.

Ich möchte aus liberaler Perspektive doch auch meine Verwunderung über die progressive liberale Seite in diesem Rat zum Ausdruck geben. Dass die Konservativen das nicht wollen, kann ich verstehen, aber es ist doch ganz klar so, dass jegliche Solidarität, die im privaten Rahmen irgendwie geregelt ist, doch auch den Staat entlastet, und das könnte doch auch ein Argument sein, jetzt dieser Motion zuzustimmen. Ich würde mich sehr freuen, Sie würden das tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim Motionär angelangt. Raphael Fuhrer hat das Wort.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich möchte nur noch kurz ein paar Sätze dazu sagen. Das Argument Bund versus Kanton. Mir war voll bewusst, was auf Bundesebene läuft, und gerade darum habe ich auch diese Motion eingereicht mit der Frist von 18 Monaten, dann fällt das zusammen mit der Umsetzung auf Bundesebene, und dann sind wir als Kanton bereit. Denn diese Themen, die ich in der Motion anspreche, sind eine Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen. Es sind viele Sachen auf Bundesebene geregelt, es bleibt aber Spielraum offen auf Kantonesebene, und mir wäre sein Anliegen, dass wir jetzt diese Arbeiten aufnehmen, unseren Teil bereits beginnen und bereit wären, wenn es vom Bund kommt. Wenn vom Bund nichts kommen würde oder sich verzögern würde, hätten wir immerhin schon diese Sachen umsetzen können, die in reiner Kantonskompetenz sind. Soviel zum Paccs.

Hinsichtlich des zweiten Teils der Motion, der Verantwortungsgemeinschaft, ist im Moment nichts unterwegs auf Bundesebene. Ich finde es ganz wichtig, dass wir als Kanton mit einer dermassen diversen Gesellschaft, mit vielen unterschiedlichen Lebensentwürfen, eine Lösung anbieten, mit der Menschen ihre Verantwortung gegeneinander absichern können. Denn ich glaube, viele Leute verzichten genau auf diesen Schritt, weil sie sich nicht zurecht finden, was es alles gibt. Wir dürfen nicht vergessen, hier in unseren Reihen haben wir das Glück, viele Juristinnen und Juristen unter uns zu haben, aber für eine Person, die einen ganz anderen Hintergrund hat, ist liegen viele Sachen nicht auf der Hand. Wenn hier Angebote definiert sind, standardisiert sind, wie man Verantwortung zwischen zwei oder mehr Personen teilen und absichern kann, würde das danach vielmehr gemacht. Darum bitte ich Sie, die Motion zu überweisen. Sie besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil wäre koordiniert mit dem Bund und mit dem zweiten Teil würden wir Neuland bestreiten. Und das finde ich auch gut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 38 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002847, 07.02.24 18:00:09]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Überweisung der Motion entschieden mit 53 Ja-Stimmen gegen 38 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und freue mich, Sie morgen hier wieder zu sehen.

Schluss der 2. Sitzung

18:00 Uhr



Protokoll

der 3. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Donnerstag, den 8. Februar 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: Jo Vergeat (GAB), Leonie Bolz (SP), Beda Baumgartner (SP).

Verhandlungsgegenstände:

23.	Motion 7 Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel	2
24.	Motion 8 Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans	7
26.	Anzug 1 Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte	11
27.	Anzug 2 Sandra Bothe und Konsorten betreffend Stärkung der demokratischen Werte in der Volksschule: Entflechtung des Sammelbereichs «Ethik, Religionen, Gemeinschaft», berufliche Orientierung, Klassenstunde	12
28.	Anzug 3 Philip Karger und Konsorten betreffend Bürokratie in der Verwaltung von Basel-Stadt.....	12
29.	Anzug 4 Eric Weber betreffend Grossräte müssen in ihrem Wahlkreis wohnen	14
30.	Anzug 5 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Wissen schaffen und austauschen: Was ist los im Kleinbasel und was braucht es?	15
31.	Anzug 6 Michael Hug und Luca Urgese betreffend Vergabe zur zeitgemässen Betreuung eines Recyclingparks für die gesamte Basler Bevölkerung	23
32.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz bezüglich der Folgekosten des Klimawandels in einem "Weiter-wie-bisher"-Szenario, Schreiben des RR	23
33.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend «Eine koordinierende Stelle in der Verwaltung zuständig für Zusammenfassung, Information und Sensibilisierung aller Aktivitäten im Rahmen des Klimaschutzes», Schreiben des RR	23
34.	Anzug Brigitte Kühne und Raffaella Hanauer betreffend «Superblocks» in Basel, Schreiben des RR	24
35.	Interpellation Nr. 140 Annina von Falkenstein betreffend Fehlleistungen der Staatskanzlei bei den National- und Ständeratswahlen, Schriftliche Beantwortung	27
36.	Interpellation Nr. 149 Beat K. Schaller betreffend einseitige Politpropaganda von staatlich finanzierten Institutionen, Schriftliche Beantwortung	28
37.	Interpellation Nr. 157 Lorenz Amiet betreffend Bundesratswahlfeier und ihre Kosten für den Steuerzahler, Schriftliche Beantwortung	29
38.	Interpellation Nr. 158 Beat Braun-Gallacchi betreffend Ausrichtung und Organisation der Ständerats- und Bundesratsfeierlichkeiten, Schriftliche Beantwortung	29
39.	Anzug Claudia Baumgartner und Konsorten betreffend übermässige Vermehrung von Freigängerkatzen / Tierwohl für Streunerkatzen, Schreiben des RR	29



Beginn der 3. Sitzung

Donnerstag, 8. Februar 2024, 09:00 Uhr

23. Motion 7 Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel

[08.02.24 09:00:30, 23.5657.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und ich habe Ihnen folgende Mitteilung zu machen:

Mit Blick auf die provisorische Geschäftsliste für den März habe ich entschieden, keine Nachtsitzung anzusetzen.

Damit kommen wir zu Traktandum 23.

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Als erste Einzelsprecherin hat sich Patrizia Bernasconi eingetragen.

Patrizia Bernasconi (GAB): Wir möchten auch, dass die Verwaltung effizienter, ohne Doppelspurigkeit arbeitet. Wir möchten auch, dass Ämter und Abteilungen miteinander sprechen und kooperieren. Wir finden aber, dass der Regierungsrat zuerst mit einer Generellen Aufgabenüberprüfung die Situation analysieren soll und erst danach Massnahmen entsprechend ergreift, als vor einer Generellen Aufgabeüberprüfung konkrete Effizienzziele zu definieren. Wir stellen uns die Frage, was heisst hier konkret, auf welcher Grundlage sollen Ziele definiert werden. Das klingt für uns alles sehr willkürlich. Es wäre ehrlicher gewesen, wenn die Motionäre konkrete Ziele genannt hätten, da es hier eigentlich nur um eine Schauübung geht. Das Einzige, was wirklich konkret ist, ist, dass keine Notwendigkeit zum Sparen existiert.

Wir bitten Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Die Generelle Aufgabenüberprüfung, das wissen Sie vielleicht noch, geht ja auf eine Volksinitiative von bürgerlicher Seite zurück und wurde dort dann im Gesetz entsprechend verankert. Es hat ein Weilchen gedauert, bis dann die erste GAP durchgeführt wurde. Wir mussten da immer wieder insistieren, auch die Finanzkommission musste da mehrmals insistieren. Inzwischen ist das Instrument doch einigermassen etabliert. Wie das der Regierungsrat ausgestaltet, das scheint uns auch sinnvoll, indem er inhaltliche Schwerpunkte setzt, nicht jedes Mal, jede Legislatur die ganze Verwaltung durchspatet, sondern sich da ein bisschen thematische Schwerpunkte setzt, auch das erscheint uns sinnvoll.

Und was ist das Ziel dieser GAP? Das Ziel ist, konkret anzuschauen, wo kann man effizienter werden, wo kann man Doppelspurigkeiten beseitigen, wo gibt es vielleicht auch Aufgaben, die die öffentliche Hand nicht mehr wahrnehmen muss. Und da erscheint es uns doch sinnvoll, dass man das nicht einfach mal so macht und mal schaut, ja, vielleicht gibt es da irgendetwas, sondern dass man ein solches Projekt auch mit konkreten Zielen verbindet.

Wenn man sich den Bericht der letzten GAP anschaut, das Erste, was ich gemacht habe, als ich diesen doch sehr dicken Bericht erhalten habe, ist, ich habe dann die Zahl, das Ergebnis gesucht. Ich habe den Bericht durchgeblättert und gesucht, was hat jetzt der Kanton effektiv an Effizienz gewonnen in Franken und Rappen. Wie viele Franken werden jetzt da effektiv künftig weniger ausgegeben. Und ich persönlich, vielleicht ist es Ihnen anders gegangen, ich habe keine Zahl gefunden und ich finde, wenn man schon den Aufwand betreibt für eine solche Generelle Aufgabenüberprüfung, muss man doch den Anspruch haben, dass am Ende des Prozesses irgendwo ein Betrag steht, wo man sagen kann, ja, so viel sind wir effizienter geworden.

Ich möchte einen Unterschied machen zwischen Sparen und effizienter werden. Es geht nicht um Sparen, es geht darum, eben zu schauen, wo haben wir Doppelspurigkeiten oder Dinge, die man nicht mehr braucht. In der Wirtschaft ist das Common Sense, da schaut man regelmässig, schaffen wir es pro Jahr, ein, zwei, drei Prozent effizienter zu werden, ohne zu sparen, sondern um eben effizienter zu werden. Das ist ein Unterschied.



Bei gewissen ausgelagerten Betrieben ist das eine Selbstverständlichkeit, machen wir das. Ich darf daran erinnern, dass der Regierungsrat den Basler Verkehrsbetrieben ebenfalls ein Effizienzziel vorgibt via Eignerstrategie. Der Regierungsrat selber ist offensichtlich der Meinung, dass das etwas ganz Normales ist und es dünkt mich durchaus wichtig, dass man das eben auch bei der Verwaltung selbst macht und deshalb möchten wir, dass hier in dieser GAP ein konkretes Ziel festgelegt wird, dass man sagt, unser Ziel ist, dass wir das erreichen wollen. Vielleicht, wenn man den ganzen Prozess macht, erreicht man es am Schluss nicht. Es kann ja sein, dass man sagt, ja, wir haben es angeschaut und wir brauchen das trotzdem alles, es muss alles so bleiben, wie es ist, aber dann muss man es begründen. Aber zumindest hat man sich etwas vorgenommen und da sind wir der Meinung, das würde helfen.

Deshalb bitten wir Sie, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich kann mich gleich Luca Urgese anschliessen, er hat das Wesentliche bereits gesagt. Auch wir unterstützen selbstverständlich die Überweisung dieser Motion. Diese Generelle Aufgabenüberprüfung ist ja kein Kind der Regierung und auch kein Kind der linken Parteien in diesem Hause, sondern der bürgerlichen Fraktionen und Parteien. Wir haben dies damals durchgesetzt mit auch einer klaren Erwartungshaltung, dass der Regierungsrat sich einmal pro Legislatur tatsächlich überlegt, wo allenfalls auch Aufgaben abgebaut werden könnten. Hierfür scheint es uns auch notwendig zu sein, dass wir nun nach einigen Jahren, wo wir dieses System kennen, noch einmal etwas nachjustieren, weil wir schon die Auffassung vertreten, dass der Regierungsrat diese Generelle Aufgabenüberprüfung zumindest nicht mit einer sehr grossen Freude macht.

Wir sind nun seit gestern im letzten Amtsjahr dieser Legislatur. Es ist vorgeschrieben, dass diese Generelle Aufgabenüberprüfung einmal pro Legislatur gemacht wird. Der Bericht wird nun dann demnächst einmal kommen müssen, weil ja die Legislatur nicht mehr allzu lange geht. Wir wären beispielsweise auch nicht unglücklich, wenn man dies dann vielleicht etwas früher innerhalb einer Legislatur machen kann, damit dann jeweils auch das Parlament, das in dieser Legislatur gewählt ist, vielleicht auch hier noch eine gewisse Möglichkeit hat, etwas vertiefter zur Kenntnis zu nehmen.

Wir sind auch der Meinung, wie es Luca Urgese schon gesagt hat, dass das Ziel solcher vorgängig definierten Entlastungsziele auch hilft, eine Generelle Aufgabenüberprüfung etwas fundierter durchzuführen, etwas konkreter durchzuführen. Hier macht es aus unserer Sicht durchaus Sinn, dass man dies zu Beginn auch entsprechend vorsieht, damit auch ein gewisser Anreiz besteht, dass der Regierungsrat und seine Einheiten hier die entsprechende Aufgabenüberprüfung vertieft macht.

Das Ziel einer Generellen Aufgabenüberprüfung ist es ja schon, dass man auch schaut, wo braucht es etwas nicht mehr. Und das ist eine nicht ganz einfache Situation und hier mache ich auch dem Regierungsrat und insbesondere der Finanzvorsteherin keinen Vorwurf, wer sagt schon gerne, dass er überflüssig ist. Das macht die Verwaltung genauso ungerne wie jede Abteilung in der Privatwirtschaft. Hier glaube ich, gibt es keinen Unterschied zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft, niemand hält sich gerne selber für überflüssig. Aber genau deshalb ist es eben sinnvoll, dass man vorgängig solche Entlastungsziele auch hat, damit man danach vielleicht tatsächlich auch etwas offener festhalten kann, dass etwas nicht mehr notwendig ist.

Bisher haben wir das nicht erlebt. Es wurden in den vergangenen Jahren wenig bis gar keine Aufgaben beim Kanton abgebaut, im Gegenteil, es wurden immer mehr Aufgaben dem Kanton aufgebürdet, teilweise gegen den Willen auch des Regierungsrates. Wenn wir irgendwelche Velo-Fachstellen oder sonstige Dinge einrichten, dann sind das neue Aufgaben, die dann entsprechend die Regierung umsetzen muss. Hier würden wir uns auch wünschen natürlich, wenn die Fraktion des erstunterzeichnenden Motionärs von der GLP dann auch in dieser ganzen Legislaturperiode jeweils etwas stärker auf diese Generelle Aufgabenüberprüfungsmentalität intus hätte und nicht immer ständig mit den anderen linken Fraktionen dem Kanton zusätzliche Aufgaben aufbürden würde. Das wäre auch schon ein Teil vielleicht einer Lösung.

Aber nichtsdestotrotz ist es sicher auch richtig, dass der Kanton, dass die Regierung eine solche Aufgabenüberprüfung mit Entlastungszielen macht. Hier glauben wir, gibt es noch Potenzial und ich würde deshalb auch Tanja Soland wünschen, dass sie diesen Vorstoss sehr ergebnisoffen entgegennimmt und das nicht wie offenbar in der Empfehlung jetzt heute abwehren möchte, weil es eigentlich aus unserer Sicht etwas Selbstverständliches sein sollte, dass man so vorgeht. In der Vergangenheit wurde ja auch schon überprüft, ob der Regierungsrat diese Generelle Aufgabenüberprüfung gut macht. Da wurde nur an einzelner Stelle moniert, konkret von der Finanzkontrolle beim Präsidialdepartement, dass dort dieses GAP etwas ungenügend vorgenommen wurde. Wir würden uns natürlich wünschen, dass auch jetzt schon bei dieser GAP, die jetzt dann kommen wird, das, was die Finanzkontrolle dort moniert hat, vielleicht auch schon seitens des Regierungsrates umgesetzt wird.

Nichtsdestotrotz bitten wir Sie, heute diese Motion erst zu überweisen, damit der Regierungsrat uns dann auch berichten kann, wie man das künftig noch zielgenauer an die Hand nehmen kann.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Ein wichtiger und für uns sehr relevanter Faktor bei der Generellen Aufgabenüberprüfung ist, dass sie eben zieloffen ist. Die vorliegende Motion möchte das nun ändern und sogenannte Verbesserungen und Effizienzgewinne als Zielsetzung definieren. Was genau das heisst und wer dann definiert, was Verbesserungen sind, das bleibt aber offen. Wenn als ein Schwerpunkt konkrete Entlastungsziele genannt werden sollen, dann sprechen wir hier von Sparmassnahmen und von gar nichts anderem.

Warum soll eine Aufgabenüberprüfung mit Entlastungszielen kombiniert werden und warum denken Sie, das sei für die Arbeit innerhalb der Verwaltung zielführend? Das Hauptziel der Verwaltung ist es nicht zu sparen, sondern für die Bevölkerung nach bestem Wissen und Gewissen das zu leisten, was jeweils erforderlich ist. Eine GAP hat also nicht primär zum Ziel, Geld einzusparen, sondern das Geld so einzusetzen, wie es für die Bevölkerung und für den Kanton am besten ist.

Die vorliegende Motion verlangt eigentlich jetzt genau das falsche, nämlich einen Leistungsabbau, indem am Aufwand gespart wird. Was heisst in Anbetracht dieser Tatsache nun also Effizienz, die hier gefordert wird? Wer entscheidet, was effizient ist und wer entscheidet, was erfolgreich ist? Das ist wirklich gefährlich. Wir dürfen und können auch nicht alles nach gleichen Massstäben messen und dann mit der Sparschablone über sämtliche Bereiche gehen.

Deshalb, bitte lassen Sie die GAP weiterhin eine offene Aufgabenüberprüfung sein. Massnahmen, die daraus resultieren können, dürfen nicht im vornherein per Definition schon als Ziel gesetzt sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat bittet Sie, die Motion nicht entgegenzunehmen. Der Hauptgrund ist die Vermischung mit der Aufgabenüberprüfung. Wenn Sie eine Aufgabenüberprüfung, wie sie jetzt im Finanzhaushaltsgesetz ist, wollen, dann überprüfen wir wirklich auch, ob wir die Aufgaben effizient erbringen und das heisst, nicht nur die Kosten, sondern können wir wirklich diese Aufgaben und Leistungen, die verlangt werden, erreichen. Das gehört halt dort auch dazu und es geht nicht darum, ob wir bei den Kosten effizient sind. Daher ist diese Vermischung schwierig. Wenn Sie wollen, dass wir ein Entlastungsziel formulieren, dann gebe ich einfach meinen Kollegen raus, jetzt wird ein Prozent gespart. Da brauche ich keinen teuren Bericht und viel Aufwand mit einer Aufgabenüberprüfung. Dann sage ich einfach, ihr bringt mir jetzt, was ihr abbauen und einsparen könnt. Diese Vermischung ist daher sehr schwierig.

Was gar nicht geht ist der Eindruck, wir würden dann berichten bei Ihnen im Punkt 3 über die Erreichung der Entlastungsziele und das ist, glaube ich, die Illusion, die hier manchmal besteht, dass wir einfach zehn bis 20 Millionen einsparen und der Grosse Rat muss dann nichts dazu sagen, das passiert einfach. Und das wird nicht so sein. Es werden Vorlagen und Vorschläge kommen, die Sie dann wieder diskutieren, da könnte es dann sein, dass Sie nicht einverstanden sind und dann sind diese 20 Millionen dann vielleicht wieder bei einer Million. Das ist ja der Punkt. Wir können das nicht allein entscheiden.

Und wenn ich die Budgetpostulate anschau vom Januar und wenn ich die Diskussion von gestern anschau, wo Sie auch wieder mehr Staatsbeiträge gegeben haben, wenn ich all diese Diskussionen anschau, dann glaube ich, dass die Schwierigkeit hier nicht unbedingt hauptsächlich bei uns besteht, dass wir die Sachen, die Aufgaben nicht anschauen. Wir machen das immer bei jedem Geschäft, das zu Ihnen kommt, haben wir eine grosse Diskussion darüber. Und es ist mir auch nicht aufgefallen in den letzten vier Jahren, dass Sie dann diese nochmal gekürzt haben, es ging eher in die andere Richtung.

Daher, wenn Sie mir sagen, ergebnisoffen, Sie sagen hier, was wir genau hineinschreiben sollen ins Gesetz, Sie sind ja auch nicht ergebnisoffen, daher lehnen wir das ab. Die Diskussion darüber können wir gerne führen, auch bei jedem Geschäft. Aber wenn Sie so etwas wollen, dann bitte ich Sie, das nicht zu vermischen, dann setzen Sie am besten ein klares Ziel, das können Sie auch mit einem Vorgezogenen Budgetpostulat, das können Sie bei jedem Geschäft machen. Bei jedem Geschäft, bei jeder neuen Aufgabe haben Sie das in der Hand.

Daher bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Olivier Battaglia.



Olivier Battaglia (LDP): In meiner Zeit, als ich noch in der Exekutive war von Bettingen, habe ich ganz am Anfang gelernt, dass im Prinzip, damit man handeln kann, wenn eine gesetzliche Grundlage notwendig ist, ein Budget dafür notwendig ist und dann kann man handeln. Wenn man jetzt die Aufgabenüberprüfung anschaut, die LDP ist schon länger immer mit diesem Thema gekommen, geht es darum, dass die meisten von Ihnen das sicher schon erlebt haben, es fängt an mit einer initialen Aufgabe. Jedes Mal, wenn es einen Wechsel gibt in der Verantwortung, kommen neue Ideen dazu, ja, das könnte ich auch noch machen, das wäre ja im weitesten Sinne auch im Sinne des Auftrags, und so wächst ein Amt an und hat schlussendlich viele Aufgaben, die sie sich selber erteilt hat, die nicht zum ursprünglichen Auftrag direkt gehören. Von daher ist die Messbarkeit, die dort auch gesucht wird, nicht vielleicht in Pekuniären zu suchen, sondern vielmehr auch in der Nähe zum gesetzlichen Auftrag, dass man dort auch sich hinterfragt, was ist eigentlich meine Aufgabe als Amt, als Dienststelle, was muss ich machen.

Es geht nicht um neue Aufgaben. Die neuen Aufgaben, die sind klar, die werden hier gestellt. Über Sinn und Unsinn dieser Aufgaben lässt sich sicher streiten. Vielmehr geht es darum, bei den Aufgaben bestehende Aufgaben kritisch zu würdigen, kritisch zu überprüfen, zu schauen, machen wir immer noch das, was eigentlich der Souverän oder die Legislative verlangt hat. Und klar, ich habe das auch im Gemeinderat in Bettingen gesehen, es gibt Sachen, die konnten wir selber entscheiden, da konnten wir selber etwas machen und diese Abwägung, dass ich dort nachvollziehen kann, dass eine Aufgabe immer noch dem entspricht, das ist für mich jetzt persönlich der zentrale Punkt der Aufgabenüberprüfung.

Es geht da im Prinzip nicht um Entlastungsziele, die wir haben möchten, sondern es geht darum, festzustellen, jawohl, ich habe dort noch Aufgaben. Im Sinne des Fachkräftemangels wäre ja eigentlich dies das gesetzte Ziel, das wir heute verfolgen müssten, weil dann im Prinzip vielleicht die eine oder andere Aufgabe wegfallen würde und dann durch bestehende Mitarbeitenden erledigt werden könnte. Also von dem her, was Luca Urgese und Joël Thüring gesagt haben, da bin ich voll dabei oder da ist die LDP auch voll dabei.

Es geht eigentlich darum, dass es nicht unbedingt, wie Michela Seggiani gesagt hat, nur um das finanzielle Thema geht, sondern das wirklich ganz kritisch zu hinterfragen, mache ich immer noch das richtige. Und das ist eigentlich das grosse Thema bei der Generellen Aufgabenüberprüfung, diese Fakten festzuhalten und wenn es geht, auch über diese zu berichten, damit man auch sieht, aha, ich habe das richtige geprüft. Weil aktuell habe ich ein bisschen Mühe festzustellen, ob das überhaupt oder wie das genau geprüft worden ist, da fehlen mir schon ein bisschen die Fakten und die Daten.

In diesem Sinne herzlichen Dank fürs Zuhören und wir bitten um Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Olivier Battaglia, es gibt eine Zwischenfrage. Nehmen Sie sie an? Er nimmt sie an erfreut.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Olivier Battaglia, aber in der Motion steht, er setzt sich konkrete Entlastungsziele. Das stimmt ja jetzt nicht überein mit Ihrem Wunsch.

Olivier Battaglia (LDP): Es wäre die erste Ableitung von dem Wunsch, das heisst, anhand von den Aufgaben komme ich zu Entlastungen, komme ich zu den Einsparungen, die dort verlangt werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen ausser jene des Motionärs, der damit das Wort hat.

Tobias Christ (GLP): Warum Sie diese Motion überweisen sollten, wurde eigentlich durch meine Vorredner von bürgerlicher Seite schon genügend erklärt und natürlich kann ich auch auf den Motionstext verweisen. Einfach nochmal in ganz kurzen Worten. Es geht darum, diese Generelle Aufgabenüberprüfung, die von niemandem als sinnvolles Instrument hier in Frage gestellt worden ist, zu schärfen, dieser mehr Biss zu verleihen.

Nun zu meinen Vorrednern von linker Seite. Sie haben das eigentlich beide in Verbindung gebracht und gesagt, es geht ja eigentlich hier nicht um Effizienz, weil das sei unbestritten, Effizienzsteigerungen seien gut, sondern es gehe um Sparmassnahmen. Das sei eigentlich unsere Hidden Agenda hier, obwohl hier in der Motion natürlich nicht von Sparmassnahmen die Rede ist. Nun, ich will das auch gar nicht in Abrede stellen. Potenziell geht es durchaus um Sparmassnahmen, das kann schon sein. Aktuell sind wir in einer glücklichen Situation, wo das kein Thema ist. Ob zu Recht oder zu Unrecht ist nochmal eine andere Frage, die ich jetzt hier nicht aufmache. Aber aktuell ist der Spardruck, sage ich mal, nicht besonders gross bis nicht existent, je nachdem, wenn man fragt.



Aber hier geht es darum, konkret eine Institution, die wir haben im weiteren Sinne, diese GAP, diese effizienter zu gestalten, gerade auch im Hinblick auf andere Zeiten. Natürlich wünsche ich uns allen, dass wir diese Zeiten gar nicht erleben, wir jetzt als politische Generation. Aber trotzdem macht es Sinn oder gerade deshalb macht es Sinn, weil wir im Moment in einer guten Situation sind, dass wir jetzt darüber nachdenken, wie können wir unsere Instrumente schärfen in der Finanzpolitik.

Und das bringt mich noch auf die weitere Einordnung. Es kommt noch eine zweite Motion, dann kann ich nochmal etwas dazu sagen, aber hier jetzt, wir als GLP, wir stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik, wie unsere Regierung, das sage ich gerne, auch für eine nachhaltige Finanzpolitik steht. Trotzdem denke ich, müssen wir hier einen Zacken zulegen, gerade jetzt in glücklichen Zeiten. Dass das nicht ganz einfach ist auch hier mit dieser Motion, ich meine, alle Bedenken, die unsere Regierungsrätin Tanja Soland geäussert hat, kann ich nachvollziehen. Das ist gerade der Grund, warum wir hier bei dieser Motion jetzt das ziemlich deutlich ausformuliert haben, was wir uns wünschen, weil wir wussten, dass die Regierung sonst vor einer sehr schwierigen Aufgabe stehen würde, die sie nicht gut lösen kann oder vielleicht schon könnte, aber dass damit Schwierigkeiten verbunden sind. Und ob das dann wirklich das zur Folge hat, was wir uns wünschen, das hoffen wir natürlich, aber wir sehen die Schwierigkeiten. Aber trotz dieser deutlichen Ausformulierung gibt es sehr viel Auslegung dann, wie man das konkret macht. In Reglementen oder auch ganz konkret einfach im gelebten Alltag der Verwaltung, wenn man diese GAP dann macht.

Konkret noch einmal zu diesem Sparthema. Das Ziel kann ja auch sein, wir machen keine Einsparungen, wir überprüfen einfach die GAP quasi im aktuellen Sinn, so wie ich das verstanden habe, wie es aktuell gemacht wird. Aktuell müssen keine messbaren finanziellen Entlastungsziele erreicht werden, aber dann ist es wenigstens transparent. Im Moment ist es nicht ganz klar, im Moment haben wir das Problem, dass die einen eigentlich erwarten, dass hier sogar Sparmassnahmen betrieben werden. Vom Sparen sind wir sowieso weit weg, lassen Sie uns ehrlich sein. Ich meine, es geht mehr darum, wie stark sollen die Ausgaben wachsen und im Moment wachsen sie sehr stark und überproportional, das nur als Klammerbemerkung. Also Sparen vergessen wir vielleicht sowieso gerade am besten. Aber im Moment erwarten die einen, dass es hier wirklich um Ausgabendisziplin geht bei dieser GAP, andere erwarten eher einfach mal ein bisschen eine Überprüfung, vielleicht schon Effizienzgewinne, aber mehr so im Sinne von, ich frage mal jeden, was macht er genau, wenn ich das salopp sagen darf, und wenn er es nicht so genau weiss, muss er sich halt was Neues überlegen, was er macht. Und das ist auch gut, ich meine das überhaupt nicht polemisch, das hat auch einen Wert, wie dieses ganze Instrument.

Ich danke Ihnen für die Überweisung der Motion in diesem Sinne und komme ja bald nochmal.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt drei Zwischenfragen. Möchten Sie sie annehmen? Sie werden angenommen. Michela Seggiani zuerst.

Michela Seggiani (SP): Wir haben jetzt eine ganz konkrete Motion vorliegen, stärkstes Instrument für uns. Jetzt sagen Sie, Sie wollen die GAP schärfen und Nachhaltigkeit, aber in der Motion steht ganz explizit, es geht um Entlastungsziele. Warum formulieren Sie eine Motion so, wenn Sie etwas anderes wollen?

Tobias Christ (GLP): Ich will nicht etwas anderes, hier steht nicht, wie gross dieses Entlastungsziel ist. Das war auch eine Kritik von Tanja Soland, auch die verstehe ich, da kann ich Ihnen einfach sagen, es werden weitere Motionen folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eine Zwischenfrage wurde zurückgezogen. Jetzt gibt es noch eine von Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Abgesehen davon, dass die Ausgaben nicht überproportional steigen, eine Frage zur GAP. Wenn man jetzt bei einer GAP herausfindet, dass man eigentlich etwas mehr Ressourcen braucht, weil man dann sinnvoller die Aufgabe erfüllen kann, wie steht das dann im Zusammenhang mit dem Entlastungsziel?

Tobias Christ (GLP): Das hängt davon ab, wie man auf welcher Ebene das Entlastungsziel definiert. Das lassen wir alles offen in der Motion, aber es kann durchaus sein, dass man gewisse Effizienzgewinne an einem Ort am anderen Ort aufbraucht und trotzdem noch das Ziel erreicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002856, 08.02.24 09:27:36]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich entschieden, die Motion zu überweisen mit 51 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

24. Motion 8 Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans

[08.02.24 09:27:44, 23.5658.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen dazu die Debatte. Es hat sich als erste Einzelsprecherin Anina Ineichen gemeldet.

Anina Ineichen (GAB): Wir haben es hier mit einem Instrument aus dem Sortiment des New Public Managements zu tun. Es kommt aus den 90ern, etwas veraltet, aber dafür gut untersucht. Einige Kantone haben das schon eingeführt und das wurde auch gut untersucht. Das Ziel des Aufgaben- und Finanzplans ist es, die mittelfristige Steuerung des Parlaments zu stärken. Die politischen Schwerpunkte verbindet man diesbezüglich mit Leistungen und Finanzen. Dies erfordert eine gewisse Stringenz, Klarheit und ein Durchhaltevermögen, dabei zu bleiben. Das Problem dabei ist, Politik ist sehr volatil und unsere Entscheidungen leider nicht immer ganz objektiv und rational. Das Resultat davon ist jetzt ein sehr komplexes Instrument und die Wissenschaft, zumindest diese Studien, die ich konsultiert habe, sehen keine Evidenz, dass dieses Instrument wirklich eine Verbesserung bringt.

Das Fazit ist, dass wir hier ein Instrument möchten, das nicht wirklich eine Verbesserung bringt, aber es ist eine Motion und das ist bedauerlich, weil hier müsste es dann eingeführt werden. Es ist unverständlich, dass gleich mit diesem Instrument das gefordert wird und nicht das Fenster geöffnet wurde, um weitere Instrumente vielleicht zuzulassen, welche vielleicht eine Verbesserung bringen würden. Man muss aber auch sagen, dass wir im Moment ein Instrument haben, das eigentlich relativ gut funktioniert. Natürlich ist das Parlament nicht so gut eingebunden in die mittel- und langfristige Finanzplanung, aber mit dem Budget können wir auch steuern und machen das ja auch fleissig.

Das GAB empfiehlt darum, dieses Instrument aus den 90ern da zu lassen und das 90er Revival der Mode zu überlassen und diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Anina Ineichen, möchten Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler annehmen? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Es geht nicht um die 90er-Jahre, aber wir gehen davon aus, dass wir im 2027 fünf Milliarden Schulden haben gemäss Finanzplan und diese Diskussionen finden eben hier so nicht statt. Finden Sie das nicht problematisch?

Anina Ineichen (GAB): Wie Tanja Soland vorhin ausgeführt hat, hätten wir durchaus Möglichkeiten, uns in die Diskussion einzubringen und machen dies nicht. New Public Management ist effektiv aus den 90ern.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Das Budget, die Budgetierung, die Budgethoheit, das ist die Kernaufgabe eines jeden Parlaments. Das ist wirklich das wichtigste Instrument, das ein Parlament zur Verfügung hat, neben den weiteren Instrumenten, die wir haben. Aber das ist der Kern. Ich habe jetzt doch in diesen neun Jahren schon einige Budgetdebatten mitverfolgt und sie haben gewisse Parallelen. Man versucht dann irgendwo noch kurzfristig zu reagieren und irgendwie noch etwas anzupassen. Wir haben versucht, diese Budgetdebatten auch mitzugestalten auf den verschiedensten Wegen, mit den verschiedensten Instrumenten, aber die Gemeinsamkeit war eigentlich immer, dass es hiess, ja, das kommt jetzt zu kurzfristig, das kommt jetzt zu knapp, der ganze Budgetprozess ist ja eigentlich schon gelaufen, da kann man jetzt nicht mehr allzu viel machen, das macht so keinen Sinn mehr.

Wir haben dann auch einen Anlauf unternommen, da noch ein bisschen längerfristiger auf die Budgetierung einwirken zu können. Sie erinnern sich vielleicht an den Vorstoss, der eine sogenannte Finanzmotion gefordert hat. Das hat dann seine Mühlen gedreht, seine Mühle gedreht, kam, glaube ich, zweimal ins Plenum und am Schluss hat man das dann irgendwo schicklich begraben.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir als Parlament nicht nur kurzfristig auf das nächste Budget Einfluss nehmen können, sondern dass wir auch auf die mittelfristige Finanzentwicklung des Kantons und der Finanzen des Kantons Einfluss nehmen können. Dafür tragen wir ganz konkret die Verantwortung als Parlament. Wir müssen mittelfristiger, wir müssen langfristiger denken, wenn es um die finanzielle Entwicklung des Kantons geht.

Wir dürfen durchaus auch selbstkritisch mit uns selbst sein. Das Ausgabenwachstum des Kantons ist jetzt nicht eine Schuld des Regierungsrates, sondern dafür tragen wir ganz wesentlich auch eine Mitschuld. Umso wichtiger ist es, dass wir immer wieder uns vor Augen führen, was soll eigentlich die mittel-, langfristige finanzielle Entwicklung unseres Kantons sein. Und das Instrument dafür ist, dass wir halt auch in der Verantwortung stehen, nicht nur für das nächste Budget, sondern auch für das übernächste Budget und für das überübernächste Budget. Und genau das ist Zweck und Wesen des Aufgaben- und Finanzplanes, so wie es von dieser Motion vorgeschlagen ist.

Selbstverständlich ist dieses Instrument auch flexibel. Anina Ineichen hat von volatilen Entwicklungen gesprochen. Selbstverständlich kann man dann in der konkreten Budgetierung, das verschiebt sich ja jeweils zum neuen Jahr, selbstverständlich kann man dort auch berücksichtigen, was ist jetzt passiert, man kann Entwicklungen einfliessen lassen, das ist ja dann nicht in Stein gemeisselt. Aber dass zumindest das Parlament sich Gedanken macht, in welche Richtung sollen sich die Ausgaben unseres Kantons entwickeln, wie fest sollen sie denn wachsen.

Dafür, denke ich, müssen wir eben Verantwortung übernehmen und deshalb ist dieses Instrument der AFP so wichtig. Es ist jetzt auch kein völlig neues Instrument, das noch nie ausprobiert wurde. Zum Beispiel, unser Nachbarkanton macht das seit vielen Jahren in bewährter Manier, andere Kantone haben das auch eingeführt, dort hat es sich auch bewährt und ich glaube, wir tun gut daran, wenn wir unseren zeitlichen Horizont bei der Budgetierung ein bisschen erweitern.

Deshalb bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen. Ich nehme die Zwischenfrage an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei der Zwischenfrage von Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Luca Urgese, Ihnen ist schon klar, dass die Kantone, die einen AFP haben, keine finanzbezogenen Instrumente haben wie Budgetpostulat oder Vorgezogenes Budgetpostulat?

Luca Urgese (FDP): Ja, aber das haben wir auch schon alles ausprobiert in diesem Haus. Es zeigt sich einfach, es funktioniert nicht in der mittel- und langfristigen Finanzplanung von Seiten Parlament.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Ein Aufgaben- und Finanzplan soll jetzt eingeführt werden, aber den Finanzplan zu erstellen soll weiterhin Aufgabe der Regierung sein. Das ist nicht schlüssig. Wir haben bereits eine Finanzplanung, die zur mittelfristigen finanziellen Planung und Steuerung des Finanzhaushalts dient. Die wird jährlich überarbeitet und stellt die Basis für die Budgetvorgaben der Departemente. Die Motion will nun diese Kompetenz der Regierung entziehen. Der Grosse Rat soll, um die Qualität zu steigern, an der regierungsrätlichen Gesamtplanung mitarbeiten. Ich sehe die Arbeit der Regierung und der



Verwaltung in Bezug auf die Finanzplanung und Kontrolle qualitativ als sehr hoch und gut. Es ist ebenfalls gut, die Kompetenz dafür beim Regierungsrat zu lassen.

Die vorher gerade eben diskutierte Motion verlangt eine Aufgabenüberprüfung, die zielorientiert für mehr Effizienz sorgen soll. Wenn nun der Grosse Rat an der Finanzplanung mitarbeitet, wage ich eine Verbesserung oder gar eine Effizienzsteigerung stark zu bezweifeln. Wir führen jährlich eine Budgetdebatte im Parlament. Die Möglichkeiten, die wir hier als Parlamentarier*innen haben, können grossen Einfluss auf die Finanzen haben. Ebenfalls können finanzpolitische Diskussionen auch jetzt schon Qualität aufweisen und relevant sein. Das hängt doch auch von unseren Motionen, Budgetpostulaten und Voten ab, würde ich jetzt mal zu behaupten wagen.

Die Fraktion der SP ist aus diesen Gründen gegen die Überweisung der Motion und möchte nicht, dass der Regierung diese Kompetenz abgesprochen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur nächsten Einzelsprecherin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich finde, im Gegensatz zur letzten Motion, die ich etwas widersprüchlich finde, kann man hier darüber diskutieren. Das kann man anschauen und diskutieren und Vergleiche machen mit anderen Kantonen. Der Regierungsrat bittet Sie trotzdem, diese nicht zu überweisen.

Wir haben eigentlich mit dieser Finanzmotion diese ganze Diskussion auch schon geführt und der Grosse Rat hat sie dann abgeschrieben und nicht weiter überwiesen. Zudem geht es hier um einen Bereich, der nicht nur einfach in unserem Kompetenzbereich ist, sondern sogar von der Verfassung. Also wir wären dann am Ende vielleicht sogar bei einer Volksabstimmung. Zudem muss ich Ihnen sagen, befürchte ich einfach, dass wir hier ein Bürokratiemonster machen, aber das können wir Ihnen dann auch noch aufzeigen.

Ich verstehe einfach nicht, warum Sie die Mittel nicht nutzen, die Sie schon haben. Es gibt Planungsanzüge, Vorgezogenes Budgetpostulat, das wird eher selten benutzt. Luca Urgese sagt, es habe nichts genutzt, da muss ich vielleicht einmal nachschauen, was damals wirklich passiert ist. Ich bin nicht so sicher, ob es gerade beim Regierungsrat dann schon nichts genutzt hat oder wie es dann weiterging, das müssen wir vielleicht anschauen. Aber ich glaube, Sie haben Mittel und Möglichkeiten, die Sie nutzen können und sollten, bevor wir hier jetzt bereits wieder etwas Neues einführen und die Kompetenzen des Regierungsrates weiter einschränken.

Daher bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Motionär Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich kann es dieses Mal sogar noch ein bisschen kürzer machen als das letzte Mal. Ich danke wiederum meinen Vorrednern, insbesondere Luca Urgese, der sehr gut erklärt hat, warum diese Motion sinnvoll ist und überwiesen werden sollte. In meinen Worten auch nochmal ganz kurz gesagt, es geht nicht darum, der Regierung Kompetenzen wegzunehmen. Es geht darum, dass wir als Parlament, als Legislative am richtigen Ort auf die Finanzplanung einwirken können und wir glauben wirklich, da tut es Not, dass das weiter vorausschauend passiert, dass früher im Prozess unsere Einflussnahme passiert. Ich sage nichts dazu, inwiefern die aktuellen Instrumente gut sind, ob sie sich bewährt haben oder wenn nicht, warum sie sich nicht bewährt haben, usw., dazu bin ich noch zu wenig genau in dieser Thematik drin. Da kann ich vielleicht in ein paar Jahren hoffentlich mehr dazu sagen, wenn ich wiedergewählt werde ins Parlament. Aber ich bin absolut überzeugt davon, dass es richtig ist, dass man davon weggeht, auf ein Budget, das relativ kurzfristig ist und auch sein muss, einzuwirken als Parlament, sondern das früher passieren muss.

Diese Motion ist im Gegensatz zu der vorherigen Motion viel offener formuliert. Regierungsrätin Tanja Soland hat ja auch gesagt, dass sie da durchaus sieht, dass man das diskutieren kann, anschauen kann. Es klang jetzt aber nicht sehr wohlwollend von ihr. Ich wünsche mir wirklich, dass wenn wir diese Motion überweisen, dass sie das wirklich offen anschaut und auch wirklich anschaut im Hinblick darauf, dass wir das wirklich als Parlament durchziehen und auch so wollen und dann überlegen, wie das funktionieren kann, ohne dass man wirklich Kompetenzen der Regierung wegnimmt. Es bleibt die Hauptkompetenz der Regierung, diesen Aufgaben- und Finanzplan zu machen. Es geht darum, dass das Parlament das richtig und rechtzeitig absegnet. Das zweite ist dann auch, wie kann das passieren, ohne dass es ineffizient ist, zusätzlichen Aufwand bedeutet. Im Idealfall haben wir am Schluss nicht mehr Debatten und die Verwaltung hat nicht mehr Arbeit, sondern sie passiert einfach ein bisschen anders und effizienter.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Michela Seggiani an? Sie wird angenommen.



Michela Seggiani (SP): Jetzt relativieren Sie wieder sehr stark und Sie wünschen sich, dass das überprüft wird. Warum haben Sie nicht einen Anzug verfasst?

Tobias Christ (GLP): Weil wir in der Grundform sehr deutlich und klar sind und von der wollen wir auch nicht abweichen. Wir wollen wirklich, dass es hier nicht einfach diskutiert wird, ein weiterer Bericht kommt, wo uns erklärt wird, dass es schon gut ist und wir nutzen die bestehenden Instrumente falsch. Das brauchen wir nicht. Wir sind überzeugt, es braucht hier einen Wechsel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt weitere Zwischenfragen. Nehmen Sie die ebenfalls an? Sie werden angenommen. Zuerst Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Regierungsrätin Tanja Soland hat hier von einem Bürokratiemonster gewarnt, zu dem sich das entwickeln könnte. Mir ist nicht ganz klar geworden, was bezwecken Sie, auf was für Parameter wollen Sie überhaupt Einfluss nehmen mit diesem Instrument? Ich habe es wirklich nicht ganz verstanden aufgrund Ihrer Ausführung.

Tobias Christ (GLP): Danke, dass diese Frage auch noch kommt. Auch hier noch implizit, wenn die Verbindung hergestellt wird vom Bürokratiemonster zum Sparmonster, also erstens noch einmal, wir wollen keine Bürokratiemonster, klar. Zweitens kann es durchaus sein, dass es dann irgendwann einmal in Zukunft darum geht, dass man zum Beispiel wirklich auf das Aufgabenwachstum ganz direkt Einfluss nehmen will und das kann man mit so einer Aufgaben- und Finanzplanung viel adäquater machen als mit den aktuellen Instrumenten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die dritte Zwischenfrage von Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Tobias Christ, machen Sie sich keine Sorgen, dass wir uns in etwas zu viel Mikromanagement verlieren könnten, wenn wir auf vier Finanzplanjahre zugreifen von Seiten Parlament?

Tobias Christ (GLP): Nein, diese Gefahr sehe ich jetzt eigentlich nicht. Für mich ist es, eine Teilgefahr wird subsumiert durch das drohende Bürokratiemonster. Das wollen wir nicht und das werden wir auch vermeiden. Da mache ich mir keine Sorgen, da wird Tanja Soland einen guten Vorschlag uns präsentieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002858, 08.02.24 09:44:30]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben entschieden, die Motion zu überweisen mit 50 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.



26. Anzug 1 Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte

[08.02.24 09:44:46, 23.5615.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Anzugssteller hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich mache diesen Anzug für Sie, nicht für mich, da es mich ab 2025 nicht mehr betrifft. Ich mache das quasi als Abschiedsgeschenk. Ich bin von vielen Grossräten gefragt worden hier im Parlament, Eric, was machst du? Ich habe gesagt, ich habe einen 5-Jahresvertrag für die AfD und Familie Le Pen in Brüssel. Die Fotos auch auf meiner Homepage zum Anschauen. Ich weiss, von was ich spreche. Ich sehe die Eleganz in anderen Parlamenten. Dort wird alles für die Damen und Herren Abgeordnete gemacht. Es ist so, ich sehe die Einladungen, die für andere Abgeordnete oder selbst für die Mitarbeiter sind. Aber bei uns in Basel wird nichts gemacht.

Was stelle ich mir konkret bei diesem Anzug vor, dass Ausflüge und Besichtigungen für uns Grossräte organisiert werden. So könnte man zum Beispiel ein Schreiben bekommen: Werte Grossräte, am 24. Juni können wir auf den Roche-Turm, am 26. Juni fahren wir mit dem Schiff drei Stunden durch Basel. Aber all das gibt es nicht in Basel. Solche Sachen, solche Briefe vermisse ich. Und dann bekommt man eine Einladung zum Drummeli für zwei Plätze, dann heisst es, man muss sich per E-Mail anmelden, dann habe ich denen zurückgeschrieben, ich möchte ein Ticket bitte in meinem Postfach. Nein, Sie müssen es am Schalter abholen. Das sind einfach solche Sachen, die unüblich sind, die kompliziert sind und dann habe ich das Ticket an Familienmitglieder weitergegeben, habe denen eine Vollmacht geschrieben mit Anwalt, damit sie auch das Ticket bekommen, aber das Ticket haben sie unkompliziert bekommen.

Die älteren Grossräte wissen es, wir haben Freikarten bekommen für «Wetten, dass..?» mit Thomas Gottschalk in Basel. Wir haben Freikarten bekommen für Holiday on Ice, die weltberühmte Ice-Show mit Katarina Witt, DDR-Olympiasiegerin in Basel. Wir haben zehn Freikarten pro Jahr bekommen für das Theater Basel. Wir hatten TV-Shows mit Kulenkampf «Einer wird gewinnen», aber was ist heute? In meinem Anzug schreibe ich, tote Hose. Im Anzug steht das Wort tote Hose und das finde ich traurig. Für das muss man nicht Grossrat sein und sich beschimpfen lassen, dass man dann nicht einmal in den Genuss kommt von Freikarten, wie wir das früher in Hülle und Fülle bekommen haben und jetzt tote Hosen. Das finde ich nicht okay und ich sehe ja, wie andere Politiker eingeladen werden. Aber wir Grossräte, nur wir Grossräte haben eine stiefmütterliche Behandlung, was das kulturelle, gesellschaftliche Leben anbelangt.

Es ist die Aufgabe des Ratsbüros, uns Grossräte mit Freikarten zu versorgen. Ich brauche keine Freikarte, weil ich einen Presseausweis habe, komme ich eh überall rein. Ich rede nicht für mich, ich rede einfach im Vergleich mit anderen Parlamenten. Ich stelle fest als langjähriger Grossrat, wir sind weit unter dem Niveau von anderen Parlamenten. Und das kann auch nicht sein, dass ich als Grossrat dann immer Anfragen stellen muss, dürfen wir dorthin, dürfen wir dorthin, dürfen wir dorthin. Wir hatten das UEFA Cup Finale im Joggeli 2015. Da musste ich auch 20 Briefe schreiben an die UEFA nach Lausanne, dass wir Karten bekommen. Dann ist eine Ablehnung gekommen und das finde ich dann schade, wenn man Grossrat ist von Basel und nicht an das UEFA Cup Endspiel ins Joggeli darf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 71 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002860, 08.02.24 09:50:41]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Überweisung des Anzugs abgelehnt mit 71 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

27. Anzug 2 Sandra Bothe und Konsorten betreffend Stärkung der demokratischen Werte in der Volksschule: Entflechtung des Sammelbereichs «Ethik, Religionen, Gemeinschaft», berufliche Orientierung, Klassenstunde

[08.02.24 09:50:50, 23.5628.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wird dies bestritten?

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

28. Anzug 3 Philip Karger und Konsorten betreffend Bürokratie in der Verwaltung von Basel-Stadt

[08.02.24 09:51:24, 23.5629.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Es hat sich als erster Einzelsprecher Stefan Wittlin gemeldet.

Stefan Wittlin (SP): Ich spreche mangels Alternative als Einzelsprecher, ich darf aber sowohl die Haltung der SP wie auch des GAB vertreten. Wir verstehen und unterstützen das Grundanliegen dieses Anzugs. Nicht ohne Grund haben mehrere Mitglieder der SP-Fraktion den Anzug mitunterzeichnet. Auch ich weiss sowohl aus eigener Erfahrung wie auch vom Hörensagen, dass die Abläufe bei den kantonalen Behörden nicht überall und immer reibungslos funktionieren. Viele meiner Erfahrungen waren aber positiv.

Wir wollen den Anzug nicht überweisen, weil das Anliegen nur sehr vage beschrieben und dadurch auch für jene, die die Forderungen umsetzen müssen, nur schwer fassbar bleibt. Sie sprechen von bürokratischen Wegen, die vereinfacht werden sollen. Es bleibt aber unklar, was damit genau gemeint ist. Konkret wirkt der Anzug einzig bei einem Thema, bei den Baubewilligungen. Hier sind die politischen Aufträge aber längst erfolgt und es braucht unseres Erachtens keine weiteren Vorstösse. Ich verweise auf die Motion der BRK betreffend Vereinfachung des Bewilligungswesens, die ist schon älter, von 2018, die mittlerweile wieder bei der Kommission liegt und ich kann Ihnen sagen, es wird von verschiedenen Seiten an Lösungen für dieses Problem gearbeitet, aber es ist vielschichtig und es ist komplex.

Deutlich weiter sind wir bei der Digitalisierung des Bewilligungsverfahrens im BVD. Im Oktober 2021 haben wir hier im Grossen Rat gut zwei Millionen Franken für dieses Anliegen gesprochen. Und seit der Beantwortung der Interpellation von Lydia Isler-Christ betreffend dringender Revision des Baubewilligungsverfahrens im Mai 2023 wissen wir auch, dass, ich zitiere: der Projektabschluss per April 2024 terminiert ist. Zitat Ende. Wir warten also gespannt auf dieses Ergebnis.

Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse und des »Chrüzlistichs« darf davon ausgegangen werden, dass der Anzug trotz unserer Bedenken überwiesen wird. Vielleicht kann der Anzugssteller in seinem Schlusswort noch etwas näher darauf eingehen, welche konkreten Verbesserungen er sich wünscht. Ich erhoffe mir, dass dadurch der bürokratische Aufwand für die Beantwortung des Anzugs etwas reduziert wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Roger Stalder.



Roger Stalder (SVP): Als klare KMU positionierte Partei stimmen wir dem Anzug natürlich zu. Es ist wichtig, dass KMU, die bereits wegziehen wegen dieser immensen Bürokratie, das nicht noch mehr leisten müssen und es ist auch richtig, dass man eine digitale Unterschrift leisten kann, um schnell eine Bewilligung zu bekommen. Wir sind jetzt schon sehr erstaunt, zwei Parteien, die in die Basler Regierung wollen mit Unternehmern, lehnen das ab. Darum kann ich nur sagen, wählen Sie bürgerlich am 3. März.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Stefan Wittlin. Sie wird nicht angenommen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat der Anzugssteller Philip Karger das Wort.

Philip Karger (LDP): Wenn für mich ein Behördenkontakt ansteht, habe ich immer etwas gemischte Gefühle. Ich frage mich dann, finde ich auf Anhieb die richtige E-Mailadresse oder Telefonnummer. Wenn ich sie finde, frage ich mich, ist der Kontakt richtig und/oder wie oft werde ich innerhalb einer Behörde wohl weiterverbunden und muss mein Anliegen entsprechend wiederholen. Eine weitere Frage, die ich mir stelle, wäre es nicht besser, mein Anliegen einfach per Brief zu formulieren, wenn mir am Ende eines Gesprächs mit dem Amt gesagt wird, ich soll es schriftlich und persönlich unterschrieben schicken. Ich frage dann immer, ob es auch per PDF und zertifizierter Signatur geht, damit habe ich aber wenig Erfolg. Für das Einsenden grosser Dokumente besteht ein eigens eingerichteter Kanal beim Kanton, an dessen Benutzerfreundlichkeit man sich jedoch erst gewöhnen muss, denn sobald mehrere Dateien eingeschickt werden sollen, funktioniert das nicht mehr. Es kann immer nur ein Dokument eingereicht werden. Deshalb wurde mir empfohlen, eine der üblichen Transfermethoden zu verwenden. Es gibt also noch sehr viel Spielraum für eine Vereinfachung der bürokratischen Verfahren.

Vielen Mitgliedern von pro-KMU.net geht es wie mir, wenn sie an den Umgang mit Behörden denken. Die Regulierungen haben in den letzten Jahren zugenommen und die damit verbundene Bürokratie belastet gerade die KMU immer mehr. Statt sich auf das Kerngeschäft zu konzentrieren, müssen zum Beispiel Genehmigungen umständlich eingeholt werden und trotz des technischen Fortschritts ist es immer noch viel zu oft notwendig, persönlich beim Amt zu erscheinen oder einen Antrag schriftlich einzureichen. Dies verursacht zusätzliche Kosten für die Unternehmen und damit auch für ihre Kunden. KMU nutzen automatische und digitale Wege, um mit Kunden und Partnern in Kontakt zu treten. Das wünschen sie sich auch für den Kontakt mit Behörden.

Vereinfachte und automatisierte Prozesse würden auch die Mitarbeitenden des Kantons entlasten. Damit könnte der permanenten Überlastung der Kantonsangestellten entgegengewirkt werden. Die erwähnte Analyse bei der KMU soll helfen, die Abläufe zu durchleuchten und deren Vereinfachung kundennahe zu gestalten.

Ich bitte Sie also, diesen Anzug zu überweisen, damit die Regierung dazu berichten kann. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lukas Engelberger an? Sie wird abgelehnt. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 36 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002863, 08.02.24 09:59:10]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich entschieden, den Anzug zu überweisen mit 50 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.



29. Anzug 4 Eric Weber betreffend Grossräte müssen in ihrem Wahlkreis wohnen

[08.02.24 09:59:22, 23.5630.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Der Anzugssteller hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann Ihnen versprechen, das ist mein zweitletzter Anzug in dieser Legislatur. Es kommt dann nur noch der Anzug über hochgewichtige Menschen und mit diesem Anzug höre ich dann auf. Das ist dann die Krönung.

Aber jetzt zu meinem zweitletzten Anzug in meiner Legislaturperiode. Ich möchte Ihnen sagen, ich habe den Anzug wie auch meinen allerletzten Anzug mit sehr viel Herzblut geschrieben. Sie sehen es, auf Seite 27 ganz unten ist meine Begründung, natürlich in Kurzform. Für mich als Grossrat ist das Wählertäuschung, was wir hier haben. Ich habe solche Zeitungen gelesen, dann fand ich, das Thema könnte ich noch bringen. Sie selber sagen ja, wir wollen immer transparent und offen sein und ich finde, als Grossrat muss auch auf dem Wahlzettel stehen, ob man in Riehen oder im Kleinbasel wohnt. Wenn nämlich auf dem Wahlzettel steht bei einem Grossrat, der in Kleinbasel kandidiert, aber in Riehen wohnt, das schadet dann und es würde diesen Grossräten nützen, die im Wahlkreis wohnen.

Riehen ist im Parlament übervertreten mit Grossräten, das ist so. Es sind viele Grossräte in Kleinbasel, die dort kandidiert haben, aber in Riehen wohnen. Warum ist das so, weil halt in Riehen viele Leute mit viel Geld wohnen. Ich sehe aber die Sache problematisch. Wer setzt sich für das Kleinbasel ein und darum habe ich den Anzug gemacht und sage, es heisst immer, der Grosse Rat soll unsere Gesellschaft und alle Bürger abbilden und vertreten. Schaut man genauer hin, so kann man sehen, dass viele Kleinbasler Grossräte sind, aber in Riehen wohnen. Gemeint sind Grossräte, die in Kleinbasel auf einer Liste kandidieren, aber zum Beispiel in Riehen wohnen oder gar auf dem Bruderholz, was noch weiter weg ist vom Kleinbasel. Darum finde ich, kann der Regierungsrat einmal prüfen, wie erreicht werden kann, dass nur noch Grossräte kandidieren, die in ihrem Wahlkreis leben. Dann hätten wir gerade hier 40 Grossräte weniger oder die Grossräte müssen warten, bis ein Listenplatz im Grossen Rat frei ist. Ich finde, die Sache ist berechtigt.

Es gibt dann diese Grossräte, die lokal bekannt sind. Wie André Auderset in Kleinbasel sehr bekannt ist, gibt das dann natürlich auch einen Bonus, wo der Wähler sagt, okay, der ist in diesem Quartier, den sehe ich dort und der vertritt meine Interessen zu den Kanaldeckeln und zu dieser Strassenbaumassnahme zum Beispiel. Jetzt, wo ich wohne, in der Bäumlhofstrasse wird alles umgebaut und man hat einen besseren Bezug dazu, wenn man im Wahlkreis ist und wenn man im Wahlkreis, wo man gewählt ist, auch tagtäglich die Baumassnahmen sieht oder andere Sachen. Darum habe ich diesen Anzug gemacht. Ich schliesse jetzt, auch wenn ich weiss, dass ich mit diesem Anzug keine Chance habe. Es ist mein zweitletzter Anzug, der letzte Anzug von mir kommt dann im März zum Thema hochgewichtige Menschen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 77 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002865, 08.02.24 10:04:54]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben entschieden, den Anzug nicht zu überweisen mit 77 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.



30. Anzug 5 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Wissen schaffen und austauschen: Was ist los im Kleinbasel und was braucht es?

[08.02.24 10:04:59, 23.5651.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich kann Fleur Weibel die Antwort geben, was ist los in Kleinbasel und was braucht es. Es hat zu viele Illegale, die dort unbeschäftigt den ganzen Tag rund um die Dreirosenanlagen und anderen Stellen ihr Unwesen treiben und es hat wahrscheinlich zu wenig Polizei. Was braucht es, es braucht mehr Polizei. Das ist die Antwort auf Ihre Fragen. Sie brauchen deshalb keine Studie bei der Fachhochschule oder bei der Universität dazu in Auftrag zu geben, das ist schlicht und ergreifend unnötig. Ich verstehe natürlich Fleur Weibel vom Grundsatz her schon, sie möchte es von einer wissenschaftlichen Seite her anschauen, das ist nicht per se etwas, was ich schlecht finde. Nur ist es in diesem ganz konkreten, spezifischen Fall schlicht und ergreifend nicht notwendig, weil die Faktenlage bereits sehr klar ist.

Der Regierungsrat hat beispielsweise auch schon vor einigen Monaten auf eine Anfrage von SP-Grossrat Mahir Kabakci ausgeführt, was ein grosser Anteil des Problems ist, nämlich eben, dass wir eine zu starke illegale Migration haben, dass wir zu viele unbegleitete minderjährige, diese UMAs haben, die dort den ganzen Tag unbeschäftigt sich aufhalten. Dass wir ein Problem mit dem Drogenhandel haben, das ist bekannt und muss deshalb auch nicht tiefergehend untersucht werden.

Wir sind eigentlich bereits einen Schritt weiter. Wir müssen kein Wissen mehr schaffen und uns austauschen. Wir müssen jetzt Massnahmen implementieren und diese Massnahmen konnten Sie alle hier in diesem hohen Hause schon mehrfach mit uns gemeinsam an den Regierungsrat adressieren. Sie hätten alle unsere Vorstösse unterstützen können, die hätten das Problem mit der Sicherheit in Kleinbasel weitgehend gelöst. Bessere Beleuchtungen auf diesen Wegen, Videoüberwachung verlängern auf der Dreirosenanlage, das hat dann der Regierungsrat selber verlängert, mehr Polizeipräsenz in den Quartieren, eine verstärkte Absicherung und Kontrolle unserer Grenzen und eine möglichst rasche Rückführung von illegalen Migranten in die Heimatländer und eine starke Bekämpfung des Drogenhandels über verschiedene Massnahmen. Das ist das, was es braucht, hierfür sind alle entsprechenden Mittel bereits vorhanden und können auch ausgeschöpft werden.

Das ist zu dieser Forderung der Studie, da möchte Fleur Weibel ja auch noch regelmässig Informationsaustausch-Gefässe mit den zuständigen kantonalen Stellen. Da wehren wir uns nicht dagegen, das ist aber auch heute schon möglich, dafür braucht es den Anzug nicht. Wenn das auch aus der Quartierbevölkerung gewünscht ist, dann soll das selbstverständlich auch gemacht werden. Dafür gibt es ja auch das Community Policing, welches hier in diesem Bereich aktiv sein kann. Hier glauben wir, braucht es nicht den Anzug dazu.

Und der letzte Punkt ist, sie wünscht sich, Fleur Weibel, dass es eine Anlaufstelle oder zuständige Stellen gibt, die bezeichnet werden, wenn es zu problematischen Vorfällen oder Gewaltdelikten kommt. Ja, auch hier ist es die Polizei, die dafür zuständig ist, wenn es zu Gewaltdelikten kommt. Da brauchen Sie keine andere Stelle, diese Stelle gibt es bereits, das Telefon 117 oder jeder Polizeiposten, der in Ihrer Nähe liegt. Und andere problematische Vorfälle sind ja ebenfalls im Zusammenhang mit dann vielleicht auch Vergehen gegen das Strafgesetzbuch entsprechend zu ahnden, auch hier ist die Polizei zuständig. Das ist deshalb aus unserer Sicht ebenfalls nicht notwendig.

Deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Wie gesagt, wir wünschen uns auch, dass es einen Austausch gibt, da sind wir uns einig. Fleur Weibel war ja offenbar auch an diesem Drogenstammtisch in Kleinbasel, wenn ich das in den Medien richtig verfolgt habe. Das erachten wir als richtig, dass es diesen Austausch gibt. Nur muss es dann auch einmal möglich sein, dass wenn wir diese Austausch-Gremien oder Gefässe haben, dass es dann auch zur Repression kommt und hier ist ja leider Ihre Partei zusammen mit ihrer Allianz-Partnerin, der SP, meistens nicht so sehr dabei, wenn es um Repression geht.

Und da sind wir wieder bei diesem alten Spiel, Prävention funktioniert eben auch nur dann, wenn es irgendwann einmal eine Ahndung gibt über die Repression. Hier glauben wir, müssen wir nachbessern und wir müssen vor allem schauen, dass die Polizei in Kleinbasel stark präsent ist, um den Menschen, die dort wohnen, dieses Unsicherheitsgefühl wegzunehmen. Dazu hilft es, mehr Polizei zu haben und dabei unterstützen wir selbstverständlich die Regierung sehr gerne, alles andere, glauben wir, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr notwendig.

Wir bitten Sie deshalb, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Nicola Goepfert.



Nicola Goepfert (GAB): Das Sicherheitsgefühl in Kleinbasel hat abgenommen. Ich selbst wohne im Kleinbasel zwischen Dreirosenmatte und dem Matthäusplatz. Ich kenne die Situation und spüre die Stimmung im Quartier. Es ist wichtig, dass wir vom Grossen Rat ein klares Signal an die Bevölkerung setzen: Wir hören euch, wir nehmen eure Anliegen ernst. Es liegt aber an uns, mit Sorgfalt und Bedacht zu handeln und genau diesen Ansatz verfolgt der vorliegende Anzug, der eine wissenschaftlich begleitete Analyse der sozialen Problemlagen im Kleinbasel sowie regelmässig Informations- und Austauschformate fordert. Und Joël Thüring, der Regierungsrat ist kein wissenschaftliches Gremium und kann deshalb auch keine wissenschaftliche Einschätzung für diese Situation geben.

Die vorgeschlagenen Massnahmen zielen darauf ab, langfristige und nachhaltige Lösungen für die sozialen Probleme im Kleinbasel zu entwickeln. Sie sollen dazu beitragen, die grundlegende Ursachen der Probleme zu verstehen und effektive Strategien zur Bewältigung zu entwickeln. Diese Art von Herangehensweise erfordert Zeit, Ressourcen und die Zusammenarbeit verschiedener Akteure, einschliesslich der Wissenschaft, Verwaltung, zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Quartierbevölkerung selbst. Das schliesst nicht aus, dass sofortige Massnahmen notwendig sein können, um akute Probleme anzugehen und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu verbessern. Diese könnten beispielsweise verstärkte soziale Arbeit vor Ort, verlängerte Öffnungszeiten der Kontakt- und Anlaufstellen oder kurzfristige Massnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur umfassen.

Der entscheidende Punkt ist, dass kurzfristige Massnahmen nicht im Widerspruch zu langfristigen Lösungsansätzen stehen sollten. Sie können als Teil eines umfassenden Ansatzes dienen, um akute Probleme anzugehen, während gleichzeitig langfristige Strategien entwickelt werden, um die zugrundeliegenden Ursachen anzugehen und Veränderungen herbeizuführen. Ich verstehe nicht so recht, was dagegensprechen sollte. Wer die Situation eben nicht nur mit verstärkter Repression begegnen möchte, sondern an langfristigen Lösungen für die sozialen Probleme interessiert ist, bitte ich, diesen Anzug zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Es ist ja erfreulich, dass das Thema jetzt auch auf der linken Seite angekommen ist. Noch im 2019, also vor fünf Jahren, wurden wir mit unseren Bedenken bezüglich dieser Situation in diesem Perimeter ausgelacht. Das linkslastige Stadtteilsekretariat machte Veranstaltung mit dem Titel «Polizei im Visier». Es ging primär darum, dass die Polizei sich rechtfertigen muss bezüglich Racial Profiling. Jetzt sind Sie ein bisschen weitergekommen, das ist erfreulich, dass Sie das Thema jetzt auch aufgenommen haben, aber dass Sie jetzt mit Studien das Thema angehen wollen, das kann wirklich nicht der rechte Weg sein.

Wir haben aufgezeigt, wo die Massnahmen anzusetzen sind. Ich glaube, eine erste Massnahme wäre, dass Sie der Polizei den Rücken stärken, dass sie da die Präsenz auch markieren kann und dass wir nicht noch Diskussionen führen müssen wie Anfang Jahr, wo die Polizei verantwortlich dafür war, weil sie auf einer Strasse gefahren ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Nachdem ich ja vorher so gelobt worden bin, muss ich mich als Kleinbasler fast hier äussern, mache es aber auch sehr gerne. Die Herren Thüring und Seiler haben eigentlich schon alles Wichtige erzählt, was die Notwendigkeit dieses Anzugs, relativ absolut fehlende Notwendigkeit dieses Anzugs betrifft. Wir haben im Kleinbasel zurzeit ein echtes, schwieriges Problem, vor allem haben wir ein aktuelles Problem. Wie bereits gesagt wurde, wir brauchen Massnahmen und wir brauchen diese Massnahmen jetzt. Wenn wir einen Anzug hier beschliessen oder die Überweisung eines Anzugs, was passiert dann, der geht an die Verwaltung, da liegt er mal zwei Jahre gut ab und dann wird er beantwortet. In diesen zwei Jahren kommt man nicht zu einer Lösung, man hat also eine Verdienstquelle für Soziologen geschaffen. Wir brauchen keine Studie, wir brauchen keine Anlaufstelle. Die Leute wollen, Herr Goepfert, auch nicht gehört werden von uns, sie wollen Taten sehen und diese Taten braucht es jetzt und nicht in zwei Jahren. Deswegen ist dieser Anzug so nötig wie ein Knopf und gehört abgelegt im Rundordner.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Mahir Kabakci an? Sie wird angenommen.

Mahir Kabakci (SP): André Auderset, sind Sie nicht der Überzeugung, dass beides parallel laufen kann?



André Auderset (LDP): Nein, die Zeitachse ist anders. Sie sind auch schon eine Zeit lang im Rat. Sie kennen es, wie lange es geht, bis ein Anzug nur mal hier wieder zu uns zurückfindet und dann ist immer noch nichts passiert. Wir brauchen jetzt, heute, morgen, übermorgen konkrete Massnahmen und nicht irgendwann eine Studie der Uni.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Vorneweg zur Transparenz. Ich stehe hier in Vertretung von Beda Baumgartner, der leider zu Hause krank ist, gute Besserung an dieser Stelle. Ich war auch involviert bei diesem Anzug und ich muss Ihnen sagen, als ich den Erstentwurf bekam von Fleur Weibel, war ich auch kritisch. Ich dachte auch, das braucht es doch jetzt nicht, das geht viel zu lange, das ist doch nicht nötig, usw., es braucht jetzt Massnahmen, wie wir schon gehört haben.

Ich konnte jetzt auch ein halbes Jahr oder paar Monate weiter beobachten, wie sich die Geschichte weitergedreht hat, wie sich die öffentliche Debatte entwickelt hat und auch heute wieder, wie hier darüber diskutiert wird. Und das alles hat mir gezeigt, doch, es braucht unbedingt eine Versachlichung. Weil weder der Regierungsrat hat das geschafft noch wir hier im Parlament, das haben wir jetzt auch wieder beobachten können, schaffen eine Versachlichung. Und zwar wird sehr oft vereinfachend alles zusammen gemischt, es wird polemisch darüber gesprochen und obwohl es tatsächlich Probleme gibt, wird das vereinfacht dargestellt und einfache Lösungen auch versprochen. Das wiederum finde ich wirklich ein Hohn gegenüber der Bevölkerung, weil es gibt keine einfachen Lösungen in diesem Zusammenhang. Zum Beispiel wird vermischt, das haben wir vorher auch wieder gehört, UMAs seien illegal hier. Das stimmt natürlich nicht, die haben einen Aufenthaltsstatus und sowieso, kein Mensch ist illegal, um auch das hier wieder mal gesagt zu haben.

Diesen Vorwurf, dass die SP die Polizei nicht unterstützt, lasse ich hier auch nicht einfach so stehen. Wir haben in allen Vorstössen, die um die Polizei gingen, das immer unterstützt. Wir wissen auch, dass es dort einen Fachkräftemangel gibt und dass es nicht lustig ist, im Moment in diesem Stress dort zu arbeiten. Aber es ist auch klar, und das hoffe ich, dass auch Sie das mal hier drinnen akzeptieren, dass Repression nicht die einzige Lösung ist respektive nicht die einzige Massnahme, die etwas bringen kann. Es muss eben vielschichtig geantwortet werden auf diese vielschichtige Fragestellung oder diese vielschichtige Problemlage, die im Moment aufzufinden ist im Kleinbasel.

In diesem Sinne ist es wirklich so, dass man sowohl jetzt Massnahmen einführen kann, die hoffentlich eine beruhigende Wirkung haben werden, aber man kann auch längerfristig schauen, was ist da los, was sind wirklich die tiefergehenden Ursachen. Das geht nebeneinander, auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen, was sind die tiefergehenden Ursachen und ich kann auch hier eine genauso einfache Antwort geben, wie Sie, Joël Thüring, es geht um soziale Ungleichheiten. Bekämpfen wir also zusammen soziale Ungleichheiten, dann würden wir auch nicht so viele soziale Probleme haben. Aber mir ist bewusst, dass es nicht so einfach ist, aber dass das natürlich eine Antwort ist von verschiedenen.

Und deshalb hier wirklich das Votum, unterstützen Sie bitte diesen Anzug. Es geht um eine Versachlichung, es geht darum, die tiefergehenden Ursachen zu analysieren und breite Massnahmen abzustützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Melanie Nussbaumer, nehmen Sie die Zwischenfragen von David Jenny und Pascal Messerli an? Sie werden angenommen.

David Jenny (FDP): Melanie Nussbaumer, wenn bei Ihnen in der Wohnung eine einbrechende Person steht und Ihnen erklärt, kein Mensch ist illegal, was erwidern Sie dann?

Melanie Nussbaumer (SP): Das ist relativ einfach zu beantworten. Die Handlung dieses Menschen war illegal, aber der Mensch selber ist auf keinen Fall illegal.

Pascal Messerli (SVP): Melanie Nussbaumer, Sie haben gesagt, kein Mensch ist illegal. Heisst das, Sie anerkennen auch die Entscheide des Gerichtes nicht bezüglich negativen Asylentscheiden?

Melanie Nussbaumer (SP): Natürlich anerkenne ich die Gerichtsentscheide, aber auch das weist nicht darauf hin, dass die Menschen per se illegal sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.



Eric Weber (Fraktionslos): Ich komme aus dem Staunen nicht heraus und ich muss wirklich schmunzeln, der Anzug könnte von meinem Flugplatz sein. Dieser Anzug, ich habe jetzt meine Flugblätter herausgesucht, in diesem Anzug, der nicht von mir ist, steht wortwörtlich aus meinem Flugblatt übernommen: Spezifisch geht es dabei um die Häufung von Gewaltdelikten und Kriminalität auf der Dreirosenmatte und um den Drogenhandel und Konsum in Kleinbasel. Das ist von meinem Flugblatt. Und dann, wer hat es unterschrieben, Fleur Weibel, Grüne Partei. Ich muss das jetzt einmal ein bisschen einordnen. Ich bin gegen diesen Anzug, weil das nicht ihr Thema ist. Ich bin eine Ein-Thema-Partei, Fleur Weibel, und das ist mein Thema gewesen. Sie dürfen das Thema jetzt nicht besetzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, das tut nichts zur Sache. Bitte sprechen Sie zum Anzug. Es dürfen alle hier Themen bearbeiten mit Anzügen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte auf meinen Vorredner zu sprechen kommen, André Auderset, der zweitberühmteste Grossrat in Kleinbasel, und André Auderset - nein, ich habe den Namen verwechselt, Entschuldigung, Daniel Seiler. Daniel Seiler hat richtig gesagt, wir wurden ausgelacht. Auch ich wurde ausgelacht und jetzt kommen die Grünen und verlangen eine Studie. Ich muss einfach sagen, der Anzug ist sinnlos, weil beim Punkt 2 steht ja, man will da ein Büro für einen Austausch haben und noch einmal Bürokratie schaffen. Es gibt in Kleinbasel das Stadtteilsekretariat Kleinbasel, die kümmern sich um solche Sachen und die sprechen auch mit mir und geben mir die Broschüre vom Grossen Rat, die ich wünsche. Also man kann jetzt nicht ganz sagen, das Stadtteilsekretariat Kleinbasel sei links, sie sind auch anständig zu mir.

Punkt 3 dieses Anzugs ist auch sinnlos. Da wird gefragt nach Ansprechpersonen für Vorfälle und Gewaltdelikte. Wenn Sie solche Vorfälle haben, wo Sie nicht einverstanden sind und Gewaltdelikte, dann müssen Sie als Ansprechpartner zur Polizei gehen. Aber da kann man nicht nochmal eine Sonderstelle für Ansprechpartner machen. Für Gewaltdelikte ist die Polizei zuständig und wenn Sie das ja so wollen, Fleur Weibel, dann müssen Sie halt mehr Gelder für die Polizei geben, damit die mehr Leute haben, die sie dort zu Gewaltdelikten und Drogen hinschicken können. Aber wenn Sie zur Polizei gehen in Kleinbasel, heisst es ja immer ja, wir haben zu wenig Leute, wir können nicht, wir müssen Prioritäten setzen. Also das Pferd wird da wieder einmal falsch aufgezäumt.

Ich werde gegen diesen Anzug stimmen, weil Daniel Seiler hat das beste Votum gehalten, jetzt wird man ausgelacht und jetzt kommen die anderen. Und wie gesagt, der Text ist von meinem Flugblatt und die Flugblätter habe ich hier, wo das alles drinsteht. Jetzt bin ich gespannt, ich habe keinen »Chrüzlistich«, darum bin ich jetzt wirklich gespannt, aber ich hoffe, dass es eine spannende Abstimmung gibt, wo die GLP wieder das Zünglein an der Waage ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich nutze die Gelegenheit für eine Mitteilung. Wir haben Besuch auf der Zuschauertribüne. Ich begrüsse die 9. Klasse der Sekundarschule Wasgenring mit ihrer Lehrperson. Schön sind Sie hier. Ich wünsche Ihnen einen spannenden Vormittag im Grossen Rat.

Wir fahren fort mit der Beratung von Anzug 5. Als nächster Einzelsprecher hat sich Christoph Hochuli eingetragen.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich bin der Meinung, es sollen alle Mittel ausgeschöpft werden, um die Probleme in Kleinbasel anzugehen. Dabei soll auch ein wissenschaftlicher Ansatz dienen, wie dies der vorliegende Anzug fordert. Damit sollen nachhaltige längerfristige Lösungen gefunden werden. Selbstverständlich müssen gleichzeitig auch möglichst bald Massnahmen umgesetzt werden. Drogensüchtige sollen unterstützt werden, um aus ihrer Sucht herauszukommen, und natürlich müssen gleichzeitig der Drogenhandel und auch Gewaltdelikte in Kleinbasel effektiv und konsequent bekämpft werden. Es braucht also der wissenschaftliche Ansatz mit einer Analyse und auch Sofortmassnahmen.

Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Christoph Hochuli, nehmen Sie die Zwischenfragen von Joël Thüring und David Jenny an? Sie werden angenommen.

Joël Thüring (SVP): Christoph Hochuli, Sie sind ja Staatsangestellter. Haben Sie nicht das Gefühl, dass der Staat, den sie ja prominent auch auf der Strasse vertreten, nicht bereits heute alles unternimmt, um das Wissen zu erreichen oder zu erlangen, um möglichst zielgerichtet Massnahmen in Kleinbasel dann auch zu implementieren?



Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich denke, wir haben nie ausgelernt. Es gibt immer wieder durch Analysen gute Erkenntnisse, die man dann umsetzen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: David Jenny bitte.

David Jenny (FDP): Christoph Hochuli, können Sie persönlich garantieren, dass diese Studie nicht durch ein Institut durchgeführt wird, das hauptsächlich von der postkolonialen Theorie lebt?

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich bin überzeugt, dass der Regierungsrat das gut umsetzen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird abgelehnt. Damit kommen wir zum nächsten Einzelsprecher Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Es ist das Kleinbasel, das ist klar, was ist los im Kleinbasel. Allein die Frage nach so vielen Jahren, wo ich in Kleinbasel bin, ist schon ein bisschen speziell, dass jetzt das plötzlich hier drin ein Thema wird. Das hätte schon längststens ein Riesenthema sein sollen und warum jetzt plötzlich hier Links-Grün und weiss nicht was auch noch auf diesen Zug aufspringen will, ist natürlich für uns Bürgerliche fast ein bisschen unerklärlich. Es freut uns natürlich umso mehr, dass Sie jetzt hier auch alle wirklich begriffen haben, dass wir dort unbedingt etwas machen müssen.

Jetzt, was kann man machen? Es wurde vieles aufgezählt von all jenen, die eher meine Meinung vertreten, und die anderen haben auch schon etwas sagen dürfen. Sie sind dann mehr für die Lösung einer Studie. Natürlich kann man eine Studie immer noch auch noch laufen lassen. Natürlich können auch neue Erkenntnisse nochmals auftauchen, aber ich glaube, jeder, der an einem Stammtisch gesessen ist jemals in den letzten zehn Jahren in Kleinbasel, weiss ganz genau, was der Grund ist, und ich glaube, das müssen wir auch nicht diskutieren. Man kann es natürlich nicht mehr im öffentlichen Raum richtig benamen, aber am Stammtisch, dort hört man es. Und wenn wir dort mal hinhören würden, was unsere Wähler uns auch erzählen, und zwar gehören dort Polizisten dazu, Anwohner, die in die Beiz gehen, Einkaufen gehen, spielt gar keine Rolle, wen man fragt, es handelt sich am Schluss immer wieder um das gleiche, der Kreis zieht sich zusammen.

Und ja, es wurde alles aufgezählt, wir haben viele Möglichkeiten, die Polizei kann viel mehr vor Ort sein und das sind nicht zwingend immer nur Repressionen. Aber wenn man da nicht auch mit einer gewissen Dynamik auftritt, dann macht das einfach vielen Menschen in Kleinbasel, die dort von morgens bis abends und auch nachts sind, einfach wenig Eindruck. Ich habe schon so viel mit Polizisten gesprochen, sie haben gesagt, wir können ihnen sagen, bitte gehen Sie dort hin, machen Sie dies, die gehen von dort nach dort, sie gehen ins Gefängnis und zwei Minuten später sind sie wieder auf der Strasse und stehen dann wieder dort.

Sie merken, das regt mich ein bisschen auf. Sonst bin ich eigentlich ein bisschen cooler, aber bei diesem Thema geht es mir wirklich ein bisschen auf den Nerv. Weil wenn man abends nach Hause geht, ich könnte noch so viel erzählen darüber, wenn man abends nach Hause geht und die Leute sich nicht mehr sicher fühlen, Männchen und Weibchen sich nicht mehr sicher fühlen in unserer Stadt, in einem solchen grossen Stadtteil, das ist einfach nicht in Ordnung. Und diese Studie, ja, das ist super, wenn die irgendwann einmal kommt, aber so lange möchte ich nicht mehr warten. Ich kann nicht gegen eine Studie sein zusätzlich, aber helfen Sie einmal mit, wenn es um kurzfristige Lösungen geht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt Zwischenfragen von Tim Cuénod, Melanie Nussbaumer und Eric Weber. Sie werden angenommen.

Tim Cuénod (SP): Sie tun so, als ob man auf der Linken in diesem Parlament gewisse Probleme noch nie angesprochen, nie entdeckt hat, noch nie einen Vorstoss gemacht hat und jede Polizeimassnahme abgelehnt hat. Sind Ihnen die Vorstösse von meinen Kolleginnen oder Kollegen, wie der von Michela Seggiani, Mahir Kabakci und anderen, vollends entgangen? Haben Sie nicht festgestellt, dass wir auch, wenn es um Mittel für die Polizei geht, aber auch, dass man genügend Personal hat, das uns auch immer wichtig gewesen ist?

Alex Ebi (LDP): Das war eine wahnsinnig lange Frage und ich weiss gar nicht mehr genau, wie sie angefangen hat.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage bitte.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich nehme an, Sie haben den Anzug auch wirklich gelesen und haben gesehen, dass der zweite Punkt genau diesen Austausch fordert, den Sie ja so super finden?

Alex Ebi (LDP): Hören Sie Melanie Nussbaumer, da können Sie nichts dafür, aber jetzt wurde ich abgelenkt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage bitte.

Eric Weber (Fraktionslos): Alex Ebi, wissen Sie, dass Sie mir aus meinem Herzen gesprochen haben?

Alex Ebi (LDP): Nein, das habe ich nicht gewusst.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann stellt Melanie Nussbaumer ihre Frage. Ich bitte um Konzentration und um kurze Antworten und Fragen.

Melanie Nussbaumer (SP): Sie haben ja sicher den Anzug gelesen und darin haben Sie gesehen, dass der zweite Punkt fordert, dass man eben mehr Austausch machen soll mit der Bevölkerung vor Ort, wie Sie das ja auch schon sehr gut machen an all Ihren Stammtischabenden.

Alex Ebi (LDP): Klar habe ich das gelesen und ich freue mich natürlich total, so sehr, dass ich jetzt auf Hochdeutsch antworte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum hat sich Eric Weber eingetragen.

Eric Weber (Fraktionslos): Entschuldigung, dass ich noch einmal spreche, ich spreche nachher nicht mehr, aber ich muss zu diesem Thema sprechen als Ein-Thema-Partei und weil mir auch nicht mehr so viel Zeit bleibt im Grossen Rat. Ich möchte auf meine Vorredner noch zu sprechen kommen, im zweiten Votum beim Polizisten Christoph Hochuli. Sie haben gesagt, der Drogenhandel muss bekämpft werden. Das ist richtig, das ist ein grosses Problem. Man riecht es auch in der Nase, wenn man an der Kleinbasler Riviera vorbeigeht, fühlt man sich wie in Amsterdam. Schade, Christoph Hochuli, dass meine Zwischenfrage abgelehnt wurde. Ich stelle einfach fest als Grossrat, der täglich mit der Polizei spricht, die Polizei sagt immer, wir haben zu wenig Personal, und ich spreche auch mit dem Bürger und der Bürger sagt mir, die Polizei hat Angst, in gewisse Problemviertel hineinzugehen, weil dann die Polizei geschlagen wird. Wir hatten diesen Fall beim Hirscheneck.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, bitte sprechen Sie zum Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Es nützt uns keine Polizei, wenn die Polizei nicht in die Problemviertel hineingeht.

Ich komme zum Vorredner Alex Ebi. Wir sind Nachbarn und Alex Ebi hat richtig gesagt, das Thema hätte schon längst da sein müssen. Aber ich darf mir auf die Fahne schreiben, wir von unserer Partei Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat waren die ersten hier im Parlament ab 1968, die das Thema angesprochen haben. Sie sind auch gekommen, Alex Ebi, aber Sie sind 40 Jahre nach uns gekommen. Das Original steht hier und ich darf sagen, wir hatten 15 Grossräte von meiner Partei. Alex Ebi hat gesagt, er sei jetzt ein bisschen verwundert, dass die Grünen das Thema jetzt auch bringen. Und als Ein-Thema-Partei muss ich das natürlich auch feststellen, aber das ist mein Thema und man wird ja als Ein-Thema-Partei belächelt, aber das bin ich.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erteilt Eric Weber den ersten Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Alex Ebi hat richtig gesagt, was am Stammtisch gesprochen wird, was der Wähler erzählt, das ist teilweise spannend und das muss ich einfach unterstreichen. Alex Ebi hat gesagt, der Kreis zieht sich zusammen und da muss ich ihm einfach recht geben.

Man muss einfach den Finger teilweise auch als Politiker in die Wunde legen. Wenn man den Finger nicht in die Wunde legt, passiert nichts. Und das ist jetzt genau so ein Thema, wo ich sagen muss als Kleinbasler Grossrat, ist es wichtig, dass wir das besprochen haben. Ich freue mich auch, dass wir die vielen Zwischenfragen hatten. Ich freue mich auch, dass wir gerade jetzt die vielen Zuschauer haben.

Ich habe ja schon gesagt, dass Alex Ebi mir aus dem Herzen gesprochen hat, und eine Studie braucht es nicht, das möchte ich auch noch einmal sagen, da gebe ich ihm auch recht. Wir können nicht warten, es ist eh schon zu spät und wenn man mich jetzt fragt, ehrliche Antwort; Grossrat Eric Weber, kann man das Kleinbasel noch retten, dann muss ich sagen, das Kleinbasel ist verloren und dann nützt diese Studie nichts. Die Sache ist gekippt bei der Schwarzenbach-Abstimmung am 6. Juni 1970.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, bitte verlassen Sie das Rednerpult. Es sind keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Damit hat die Anzugsstellerin Fleur Weibel das Wort.

Fleur Weibel (GAB): Man kann es nicht anders sagen, dass Kleinbasel, das bewegt ganz offensichtlich. Wir haben jetzt lange diskutiert, ich habe versucht, mir einen Überblick zu verschaffen über die Debatte, die wir hier geführt haben, und ich wundere mich ehrlich gesagt ein bisschen, dass Sie sich wundern, dass von den Grünen ein Vorstoss kommt zum Kleinbasel. Haben Sie nicht das Gefühl, dass es den Grünen ein Anliegen ist, dass die Lebensqualität in Kleinbasel gut ist? Selbstverständlich, wir wohnen ja schliesslich da. Das ist auch der Punkt, es haben jetzt viele Leute gesprochen, die in Kleinbasel wohnen, und das zeigt, es liegt uns am Herzen, wie die Situation in Kleinbasel ist und in letzter Zeit hat das Kleinbasel vor allem sehr negative Schlagzeilen gemacht.

Man kann dann die ganze Sache à la SVP runterbrechen und kann sagen, es sind zu viele illegal eingewanderte Menschen in Kleinbasel, es hat zu wenig Polizei, es braucht mehr Sicherheitsmassnahmen. Es geht uns nicht darum, uns gegen Sicherheitsmassnahmen zu wehren. Es geht uns auch nicht darum, uns gegen sofortige Massnahmen zu wehren. Der Anzug, der hat auch sofortige Massnahmen drin und es liegt an der Regierung, die sofort aufzugreifen und diesen Austausch, der jetzt auch schon losgetreten wurde, weiterzuführen. Weil der entscheidende Punkt ist, und ich glaube, den zentralen Satz heute hat Christoph Hochuli gesagt, der selber Polizist ist, der zentrale Satz ist, wir haben komplexe Probleme, da gebe ich André Auderset recht, sie sind schwierig, es gibt Probleme in Kleinbasel und wenn es solche komplexen Probleme gibt, dann müssen alle Mittel ausgeschöpft werden, um dieses Problem anzugehen. Wenn wir einfach alle wie die SVP denken würden, dann könnten wir ja alle nach Hause gehen und einfach sagen, wir fahren noch mehr Polizei ins Kleinbasel und dann ist die Sache geregelt. Ich weiss nicht genau, wie Sie sich das vorstellen, Joël Thüring.

Der entscheidende Punkt an Sicherheitsmassnahmen, und jetzt komme ich zum eigentlichen Anliegen dieses Vorstosses, der Punkt an Sicherheitsmassnahmen ist, dass Sicherheitsmassnahmen immer einen paradoxen Effekt haben. Sie geben einerseits mehr Sicherheit und auf der anderen Seite vermitteln sie auch, dass es eine Bedrohung gibt. Und für die Menschen, die tagtäglich in diesem Quartier leben, stellt sich die Frage, was heisst es für mich, wenn es zu einer Häufung von Gewalt kommt, wenn es zu einer Häufung von Kriminalität kommt, wenn es soziale Konflikte gibt. Was heisst das für mich, wenn ich da in diesem Kleinbasel wohne. Ich selber bin seit 20 Jahren neben der Dreirosenmatte, neben diesem Schulhaus, von dem es jetzt heisst, dass es neu überwacht werden soll. Was haben Sie das Gefühl, was das mit den Eltern und den Kindern macht, wenn es heisst, es wird neu ein Schulhaus überwacht und es ist noch nicht klar, was eigentlich vorgefallen ist? Es ist nicht klar, was die Situation auf der Dreirosenmatte ist, wieso kommt es zu dieser Häufung von Gewalt?

Natürlich kann man dann sagen, ja, es hat viele Ausländer in Kleinbasel, aber diese Antwort ist keine Lösung der Probleme. Die Problemlage ist viel, viel komplexer, das hat Melanie Nussbaumer auch ausgeführt, und deshalb brauchen wir alle Expertise, die wir haben, und wir haben viel Expertise in Kleinbasel. Es gibt ganz viele zivilgesellschaftliche Organisationen, die seit Jahren in Kleinbasel tätig sind, in der Sozialarbeit, in der Jugendarbeit, bei der Polizei, in der Drogensuchtberatung, ganz viel Expertise. Und um was es in diesem Anzug geht, ist, diese ganze Expertise zu nehmen und eine Auslegeordnung zu machen und sich zu überlegen, wie verbessern wir die Lebensqualität in Kleinbasel. Und das können nicht nur Sicherheitsmassnahmen sein. Sie können die SVP wählen, wenn Sie nur Sicherheitsmassnahmen möchten, aber wenn Sie auch noch eine gründlichere Betrachtung der Situation möchten, dann wählen Sie nicht die SVP.



Der entscheidende Punkt ist, dass es darum geht, auch die Bevölkerung mitzunehmen. Wir haben Sicherheitsmassnahmen, wir wehren uns nicht gegen diese Sicherheitsmassnahmen, sie sind zum Teil auch nötig, aber was wir verlangen, ist eine ganz gründliche Auslegeordnung, auf welche konkreten Ereignisse wird mit diesen Massnahmen reagiert und was braucht es zusätzlich, um mit der Situation umzugehen und wie kann vor allem auch die Bevölkerung da in einem regelmässigen Austausch mitgenommen werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring, Pascal Messerli, Eric Weber und André Auderset möchten Ihnen Zwischenfragen stellen. Die Zwischenfragen von Joël Thüring, Pascal Messerli und André Auderset werden angenommen. Zuerst Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Fleur Weibel, Sie haben nicht nur schlechtes gesagt, möchte ich festhalten, aber jetzt möchte ich trotzdem wissen, wenn diese Studie zum Schluss kommen würde, dass es als Lösung für die Probleme mehr Polizei, mehr Repression und beispielsweise auch ein härteres Vorgehen bei der Ausweisung illegaler Migranten braucht, um die Sicherheit in Kleinbasel wieder herzustellen, würden Sie dann das unterstützen?

Fleur Weibel (GAB): Es wäre dann noch die Frage, wie man diese schnelleren Ausweisungen tatsächlich umsetzen würde, aber dann hätte man eine Grundlage, auf der man Entscheidungen treffen könnte.

Pascal Messerli (SVP): Fleur Weibel, es freut mich ja, dass Sie sich in der Hälfte Ihres Votums mit der SVP beschäftigen, aber wenn Sie sagen, Sie wehren sich nicht gegen Sicherheitsmassnahmen, warum lehnen Sie dann moderate Vorschläge wie mehr Licht oder mobile Polizeiposten ab?

Fleur Weibel (GAB): Wir haben diese Massnahmen diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass sie das Problem nicht lösen.

André Auderset (LDP): Fleur Weibel, ich möchte das Problem etwas herunterbrechen, das Ihnen von der Parteierkunft vielleicht auch noch etwas mehr am Herzen liegt. Wenn Sie in einer Tempo 30-Zone dauernd grosse Verstösse haben, möchten Sie dann ein Tempo-Messgerät oder möchte Sie eine Studie der Uni?

Fleur Weibel (GAB): Ich habe den Zusammenhang dieser Frage nicht verstanden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002867, 08.02.24 10:48:33]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 62 Ja-Stimmen bei 33 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung.



31. Anzug 6 Michael Hug und Luca Urgese betreffend Vergabe zur zeitgemässen Betreuung eines Recyclingparks für die gesamte Basler Bevölkerung

[08.02.24 10:48:40, 23.5659.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst:

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

32. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz bezüglich der Folgekosten des Klimawandels in einem "Weiter-wie-bisher"-Szenario, Schreiben des RR

[08.02.24 10:49:11, 21.5749.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Da hat sich Jo Vergeat eingetragen.

Jo Vergeat (GAB): Bevor wir diesen Anzug abschreiben, möchte ich einen Satz aus dem Bericht zitieren: «Die zukünftigen Klimakosten des Nichthandelns (z. B. stärkere Hitzebelastung, mehr Extremwetterereignisse, Biodiversitätsverlust etc.) sind erheblich höher als die Kosten eines entschlossenen Klimaschutzes.» Ich möchte uns darum alle hier drin daran erinnern, dass wir bei den nächsten Debatten über Kosten für den Klimaschutz diesen Satz bedenken und so entscheiden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Besten Dank. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Der Regierungsrat verzichtet auch in der zweiten Runde.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt als die beantragte Abschreibung.

Der Grosse Rat beschliesst:

den Anzug abzuschreiben.

33. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend «Eine koordinierende Stelle in der Verwaltung zuständig für Zusammenfassung, Information und Sensibilisierung aller Aktivitäten im Rahmen des Klimaschutzes», Schreiben des RR

[08.02.24 10:50:44, 21.5750.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum.

Der Grosse Rat beschliesst:

stillschweigend den Anzug abzuschreiben.



34. Anzug Brigitte Kühne und Raffaella Hanauer betreffend «Superblocks» in Basel, Schreiben des RR

[08.02.24 10:51:19, 22.5420.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Hier hat sich Brigitte Kühne für die GLP eingetragen.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen danken der Regierung für die Anzugsantwort und freuen uns sehr über die anstehenden Superblock Tests im 2024 und 2025 im St. Johann und im Matthäusquartier, auch wenn diese noch zustande kommen respektive die Möglichkeit zur Einsprache noch überstehen müssen.

Jedoch beantragen wir Ihnen, Stehenlassen des Anzugs, denn er ist nicht erfüllt. Das Wettsteinquartier respektive der Verein Wettstein 21 haben mit ihrer Petition «Charta für ein zukunftsfähiges Wettsteinquartier» die ganze Debatte um Superblocks in Basel angestossen und in einem aufwändigen partizipativen Prozess erarbeitet. In unserem Anzug haben Raffaella Hanauer und ich explizit ein Superblock Test im Wettsteinquartier gefordert. Es ist uns deshalb wichtig, gerade eben auch diese engagierten Menschen im Wettsteinquartier einzubeziehen in die Superblock Tests.

Herzlichen Dank deshalb für das Stehenlassen des Anzuges.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler annehmen? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Sind Sie sich bewusst, dass diese Superblocks im Wettsteinquartier sehr umstritten sind, da es unterschiedliche Organisationen gibt, die genau das Gegenteil vorbringen, dass man darauf verzichtet?

Brigitte Kühne (GLP): Dessen bin ich mir sehr wohl bewusst und wir haben hier einen Anzug, der überwiesen wurde, der explizit das fordert und das ist ein demokratischer Entscheid.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Ich spreche in meinem Votum auch zugleich für die SP. Wir sind sehr erfreut, dass diese Pilotprojekte nun aufgelegt wurden. Das gibt dem Anliegen der Superblocks Aufwind und auch in vielen weiteren Quartieren werden nun Stimmen laut, dass diese sich auch solche Superblocks wünschen.

Wir beantragen dennoch, stehen zu lassen, unter anderem aus Gründen, die Brigitte Kühne schon erwähnt hat, aber auch aus weiteren Gründen. Es sind diesen drei. Als erstes ist es sehr schade, dass das Wettstein nicht dann kommt bei den Pilotprojekten. Aus dem Wettstein kam grosses Engagement für einen Superblock, wir haben es explizit genannt, und nun kommt dort nichts. Das ist sehr bedauerlich und auch sehr frustrierend für die dort sich engagierende Bevölkerung.

Der zweite Grund, warum wir stehen lassen möchten, ist das Rahmenkonzept. Wir sind sehr gespannt auf das Rahmenkonzept, wenn es dann kommt, jedoch liegt dieses Rahmenkonzept zurzeit noch nicht vor. Im Vorstoss haben wir gefordert, dass eine langfristige Konzeption ebenfalls gemacht wird, inklusive Finanzbedarf, Einbezug der Quartierbevölkerung und einen Zeithorizont. Das wurde noch nicht erfüllt und daher ist es durchaus sinnvoll, diesen Anzug noch stehen zu lassen.

Und der dritte Punkt, zusätzlich wurde im Schreiben auch explizit gesagt, dass diese Pilotprojekte noch keine konkreten Klimaanpassungsmassnahmen vorsehen werden. Also es wird keine Baumpflanzungen in einem ersten Schritt geben, etc. und daher ist auch diese Forderung des Anzugs noch nicht erfüllt. Entsprechend würden wir Sie bitten, hier auch mit uns zu stimmen und stehen zu lassen.

Zwei weitere Aspekte möchte ich jedoch gerne noch darüber hinaus ansprechen. Wir finden es ein spannender Ansatz, dass zwei Büros beauftragt werden. Wir denken, dass man so sehr viel auch lernen kann und finden das grundsätzlich gut. Bei den Zielformulierungen wurden wir jedoch stutzig, die im Schreiben erwähnt wurden. Ich zitiere kurz aus dem Schreiben der Regierung wie folgt: Der Kanton prüft, wie Superblocks in Basel umgesetzt werden können. Dabei interessiert insbesondere



erstens: Wie die Bevölkerung die verkehrliche Situation (Durchfahrtsbeschränkung, Parkplatzaufhebung) annimmt. Und dann der zweite Punkt: Welche und wieviel Gestaltung es braucht, damit Bespielung gelingt bzw. sich die Quartierbewohnenden den zusätzlichen öffentlichen Strassenraum aneignen. Ende des Zitats.

Der zweite Punkt, herauszufinden, was es braucht, damit sich die Bevölkerung den Raum aneignet, das finden wir sehr gut. Der erste Punkt, nämlich herauszufinden, wie die Bevölkerung die Durchfahrtsbeschränkung und die Parkplatzaufhebung annimmt, finden wir eine zu kurz greifende Fragestellung. Warum. Es wird davon ausgegangen in dieser Zielsetzung, dass die Bevölkerung hauptsächlich von der Durchfahrtsbeschränkung und von Parkplatzaufhebungen betroffen ist.

Hier erinnere ich Sie gerne daran, dass rund die Hälfte der Haushalte im Kanton kein eigenes Auto besitzen und primär mit dem öffentlichen Verkehr, zu Fuss oder auf dem Velo unterwegs sind. In besonders dichten Quartieren wie dem St. Johann oder dem Matthäus, wo jetzt Pilotprojekte gemacht werden, gibt es noch viel mehr autofreie Haushalte. Uns interessiert daher nicht nur, wie die Bevölkerungsteile mit Auto die Massnahmen aufnehmen, wie sie die Durchfahrtsbeschränkungen und Parkplatzaufhebungen aufnehmen, sondern uns interessiert auch, wie die heute vom rollenden und stehenden Autoverkehr betroffene Bevölkerung, die heute schon autofrei lebt, die Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fuss und Velo aufnimmt, wie sie die Reduktion des Verkehrslärms aufnimmt und wie sie den zusätzlich gewonnenen öffentlichen Raum, den sie sich aneignen können, aufnimmt.

Und wenn das Controlling dieser Pilotprojekte nur auf die negativen Aspekte fokussieren wird, die nur einen Teil der Bevölkerung, nämlich diejenigen mit Autobesitz, betreffen, dann wird wohl das Fazit auch entsprechend ausfallen. Daher fänden wir es toll, wenn diese Zielformulierung noch entsprechend ausgeweitet werden könnte und nicht nur auf diejenigen Bevölkerungsteile fokussiert, die ein eigenes Auto haben.

Damit habe ich geendet, bedanke mich für die Aufmerksamkeit und freue mich, wenn wir diesen Anzug nun stehen lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Ich möchte das nicht gross in die Länge ziehen. Ich denke, der Regierungsrat hat ausgeführt, dass er gewisse Projekte lancieren möchte. Dementsprechend kann man auch den Anzug jetzt abschreiben. Ich möchte vielleicht nur noch ein Wort an die Anzugsstellerin Brigitte Kühne verlieren. Sie haben gestern einen Anzug von Ratskollege Joël Thuring nicht überweisen wollen, weil man ja bei dem Bau- und Verkehrsdepartement einen Anruf machen kann. Ich denke, es ist ja auch Ihre Departementsvorsteherin, welche bei diesem Anzug ja im Hauptlead sein wird, da denken wir auch, dass sie einen Anruf erreichen würde und man diesen Anzug nicht unbedingt stehen lassen muss.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Ich denke, ich kann im Namen der ganzen FDP sprechen. Sie reden viel über Partizipation hier, über Einbezug der Bevölkerung, was wichtig ist für die Bevölkerung, da möchte ich doch einfach nochmal in Erinnerung rufen, die Bevölkerung, die Stimmbevölkerung hat im letzten November die Stadtklima-Initiativen beide deutlich abgelehnt. Ein grosser Teil davon waren eben auch solche Superblocks.

Dann möchte ich nochmal kurz auf diesen Verein Wettstein 21 eingehen, der hier so gelobt wird. Der Verein, der mit staatlich finanzierten Workshops antritt, der Verein, der partizipativ im Quartier vorgehen will und Workshop einlädt dazu, in denen es heisst, «Wettstein autofrei» als Arbeitsgrundlage. Und dann wundert man sich am Schluss, wenn eine Charta rauskommt, die eben genau ein autofreies Quartier fordert. Ich denke, es ist klar, wofür es da geht.

Dann komme ich nochmals auf die immer wieder wiederholte Art und Weise der Diskriminierung, dass wir in dieser Stadt immer weniger Leute haben, die ein Auto haben. Was hier aber leider vergessen ist, dass viele Leute auch Besucher empfangen. Das gibt es tatsächlich. Es gibt Leute, die ihre Familie, die zu ihnen kommen wollen und sie besuchen, die kommen zum Teil wirklich auch mit dem Auto. Es gibt sehr viele Leute, die in dieser Stadt auch darauf angewiesen sind, dass sie zur Arbeit mit dem Auto fahren. Wir haben im Wettsteinquartier einen sehr hohen Druck bezüglich zu wenig Parkplätze. Sie kämpfen auch gegen diese Quartierparkings und so.

Von dem her, hören Sie doch bitte auf, dauernd immer zu sagen, es sind weniger, die Autos fahren. Wir bekämpfen auch nicht die Minderheiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Tobias Christ annehmen? Sie wird angenommen.



Tobias Christ (GLP): Daniel Seiler, Sie haben die abgelehnten Stadtklimainitiativen erwähnt. Können Sie sich vorstellen, dass diese von vielen Leuten auch deshalb abgelehnt wurden, weil ihnen verschiedene Kreise, die Regierung, aber auch der Gewerbeverband in seiner Kampagne genau solche Massnahmen, wie zum Beispiel namentlich insbesondere diese Superblocks in Aussicht gestellt haben?

Daniel Seiler (FDP): Nein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raffaella Hanauer hat sich noch als Einzelsprecherin gemeldet.

Raffaella Hanauer (GAB): Ich möchte ganz kurz auf das soeben gesagte eingehen und die Abstimmungsgegner*innen der Stadtklima-Initiativen auf ihre Versprechen berufen und auch berichtigen, was vorhin soeben gesagt wurde. Ich würde Sie wirklich bitten, sich an Ihre Versprechen im Abstimmungskampf zu halten. Im Abstimmungskampf wurde mehrfach gesagt, es sei doch schon alles aufgegleist, diese Initiativen seien unnötig. Jetzt stimmen wir über genau eines dieser Projekte ab, die eben schon aufgegleist sind. Daher finde ich das Argument mit den Stadtklima-Initiativen höchst schwach und wirklich auch nicht würdig, wenn man solche Versprechen im Abstimmungskampf macht.

Dann der zweite Punkt, was im Abstimmungskampf auch immer wieder gesagt wurde, sind die Klimaziele, wir hätten ja die Klimaziele. Entsprechend, wenn wir die Klimaziele wirklich ernst nehmen, dann müssen wir auch im Verkehrsbereich wirklich vorwärts machen und eben eine schon bereits aufgegleiste Massnahme wirklich voranbringen.

Dann ein dritter Punkt, weshalb man gesagt hat, die Stadtklima-Initiativen seien nicht allzu gut, sind die Baustellen. Jetzt sind die Superblocks eine dieser Massnahmen, die am allerwenigsten Baustellen verursachen, weil sie ohne bauliche Massnahmen sehr effizient und schnell umgesetzt werden können. Also bitte ich Sie, die Stadtklima-Initiativen wurden nicht abgelehnt, weil die Bevölkerung gegen Superblocks ist. Das kann man so einfach nicht deuten und Abstimmungsversprechen im Abstimmungskampf sollte man halten.

Dann noch ein letzter Punkt zu den Besuchenden, die auch mit dem Auto in die Stadt kommen wollen. Ich weise darauf hin, dass wir ein sehr gutes Netz im öffentlichen Verkehr haben, dass wir auch mit Fahrrädern in die Stadt fahren können, gerade wenn man aus dem Agglomerationsraum kommt, und daher würde ich sagen, ist das für mich kein valables Argument.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raffaella Hanauer, möchten Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler annehmen? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Nur ganz kurz. Wollen Sie Besuchenden verbieten, mit dem Auto in die Stadt zu kommen? Es hört sich so an.

Raffaella Hanauer (GAB): Ich denke, wir sollten mit Dosieranlagen das tatsächlich tun. Da haben wir auch bereits demokratisch entschiedene Vorstösse, die auf dem Weg sind und ja, wir müssen, wie die Regierung sagt, um die Klimaziele zu erreichen, den Autoverkehr um einen Drittel reduzieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: In der zweiten Runde wünscht Regierungspräsident ad interim Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir haben Ihnen in unserem kurzen Bericht ja dargelegt, dass der Regierungsrat das Konzept der Superblocks interessant findet und wir deshalb in den nächsten zwei Jahren auch entsprechende Pilotprojekte umsetzen und testen wollen in den Quartieren Matthäus und St. Johann. Das wird uns ermöglichen, Erfahrungen zu sammeln und die werden wir auch der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung stellen. Das ist jetzt eher eine formale Frage, ob Sie darüber noch einmal in Form einer zweiten Anzugsbeantwortung einen Bericht bestellen wollen, dann liefern wir den selbstverständlich, oder ob wir das der weiteren öffentlichen Diskussion überlassen, die ohnehin stattfinden wird über das Modell dieser Superblocks.

Es ist in der Diskussion namentlich von Brigitte Kühne prominent das Wettsteinquartier eingebracht worden. Das haben wir begründet, weshalb wir dort vorerst von einem Superblock Test absehen wollen. Wir sind der Auffassung, dass dieses Quartier nicht in vergleichbarem Umfang wie die beiden anderen, wo die Superblock Experimente jetzt beginnen, von diesen



Belastungen betroffen ist. Es gibt dort insbesondere die Rheinpromenade als sehr nahegelegene Erholungszone, deshalb haben wir den Problemdruck als etwas geringer im Wettstein eingeschätzt.

Mir ist schon wichtig zu sagen, es ist nicht möglich, rechtlich durch Anzugsüberweisung irgendwo einen Superblock zu befehlen. Anzug ist prüfen und berichten und die Frage lautet, ob und wie man ein Superblock Test bewerkstelligen könnte im Wettsteinquartier. Das haben wir geprüft und wir haben berichtet und wir sehen davon ab. Damit ist der Anzug erfüllt. Sie können nicht mit einem Anzug Superblocks erzwingen, so funktioniert es nicht und dafür bitte ich um Verständnis.

Und dann möchte ich noch sagen zu dem Votum von Raffaella Hanauer, ich glaube, Sie haben uns eine etwas zu einseitige oder eine eindeutig zu einseitige Zielsetzung unterstellt. Sie haben aus Seite 5 unseres kurzen Berichts zitiert, wo wir schreiben, ich lese das noch einmal vor: Der Kanton prüft, wie Superblocks in Basel umgesetzt werden können. Dabei interessiert insbesondere: Wie die Bevölkerung die verkehrliche Situation (Durchfahrtsbeschränkung, Parkplatzaufhebung) annimmt. Und: Welche und wieviel Gestaltung es braucht, damit Bespielung gelingt bzw. sich die Quartierbewohnenden den zusätzlichen öffentlichen Strassenraum aneignen.

Also wir fragen, wie die Bevölkerung die verkehrliche Situation annimmt und ich kann dieser Fragestellung einfach nichts Tendenziöses entnehmen und schon gar nicht irgendwie einen negativ Twist oder so. Wir fragen das ganz offen und es ist selbstverständlich so, dass gewisse Personen, Einwohnerinnen und Einwohner das positiv finden werden, wenn keine Autos mehr vorbeifahren, und andere diese Möglichkeit eben vermissen werden und das wird man irgendwie ins Verhältnis zueinander setzen müssen. Das ist dann Teil der Analyse.

In diesem Sinne meinen wir, Sie können den Anzug jetzt abschreiben und die weitere Diskussion wird sich dann entlang dieser Pilotprojekte in den beiden Quartieren wahrscheinlich ergeben oder Sie entscheiden halt anders. Dann unterziehen wir uns dem, aber wir finden das grundsätzlich nicht mehr nötig, noch eine zweite Anzugsbeantwortung hier mit Stehenlassen zu erzwingen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 52 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002872, 08.02.24 11:10:29]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 52 Nein-Stimmen bei 42 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

35. Interpellation Nr. 140 Annina von Falkenstein betreffend Fehlleistungen der Staatskanzlei bei den National- und Ständeratswahlen, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 11:10:40, 23.5558.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Annina von Falkenstein (LDP): Die Antwort auf meine Interpellation vom November 2023 habe ich zur Kenntnis genommen. Dabei sind mir folgende Punkte besonders aufgefallen. Es wurden nicht alle Fragen beantwortet. Interpellationen dienen dem Zweck, Fragen der Grossratsmitglieder korrekt und vollständig zu beantworten. Wenn dies nicht machbar ist, wäre eine



Erklärung für das Ausbleiben einiger Antworten wünschenswert. So auch rund um die Fragen, die ich zu den Pannen bei den Wahlen im Oktober 2023 gestellt habe. Bei einigen Antworten bei den Fragen, die beantwortet wurden, wurde enorm minimalistisch ausgeführt. Ich hätte die Fragen wohl inquisitorischer formulieren müssen. Ich erachte es aber einer guten Zusammenarbeit zwischen dem Regierungsrat und dem Parlament würdig, wenn in dieser Form des Informationsaustauschs etwas offener und direkter kommuniziert werden könnte.

Der korrekte Ablauf ist im Interesse der Gesamtbevölkerung und entsprechende Offenheit und Transparenz rund um die Pannen, die bei den Wahlen erfolgt sind, wäre sehr wünschenswert. Sie würden auch durch die Offenheit und die Transparenz der weiteren Vertrauensbildung dienen. Der Staatskanzlei sind bei den Wahlen im Oktober 2023 ganz offenbar Fehler unterlaufen. Diese werden allerdings mit verklausulierten Formulierungen und einer grundsätzlich sehr defensiven Antworthaltung abgetan. So wird zum Beispiel auf eine bis dato unbekannte Ausgangslage im E-Voting hingewiesen, die für die Leserschaft der Interpellationsbeantwortung nicht weiter ausgeführt wird. Die ausgebliebene Kommunikation der letzten zeitlichen Verschiebung der Resultatbekanntgabe auf Twitter und der Kantonswebseite, wird mit einer cleveren Formulierung schöngeschrieben. Auf die Ursachen eingegangen wird bei beiden Beispielen nicht.

Ich hoffe, dass die Fehler rund um die Wahlen sowie die defensive Haltung der Staatskanzlei, die in dieser Interpellationsantwort demonstriert wird, im genannten Debriefing zwischen dem Regierungsrat und der Staatskanzlei detailliert geprüft werden. Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler, das ist mir klar. Der Korrekturprozess eines Fehlers kann aber erst dann eingeleitet werden, wenn Fehler eingesehen und analysiert werden. Beide Schritte vermisste ich in weitesten Teilen der vorliegenden Antwort.

Das öffentliche Vertrauen in die Durchführung von Wahlen und Abstimmung und deren korrekte Auszählung sind ein hohes Gut, das von allen involvierten Parteien gepflegt werden muss. Dies ist durch die vorliegende Interpellationsantwort meiner Meinung nach leider nicht der Fall. Aus all den genannten Gründen bin ich mit der Beantwortung der Interpellation nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

36. Interpellation Nr. 149 Beat K. Schaller betreffend einseitige Politpropaganda von staatlich finanzierten Institutionen, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 11:13:59, 23.5604.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant steht bereit, um zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Beat K. Schaller (SVP): Ich danke Ihnen für die Antwort auf meine Interpellation, welche mich aber nicht überzeugt. Es handelte sich bei diesem besagten Treffen im Quartierzentrum Iselin nicht um einen Informationsanlass zu den Stadtklima-Initiativen, sondern um eine einseitige Plattform für die Befürworter. Das sei Ihnen auch unbehalten, natürlich, demokratiepolitisch ist da überhaupt kein Problem damit, denn es gilt ja auch die Meinungsfreiheit. Diese Freiheit hat aber ihre Grenzen dort, wo sie von mit staatlichen Geldern finanzierten Institutionen zur Indoktrination der Öffentlichkeit missbraucht wird. Wären am besagten Anlass auch Gegner der Initiativen eingeladen gewesen, dann wäre der Vorwurf der politischen einseitigen Meinungsmache dahingefallen.

Die Organisatoren im Quartierzentrum utoen sich in der Einladung, indem sie schreiben, und ich zitiere hier jetzt aus der Webpage des Quartierzentrums: Wir hören einen Input von Tonja Zürcher vom Initiativkomitee und sehen einen Film von einem Landschaftsarchitekturbüro. Dieses explizite «wir» beim Hören und das explizite «wir» beim Sehen zeigt ganz klar und deutlich, dass sich die Organisatoren mit den Initiativen identifizieren und via euphemistisch genannten Informationsanlass ihre politische Meinung transportieren wollen.

Noch einmal, da ist demokratiepolitisch nichts dagegen einzuwenden. Schwierig und stossend ist es, wenn dies auf Kosten des Steuerzahlers geschieht. Das bestätigt ja auch der Regierungsrat. Er schreibt in seiner Antwort: «Aus Sicht des Regierungsrates sollte jedoch klar deklariert werden, wer die veranstaltende Organisation und demnach auch wer für den Inhalt der Veranstaltung verantwortlich ist. Der Newsletter-Text des Quartierzentrums Iselin war diesbezüglich missverständlich formuliert, sodass davon auszugehen war, dass das Quartierzentrum Iselin selber Veranstalter des Anlasses war». Nein, das war nicht missverständlich formuliert, das war sehr klar und deutlich formuliert, nicht irgendeine unklare Kommunikation. Das war ein klares Bekenntnis zur Absicht, die Öffentlichkeit einseitig zu beeinflussen.



Ich bin mit der Antwort nicht einverstanden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

37. Interpellation Nr. 157 Lorenz Amiet betreffend Bundesratswahlfeier und ihre Kosten für den Steuerzahler, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 11:18:06, 23.5625.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant steht bereit, um zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Lorenz Amiet (SVP): Ich versuche mich gleich kurz zu fassen, wie die Regierung in der Beantwortung meiner fünf Fragen. Sie hat neun Sätze gebraucht dafür. Und verstehen Sie mich nicht falsch, neun Sätze reichen für die Beantwortung meiner Interpellation. Umso mehr bin ich nach wie vor erstaunt darüber, dass man das nicht auch mündlich erledigen konnte.

Mit den Fragen 1 bis 4 bin ich zufrieden hinsichtlich der Beantwortung, bei der Frage 5, da ging es um die Zukunft, um die Lehren, die man für die Zukunft ziehen könnte, hingegen nicht. Wenn ich die Antwort lese, dann kommt mir Altbundesrat Maurer in den Sinn; keine Lust.

Entsprechend in der Summe ergibt sich daraus ein teilweise befriedigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

38. Interpellation Nr. 158 Beat Braun-Gallacchi betreffend Ausrichtung und Organisation der Ständerats- und Bundesratsfeierlichkeiten, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 11:19:19, 23.5653.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu begründen, ob er zufrieden ist.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Ich bin mit der Antwort zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

39. Anzug Claudia Baumgartner und Konsorten betreffend übermässige Vermehrung von Freigängerkatzen / Tierwohl für Streunerkatzen, Schreiben des RR

[08.02.24 11:20:00, 21.5630.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrat Lukas Engelberger hat das Wort.



RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Es ist unbestritten, dass das Kastrieren und Chippen von Katzen, die den Freigang geniessen, nicht nur aufgrund der Reproduktionskontrolle ratsam ist, sondern für die Tierhalterinnen und Tierhalter auch andere Vorteile mit sich bringt. Dies ist der überwiegenden Mehrheit der Katzenhalterinnen und -haltern auch bewusst. Hierzu verweist der Regierungsrat auch auf die zahlreich vorhandenen Informationskampagnen von Bund und Tierschutzorganisationen zum Thema. Ein Blick in die zentrale Tierdatenbank Anis zeigt, dass bereits jetzt über 75 Prozent der Hauskatzen im Kanton Basel-Stadt gechipt und registriert sind. Katzenhalterinnen und Katzenhalter, die ihre Tiere nicht kastrieren oder chippen lassen, sind aber nicht alle zwangsläufig verantwortungslos. So gilt zu bedenken, dass in einer Stadt auch viele Wohnungskatzen leben, die keinen direkten Zugang zur freien Natur geniessen und dadurch auch keine unmittelbare Notwendigkeit für eine Kastration oder für das Chippen gegeben ist.

Für den Regierungsrat stellt sich damit die Frage nach der Notwendigkeit und Verhältnismässigkeit einer gesetzlichen Regulierung, die letztlich wohl primär verwilderte und herrenlose Hauskatzen tangieren dürfte. Eine gesetzliche Regelung und Pflicht ginge zudem mit entsprechenden Kontrollmassnahmen bei den Katzenhaltenden einher, was mit einem erheblichen administrativen Zusatzaufwand verbunden wäre. Wir weisen darauf hin, dass sowohl der Bund als auch andere Kantone, wie etwa Zürich oder Bern, die Einführung einer Kastrationspflicht für Katzen unter anderem deshalb abgelehnt haben, weil eine entsprechende Regulierung unverhältnismässig sei, da sie die Situation der streunenden Katzen nicht unbedingt verbessere, dafür aber zu einem erheblichen administrativen Kontrollaufwand führen würde. Diese Beurteilung von Bund und anderen Kantonen zeigen auf, dass die Frage der Eignung und damit auch die Verhältnismässigkeit einer flächendeckenden Kastrationspflicht für Katzen schweizweit kontrovers beurteilt wird.

Der Regierungsrat ist insgesamt der Meinung, dass eine Kastrations- und Chip-Pflicht durchaus gewisse Vorteile bringen könnte. Aber mit Blick auf den Umstand, dass bereits jetzt 75 Prozent der Katzen eben gechipt sind, stellt sich für uns die Frage der Verhältnismässigkeit angesichts des grossen Kontrollaufwands. Im Übrigen geben wir zu bedenken, dass die Tierschutzgesetzgebung in der Kompetenz des Bundes liegt. Eigentlich müsste also Kastrations- und Chip-Pflicht auf Bundesebene geregelt werden und eine materielle Regelung auf kantonaler Ebene wäre deshalb aus Sicht des Regierungsrats nicht angezeigt.

Deshalb bitten wir, unseren Bericht zur Kenntnis zu nehmen und den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Hier hat sich Daniel Albietz für die Mitte/EVP eingetragen.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Vielleicht überrascht es Sie, dass ich mich zu Wort melde bei diesem Thema, aber zum einen mag ich Katzen, zum anderen meldet sich bei mir ein Reflex, wenn ein Problem mit neuen Vorschriften, mehr Bürokratie und neuen Pflichten gelöst werden soll, ohne dass es am Ende wirklich gelöst ist. Im Einklang mit meiner Fraktion unterstütze ich den Antrag der Regierung, den Anzug abzuschreiben. Wir haben es, wie angedeutet, einmal mehr mit einem Vorstoss zu tun, dem die Illusion zugrunde liegt, einem Problem mit mehr Vorschriften und Regulatorien beizukommen und damit die persönliche Freiheit unnötig zu beschneiden. Mit diesem Vorstoss wird gewissermassen mit Kanonen auf Katzen geschossen. Das kann man machen, aber wohl nicht mit durchschlagendem Erfolg.

In der Anzugsbeantwortung ist nachzulesen, dass bereits ein grosser Teil der Katzenhalter in unserem Kanton Verantwortung zeigt. Über 75 Prozent haben ihre Katzen freiwillig chippen lassen, was deutlich zeigt, dass viele sich der Problematik bewusst sind und verantwortungsvoll handeln. Auch ist ein Grossteil der Katzen kastriert beziehungsweise sterilisiert. Dass eine Überpopulation an Streuner Katzen ein Problem darstellen kann, wird nicht bestritten. Aber warum sollte man dennoch keine Kastrations- und Chip-Pflicht einführen? Die Antwort ist einfach, die Tierärzte und Tierärztinnen, wohl unbestrittene Experten in dieser Frage, empfehlen zwar die Kastration, aber auf freiwilliger Basis. Sie warnen vor den Problemen, die eine gesetzliche Pflicht mit sich bringen würde. Dazu gehören unter anderem der Stress für die Tiere beim Einfangen und der erhöhte Verwaltungsaufwand, der letztlich uns allen zur Last fallen würde.

Interessanterweise kommt dieser Vorstoss von der Grünliberalen Fraktion, was durchaus zu hinterfragen ist, denn das Anliegen ist meines Erachtens weder grün noch liberal. Seit wann steht Grün für eine zwanghafte Kontrolle der Natur und nicht für Naturnähe. Sterilisations- und Chip-Zwang, das klingt für mich alles andere als natürlich. Es scheint fast, als müsste der natürliche Lauf der Dinge in dieser Frage den eigenen Vorstellungen angepasst werden. Und weshalb ist das Anliegen nicht liberal? Liberalismus bedeutet, auf die Mündigkeit und Eigenverantwortung der Bevölkerung zu setzen, nicht auf ein Dickicht aus Ver- und Geboten. Der Anzug wie auch die Absicht, ihn entgegen dem Antrag der Regierung stehen zu lassen, widerspricht dem Grundsatz der persönlichen Freiheit. Es ist leicht widersprüchlich, im Parteiprogramm Freiheit und Eigenverantwortung zu predigen und hier nach Regulierung und Technokratie zu rufen. Warum sprechen wir der Bevölkerung das Verantwortungsbewusstsein ab und bevormunden sie mit unnötigen Gesetzen?



Lassen Sie mich bei diesem Punkt einen persönlichen Aspekt hinzufügen. Ich habe dazu zwei Bilder mitgebracht im Wissen, dass Katzenfotos und Videos überall in der Welt gut ankommen. Auf den Bildern sind zwei unserer vier Jungkatzen zu sehen, die wir vor rund zwei Jahren aufgezogen haben. Auf dem ersten Bild ist Charly und auf dem zweiten Bild, ich bitte um Einblendung, ist Chili zu sehen. Sie sehen, wir hatten selbst eine Katze mit vier Jungen zu Hause. Das Aufziehen junger Katzen ist eine wunderbare lehrreiche Erfahrung, nicht nur für Kinder. Eine Kastrationspflicht würde eine solche Erfahrung in die Illegalität verbannen. Wir hätten etwas Verbotenes getan, das heisst entweder wäre uns und unseren Kindern, falls es damals eine solche Pflicht gegeben hätte, eine wertvolle Erfahrung vorenthalten geblieben oder aber wir hätten uns über die Vorschrift hinwegsetzen müssen, was ich problematisch finde. Der Anzug und sein Anliegen sind in dieser Hinsicht eben unnötig bevormundend. Zumindest eine Ausnahmeregelung müsste im Falle, dass der Anzug stehen gelassen wird, vorgesehen werden, damit verantwortungsvolle Katzenhalterinnen und -halter ihren Kindern eine solche Erfahrung ermöglichen können, falls sie es denn wünschen.

Schliesslich macht eine baselstädtische Insellösung keinen Sinn. Basel ist umgeben von direkt an die Stadt gebauten Agglomerationsgemeinden des Kantons Basel-Landschaft, in dem eine entsprechende Regelung fehlt, meines Erachtens völlig zu Recht. Hinzu kommt, wie in der Anzugsbeantwortung dargelegt, die exponierte Grenzlage zu zwei Kantonen und zwei grossen europäischen Nationen. Wir sollten uns nicht die Illusion machen, dass wir das Problem der Streunerkatzen im kleinsten Kanton der Schweiz mit solchen Massnahmen lösen. Das war auch das wichtigste Argument in der Beantwortung. Eine Zuwanderung von verwilderten Katzen ist jederzeit möglich. Damit ist das Problem mit den vorgeschlagenen Vorschriften nicht lösbar. Ein weiterer Grund, auf eine entsprechende gesetzliche Regelung zu verzichten. Vielleicht müsste man die Katzen ausblenden, sie lenken nämlich ab.

Und das letzte Argument, ganz allgemein ist es aus meiner Sicht ein Unding, Anzüge stehen zu lassen, um ein Anliegen durchzusetzen. Wir hatten vorher das gleiche Beispiel bei den Superblocks. Ein Anzug, auch dieser, hat eine Auskunft der Regierung zum Ziel, die sind nun erteilt, diese Auskünfte. Der Anzug müsste abgeschrieben werden und es wäre an der Anzugsstellerin oder einem anderen Parlamentsmitglied, nun eine Motion einzureichen, falls eine gesetzliche Regelung getroffen werden soll und diese zur Diskussion zu stellen. Dann würde auch die rechtliche Zulässigkeit des Anliegens verbindlich geprüft. Insbesondere ist es meines Erachtens in vielen Fällen und auch hier nicht angebracht, umfassend beantwortete Anzüge stehen zu lassen.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Eine Basler Insellösung wäre unverhältnismässig, hätte angesichts der Kleinräumigkeit unseres Grenzkantons lediglich eine beschränkte Wirkung auf die Streunerpopulation und rechtfertigt keine derart einschränkenden und mutmasslich auch bundesrechtswidrigen Vorschriften und illegal möchte ich nicht sein, wenn meine Kinder und wir zusammen kleine Katzen aufziehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Daniel Albietz, es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Welche Erfahrung würde Ihren Kindern genommen, wenn jetzt dieses Reglement kommen würde? Das habe ich nicht verstanden.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Das erkläre ich gerne nochmal. Wir hatten eine Jungkatze, die nicht kastriert oder sterilisiert war. Wir hätten sie mit diesem Gesetz sterilisieren müssen und sie hätte keine Jungen haben können. Das ist das Problem.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Sprecherin ist Christine Keller als Fraktionssprecherin der SP.

Christine Keller (SP): Ich habe nicht nur einen Hund, ich habe auch Katzen und ich liebe Katzen sehr. Und nein, Daniel Albietz, es wäre ja nicht so, dass das illegal wäre, die Schwängerung Ihrer Katze, weil der Vorstoss sich nur auf Freigänger bezieht. Sofern Sie eine Wohnungskatze haben und diese weiter züchten wollen, wäre Ihnen das weiterhin erlaubt. Und dann vielleicht noch etwas, was Sie am Schluss gesagt haben, der Anzug, da möchte ich schon daran festhalten, dass der Anzug nicht einfach eine Frage stellt, sondern eine Forderung in den Raum stellt und wenn einem die Begründung, warum diese Forderung nach Prüfung nicht erfüllt werden soll, wenn einem diese nicht einleuchtet und man damit nicht zufrieden ist, dann haben wir das Recht, diesen Vorstoss eben ein zweites Mal stehen zu lassen oder ein erstes Mal in diesem Fall.

Nun aber zu den Katzen. Ich bin wirklich auch nicht nur Hunde-, sondern Katzen- und überhaupt Tierfreundin. Ich hatte im Ausland schon die Gelegenheit, auf meiner Lieblingsinsel Kreta, die auch per Schiff und Zug zu erreichen ist, Katzen rettet zu dürfen mit Hilfe von lokalen Tierschutzorganisationen. Die betreffende Katze lebt nun, so hoffe ich, glücklich in Hamburg, nachdem wir sie eingefangen haben. Aber die Hauptarbeit jeglicher Tierschutzorganisation im Ausland wie im Inland ist



immer die Kastration dieser insbesondere streunenden Katzen. Das ist zentral natürlich. Eine wirksamere Massnahme, um das Streunereleid zu dämmen, als die Kastration gibt es nicht. Und dabei geht es nicht nur um die Kätzinnen, die da wild leben, diese zu kastrieren, sondern es geht eben auch darum, wildlaufende Kater, die dann diese Kätzinnen wieder schwängern, zu kastrieren.

Es gibt auch in Basel wirklich Katzenleid. Es gibt in der Schweiz Katzenleid. Ich dachte auch lange, das sei eher ein Problem der südlichen Länder, das stimmt nicht. Und wie man da die Verhältnismässigkeit anzweifeln kann, wenn es wirklich die wirksamste Massnahme ist, um dieses Katzenleid zu bekämpfen, das verstehe ich nicht. Und der Bund sagt immerhin auch, zumutbare Massnahmen seien zu ergreifen und uns scheint dies wirklich zumutbar, als dass diese freilaufende, immer freilaufende, wer zu Hause zwei Zuchtkatzen halten will, darf das, aber freilaufende Katzen und Kater insbesondere eben nicht zur Weitervermehrung beitragen sollen.

Eingriff in die persönlichen Rechte, zusätzliche Pflicht, ja, das haben wir Hundehaltenden ja auch oder es wird auf uns zukommen jetzt mit dem neuen Kurs, den ich persönlich ausdrücklich befürworte. Ich finde das eben aus tierschützerischer Sicht wertvoll. Auch da geht man über den Bund hinaus und das ist auch richtig so. Auch die Katzenhalter sollen Verantwortung übernehmen und dass es 75 Prozent von ihnen tun, ist ja erfreulich, was die Bechippung anbelangt, wenn das stimmt, aber das heisst, dass immer noch 25 Prozent der Katzen eben auch nicht gechippt sind. Und eine Vorschrift in diesem Sinne würde sicher keine unverhältnismässige Massnahme darstellen.

Im Interesse wirklich grosses Tierleid zu vermeiden, unterstützen wir sehr den Anzug von Claudia Baumgartner und bitten, den stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von David Jenny annehmen? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Wenn Mani Matter in Basel nach Ihren und Frau Baumgartners Vorstellungen leben würde, dürfte er dann noch formulieren im Ferdinand, und ich bin nicht Berner, Frau Mathys: «So het är ou am gröschtä Nachwuchs s'läbä gschänkt, das duät eym albä tröschtä wo as sis schtärbä dänkt». Können Sie das bitte spontan umdichten auf die Stadt Ihrer Vorstellung?

Christine Keller (SP): Also ich sage nur: «Geng d'liäbi het ne tribä nie z'Müs u Vögel fa, är isch mis Vorbild blibä de Chatzä ma». Aber zu Mani Matters Zeiten war wahrscheinlich das Streunereleid noch nicht so ausgeprägt wie heute. Sein Ferdinand hat daher wohl nicht so zum Tierleid beigetragen, wie es heute viele freilaufende Kater tun. Also eine Umdichtung, da bin ich jetzt spontan überfordert, aber heute Abend bring ich es.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum nächsten Fraktionssprecher. Das ist Béla Bartha für das GAB.

Béla Bartha (GAB): Mein Votum hier wird wohl nicht ganz vielleicht im Sinne sein von Claudia Baumgartner und auch von Christine Keller, aber trotzdem geht es in die gleiche Richtung oder hat den gleichen Zweck. Wir vom GAB wollen auch beliebt machen, dass man diesen Anzug noch stehen lässt.

Bevor wir uns also hier vollends in die Bilder von süssen Katzen verlieben, möchte ich doch einige Zahlen vorweg hier bringen. In der Schweiz schätzt man, dass etwa 1,7 Millionen Katzen leben und davon sind 1,4 Millionen Freigänger, also solche Katzen, die einfach in der Natur sich bewegen jeden Tag, Türe auf, Katzen raus, Türe zu. In Basel, so habe ich die Zahlen bekommen von Frau Baumgartner, sind es etwa geschätzt zehntausend Katzen, die wir auf dem Kantonsgebiet in der Freiheit laufen lassen.

Ich bin Ökologe und Biodiversitätsfreund und wenn ich das jetzt hier so höre, dann muss ich sagen, ups, das ist aus ökologischer und Biodiversitätssicht eine kleine Katastrophe. Man schätzt ja etwa, dass diese 1,7 oder 1,4 Millionen Katzen so in etwa 30 Millionen Vögel pro Jahr wegputzen und auf dem Raum von Basel wären das dann doch etwa über 30'000 getötete Vögel jedes Jahr. Ganz zu schweigen von dem, was dann an Blindschleichen und Eidechsen von diesen süssen Rackern das Zeitliche segnen müssen.

Und noch eine kleine Zahl, die vielleicht überrascht. Wenn wir uns jetzt hier in der freien Wildbahn bewegen würden und zum Beispiel die europäische Wildkatze hier suchen würden auf dem Gebiet von Basel-Stadt, dann würden wir bestenfalls vier bis sechs solche Wildkatzen finden, die ihr Jagdrevier auf diesen 3'600 Hektaren ausdehnen. Also alles Zahlen, die mich eher dazu bringen, einige Sympathie für diesen Vorstoss oder diesen Anzug von Frau Baumgartner, aber vielleicht aus anderer Sicht, entgegenzubringen.



Aber bevor ich da völlig bei allen Katzenliebhaber*innen total untendurch bin, möchte ich doch ganz klar sagen, dass ich auch anerkenne, dass Katzen natürlich emotional für viele Menschen einen ganz wichtigen Faktor bieten und schlussendlich die Römer, die Katzen auch in Europa eingeführt haben, weil sie sich erhofft haben, der Mäuse- und Rattenplage Herr zu werden, und deshalb haben die Katzen sicher ihren Platz in der Stadt verdient.

Und dennoch, wenn man sich diese vorher von mir erwähnten Zahlen vergegenwärtigt, da muss ich sagen, finde ich es dann doch schon ein bisschen stossend, wenn die Regierung zu dem überhaupt keine Reaktion zeigen will, also eigentlich sagt, ja, wir tun doch am liebsten gar nichts und versuchen auch gar nicht erst, den Leuten wirklich ihrer Verantwortung bewusst zu machen, dass sie wirklich auf ihre Katzen Sorge geben und auch vielleicht einmal die Katzen zu einem gewissen Zeitpunkt im Jahr, wenn nämlich die Vögel, die Jungvögel ausfliegen, vielleicht doch mal zu Hause festzuhalten. Das ist alles freiwillig und wird nicht kontrolliert, aber schon das würde eine grosse Wirkung haben. Deshalb finde ich es sehr, sehr wichtig, dass die Regierung sehr wohl etwas unternimmt und die Bevölkerung, die Katzenhalter*innen immer wieder darauf aufmerksam macht, dass ihre Katzen nichts anderes sind als ziemlich sehr effiziente Räuber, die auch wirklich einen Schaden der Umwelt zufügen können.

Also für mich geht diese Antwort der Regierung, lieber nichts tun, weil es auch noch Bundessache ist, das verstehe ich auch nicht ganz, weil sehr viele biodiversität-schützerischen Massnahmen nicht von Bundes-, sondern dann auf Gemeindeebene und auf lokaler Ebene durchgeführt werden sollen und hier sehr wohl die Möglichkeit besteht, auch auf kantonaler Ebene etwas zu machen. Und nicht zuletzt ist das sicher ein gutes Werkzeug oder ein gutes Resultat für die Katzenbesitzer*innen selbst, nämlich wenn diese Bedrohung der Vielfalt der Biodiversität durch die Katzen sich nicht verbessert, gibt es vielleicht sogar eher Verschärfungen in Zukunft für das frei laufen lassen von eben solchen Katzen.

All das bringt das GAB dazu zu sagen, man kann hier sicher mehr tun und würde Sie bitten, diesen Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Claudia Baumgartner für die GLP.

Claudia Baumgartner (GLP): Danke für die spannende Debatte bis jetzt. Ich möchte nicht nochmal alles wiederholen, ich bin schon mal froh, dass eigentlich sich alle einig sind, dass wir ein Problem haben und dass Kastration das Problem wirklich versucht einzudämmen. Es kam jetzt mehrmals, wieso machte man nicht eine Motion. Das war damals mein erster Vorstoss, als ich ganz neu im Grossen Rat war, ich habe mich da nicht getraut, schon mit einer Motion reinzuhauen. Aber ich denke schon, der Anzug hat gewisse Forderungen gestellt und von daher finde ich, kann man ihn auch stehen lassen, wenn man der Meinung ist, dass er noch nicht erfüllt wurde.

Worum geht es hier. Es geht hier für einmal nicht um unsere herzigen Büsis. Ich bin auch eine Katzenliebhaberin, ich habe zu Hause gechippte, kastrierte Kater. Ich kenne die Problematik, ich finde es toll mit jungen Büsis natürlich, es geht hier wirklich um Freigänger. Es geht nicht um das Wohl primär der Freigänger, ich nehme an, alle Katzenhaltenden haben Verantwortungsgefühl für ihre Katzen und versuchen das Beste zu erreichen, sondern es geht eben um diese Streunerpopulationen. Das sind Katzen, die nicht gehalten werden, die irgendwo in Industriearealen, Freizeitgärten, ich habe da durchaus Feldforschung betrieben im 2021, um diesen Anzug da vorzubereiten. Ich habe mich mit Tierschutzorganisationen ausgetauscht und es ist wirklich so, dass diese Streuner, das ist kein Katzenparadies, die sterben vor sich hin, die haben Revierkämpfe, die sind krank, die werden wirklich im Moment von Tierschutzorganisationen, also von Organisationen, die privat finanziert werden, Spenden erhalten, die machen diese grosse Arbeit, dieses Fass ohne Boden versuchen sie irgendwie zu schliessen und es geht einfach nicht, ohne dass wir die Privathaltenden hier auch zu ihrer Verantwortung ziehen. Also es geht eigentlich darum, dass wir die Streunerpopulationen nur eindämmen können, wenn gleichzeitig Privathaltende von Freigängerkatzen uns unterstützen, indem ihre Tiere kastriert werden.

Von daher vielleicht nochmals, was will der Anzug oder wieso finde ich, dass die Regierung hier einen falschen Fokus setzt auf den Aufwand des Kantons. Es geht hier eigentlich um das Verursacherprinzip von Privathaltenden von Freigängerkatzen. Wir haben eine nationale Tierschutzgesetzgebung, die sagt, dass Tierhaltende alle zumutbaren Massnahmen treffen müssen, um übermässige Vermehrung der Tiere zu verhindern. Und wir haben auch Bestimmungen auf nationaler Ebene, die sagen, dass die Kantone für den Vollzug natürlich verantwortlich sind. Das ist ja ein System, das wir politisch gut kennen, dass die Umsetzung bei den Kantonen liegt und sie dazu verpflichtet sind und allenfalls sogar noch selber Bestimmungen erlassen können. Es geht eigentlich nur darum, dass der Kanton jetzt etwas erlässt, um dieses Tierwohl, dass wir als öffentliches Gut, das wir da haben, im Interesse des öffentlichen Guts jetzt etwas zu erlassen.

Also was fordert der Anzug. Er wollte prüfen und berichten und falls es effektiv ist, was ja auch der Regierungsrat bejaht hat, um dieses Problem zu lösen, dass wir eine Kastrationspflicht für Freigängerkatzen einführen. Empfehlung, natürlich macht es Sinn, wenn wir auch noch eine Chip-Pflicht nehmen, aber das nützt ja jetzt nichts, um irgendwie etwas einzudämmen, aber sehr wohl, wenn es darum geht, was machen wir mit Katzen, die wir auffinden, die nicht gechippt sind, wo wir nicht wissen, wem sie gehören. Das ist ein mühsamer Aufwand, weil da muss man zwei Monate lang abwarten, bis man allenfalls einen Besitzer findet, bevor man in Tierheimen dann diese Tiere weitervermitteln kann. Und das macht das Ganze eigentlich teuer,



nebst den Tierarztkosten natürlich, aber das sind alles Kosten, die im Moment von privaten Organisationen gespendet werden. Und eigentlich ist das doch etwas, das dorthin gehört, wo es verursacht oder mitverursacht wird und das sind natürlich die Privathaltenden.

Vielleicht jetzt auch noch zur Kastrationspflicht, wie kann man das umsetzen. Ich fordere nicht, dass der Kanton oder irgendwie Tierarztpraxen hier eine Kontrollpflicht haben bei dieser Kastrationspflicht, sondern man kann es doch einfach machen, indem man sagt, okay, die Leute, die überhaupt zum Tierarzt gehen mit ihren Büsis, das sind ja vielleicht auch nicht immer alle, die werden darauf hingewiesen vom Tierarzt, Sie, wenn Sie Ihre Katze frei halten möchten, dann müssen Sie sie kastrieren. Punkt. Aus. Der Tierbesitzer wird das quittieren müssen und damit ist alles erledigt. Weder der Kanton noch die Tierarztpraxen müssen sich da irgendwie weiter damit dann beschäftigen. Und man kann natürlich auch sagen, wir machen hier eine Busse und da muss man nicht kontrollieren, das ist wie im Strassenverkehrsrecht. Wir machen da auch nicht bei jedem Rotlicht, wo jemand darüberfährt, irgendwie ein grosses Zeug, wenn wir es nicht kontrollieren können. Trotzdem helfen solche Massnahmen natürlich.

Vielleicht jetzt noch zu dieser Chip-Pflicht und zu diesen Zahlen, die da operiert werden auch vom Regierungsrat. In seiner Antwort sagt er, es gibt etwa 30'000 Katzen in baselstädtischen Haushalten. Einen Abschnitt später spricht er dann realistischerweise plötzlich nur noch von rund 12'000 Katzen. Ich denke, das ist ja schon mathematisch nicht möglich, das wären ja zwei Fünftel Katzen pro Haushalt. Und wenn man dann realistischerweise zudem eher davon ausgeht, dass in einem Haushalt zwei Katzen sind, dann sind es vielleicht sogar schon 60'000 gehaltene Katzen und dann sind diese 9'000 registrierten Katzen in dieser Datenbank Anis eben nicht 75 Prozent der gehaltenen Katzen. Es gibt dann auch noch Karteileichen, die da drin herumschwimmen, und viele Zucht- und Rassekatzen, die primär registriert sind. Wenn wir also die Rechnung realistischerweise fortführen, sind wir dann etwa bei 10 bis 15 Prozent der registrierten Stubentiger. Und nochmals, registriert heisst bei weitem nicht kastriert und darum geht es ja natürlich eigentlich.

Von daher verstehe ich nicht ganz, das sind alles Geschichten, die man vor zwei Jahren, als dieser Anzug überwiesen wurde, ja schon kannte. Es gibt keine neuen Ereignisse dazu und ich finde, man hätte zum Beispiel die Zeit jetzt auch mal nutzen können und irgendwie bei der Gesundheitsdirektorenkonferenz mal das Thema aufbringen können, weil es wirklich ein Anliegen ist, das 150 Tierschutzorganisation in der Schweiz unterstützen. Wir haben es gehört, es ist ein weltweites Problem und wir können doch jetzt nicht einfach immer von Verhältnismässigkeit sprechen, die den Kanton hier überhaupt nicht trifft, so wie ich es eigentlich formuliert und gewollt habe, sondern es geht darum, dass wir private Leute in unsere Pflicht nehmen. Es ist wie überall, wo wir uns als Menschen bewegen, wir breiten uns aus, es wird überall plötzlich ein bisschen viel und dann muss man doch irgendwo schauen, wie kann man jetzt eine Regulierung, eine faire Regulierung treffen. Und vielleicht dazu noch ein Sprichwort unbekannter Herkunft: Ein einzelnes Tier zu retten verändert nicht die Welt, aber die ganze Welt verändert sich für dieses eine Tier.

Also bitte helfen Sie mir hier, dass wir das nochmals miteinander anschauen und ich denke wirklich, dass es hier auch rechtlich darum geht, dass die nationale Gesetzgebung, Bundeskompetenz jetzt vom Kanton einfach umgesetzt wird. Von daher danke ich Ihnen vielmals fürs Stehenlassen dieses Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Ich weiss nicht, ob ich mir mit dem einen Gefallen mache. Unser Hund, der Jack, selig, die einen oder anderen, die ihn kennen, wir haben darauf verzichtet, ihn zu kastrieren. Schlussendlich auch auf Anleitung des Hausarztes, weil die Lebendigkeit schlussendlich von diesem Tier eingeschränkt worden wäre. Das heisst, ich weiss, Sie lachen jetzt alle und ich bin ja kein Wissenschaftler, aber wir haben jetzt alle nur von den Tieren gesprochen und ich glaube, es geht ja schlussendlich auch ein bisschen darum, dass sich die Tiere am Schluss wohl fühlen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Ich möchte auch noch etwas sagen. Erstens zu David Jenny, ob er gewusst hat, dass der Ferdinand von Mani Matter am Ende seines Lebens mit einem Nachttopf erschlagen wurde und ob vielleicht der Gang zum Tierarzt nicht die bessere Option gewesen wäre.

Das einerseits und dann, was ich aber ernsthaft meine, ist, es wurde jetzt mehrfach gesagt, schon beim Geschäft davor, dass man doch jetzt das abschreiben und eine Motion einreichen soll und mich stört das ein bisschen. Ich finde eigentlich, dass man doch einen Anzug ein zweites Mal stehen lassen kann. Da ist eine Forderung drin und der Regierungsrat kann die Forderung aufnehmen und ich finde es nicht sinnvoll, wenn man das jetzt abschreibt und mit einer Motion nachdoppelt. Das mag juristisch vielleicht Sinn machen oder richtig sein, aber ich finde es trotzdem falsch. Das wollte ich noch bemerken.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Möchte der Regierungsrat in der zweiten Runde das Wort? Er verzichtet. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 72 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002878, 08.02.24 11:53:34]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 72 Nein-Stimmen gegen 16 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Schluss der 3. Sitzung

11:53 Uhr



Protokoll

der 4. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Donnerstag, den 8. Februar 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: Patrick Fischer (SVP), Leonie Bolz (SP), Beda Baumgartner (SP).

Verhandlungsgegenstände:

40.	Motion Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Selbstbestimmtes Leben zu Hause – in Zukunft mit zeitgemässen und bedarfsgerechten Leistungen!, Stellungnahme des RR	3
41.	Motion der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Kenntnissgabe der Eignerstrategien der öffentlich-rechtlichen Spitäler an den Grossen Rat, Stellungnahme des RR.....	6
42.	Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend postpartale Depression, Schreiben des RR	7
43.	Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat, Stellungnahme des RR.....	7
44.	Interpellation Nr. 137 Christian C. Moesch betreffend Darlehen des Kantons sowie Gesamtfinanzierung zur baulichen Entwicklung des Universitätsspitals Basel (Campus Gesundheit), Schriftliche Beantwortung	13
45.	Interpellation Nr. 153 Eric Weber betreffend warum hat unser Kanton die Studie der Lebenserwartung (in der Basel auf Platz 1 in ganz Europa liegt) verschlafen?, Schriftliche Beantwortung.....	13
46.	Interpellation Nr. 160 Christine Keller betreffend traurige Todesfälle im Zoo Basel im Jahr 2023, Schriftliche Beantwortung.....	14
47.	Anzug Michael Hug und Tobias Christ betreffend freiwillige Abgabe auf Flugtickets und CO2-Reduktionen am EAP fördern, Schreiben des RR.....	15
48.	Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Anpassung der Zielsetzungen des Energiegesetzes an das Pariser Klimaabkommen, Bericht des RR	15
48.1.	Motion Danielle Kaufmann und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Pariser Klimaabkommen einhalten, Bericht des RR.....	16
49.	Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend digitalisierte und unbediente Einkaufsläden möglich machen, Stellungnahme des RR.....	16
50.	Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Neukonzipierung IWB-Dach Binningerstrasse neben Pruntrutermatte, Schreiben des RR	17
51.	Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten für eine mehrstufigen Trinkwasseraufbereitungsanlage nach dem Vorbild der Gemeinde Muttenz für das gesamte Basler Trinkwasser, Schreiben des RR.....	17
52.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Senkung des Energieverbrauchs durch intelligente Heizsysteme, Schreiben des RR.....	20
53.	Interpellation Nr. 139 Andrea Strahm betreffend Erschliessung von Grossbasel mit Fernwärme bis zur Kantons- resp. Landesgrenze, Schriftliche Beantwortung	20
54.	Interpellation Nr. 151 Fina Girard betreffend Unterbringung von Jugendlichen im Gefängnis durch die KESB, Schriftliche Beantwortung	21
55.	Anzug der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Schaffung von «Sozialen Anstellungen» innerhalb der kantonalen Verwaltung und kantonsnahen Betrieben bei erfolgreicher Integration, Schreiben des RR, Schreiben des RR	22
56.	Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend neues Steuerrechnungsmodell, statt Steuerinkasso auf die Unternehmen abwälzen, Stellungnahme des RR	22



57.	Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Zwischennutzung Musical Theater ab 2025 jetzt in Angriff nehmen, Stellungnahme des RR	25
58.	Anzug Remo Gallacchi und Konsorten betreffend ein System und eine Plattform für den ganzen Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	25
59.	Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend ein digitales Forum für Basel, Schreiben des RR	25
60.	Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes, Stellungnahme des RR	27
61.	Anzug der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Analyse zu den aktuellen Steuerabzügen im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	30
62.	Interpellation Nr. 166 Christoph Hochuli betreffend Zweifel an der Gemeinnützigkeit der Syngenta-Stiftung, Schriftliche Beantwortung	31
63.	Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Prävention Verkehrssicherheit für Velofahrer:innen, Schreiben des RR	32
64.	Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverkehrssicherheit, Schreiben des RR	32
65.	Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend kein Einsatz von biometrischen Erkennungssystemen in Basel-Stadt, Schreiben des RR	34
66.	Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb beim gewerblichen Personentransport, Stellungnahme des RR	36
67.	Interpellation Nr. 159 Eric Weber betreffend Notruf, Schriftliche Beantwortung	39



Beginn der 4. Sitzung

Donnerstag, 8. Februar 2024, 15:00 Uhr

40. Motion Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Selbstbestimmtes Leben zu Hause – in Zukunft mit zeitgemässen und bedarfsgerechten Leistungen!, Stellungnahme des RR

[08.02.24 15:00:35, 23.5346.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Regierungsrat Lukas Engelberger hat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Motion spricht einen zweifellos sehr wichtigen Themenkreis an. Es geht um die integrierte Versorgung und um eine kohärente Finanzierung der integrierten Versorgung. Der Regierungsrat teilt die Ansicht der Motionärinnen und Motionäre, dass stets eine menschenzentrierte und gleichzeitig kosteneffiziente Versorgung anzustreben ist.

Eine umfassende Regelung der Pflege- und Betreuungsfinanzierung auf kantonaler Stufe ist indessen ein sehr komplexes Vorhaben und wäre mit sehr hohen zusätzlichen Kosten dann möglicherweise auch verbunden. Zudem bräuchte eine solche kantonale Finanzierungslösung auch eine gewisse Verankerung in der nationalen Gesetzgebung. Der Bund ist derzeit daran, das entsprechende Bundesgesetz zu überarbeiten, es geht um die ELG-Revision, so dass in Zukunft gewisse Betreuungsleistungen möglicherweise finanziert werden. Dies wäre ein grosser Schritt. Der Regierungsrat hat sich im Rahmen der Vernehmlassung des Bundes zur ELG-Revision geäussert dazu und sieht die geplanten Anpassungen mit gewissen Vorbehalten grundsätzlich positiv. Die Schlüsse, die der Bund aus der Vernehmlassung zieht, könnten auch für uns dann wegweisend sein.

Wie Sie wissen, verfolgt der Regierungsrat für den Kanton Basel-Stadt bei der Betreuungsfinanzierung schon lange das Prinzip der gezielten Unterstützung. Wenn wir sehen, dass es Versorgungslücken gibt, werden entsprechende Angebote geschaffen und auch Leistungsansprüche definiert. Die vorhandene Gesetzgebung reicht dafür aus. Ich verweise beispielsweise auf § 9 des Gesundheitsgesetzes und auf § 3 des Staatsbeitragsgesetzes. Der Kanton unterstützt und finanziert so bereits heute viele Betreuungsleistungen.

Kurz zusammengefasst möchte ich zwei Punkte festhalten. Erstens, der Kanton Basel-Stadt tut mit Blick auf die in der Motion genannten Versorgungsziele schon vieles, viel mehr als andere Kantone. Das schweizerische Gesundheitsobservatorium (Obsan) hat im Jahr 2022 in einem Bericht zur Langzeitpflege denn auch festgehalten, dass der Kanton Basel-Stadt von den Deutschschweizer Kantonen derjenige ist, der ambulant vor stationär bisher am weitestgehenden umgesetzt hat.

Zweitens, bezüglich der Finanzierung von Betreuungsleistungen tut sich etwas auf Bundesebene. Der Regierungsrat sieht das grundsätzlich positiv und erwartet die Ergebnisse der Vernehmlassung zur ELG-Revision mit Interesse. Diese sollten im Verlauf des Jahres vorliegen und können dann durchaus auch sehr namhafte Auswirkungen auf die Kantone haben. Diese möchten wir indessen nicht vorgeifen.

Aufgrund meiner Ausführungen bitte ich Sie, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Motion Georg Mattmüller und Konsorten betreffend «Selbstbestimmtes Leben zu Hause» als Anzug zu überweisen. Somit kann der Regierungsrat Ihnen wieder berichten, wenn klar ist, wie die ELG-Reform auf Bundesebene aussehen wird und welche Auswirkungen sie hat. Denn davon ist stark abhängig, ob und inwiefern dann gesetzgeberischer Handlungsbedarf auf kantonaler Ebene bestehen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Als erster hat sich Thomas Widmer-Huber für die Fraktion Mitte/EVP eingetragen.



Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Die vorliegende Motion habe ich unterzeichnet, weil mir die Stossrichtung wichtig ist. Das selbstbestimmte Leben zu Hause ist auch für uns von der Fraktion Mitte/EVP ein grosses Anliegen. Gerade auch, wie in der Motion erwähnt, bei Alter und Behinderung wie auch bei Unfall und Krankheit, da stellen sich Herausforderungen und wo es natürlich wichtig ist, Lösungen zu finden oder entsprechende Leistungen auch von staatlicher Seite anzubieten.

Der Regierungsrat hat eine Auslegeordnung gemacht und beschrieben, welche Angebote es in unserem Kanton bereits gibt, welche Leistungen bei Bedarf beansprucht werden können. Der Regierungsrat schreibt dann, dass sich auch auf nationaler Ebene mehrere Vorstösse mit der Thematik auseinandersetzen, wir haben es jetzt gerade auch vorher von Regierungsrat Lukas Engelberger nochmals gehört, und er hält fest, dass die gesetzlichen Regelungen der Betreuung auf Bundesebene grosse Auswirkungen auf die kantonale Politik haben können. Das liegt auf der Hand. Und wenn entschieden ist, wie die gesetzlichen Regelungen auf nationaler Ebene aussehen, macht es für uns Sinn zu analysieren, wo es in unserem Kanton eben noch Ergänzungsbedarf gibt. Und da bin ich gerne bereit zu überlegen und zu diskutieren, welche ergänzenden Angebote es in Basel-Stadt noch braucht.

Deshalb unterstützen wir von der Mitte/EVP den Vorschlag, den Vorstoss dem Regierungsrat als Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP hat das Wort Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Mit der Motion «Selbstbestimmtes Leben zu Hause» soll das Problem adressiert werden, dass in absehbarer Zukunft je länger je mehr Menschen im Alter, aber auch schon früher aufgrund von Einschränkungen und Behinderungen zu Hause auf Unterstützung, Hilfe, Betreuung, Pflege usw. angewiesen sind. Dieser Umstand entsteht einerseits durch mehr Selbstbestimmung von behinderten und betagten Menschen, so dass diese nicht in einer Institution betreut beziehungsweise gepflegt werden müssen. Andererseits ist dem Prinzip ambulant vor stationär auch aufgrund der demografischen Entwicklung zu folgen.

Gemäss einer Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz sind in den kommenden zwei Jahrzehnten schweizweit rund 700 neue Alters- und Pflegeheime notwendig. Gemessen am Bevölkerungsanteil des Kantons bedeutet dies auch für Basel-Stadt ein Mehrbedarf von gut 20 Institutionen. Da nach der Bedarfsspitze aufgrund der Boomer-Generation ein Teil dieser Institutionen vermutlich bereits wieder nicht gebraucht werden, ist es fraglich, wie stark der Kanton in stationäre Einrichtungen investieren soll. Ebenso ist fraglich, ob für die zusätzlich stationären Einrichtungen überhaupt Pflegepersonal zur Verfügung stehen wird.

Das System der Grundversorgung des Kantons baut auf stationäre Spitalversorgung auf und knüpft Pflege- und Betreuungsleistungen in stationären Einrichtungen an. In dieser Logik werden ambulante Leistungen als spitalexterne Leistungen bezeichnet. Diese Bezeichnung zeigt auf, dass Pflege- und Betreuungsleistung vom stationären Spitalkontext her gedacht und auch gesetzlich geregelt sind.

Um den Anforderungen der nächsten Jahrzehnte gerecht zu werden, ist die ambulante Pflege und Betreuung sowie der Bereich der ambulanten Assistenzleistungen im Sinne einer integrierten Versorgung konzeptuell anzugehen. Dabei geht es etwa um Leistungen der allgemeinen Spitex im Bereich der Hauswirtschaft/Grundpflege sowie fachspezifische Spitex-Leistungen, aber auch um Care-Arbeit von Angehörigen, Leistungen im Rahmen der Nachbarschaftshilfe oder um aufsuchende Leistungen in der spitalexternen Nachversorgung oder aber aufsuchende Beratung. Hinzu kommen klassische Assistenzleistungen zur Lebensgestaltung von Menschen mit Behinderung.

Die Leistungserbringenden wie deren Organisationen müssen im Rahmen einer integrierten Versorgungsplanung koordiniert unterbracht werden. Die Regierung ist in der Motionsbeantwortung der Meinung, dass es dafür keine eigenständige Rechtsgrundlage braucht. Wird integrierte Versorgung aber konzeptuell verstanden und geplant, ist es wichtig, dass diese auch neuen Leistungen, wie etwa betreuende Leistung, eben nicht durch das Gesundheitsgesetz abgebildet werden müssen und daher eine eigenständige rechtliche Grundlage brauchen. Es ist davon auszugehen, dass wenn der Bund die Betreuungsfrage regelt im ELG, wie es schon angesprochen wurde durch Regierungsrat Lukas Engelberger, dass die jetzigen gesetzlichen Rechtsgrundlagen des Gesundheitsgesetzes nicht ausreichend werden. Entscheidend ist aber in jedem Fall, dass eine konzeptuelle Planung im Sinne einer integrierten Versorgung durch ambulante Leistungen erfolgt.

Dies ist Zweck und Auftrag dieser Motion, verhindern wir im Sinne des Steuerfrankens unnötige Pflegeheime und stärken den ambulanten Bereich. Ich bitte Sie daher im Namen der Fraktion der SP, die Motion als Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GAB hat das Wort Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Wie die SP wird auch das GAB an der Weiterbehandlung als Motion festhalten. Georg Mattmüller hat die wesentlichen Fragen, aber auch Gründen und den Bedarf bereits dargelegt. Der Regierungsrat hat in seiner



Beantwortung der Motion auch detailliert dargestellt, was alles in den verschiedenen Bereichen in der Altersarbeit und der Alterspolitik bereits umgesetzt wird und was auch weiter geplant ist und welche Vorstösse zu dieser Thematik alle eingereicht wurden beziehungsweise noch in Behandlung sind. Es kann dabei durchaus den Eindruck entstehen, dass eine Überweisung als Anzug ausreichend ist.

Nur bei den bisherigen Antworten, auch zu allen vorherigen Vorstössen in diesen Bereichen, kommen immer wieder zwei übergeordnete Antworten der Regierung zum Ausdruck. Nämlich erstens, die Begriffsklärung im Bereich Betreuung im Alter oder bei Menschen mit einer Behinderung ist weiterhin diffus beziehungsweise nicht klar geregelt, also was gehört dazu, was nicht, was versteht man darunter, was wird wie abgegolten, und zweitens, es wird auf die Regelungen auf Bundesebene verwiesen, welche in Bearbeitung sind. Nun haben wir gehört, da sollte jetzt etwas gehen. Da hoffen wir, dass das vielleicht in diesem Jahr tatsächlich dann vielleicht auch passiert, aber Basel hat immer mal wieder auch eine Gesetzesvorlage vor dem Bund etabliert. Das heisst, das muss kein Grund sein, ich denke, da kann man auch schon Vorarbeit leisten.

Die Motion verlangt eine Gesetzesvorlage für die integrierte Versorgung, welche die Leistung der Pflegebetreuung und Assistenz zu Hause im Sinne der kantonalen Versorgungsstrategie regelt. Das GAB ist davon überzeugt, dass eine gesetzliche kantonale Vorlage zur integrierten Versorgung Orientierung geben kann und soll, um die seit Jahren bestehenden Unklarheiten in unserer Stadt zu regeln. Es braucht eine Erklärung, was gehört dazu und was ist ausserhalb. Dies würde meiner Meinung nach in Zukunft auch dazu führen, dass die Vielzahl und zum Teil doch sehr ähnliche, auch parlamentarischen Vorstösse abnehmen würden.

Das GAB empfiehlt deshalb die Weiterbehandlung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GLP geht das Wort an Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Die Gründe, warum die Stossrichtung von dieser Motion grundsätzlich unterstützenswert ist, muss ich nicht weiter ausführen und wurde auch von keinem Sprecher bis jetzt in Zweifel gezogen. Deshalb stehen wir als GLP auch ganz klar hinter dieser Stossrichtung. Wir machen Ihnen aber auch beliebt, die Motion als Anzug zu überweisen.

Zuerst noch an die vielleicht, die trotzdem skeptisch sind, obwohl ich jetzt keine skeptischen Stimmen gehört habe bezüglich der grundlegenden Stossrichtung, das Ganze noch aus pointiert liberaler Sicht beleuchtet, wir haben wirklich ganz konkret das Problem, das Georg Mattmüller schon erwähnt hat, dass wir eine Bedarfsspitze haben werden, also grundsätzlich steigenden Bedarf und insbesondere eine Spitze wegen der sogenannten Boomer-Generation. Werden wir in diesem Bereich nicht aktiv werden, und der richtige und logische Weg, der sich anbietet, ist eben die ambulante Betreuung zu stärken und zu fördern, dann haben wir ein viel grösseres Problem, sage ich mal, finanzpolitisch gesehen. Das ist unbestritten und deshalb ist es wirklich wichtig, dass wir da alle am gleichen Strick ziehen.

Nun aber, wie ich jetzt die politische Wetterlage hier in Basel einschätze und wie ich die Regierung verstanden habe und auch wie ich ihr Handeln sehe, auch im Rahmen der Geschäfte der GSK, usw., bin ich der Ansicht, dass wir das jetzt schon tun und das ist auch gut so. Wir sind alle einig, dass das der richtige Weg ist und werden das auch weiterhin machen. Deshalb geht es eigentlich nur noch um die formale Frage, was ist jetzt hier besser, Weiterbehandlung als Motion oder als Anzug. Da vertrauen wir als GLP voll und ganz der Regierung und folgen der Empfehlung der Regierung, deshalb Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion LDP hat sich Raoul Furlano gemeldet.

Raoul I. Furlano (LDP): Nur eine kurze Klärung. Ich bin Mitunterzeichner dieser Motion, die inhaltlich für mich tiptopp ist und weiterhin unbedingt und wichtig und inhaltlich absolut stimmt und für mich auch stimmig ist. Wir haben das in der Fraktion diskutiert und nachdem, was wir jetzt vom Regierungsrat gehört haben, muss ich sagen, haben wir als liberale Partei auch die Meinung, dass das jetzt im Verlauf des Jahres kommt. Seien Sie bitte nicht überrascht, wenn wir im ersten «Chrüzli», das ja schon lange drin ist, auch eine Motion hatten, wir haben jetzt aber zum Anzug gewechselt. Wir vertrauen, aber wir hoffen natürlich ganz schwer, dass das wirklich stimmt, Herr Regierungsrat. Wir würden gerne auf dem Laufenden gehalten werden. Die LDP plädiert für den Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es haben sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben Regierungsrat Lukas Engelberger hat in der zweiten Runde das Wort.



RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Georg Mattmüller hat mich etwas provoziert, als er sagte, wir würden die ambulanten Pflege- und Betreuungsformate auch heute noch vom Spital her denken, deshalb würden die auch Spitex heissen. Also als Herleitung taugt das, aber es ist heute nicht mehr so. Wir verfolgen heute den Grundsatz ambulant vor stationär, entsprechend kann selbstverständlich auch jemand jetzt diese Spitex, so heissen sie, das mag unglücklich sein, Spitex-Leistungen in Anspruch nehmen ohne vorherigen Spitalaufenthalt oder ohne nachweisen zu müssen, dass man ansonsten in ein Spital müsste. Wir sehen das eigentlich eher umgekehrt, dass wir so nach einem subsidiären Modell eben zuerst die ambulanten Angebote genutzt haben wollen, bevor dann die stationären irgendwann einmal in der Gesamtabwägung dann möglicherweise doch mehr Sinn machen. Dem sind wir heute schon verpflichtet.

Es wird auch Bewegung geben noch zusätzlich durch diese einheitliche Finanzierung, die im Parlament verabschiedet wurde und dieses Jahr möglicherweise dann auch in einer Referendumsabstimmung zu bestätigen sein wird. Ich denke, das ist eine realistische Perspektive inzwischen, dass dieses AVOS-Modell kommt, das längerfristig dann auch die Pflegeleistungen miteinfassen wird und das wird dann auch die Integration der Behandlungskette nach einem kohärenteren Modell wieder unterstützen. Ich glaube, das spricht eher dafür, jetzt der Bundesebene noch die notwendige Zeit zu geben für die nötigen gesetzlichen Klärungen, die uns dann ermöglichen werden, bedarfsgerecht auf kantonaler Ebene auch nachzuziehen oder zu ergänzen, wenn wir dafür dann noch effektiv Raum sehen.

Deshalb bin ich dankbar, wenn Sie beim Anzug bleiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

47 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0002881, 08.02.24 15:19:49*]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend Überweisung als Motion

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 48 Nein-Stimmen gegen 47 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

41. Motion der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Kenntnissgabe der Eignerstrategien der öffentlich-rechtlichen Spitäler an den Grossen Rat, Stellungnahme des RR

[08.02.24 15:20:26, 23.5324.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen.

Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktions- und Einzelvoten. Hier hat sich Oliver Bolliger für ein Einzelvotum gemeldet.

Oliver Bolliger (GAB): Nur ganz kurz. Im Namen der GSK bedanke ich mich beim Regierungsrat für die Entgegennahme unserer Kommissionsmotion und wir sind dankbar, dass wir in Zukunft die Eignerstrategien zur Kenntnisnahme vorgelegt bekommen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. In der zweiten Runde wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion stillschweigend dem Regierungsrat zu überweisen.

42. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend postpartale Depression, Schreiben des RR

[08.02.24 15:21:51, 21.5706.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Ich nehme an, der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es gibt keine Wortmeldungen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

43. Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat, Stellungnahme des RR

[08.02.24 15:22:17, 23.5297.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres. Wir eröffnen hierzu die Debatte. Das Wort geht zuerst an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Mit der Motion betreffend die Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat fordern die Motionärinnen und Motionäre den Regierungsrat auf, innert eines Jahres die gesetzliche Grundlage zu schaffen, dass Investitionen der öffentlichen Spitäler von über 100 Millionen Franken einer Zustimmung des Grossen Rats bedürfen. Dabei wird primär Bezug auf die Investitionen für die Ersatzneubauten des Universitätsspitals Basel genommen. Die Erneuerung der baulichen Infrastruktur des USB ist aus Sicht des Regierungsrats von grösster Bedeutung und Wichtigkeit für die Gesundheitsversorgung sowie für die universitäre Medizin in der Region in den nächsten Jahrzehnten und muss deshalb als Notwendigkeit bezeichnet werden.

Mit dem Ratschlag «Bauinvestitionen Universitätsspital-Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung» vom September 2023 haben wir dem Grossen Rat jetzt ein Geschäft unterbreitet, mit welchem der Grosse Rat einbezogen ist und direkt Entscheidungsbefugnisse erhält im Zusammenhang der baulichen Erneuerung am Unispital. Ich möchte hier noch festhalten, das Unispital plant bei seinem Neubauvorhaben eine Erneuerung seiner Infrastruktur und eine Weiterentwicklung seiner Infrastruktur in die Zukunft hinein, aber nicht einen Wachstumssprung jetzt an Kapazitäten oder so, sondern eine organische proportionale Weiterentwicklung für die Zukunft.

Betreffend gemeinsame Spitalplanung der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft ist es mir ein Anliegen noch einmal zu betonen, die Spitalplanung und die daraus resultierende Erstellung einer Spitalliste ist im KVG als kantonale Aufgabe festgelegt. Auf den kantonalen Spitalisten, die wir eben gemeinsam erarbeiten, Basel-Stadt und Basel-Landschaft, werden jene Spitäler aufgeführt, die über einen Leistungsauftrag des Kantons verfügen, das sind dann die sogenannten Listenspitäler, und innerhalb dieser Leistungsaufträge können und müssen sich die Spitäler dann organisieren, um ihre Aufträge zu erfüllen. Dazu gehört eine Unternehmensentwicklung, dazu gehört auch die Entwicklung der Infrastruktur und die notwendigen Investitionen dafür.



Im Ratschlag zum Gesetz über die öffentlichen Spitäler wurde 2010 explizit festgehalten, dass die öffentlichen Spitäler unter den Rahmenbedingungen der 2012 eingeführten Spitalfinanzierung einen entsprechenden Handlungs- und Entscheidungsspielraum benötigen, um die zukünftigen Herausforderungen bewältigen und sich auch im Wettbewerb mit anderen Spitälern behaupten zu können. Dazu gehört die Kompetenz, über Investitionen selber entscheiden zu können. Diese Autonomie, die unternehmerische Selbstverantwortung der Spitäler möchte der Regierungsrat auch in Zukunft bewahren und weiterentwickeln. Sie hat bisher in vielerlei Hinsicht den Spitälern eine erfolgreiche Entwicklung ermöglicht.

Der Regierungsrat ist aber bereit, auch eine mögliche Kompetenzverschiebung zu prüfen. Wir sind bereits die möglichen Auswirkungen jetzt zu eines Genehmigungsvorbehalts bei Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler zu untersuchen. Das hat dann Konsequenzen für die strategische und betriebliche Handlungsfähigkeit der Spitäler und es hat natürlich auch Konsequenzen für die Governance insgesamt, wie wir im Kanton Basel-Stadt mit unseren öffentlich-rechtlichen Spitälern umgehen. Sie wissen, dass es derzeit für die grossen Investitionen, die eben für das einzelne Spital bedeutsam sind, eine Konsultationspflicht gibt. Es wird dann der Regierungsrat begrüsst und wir führen Diskussionen über diese Projekte mit dem Verwaltungsrat und den Spitaldirektionen und der Regierungsrat gibt dann auch seine Einschätzung und die wird natürlich auch sehr ernst genommen, weil wir ja zugleich das Wahlgremium der Verwaltungsräte sind.

Wenn jetzt eine neue Genehmigungsregelung, ein neuer Vorbehalt für das Kantonsparlament eingeführt werden soll, dann stellt das natürlich die Governance auf den Kopf. Das kann man einmal darstellen, man muss dann versuchen, die verschiedenen Genehmigungsstufen sauber zu definieren und voneinander abzugrenzen. Das ist nicht per se ausgeschlossen, da ein Modell zu finden, wo der Grosse Rat eine finale Genehmigungskompetenz erhält, aber es ist alles andere als banal und es ist unseres Erachtens nicht getan mit einer Ein-Zahlen-Schwelle und einer Vorgabe, das innerhalb von einem Jahr Ihnen schon vorzulegen. Dafür bitte ich Sie um Verständnis. Ich glaube, das Thema ist wirklich zu bedeutsam und dann eben auch zu komplex. Die einzelnen Spitäler sind auch zu unterschiedlich, als dass man jetzt so mit einer schnellen Lösung 100 Millionen Genehmigungsvorbehalt bei allen die Themen zufriedenstellend lösen könnte.

Deshalb möchten wir mehr Flexibilität, wenn wir Ihnen über Modelle berichten, in welche Richtungen eine Anpassung gehen könnte. Wir werden ohnehin ja Ihnen jetzt eine Revisionsvorlage zum Gesetz über die öffentlichen Spitäler vorlegen müssen. Sie haben uns damit beauftragt zwei Traktanden vorher, das werden wir also machen und in diesem Zusammenhang könnten wir auch Überlegungen anstellen über mögliche Anpassungen bei der Governance bezüglich Investitionen. Aber diese 100 Millionen Genehmigungsvorgabe, die möchten wir so nicht als verbindlichen Auftrag entgegennehmen. Deshalb wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns das Geschäft als Anzug weiterhin überweisen würden und nicht als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Als erster hat sich für die SP Stefan Wittlin eingetragen.

Stefan Wittlin (SP): Ich danke dem Regierungsrat für die Stellungnahme und Ihnen, Regierungsrat Lukas Engelberger, für die einleitenden Worte der heutigen Debatte. Erfreulich ist, dass die Motion als rechtlich zulässig eingestuft wurde und wir schätzen auch die Bereitschaft des Regierungsrats, sich auf die Fragestellung einzulassen.

Wir haben die Motion eingereicht mit der Forderung einer Änderung des Gesetzes über die öffentlichen Spitäler. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass es diese Bewilligungspflicht für die grossen Investitionen braucht und halten an der Forderung fest. Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich daher die Überweisung als Motion.

Seitdem der Vorstoss eingereicht wurde, hat sich einiges getan. Der Ratschlag für das Darlehen für die Neubauten des Universitätsspitals bestätigt, dass die öffentlichen Spitäler auf öffentliche Mittel angewiesen sind. Der Ratschlag ist also durchaus im Sinn der Motion und wir begrüssen, dass die Finanzierung der Neubauten nun nicht mehr anhand des Bebauungsplans diskutiert werden muss. Wenig Verständnis hingegen bringe ich für die Angriffe der Privatspitäler auf, die nun die Rechtmässigkeit des Darlehens in Frage stellen. Aber hier kann die Motion allenfalls zu einer Klärung beitragen. Die Motion ist aber breiter gefasst, weiter gefasst und es geht nicht nur um das Universitätsspital. Von den Universitären Psychiatrischen Kliniken beispielsweise wissen wir, dass ein grösserer Neubau geplant ist. Wir erwarten, dass die Politik hier frühzeitig einbezogen wird.

Ich möchte betonen, dass das Ziel der Motion ist, die öffentlichen Spitäler langfristig zu stärken. Die Bewilligungspflicht ist als präventive Massnahme zu verstehen. Entscheide über die Finanzierung der Grossprojekte sollen demokratisch erfolgen, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo ein Handeln noch möglich ist. Wir alle wissen, dass der Grosse Rat bei der Wertberichtigung des Felix Platter-Spitals vor vollendete Tatsachen gestellt wurde.

Nun zurück zur Stellungnahme des Regierungsrats. Einer der Gründe für den Antrag des Regierungsrats, den Vorstoss als Anzug zu überweisen, ist die Frist von einem Jahr, die er für die Erfüllung als zu kurz einschätzt. Wir haben das gehört in den Ausführungen von Regierungsrat Lukas Engelberger. Wir sind bereit, hier entgegenzukommen und diese Frist anzupassen. Wir beantragen folglich, die Motion als Motion an den Regierungsrat zur Erfüllung innert zwei Jahren zu überweisen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für das GAB ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Auch das GAB beantragt Ihnen, diese Motion als Motion weiter zu behandeln, und zwar unabhängig auch von der aktuellen Debatte rund um den USB Campus. Stefan Wittlin hat die Gründe bereits deutlich ausgeführt und deshalb halte ich mich kurz.

Die aktuelle Debatte in der Regierung, in den Parlamenten und bei den Spitälern, seien diese nun öffentlich-rechtlich oder privat, rund um die Finanzierung der Spitalbauten und um unsere Gesundheitsversorgung in den beiden Basler Kantonen zeigen es aktuell in aller Deutlichkeit auf, dass eine gesetzliche Grundlage notwendig ist und auch von Vorteil wäre. Auch wenn es so ausgelegt werden kann, dass es rein in der Verantwortung der ausgelagerten Spitäler und der Eignerkantone liegt, welche Bauvorhaben geplant werden sollen und wie diese zu finanzieren sind, zeigt es, dass zusätzliche politische Legitimation auch für den Regierungsrat und für die Spitäler von grossem Nutzen sein können.

Dass es zu einer mangelnden Flexibilität bei den Spitälern führen könnte und der politische Diskurs, welcher Grossbauvorhaben zeitlich verzögert, sehe ich nicht wirklich angezeigt. Denn wir sehen aktuell, dass bei grossen Finanzierungsvorhaben von öffentlich-rechtlichen ausgelagerten Betrieben sowieso alle bewegt werden und wir politische Sicherheiten hier schaffen müssen. Der Vorteil eines parlamentarischen Beschlusses ist die politische Legitimation der Vorhaben und auch deren Finanzierung und genau dieser Aspekt ist bei grossen Bau- und Finanzierungsvorhaben der ausgelagerten öffentlich-rechtlichen Spitäler von grosser Relevanz.

Das GAB ist überzeugt, dass der Regierungsrat in der Ausarbeitung der gesetzlichen Grundlage die spezifischen und auch angesprochenen Aspekte bei öffentlich-rechtlichen Spitälern mitberücksichtigen wird und wenn es mehr Zeit braucht dafür wie jetzt die geforderten zwei Jahre, soll dies aus meiner Sicht auch kein Grund sein, den Vorstoss nun in einer abgeschwächten Form eines Anzugs abzuwandeln, sondern einfach die Zeit zu verlängern auf die beantragten zwei Jahre von Stefan Wittlin. Besten Dank für die Überweisung des Vorstosses als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Die FDP kann teilweise die Motivation für die Motion nachvollziehen. Auch die FDP ist besorgt um die Zukunft der gesamten Gesundheitsregion und die Diskussion um die bis zu drei Milliarden Investitionen im Campus Gesundheit in den nächsten 15 Jahren. Aber die Motion greift, wie der Regierungsrat auch schon angedeutet hat, stark in die Kompetenz der Spitäler und Kliniken ein, in die Kompetenz, die wir ihnen erst vor rund zehn Jahren gewährt haben.

Heute sind das USB und die anderen Spitäler und Kliniken selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten mit eigener Rechtspersönlichkeit. an Führungsstruktur. Sie planen also Finanzen und Investitionen selbstständig. Wenn wir uns die letzten zehn Jahre anschauen, dann hat die Führung dieser Häuser und vor allem auch das USB sicher keinen schlechten Job gemacht. Die Motion ist also auch ein Misstrauensvotum. Der regionale Wettbewerb der Spitäler hat sicher gewisse Kinderkrankheiten. Ich weiss, Sie hören nicht so gerne das Wort Wettbewerb, aber ich glaube, der Wettbewerb hat sich bewährt und ich zweifle stark an, dass ein in der Verwaltung integriertes Spital oder ein Spital Campus heute kostenmässig besser dastehen würde.

Die FDP sieht also die Notwendigkeit nicht, die Kompetenz der Spitäler anzupassen. Was wir aber machen müssen, sind die noch offenen Fragen bezüglich regionaler Bedarfs- und Kapazitätsplanung sowie die Finanzierung der drei Milliarden zusammen anzuschauen. Diese Fragen sind wichtig und zentral und wir sollten uns darauf fokussieren und nicht damit anfangen, die Spitäler und Kliniken wieder an die kurze Leine zu nehmen.

Ich bitte Sie daher, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Wir von der GLP sehen das ähnlich wie mein Vorsprecher Daniel Seiler von der FDP. Wir verstehen auch das Anliegen dieser Motion. In diesem ganzen Kontext könnte man auch sagen, die «too big to fail»-Problematik, die wir haben mit unseren Spitälern, namentlich mit dem Unispital, und es da gut und wünschenswert wäre, wenn man bei grossen Bauvorhaben insbesondere oder anderen Grossinvestitionen eine gute und solide demokratische Legitimation herstellen kann, damit dann die Projekte eben gut durchlaufen. Das ist ohne Zweifel wünschenswert.



Aber auch wir haben unsere Zweifel, ob die Forderung hier in der Motion wirklich der richtige Weg ist oder wie stark das zu diesem Ziel beitragen wird und wollen deshalb unbedingt der Regierung die Möglichkeit geben, hier flexibel auf dieses Anliegen einzugehen, also mit einer Motion. Deshalb bitten wir Sie, das auch als Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SVP hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bin hier mit meiner Fraktion auf Seiten der SP und des Grün-Alternativen Bündnisses. Ich bitte Sie, diese Motion als Motion weiter zu behandeln. Ich glaube, im Kern trifft Stefan Wittlin mit seinem Motionstext ein Anliegen, das auch in unserer Fraktion sicher sehr viel Zustimmung findet und wir glauben auch, die Unterschiede zwischen dem, was jetzt Regierungsrat Lukas Engelberger auch in seinem Votum gesagt hat und dem, was Stefan Wittlin in seiner Begründung gesagt hat, wenn er es als Motion weiterbehandeln möchte, diese Argumentation ist nicht so weit auseinander. Lukas Engelberger hat recht, das ist wahrscheinlich, wenn man es als Motion weiterbehandelt, nicht etwas Banales, was hier gefordert wird und deshalb ist es auch sehr sinnvoll, dass Stefan Wittlin beantragt hat, dieses Geschäft mit einer neuen Frist zu versehen, mit diesen zwei statt einem Jahr. Das gibt dem Regierungsrat aus unserer Sicht genügend Zeit, sich dazu Gedanken zu machen.

Wir stehen dazu, dass die Spitäler selbstständige Betriebe sind. Daniel Seiler, dass sie ausgelagert worden sind, da waren wir ja gemeinsam auf derselben Seite, aber hier geht es natürlich schon um substanzielle Beiträge auch, die letztlich von der öffentlichen Hand zu tragen sind. Das ist ja bei Ihrer Vorstellung von einem liberalen Staat gar keine Institution des Kantons, sondern ein privates Spital. Sie würden wahrscheinlich eher diesen Weg gehen, dass der Kanton gar keine Spitäler besitzt. Dann bin ich sehr einverstanden mit Ihnen, dann ist es selbstverständlich auch keine Diskussion hier in diesem Saale. Aber solange wir eine Konstruktion haben, wo der Kanton der Eigner solcher Spitäler ist, ist es aus unserer Sicht sehr sinnvoll, dass es eine zusätzliche demokratische Legitimation gibt.

Das ist mit diesem Vorschlag von Stefan Wittlin bei Grossinvestitionen in erster Linie der Grosse Rat und in zweiter Linie, ja, das ist allenfalls ein zusätzliches Risiko, gibt aber allenfalls auch die Gelegenheit, Geschäfte möglichst von Beginn weg schon sehr mehrheitsfähig zu präsentieren, dass es eben auch zu einer Volksabstimmung kommen könnte, dass ein Referendum möglich ist. Aber ich würde mich vor einem solchen Referendum gar nicht fürchten, dann haben Sie die absolute direktdemokratische Legitimation für eine solche Grossinvestition und gerade in einem Bereich, der ja uns alle betrifft. Die öffentlichen Spitäler sind jetzt kein Investment-Vehikel einer privaten Gesellschaft, sondern das ist unser Eigentum, da geht es um unsere Gesundheit, da glaube ich, ist es tatsächlich sinnvoll, wenn wir diesen Loop zumindest über den Grossen Rat einbauen bei Grossinvestitionen und damit allenfalls auch die Möglichkeit geben, im unwahrscheinlichen Fall sogar auch hier ein Referendum ergreifen zu können. Ich würde da mich nicht davor fürchten, sondern würde wirklich dem Regierungsrat jetzt die Möglichkeit geben, das noch einmal auch so anzuschauen.

Ich persönlich verstehe die Argumentation, weshalb man es als Anzug haben möchte, nicht ganz so sehr, weil das Anliegen ist relativ eindeutig adressiert. Der Regierungsrat hätte nun, wenn es als Motion weiterbehandelt wird, diese zwei Jahre Zeit dazu. Er wird dazu dann auch einen Ratschlag an uns adressieren müssen, wo wir dann noch einmal darüber diskutieren können, wie wir das genau dann auch formuliert haben möchten, dann ist vielleicht diese Idee von 100 Millionen nicht mehr so sakrosankt. Zumindest kann ich für meine Fraktion sagen, dass wir da weitgehend ergebnisoffen sind, wenn es dann um die Höhe vielleicht auch geht.

Aber das ist dann eine Ausgestaltungsfrage, wenn wir diese Motion in Form eines Ratschlages hier wieder in diesem hohen Hause zu diskutieren und zu beraten haben. Aber ich glaube aus der direktdemokratischen Legitimation heraus macht dies Sinn und es ist auch kein Misstrauensvotum, ich glaube, Daniel Seiler hat das gesagt, korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege, es ist kein Misstrauensvotum gegenüber der Spitalleitung, sondern es ist lediglich ein Zeichen, das die Bevölkerung des Kantons in diesem sehr wichtigen Bereich der öffentlichen Spitäler auch etwas mitzubestimmen hat.

Wir bitten Sie deshalb, diese Motion mit der nun von Stefan Wittlin beantragten Zweijahresfrist so dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring, nehmen Sie die Zwischenfrage von David Jenny an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Wenn wir Ihre Argumentation ernst nehmen, müssen wir dann auch eine entsprechende Schwelle bei der BKB einführen?



Joël Thüring (SVP): Da habe ich dann fast wieder eine libertäre Ansicht. Der Staat muss keine Banken betreiben, aber ein öffentliches Spital gehört schon zum Grundauftrag eines Kantons. Ja, wir können diese Bank dann auch abgeben, da würde ich einen Vorstoss von Ihnen auch entsprechend unterzeichnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion LDP geht das Wort an Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Die LDP ist inhaltlich wieder dabei, ist aber hier auch für eine Überweisung als Anzug und nicht als Motion. Die Gründe dafür sind zwei, drei. Das eine ist das sehr sportliche Ziel von zwei Jahren, vorher war es ein Jahr. So haben wir es eigentlich auch diskutiert und haben jetzt erfahren zwei Jahre, fair enough. Aber ich denke, dass es wirklich eine intelligente, gute Lösung gibt im Sinne von unserer Gesundheitsregion, die Sie als Motionär ja auch in dieser Motion erwähnen, dass die regionale Spitalplanung, die wir unbedingt vorantreiben wollen und hoffentlich auch jetzt von beiden Kantonen vorangetrieben wird, das hoffen wir schwer. Das ist das eine. Und solche Schnellschüsse, wenn es dann ins Gesetzliche hineingeht, kommen, wie wir wissen, selten gut. Ich bin nicht Anwalt und Jurist schon gar nicht, aber es kommt selten gut meiner Meinung nach, auch als Laie, wenn ich das hier sagen darf.

Anpassungen in der Governance, die Sie als Motionär, Stefan Wittlin, drin haben und alle Motionär*innen, die mitunterschieden haben, das sehe ich auch so, das sieht die LDP vielleicht auch so, da kann man durchaus diskutieren, das kann durchaus auch sinnvoll sein. Und ich sehe es jetzt nicht als Misstrauensvotum, wie Daniel Seiler, im Gegenteil, ich sehe das sogar als eine Möglichkeit für Akzeptanz gegenüber den Steuerzahlenden, die ja auch Joël Thüring, glaube ich, in seinem Votum genannt hat. Also von dem her, ja nicht Misstrauensvotum, sie machen eine gute Arbeit, das sehen wir ja. Wir sind wirklich sehr, sehr privilegiert in unserer Region, was die Gesundheit angeht. Wir klagen immer auf sehr, sehr hohem Niveau. Wir leisten uns das auch und wir wissen auch, dass sehr viele Leute sich das bald auch nicht mehr leisten können. Das ist eines der viel grösseren Probleme, die wir auch angehen müssen. Aber wenn wir weiterhin eine gute Qualität haben wollen, sind diese Investitionen richtig.

Und das dritte Argument, das wir in unserer Fraktionssitzung diskutiert haben, ist, die Schwelle von 100 Millionen fand ich ungeschickt, ganz ehrlich gesagt, in dieser Motion. Es sind, wie der Regierungsrat ja auch gesagt hat, sehr verschiedene Spitäler betroffen. Unter anderem ist auch ein bikantonales Spital wie das UKBB betroffen und da haben 100 Millionen einen ganz anderen Stellenwert als 100 Millionen im Unispital. Ich verstehe, dass jetzt alles aus dem herausgekommen ist mit dieser unglücklichen, nennen wir es jetzt mal sanft so, mit dieser Geschichte mit dem Felix Platter und dann hat man jetzt angefangen zu reagieren.

Bei solchen Sachen sage ich immer, gut die Ruhe bewahren, Gelassenheit bewahren, gut überlegen, keine Schnellschüsse machen und darum ist die LDP für einen Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun kommt ein Jurist zu Wort, es ist Bruno Lötscher für die Mitte/EVP.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich habe diese Motion mitunterschieden und bin jetzt aber trotzdem dafür, dass wir es als Anzug überweisen. Meine Fraktion ist klar der Meinung, es sollte nicht als Motion überwiesen werden und bei der Frage Anzug ist die Fraktion offen.

Warum habe ich diese Motion unterschrieben. Aus juristischer Sicht hat Stefan Wittlin ein ausserordentlich wichtiges Thema aufgegriffen. Wir haben in den letzten Jahrzehnten relativ viele Auslagerungen und Ausgliederungen aus der öffentlichen Verwaltung gehabt. Das war in der Regel sehr erfolgreich und hat uns sehr viel gebracht, aber es zeigt auch Probleme auf, und zwar vor allem bei Grossinvestitionen. Wo ist die Verantwortung und die Oberaufsicht bei Grossinvestitionen, dort, wo am Schluss, es ist schon gesagt worden, doch die öffentliche Hand dann verantwortlich sein muss, wo dann doch letztlich der Grosse Rat oder die Regierung eintreten muss für Investitionen, die sie partiell mitträgt, mitbewilligt, partiell über den Verwaltungsrat, wo ein Mitspracherecht selbstverständlich besteht. Aber der Verwaltungsrat des Spitals ist in diesem Sinne ja nicht in der Lage, dieses Spital zu finanzieren mit dem Geld, das da vorhanden ist. Das wäre eine Illusion zu glauben, dass da zwei Milliarden vorhanden sind, die man brauchen kann. Wenn das nicht funktioniert, werden wir hier drinnen dafür geradestehen müssen.

Diese Problematik hat Stefan Wittlin aufgezeigt, aber die 100 Millionen sind natürlich falsch. Das kann in einer Motion nicht so stehen und wenn man die Motion als Instrument dafür im Ernst nimmt, dann kann man nicht sagen, das ist uns ja egal, wir sind dann offen, es steht ja 100 Millionen jetzt hier drin. Und das ist für das Universitätsspital sicher die falsche Grössenordnung, da stimmt die Flughöhe nicht. Da müssen wir dem Spital viel mehr Freiheit lassen, wir wollen ja nicht die alte Situation wieder herbeschwören. Das Spital macht eine sehr gute Arbeit. Das Problem, das Stefan Wittlin aufgezeigt hat, ist in der ganzen Schweiz diskutiert. Es ist eines der grossen Probleme im öffentlichen Recht zurzeit, wie wird Oberaufsicht wahrgenommen bei den Auslagerungen bei solchen gigantischen Grossinvestitionen. Dieses Problem stellt sich



nicht nur in Basel, aber für das Spital jetzt, für die Motion mit den 100 Millionen, das trifft den Kern nur noch am Rande, weil es engt dann doch zu fest ein. Deshalb ist aus meiner Sicht das Thema weiterzuverfolgen, aber in Form des Anzugs und nicht der Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht in der zweiten Runde das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte Ihnen zunächst danken für die differenzierte Diskussion, die auch viel Wertschätzung jetzt gezeigt hat für die Arbeit in den Spitälern und in der, wenn ich das etwas gewichte nach den Voten, doch auch ein gewisses Vertrauen in die Spitalleitungen zum Ausdruck gebracht wurde. Dafür bin ich Ihnen dankbar.

Dass die Oberaufsicht über die öffentlich-rechtlichen Anstalten, die bei uns sehr grosse Unternehmungen sind, politisch und rechtlich sehr anspruchsvoll ist, wenn es um die grossen Investitionen geht, ich glaube, da haben wir einen Konsens und wir sind auch bereit, uns der Frage zu stellen, wie man mit den Risiken, die sich daraus ergeben können, am besten umgeht. Und ich möchte wiederholen, dass wir beim Anzug unsere Präferenz hätten, da sind wir bereit, Ihnen zu liefern, also prüfen und berichten innerhalb von zwei Jahren.

Für den verbindlicheren Auftrag jetzt als Motion muss ich Ihnen sagen, auch nach der Diskussion oder gerade nach der Diskussion gibt es mir etwas zu viele Unklarheiten. Das beginnt bei der Frage, welche Spitäler überhaupt gemeint sind. Raoul Furlano hat das UKBB erwähnt, Stefan Wittlin hat den Kopf geschüttelt. Ich lese im Text keine Antwort zur Klärung. Ich würde vermuten, wir nehmen dann als Basis; es gelten die Spitäler gemäss ÖSpG Basel-Stadt, weil wir sind das baselstädtische Parlament. Stefan Wittlin nickt, ich nehme mit, das wäre dann so gemeint. Aber es ist ein Beispiel für halt doch etwas wenig Klarheit in der Vorgabe für einen gesetzgeberischen Auftrag, wie eben die Motion das ja ist.

Eine andere Unklarheit liegt in der Frist. Ein Jahr war offenbar einsehbar zu kurz und mir ist jetzt nicht klar, ob verbindlich diese Frist einfach so auf zwei Jahre verlängert werden kann. Ich würde das jetzt so verstehen, wenn Sie entgegen unserem Antrag auf Motion votieren würden, würde ich also in zwei Jahren berichten. Aber inwiefern das jetzt wirklich als Frist dann rechtlich korrekt ist, ist mir nicht so ganz klar. Und ich muss Sie schon halt daran erinnern, es steht jetzt 100 Millionen und das ist dann unser Hauptauftrag, Ihnen das vorzulegen und daran werden wir uns halten. Ich höre, dass es da eine gewisse Flexibilität gibt, aber niemand sagt mir, ob es die in einem oder in zwei Jahren in diesem oder in einem nächsten Parlament immer noch geben wird.

Insofern ist mir nicht wohl, wenn wir das so als verbindlichen Auftrag mitnehmen müssten und wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie uns die Aufgabe im Format Anzug auftragen würden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002886, 08.02.24 15:53:33]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion mit einer Frist von zwei Jahren

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 53 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Daniel Seiler beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 36 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002888, 08.02.24 15:54:19]

Der Grosse Rat beschliesst

Überweisung als Motion mit einer Frist von zwei Jahren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Motion entschieden mit 57 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

44. Interpellation Nr. 137 Christian C. Moesch betreffend Darlehen des Kantons sowie Gesamtfinanzierung zur baulichen Entwicklung des Universitätsspitals Basel (Campus Gesundheit), Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 15:54:26, 23.5555.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Christian C. Moesch (FDP): Es ist schon eine Weile her, seit ich die Interpellation gemacht habe. Es geht das Gerücht um, das sei eine der längsten, die es je gegeben hat. Es hat sicher auch gewisse Gründe gegeben. Mittlerweile ist es so, es ist schon einige Zeit vergangen und ich habe in meiner Funktion als Mitglied der GSK auch weitergehende Informationen bekommen zu diesem Geschäft, das die Regierung an uns gerichtet hat für das Darlehen. Insofern sind die Fragen mittlerweile einerseits durch die Interpellation beantwortet und auch noch weitere Sachen, die ich gerne wissen wollte, wurden beantwortet. Somit bin ich befriedigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

45. Interpellation Nr. 153 Eric Weber betreffend warum hat unser Kanton die Studie der Lebenserwartung (in der Basel auf Platz 1 in ganz Europa liegt) verschlafen?, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 15:55:58, 23.5613.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Ganz kurz. Es geht um die ältesten Menschen Europas und diese leben in Basel, sagt die Statistik aus Deutschland. Meine Mami wird 89, mein Papi ist 93, beide schimpfen seit 60 Jahren über Ausländer, obwohl sie selber Ausländer sind. Zu dieser Interpellation muss ich sagen, der älteste Altgrossrat bei den Männern ist mein Vater und zur Antwort der Regierung sage ich, Basel hat Platz 1 der Lebenserwartung in ganz Europa. Da habe ich gestaunt, als ich das in Zeitungen im Ausland gelesen habe. Die Basler Regierung hat es aber verschlafen, darüber gross zu berichten. Darum bin ich mit der Antwort der Regierung nicht zufrieden. Die Regierung von Basel hat Zeitungen und Zeitschriften, viele Fachdepartemente, aber die haben nichts darüber gebracht, dass die ältesten Menschen von Europa in unserem schönen



Basel leben. Die Regierung hat nichts dazu berichtet. Das finde ich schade und darum bin ich mit der Antwort nicht zufrieden, weil die Regierung meine Fragen gar nicht beantwortet hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

46. Interpellation Nr. 160 Christine Keller betreffend traurige Todesfälle im Zoo Basel im Jahr 2023, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 15:57:58]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Christine Keller (SP): Da gäbe es mehr zu sagen, als ich in fünf Minuten sagen kann. Ich gehe die Antworten der Reihe nach durch.

Zuerst die erste Antwort, zu der ich etwas sagen möchte, ist die auf Frage 2, wonach die Haltung der Orange-Utans, und das bezieht sich sicher auch auf die Kontrolle bei den Elefanten, vorbildlich sowie nach modernsten Standards konzipiert und errichtet wurde. Da möchte ich doch darauf hinweisen, dass zum Beispiel, nur um ein Beispiel zu nennen, es sich zwar bei den gesetzlichen Anforderungen an die Haltung der Gehege um Mindestanforderungen handelt, dass aber zum Beispiel die EAZA, die europäische Richtlinie für Elefanten, eine Mindestgruppe von vier Elefantendamen vorsieht. In Basel sind es zum Beispiel nur zwei.

Dann ist es ja schön, dass man in einem engen Austausch mit dem Zoo steht. Es wäre interessant zu wissen, was dann dort auch besprochen wird, ob man das vielleicht dann auch mal erfährt und vor allem, ob man auch mit Aussenstehenden vom Zoo, unabhängigen Experten spricht. Ich hatte Kontakt mit dem bekannten Experten Keith Lindsey, ein langjähriger Experte, der seit 30 Jahren mit afrikanischen Elefanten arbeitet. Er hat zum Beispiel von Anfang an, und das gibt ihm doch eine gewisse Glaubwürdigkeit im Moment, als diese Schwangerschaft der Elefantenkuh Heri bekannt wurde, gesagt, dass er hier grösste Probleme sieht. Zum einen, weil die Elefantin mindestens für ein Tier in Gefangenschaft schon ein grösseres Alter hatte, und zum anderen, weil sie bereits 2004 eine Totgeburt erlitten hatte. Leider haben sich diese Befürchtungen, dass das nicht gut gehen könnte, dann auch erfüllt. Im Moment sieht es immerhin so aus, als hätte die Elefantenkuh überlebt, sie hat aber immer noch dieses tote Kind im Bauch. Damit ist auch nicht geklärt, ob und was die Ursache des Absterbens der Frucht im Mutterleib der Elefantin war. Nach Meinung von Doktor Lindsey ist es zwar nicht nachgewiesen, aber keineswegs ausgeschlossen, dass ein Zusammenhang mit der Tuberkulose des Vattertieres besteht. Darüber tapen wir im Dunkeln.

Schliesslich, und diese Aussage hat Professor Lindsey als absurd dargestellt, steht hier: Für das Tierwohl einer Wildtiergruppe ist das Sexualverhalten und die Fortpflanzung eine grosse Bereicherung des täglichen Lebens im Gehege und somit für eine Zoohaltung immer wünschenswert. Dies ist sicher dann nicht der Fall, wenn eine Paarung das Leben des Muttertiers in Gefahr bringt und seit 30 Jahren nicht mehr zum Erfolg geführt hat. Wie man da auch sagen kann, dass eine Nachzucht einen erfolgreichen Impact auf die Erhaltung der Art haben kann, wenn seit 30 Jahren kein Elefant hier in Basel mehr das Leben erblickt hat, ein afrikanischer Elefant, und schon vorher in all den Jahren nur einer, das wundert uns schon.

Wir wissen, dass die Subventionsverhandlungen laufen. Es ist hier gesagt worden, dass man keine Auflage machen möchte. Aber zumindest würden wir gerne wissen, wie stellt sich der Zoo die Zukunft vor, will er an diesen Züchtungen, diesen erfolglosen Züchtungen, die das Leben des Muttertieres hier in Gefahr gebracht haben, festhalten. Wie sieht er die Zukunft seiner Elefantenpopulation in zehn, 20, 30 Jahren, desgleichen bei den Orange-Utans. Diese Zukunftsperspektiven würden wir uns wünschen, wenn wir hier über die Subvention zu entscheiden haben und wir würden uns wünschen, dass die Aufsichtsbehörde, also das Veterinäramt nicht nur mit den Beaufsichtigenden selbst spricht, sondern vielleicht auch einmal unabhängige Experten wie zum Beispiel Professor Doktor Keith Lindsey oder andere bezieht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



47. Anzug Michael Hug und Tobias Christ betreffend freiwillige Abgabe auf Flugtickets und CO₂-Reduktionen am EAP fördern, Schreiben des RR

[08.02.24 16:03:53, 21.5529.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat dazu das Wort? Er verzichtet. Es sind keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

48. Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Anpassung der Zielsetzungen des Energiegesetzes an das Pariser Klimaabkommen, Bericht des RR

[08.02.24 16:04:22, 19.5094.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motionen als erledigt abzuschreiben.

Möchte der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionsvoten. Das Wort geht an Tonja Zürcher vom GAB.

Tonja Zürcher (GAB): Seit der Überweisung dieser Motionen ist einiges passiert. Erledigt sind sie deswegen oder vor allem jene von Aeneas Wanner noch nicht. Die wichtigste Neuerung ist die deutliche Annahme der Basler Bevölkerung der Klimagerechtigkeit bis 2037. Wir sind der Regierung deshalb auch froh, dass hier bereits eine erste Strategie veröffentlicht wurde für Scope 1 und 2, auch wenn sie materiell nicht ausreicht, um dieses Ziel zu erreichen. Sie ist viel zu zaghaft und zu einseitig auf teure CO₂-Abscheidung und Speicherung ausgerichtet anstatt auf eine rasche Einsparung der CO₂-Emissionen. Wir vom GAB sind deshalb überzeugt, dass der Grosse Rat hier mit dieser Motion oder mit anderen Motionen, die wir dann vielleicht noch einreichen werden, die Zügel in der Hand behalten muss und eine aktive Rolle bei der Umsetzung von Netto-Null und der Klimagerechtigkeit übernehmen muss.

Der Hauptgrund, weshalb wir jetzt hier beantragen, die Motion Aeneas Wanner stehen zu lassen, ist aber viel einfacher. Die Motion fordert nicht eine unverbindliche Strategie oder Absichtserklärungen, sondern eine Anpassung der Gesetze, und zwar nicht nur des Energiegesetzes, sondern aller relevanten Gesetze zur Umsetzung von Netto-Null. Dazu gehört beispielsweise das Umweltgesetz oder auch das Bau- und Planungsgesetz. Solange diese nicht vorgelegt sind, ist die Motion schlicht und einfach nicht erledigt und nicht erfüllt.

Klar, man kann jetzt darauf vertrauen, dass die Regierung das in ihrem leicht gemächlichen Tempo dann schon irgendwann noch mal anpackt, aber unser Glaube und unsere Geduld sind nun langsam endgültig vorbei. Wir erwarten, dass der Regierungsrat die Ratschläge zur Anpassung der zentralen Gesetze an die beschlossene Klimastrategie und vor allem an die Verfassung mit der Klimagerechtigkeit bis 2037 noch dieses Jahr bringt. Das muss er so oder so machen, ob wir diese Motion hier jetzt stehen lassen, aber ich denke, es wäre ein klares Zeichen, wenn wir sagen, wir lassen diese Motion hier stehen. Ich weiss, es wird nicht so kommen, der «Chrüzlistich» ist klar, aber vielleicht rutscht bei der einen oder dem anderen doch noch der Finger vom Abschreiben zum Stehenlassen. Ich würde mich jedenfalls freuen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort in der zweiten Runde an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich bin ziemlich erstaunt, die Motion verlangt, dass wir die Gesetzgebung so anpassen, dass wir Netto-Null bis 2050 erreichen müssen. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass er diese Motion nicht erfüllen will, weil in der Zwischenzeit 2037 für das Volk gesetzt wurde. Also ich glaube, eine Motion jetzt stehen zu lassen, die ein Ziel definiert, das viel unambitioniert ist als das, was in der Verfassung steht, das ist irgendwie obsolet. Ich kann, ehrlich gesagt, diese Argumentation nicht nachvollziehen. Die Motion verlangt Netto-Null bis 2050, die Verfassung verlangt Netto-Null bis 2037. Für uns ist klar, die Verfassung geht vor, sie setzt auch das Ziel und sie ist die verbindliche Leitplanke für das staatliche Handeln in den kommenden Jahren.



Deshalb möchte ich Sie bitten, diese Motion abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Tonja Zürcher an? Sie wird angenommen.

Tonja Zürcher (GAB): Klar muss dort 2037 stehen, aber haben Sie auch gelesen, dass in der Motion das Ziel oder die Grenze von 1,5 Grad Klimaerhitzung steht, was bedeutet, dass man deutlich schneller sogar als 2037 das erreichen müsste?

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Eine Motion ist verbindlich in seiner Ganzheit und wenn dort 2050 steht, dann ist das das Ziel der Motion und dieses Ziel ist obsolet mit der Klimagerechtigkeits-Abstimmung des Basler Stimmvolkes.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 16 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002894, 08.02.24 16:09:51]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion abgeschrieben mit 75 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

48.1. Motion Danielle Kaufmann und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Pariser Klimaabkommen einhalten, Bericht des RR

[08.02.24 16:10:00, 19.5145.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es sind keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion abzuschreiben. Das Geschäft ist erledigt.

49. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend digitalisierte und unbediente Einkaufsläden möglich machen, Stellungnahme des RR

[08.02.24 16:10:11, 23.5245.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres. Möchte der Regierungsrat dazu das Wort ergreifen? Kaspar Sutter hat das Wort.



RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Das Ziel des Ruhetags- und Ladenschlussgesetzes ist primär der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das war der Leitgedanke. Das ist auch das Ziel, dem wir als Regierungsrat uns selbstverständlich verpflichtet fühlen. Ab und zu ist der gesellschaftliche und technologische Wandel sehr schnell und die Regulierung kommt nicht nach. In der Verordnung ist ein Laden als Laden definiert und macht keine Unterscheidung, ob dieser bedient ist oder nicht bedient. Als das Problem auftauchte, dass es unbediente Läden gibt und das gemäss unserer Verordnung nicht bewilligt war, dass das die ganze Zeit offen hat, da war für uns von Seite des Regierungsrates und des Departements klar, dass wir diese Verordnung anpassen. Diese Verordnung wurde schon lange eigentlich zum Zeitpunkt, als das Problem erkannt wurde, in Auftrag gegeben und die Verordnung wurde in der Zwischenzeit angepasst. Wir definieren jetzt, wir nehmen die Läden, die nicht bedient sind, aus von dieser Regelung, das heisst, sie können in Zukunft länger und durchgehend offen haben.

Mit dieser Anpassung der Verordnung erfüllen wir auch das Anliegen der Motion und deshalb beantragt Ihnen jetzt der Regierungsrat, dass man das nicht mehr überweisen muss, sondern dass sie bereits erfüllt ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion abzulehnen. Das Geschäft ist erledigt.

50. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Neukonzipierung IWB-Dach Binningerstrasse neben Pruntrutermatte, Schreiben des RR

[08.02.24 16:12:18, 21.5702.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

51. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten für eine mehrstufigen Trinkwasseraufbereitungsanlage nach dem Vorbild der Gemeinde Muttenz für das gesamte Basler Trinkwasser, Schreiben des RR

[08.02.24 16:12:46, 21.5027.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrat Kaspar Sutter hat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Es ist klar und selbstverständlich, eine sichere, umweltgerechte und wirtschaftliche Versorgung des Kantons mit Trinkwasser hat höchste Priorität. Die Aufgabe, dieses Trinkwasser in dieser Qualität zu liefern, ist mit dem IWB-Gesetz ganz klar der IWB zugeordnet und sie liefert auch Wasser in dieser Qualität. Um das sicherzustellen, wird sie auch unabhängig kontrolliert durch das kantonale Labor, das auch überprüft, ob die Anforderungen an das Trinkwasser der Lebensmittelgesetzgebung auch erfüllt sind, und sie sind erfüllt. Das Trinkwasser herzustellen ist eine anspruchsvolle Aufgabe in der Agglomeration und die IWB erfüllt diese seit Jahrzehnten ohne Beanstandung.

Gleichzeitig steigen auch die Ansprüche an das Trinkwasser und in diesem Kontext ist dieser Anzug zu verstehen. Deshalb bin ich auch dankbar, dass dieser Anzug damals überwiesen wurde und es die Möglichkeit gab, auch darzulegen, was alles



geschieht, was überprüft wird, was gemacht wird und wie die Ideen sind. Die IWB ist dazu in ständigen fachlichen Austausch mit den Institutionen über die Qualität. Sie hat auch verschiedene Aufbereitungsverfahren und Weiterentwicklungen getestet und eine gemeinsame Studie mit der Gemeinde Muttenz initiiert und durchgeführt. Die Ergebnisse der Studie, Sie finden diese Antworten auch in der Anzugsbeantwortung, zeigt, dass das Trinkwasser heute die gesetzlichen Anordnungen alle übertreffen.

Die aufwendige Anlage in Muttenz eliminiert einzelne Spurenstoffe noch besser als die ebenfalls mehrstufige Anlage der IWB. Das liegt hauptsächlich an der Aufbereitung mit Pulveraktivkohle. Die Oxidationsstufe transformiert gewisse Substanzen, Abbauprodukte, die dann nachgelagert wieder entfernt werden müssen. Dies verschlechtert dann die Umweltbilanz dieses Verfahrens. Die IWB untersucht neben der Reinigungswirkung auch die Umweltauswirkung und auch der Energieverbrauch der zusätzlichen Reinigungsstufen. Die Erkenntnisse aus der Studie und ergänzenden Pilotversuche der IWB zeigen, dass die Aufbereitung mit Pulveraktivkohle und Membrantechnologie eine gute Umweltbilanz aufweisen und die Trinkwasserqualität nochmals verbessern. Die IWB wird darum solche Aufbereitungsverfahren im kommenden Jahr praktisch erproben und wenn sinnvoll und angemessen, auch wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll ist, diese auch umsetzen. Ich möchte an dieser Stelle aber schon auch sagen, dass auch eine Erhöhung der Aufbereitungsanlage dazu führen wird, dass das Trinkwasser dann auch teurer wird bei uns im Kanton.

Die Schlussfolgerung, die IWB ist gesetzlich verpflichtet, sicheres Trinkwasser bereitzustellen. Ich glaube, auch in den Verantwortlichkeitsfragen ist es sinnvoll, diese Verantwortlichkeit bei den IWB zu platzieren und nicht beim Regierungsrat oder beim Parlament, weil, seien wir ehrlich, wir sind auch nicht die Experten in der Aufbereitung von Trinkwasser. Es gehört also zu den Aufgaben der IWB, das Trinkwasser in einer einwandfreien Qualität herzustellen und uns ins Haus zu liefern. Die IWB nimmt diesen Auftrag sehr ernst, ist sich dessen bewusst und arbeitet stetig an Verbesserungspotenzialen. Ein einfaches Kopieren des in Muttenz eingesetzten Verfahrens entspricht nicht dem gesetzlichen Auftrag.

Nach dieser Berichterstattung und auch der klaren Zuweisung der Verantwortlichkeiten bittet Sie der Regierungsrat, diesen Anzug heute abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Da hat sich für die SP Jean-Luc Perret eingetragen.

Jean-Luc Perret (SP): Die Fraktion der SP bittet Sie, diesen Anzug stehen zu lassen. Ich möchte das gerne begründen, einerseits um vielleicht auch Regierungsrat Kaspar Sutter ein bisschen zu beruhigen und andererseits sehe ich, dass noch nicht alle sich entschieden haben und vielleicht hilft das ja etwas.

Auch wir sind der Meinung, dass das Trinkwasser der IWB sehr gut ist und die Laborwerte einwandfrei. Die Methode der Trinkwasseraufbereitung ist jedoch nicht mehr State of the Art, wie man so sagt. Das Rheinwasser wird seit Jahren auf demselben Weg gefiltert, in der Langen Erle versickert und aufbereitet. Auch seit dieser Vorstoss das erste Mal überwiesen wurde, hat sich daran nichts geändert.

Heute gibt es jedoch bessere Reinigungstechniken, die mehr Spurenstoffe herausfiltern können. Eine hochmoderne Anlage steht zum Beispiel in Muttenz. Diese Anlage schneidet in Auswertungen und in der Einschätzung von Expertinnen und Experten ausgezeichnet ab. Die IWB legen nun im, diese Meinung teile ich auch, sehr ausführlichen und sorgfältig verfassten Bericht dar, dass derzeit auch bei ihnen mehrere Projekte für zusätzliche Reinigungsstufen laufen. Kaspar Sutter hat das vorhin erwähnt. Der Handlungsbedarf ist also bekannt. Man hat sich aber noch nicht für ein Verfahren entschieden und es ist auch noch nichts Konkretes passiert.

Die Erwartung beim Stehenlassen wäre dann auch, dass die IWB eine konkrete Strategie vorlegen, wie es nun weitergeht. Dabei steht überhaupt nicht im Vordergrund, eine identische Anlage wie in Muttenz zu bauen. Es mag sogar gute Gründe geben, die dagegensprechen. Es soll auch kein Misstrauensvotum sein oder gar alarmistisch klingen. Es braucht einfach in nächster Zeit eine Modernisierung der Trinkwasseraufbereitung. So ein stehen gelassener Anzug unterstützt diese Anstrengungen und er bietet den IWB nebenbei die gute und wichtige Gelegenheit, dem Parlament, also uns, in zwei Jahren wieder darüber zu berichten.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie, den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GAB geht das Wort an Harald Friedl.

Harald Friedl (GAB): Ich möchte Jean-Luc Perret danken. Er hat schon vieles vorweggenommen, dass ich auch sagen wollte. Ich danke aber auch dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung dieses Anzugs. Ich sehe, da wurde mit



grosser Sorgfalt gearbeitet und es war sehr erhellend auch für mich. Ich bin auch erfreut zu lesen, dass die IWB und die Hardwasser AG die Trinkwasseraufbereitung sehr, sehr ernst nehmen.

Wie der Regierungsrat schreibt, ist auch die Erkenntnis gewachsen, und das hat Kaspar Sutter vorher auch schon bestätigt, dass die Bemühungen zur Verbesserung der Trinkwasserqualität intensiviert werden müssen. Das kann man auch so nachlesen in Kapitel 2.1.3. Für mich waren die Ausführungen zu den bisherigen Versuchen, die bei IWB gelaufen sind, sehr interessant. Ich habe das wirklich mit grosser Spannung gelesen, ich verfolge die Thematik des Trinkwassers und der Spurenanalytik schon sehr lange. Ich bin da auch einig mit dem Bericht oder mit der Beantwortung des Anzugs, dass es sinnvoller ist, die zusätzliche Aufbereitung des Trinkwassers nach der Infiltration, also nach der Versickerung des Rohwassers in der Langen Erle und im Hardwald einzuführen.

Wir können aber trotzdem nicht ganz den Schlussfolgerungen folgen, dass es nicht zielführend sei, die Trinkwasseraufbereitung in Muttenz näher oder gänzlich zu verfolgen. Denn es gab jetzt eine umfangreiche Untersuchung, da war die IWB involviert, die Gemeinde Muttenz und auch die FHNW, und diese Untersuchung zeigt ganz klar, dass die Reinigungsleistung der Aufbereitung in Muttenz deutlich besser ist als diejenige, die wir jetzt kennen bei IWB und Hardwasser AG. Darum verstehen wir auch nicht, ich meine, die Einführung dieser zusätzlichen Trinkwasseraufbereitung in der Anlage in Muttenz, die war auch begleitet durch jahrelange Untersuchungen und Vorstudien, da wurde schon viel Knowhow und Wissen generiert, das hätte man auch von IWB und Hardwasser eigentlich erwarten können, dass sie das näher verfolgen und das eventuell zusammen mit Muttenz dann auch untersuchen.

Wir unterstützen es sehr, dass die IWB weitere Untersuchungen durchführen will und am Thema dranbleibt und ich denke auch, wie Jean-Luc Perret es ausgeführt hat, es wäre interessant, in zwei Jahren dann zu erfahren, welche neuen Erkenntnisse die IWB und die Hardwasser AG daraus gewonnen haben und wir würden uns das gerne dann in einem zusätzlichen Bericht noch zur Kenntnis bringen lassen.

Darum wird auch das GAB hier für Stehenlassen votieren und ich danke Ihnen, wenn Sie uns dabei unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Felix Wehrli für die SVP.

Felix Wehrli (SVP): Die Zuständigkeit bei dieser Forderung liegt ja operativ klar bei der IWB. Diese prüft ja auch laufend, ob ihre Anlagen zur Aufbereitung der Trinkwasserqualität den neuesten Anforderungen entsprechen. Genau das ist in ihrem ureigenen Interesse und sie ist auf dem aktuellsten Stand der Technik, was die regelmässigen Kontrollen des Kantonslabors bereits mehrfach bestätigt haben. Wie bereits gesagt, befasst sich die IWB intensiv mit Verbesserungen auch in der Trinkwasseraufbereitung, diese im Übrigen in Zusammenarbeit mit der Hardwasser AG. Müsste nun die IWB eine Wasseraufbereitung nach dem Vorbild von Muttenz machen, so wie Sie das fordern, ich weiss nicht, ob die Qualität des Trinkwassers nicht darunter leiden würde, weil eben die Gegebenheiten nicht dieselben sind.

Wem also sauberes Trinkwasser für unsere Bevölkerung wichtig ist und auch die Verantwortung dafür übernimmt, darf diesen Anzug eigentlich nicht überweisen, weil er zu schlechter Qualität führen könnte. Haben Sie also Vertrauen in die IWB, der zehnteilige Bericht der Regierung zeigt deren Kompetenzen deutlich auf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit frage ich den Regierungsrat, ob er in der zweiten Runde das Wort wünscht? Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002905, 08.02.24 16:24:46]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 48 Nein-Stimmen gegen 45 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

52. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Senkung des Energieverbrauchs durch intelligente Heizsysteme, Schreiben des RR

[08.02.24 16:24:58, 21.5751.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionsvoten. Hier hat sich Jo Vergeat für das GAB angemeldet.

Jo Vergeat (GAB): Auch wenn man auf dem «Chrüzlistich» sieht, dass wir wenig Chancen haben, beantragen das GAB und die SP, für welche ich hier mitspreche, dass wir den Anzug stehen lassen. Wir sehen und begrüßen die Bemühungen, die in diesem Themenbereich jetzt schon angestellt wurden und dennoch ist uns diese Antwort zum Beispiel im Bereich der Beratung und Sensibilisierung zu oberflächlich. Gerade in der Spezialkommission Klimaschutz wurden diese Energieberatungen von der Verwaltung selbst immer wieder kritisiert, es sei sehr schwierig, die Menschen zu erreichen, dort wirklich effektive Ziele und Anpassungen umsetzen zu können und mit diesen Energieberatungen etwas zu erreichen.

Wir hätten uns gewünscht, dass man da ein bisschen mehr ausführt, wenn man schon so viel jetzt in diesem Themenbereich gemacht hat mit der Energiemangellage. Und weiter ist es uns ein Anliegen, dass diese systematische Analyse, die in Aussicht gestellt wird, um bei den kantonseigenen Immobilien solche intelligenten Heizsysteme umzusetzen und anzuwenden, auch ein bisschen stärker dargestellt wird und dann in zwei Jahren hoffentlich diese Resultate aus der Analyse und auch erste Erkenntnisse dargelegt werden könnten.

Und weil uns das alles in dieser Anzugsbeantwortung gefehlt hat, würden wir gerne stehen lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde verzichtet der Regierungsrat auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002907, 08.02.24 16:27:49]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 49 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

53. Interpellation Nr. 139 Andrea Strahm betreffend Erschliessung von Grossbasel mit Fernwärme bis zur Kantons- resp. Landesgrenze, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 16:27:57, 23.5557.02]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Die vorliegende Interpellation betrifft diejenigen Gebiete auf Stadtboden, die nicht mit Fernwärme versorgt werden sollen. Dass das Gas bis 2037 abgestellt werden soll, ist unbestritten. Die Frage aber, wie sich denn die Stadtbewohner, die bislang mit Gas heizen ohne Gas behelfen sollen, ist nicht geklärt. An einem Podium mit dem Vorsteher des WSU beabsichtigten wir, die betroffenen Anwohner zu informieren. Dies gelang leider nicht. Vielmehr zeigte sich, dass sich vor allem bei den Reihenhäuschen im Neubad, wie Sie sie wohl alle kennen, mannigfaltige Probleme ergeben. Aber auch andere Gebiete der Stadt sind betroffen. Es kamen über 100 Leute an den Anlass, die Stimmung war gereizt.

Die Regierung bietet zwar eine Beratung an, doch die erschöpft sich in Informationen, die die Bewohner ohnehin schon kennen. Sie verweist auf individuelle Lösungen. Man kann die Beratung in einem Satz zusammenfassen; man solle sich an eine der Firmen für Wärmepumpen und Co wenden, die wüssten dann schon Bescheid. Im Zusammenhang mit diesen Ersatzlösungen wie Solardächern, Erdsonden und Wärmepumpen und dergleichen ergeben sich jedoch unzählige Fragen. Die Installationen sind Stromfresser, sie haben eine beschränkte Lebensdauer, im Sommer geben sie mit den laufenden Motoren auch an die Aussenwelt Wärme ab. Sie benötigen Platz im Garten, sie lärmen und wie nachhaltig und ökologisch es ist, alle paar Meter eine Erdsonde in die Tiefe zu hämmern und dort Wärme abzuziehen, ist völlig unklar.

Einzelne der Fragen der Interpellation hat die Regierung gar nicht beantwortet, etwa diejenige, ob durch die jahrzehntelange Lieferung von Heizenergie den Gasbezügern nicht wohl erworbene Rechte auf eine zur Verfügungstellung von Heizenergie entstanden sind. Bleiben wir aber bei der wichtigsten Frage, weshalb können wir denn nicht überall Fernwärme einziehen. Wir kennen die Antwort, dies rentiere nicht. Unserer naiven Vorstellung nach müsste man, wenn man argumentiert, etwas rentiere nicht, Berechnungen angestellt haben. Wir wollten deshalb von der Regierung wissen, was die Erschliessung des ganzen Stadtgebietes respektive bestimmter Areale mit Fernwärme denn kosten würde und ob es sich aus ökologischer Sicht nicht doch lohnen würde, diese Investitionen zu tätigen. Die Antwort; die Regierung weiss nicht, was es kosten würde, ihr liegen, wie sie schreibt, keine konkreten Zahlen vor.

Es ist verblüffend. Wenn der Grosse Rat diesen Gasausstieg will, dann müssen auch die Berechnungen aller Alternativen vorliegen. Es muss diskutiert werden dürfen, ob eine generelle zur Verfügungstellung von Fernwärme nicht die beste Variante wäre, weil dann die jeweils umweltverträglichste Energie gewählt werden kann, etwa auch Wasserstoff. Es muss überlegt werden dürfen, ob der Kanton dazu nicht Gelder sprechen möchte. Es muss hingeschaut werden auf diese Strassen, wie etwa die Realpstrasse, wo alle paar Meter tiefe Sonden ins Erdreich führen und Wärme absaugen. Es muss überlegt werden, was mit all den Installationen in zehn Jahren ist, in 20 Jahren, wenn Reparaturen anstehen, sie ersetzt werden müssen. Auch der Aspekt einer Strommangellage muss Eingang in die Diskussionen finden. Was geschieht dann mit all den Wärmepumpen, usw., etwa bei stundenweiser Unterbrechung der Stromversorgung wie im letzten Winter diskutiert.

Die Frage also, warum es nicht rentiere, überall Fernwärme einzuziehen, blieb unbeantwortet, ebenso die Gründe dieser Aussage. Mir bleibt mit Johann Wolfgang von Goethe festzuhalten: Da steh' ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor! Und leider nicht zufrieden. Das ist nicht von Goethe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

54. Interpellation Nr. 151 Fina Girard betreffend Unterbringung von Jugendlichen im Gefängnis durch die KESB, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 16:32:50, 23.5609.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Fina Girard (GAB): Es ist schon eine Weile her, dass durch SRF Investigativ bekannt wurde, dass die KESB Minderjährige in Gefängnissen unterbringt, weil sie scheinbar nirgendwo anders untergebracht werden können. Nun bestätigte also auch der Regierungsrat in der Beantwortung meiner Interpellation, dass solche Fälle auch im Waaghof in Basel vorkommen. Diese



Fälle seien selten, sie geschehen nur in Notfällen und auch die Aufenthaltsdauer sei jeweils nur kurz. Das erleichtert mich. In Basel müssen also keine Jugendlichen monatelang ohne Straftat und Gerichtsverfahren im Gefängnis ausharren, wie das in Thun der Fall war.

Dennoch verurteile ich dieses Vorgehen der KESB nach wie vor. Unterdessen haben Kinder- und Jugendrechtsorganisationen wie Pro Juventute und der Dachverband offene Kinder- und Jugendarbeit einen offenen Brief verfasst. Auch sie bestätigen, mit dieser Praxis werden Menschen- und Kinderrechte verletzt. Der Artikel 39 der Kinderrechtskonvention verlangt, dass der Staat dafür sorgen muss, psychisch belastete Kinder und Jugendliche bestmöglich zu unterstützen, und zwar in einer Umgebung, die, ich zitiere: der Gesundheit, der Selbstachtung und der Würde des Kindes förderlich ist.

Eine Unterbringung im Jugend-Untersuchungsgefängnis kann beim besten Willen nicht als eine solche Umgebung beschrieben werden. Diese Jugendlichen verdienen die Chance, in einer fürsorglichen Umgebung gefördert zu werden und so das Rüstzeug für einen einfacheren Start ins Erwachsenenleben zu erarbeiten. Ich bin daher auch nach der Beantwortung meiner Interpellation überzeugt, dass eine solche Unterbringung auch in Notfällen und auch bei Engpässen nicht akzeptiert werden darf. Ich erwarte daher weiterhin, dass die Regierung nach einer alternativen Lösung sucht, wie diese Jugendlichen untergebracht und betreut werden können, und zwar auch und besonders bei den Jugendlichen, die sich selbst und andere gefährden. Eine Unterbringung im Gefängnis darf keine Lösung bleiben. Ich bin daher mit der Beantwortung der Interpellation teilweise zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

55. Anzug der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Schaffung von «Sozialen Anstellungen» innerhalb der kantonalen Verwaltung und kantonsnahen Betrieben bei erfolgreicher Integration, Schreiben des RR, Schreiben des RR

[08.02.24 16:35:27, 20.5268.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Es sind keine Wortmeldungen mehr eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

56. Motion Luca Urgese und Consorten betreffend neues Steuerrechnungsmodell, statt Steuerinkasso auf die Unternehmen abwälzen, Stellungnahme des RR

[08.02.24 16:36:05, 23.5348.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Wünschen Sie das Wort, Tanja Soland? Sie verzichtet. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Zuerst zu Heidi Mück von der Fraktion GAB.

Heidi Mück (GAB): Mein erster Impuls war, ja okay, das ist gut, die Regierung ist daran, ein Projekt auszuarbeiten und die Anliegen der Motion können ja als Anzug da gegebenenfalls einfließen. Aber wir haben die Initiative der SP, die heisst, keine Steuerschulden dank Direktabzug. Diese wurde eingereicht und ist ja auch offiziell zustande gekommen und wir harren auf eine allfällige Volksabstimmung. Ich denke, die wird gute Chancen haben.



Ich kann diese vorliegende Motion nicht von der Initiative trennen, denn sie ist ja auch wie eine Art Gegenvorschlag formuliert oder Gegenvorschlag gedacht und nach Ansicht des GAB verfolgt die Initiative den richtigen Weg. Wir geben der Idee des Direktabzugs klar den Vorzug gegenüber der Idee der provisorischen Rechnungsstellung durch den Kanton. Deshalb möchten wir auch keine entsprechenden Signale setzen und die Motion eigentlich gar nicht überweisen, auch nicht als Anzug.

Einfach noch eine vielleicht etwas launischen Nebenbemerkung. Wir haben heute Morgen viel über Generelle Aufgabenüberprüfung diskutiert, über Effizienz, über Bürokratie, es war sogar die Rede von Leistungen des Staates, die überflüssig sind. Das war alles ziemlich vage, aber es wurde auch klar, was für eine Art Staat sich die Bürgerlichen wünschen. Nett gesagt, einen schlanken Staat oder etwas weniger nett gesagt, einen Nachtwächterstaat. Aber jetzt wird quasi die Initiative für einen Direktabzug der Steuern mit der umgekehrten Argumentation bekämpft, nämlich der Kanton soll da weitere Leistungen übernehmen und diese Argumentation geht für mich irgendwie nicht auf.

Ich bitte Sie, die Motion gar nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP geht das Wort an Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Die vorliegende Motion ist ein neues Steuerrechnungsmodell und soll eine Alternative zur eingereichten Initiative für ein Lohnabzugsverfahren einführen. Der Vorstoss fordert die periodische Versendung von Rechnungen über einen Teilbetrag der Steuern an die Steuerpflichtigen. Der Vorstoss moniert, dass die Selbstverantwortung der Steuerpflichtigen bestehen bleiben muss und dass das Steuerinkasso nicht wie beim Lohnabzugsverfahren beim Staat verbleibt.

Die Motionäre anerkennen selbst, dass ein unwesentlicher grosser Teil der Bevölkerung Probleme mit der Bezahlung der Steuerforderung hat, sei es aus finanzieller Not, aus falscher Priorisierung von Ausgaben oder aber auch aus Nachlässigkeit. Sie sehen den Steuerpflichtigen mittels eines Dauerauftrages bei der Bank in der Pflicht. Die Realität ist aber eine andere. Viele Steuerpflichtige richten eben keinen Dauerauftrag ein für die regelmässige Teilzahlung und damit die Steuerforderung. Damit ist die Steuerforderung im Ergebnis offen und es bleiben Steuerschulden.

Nun geht es aber auch nicht um das Lohnabzugsverfahren, sondern um das vorgeschlagene Steuerrechnungsmodell. Zum Steuerrechnungsmodell führt die Regierung in der Motionsbeantwortung aus, dass dieses weitestgehend bereits in Ausarbeitung befindenden provisorischen Rechnung der Steuerbehörde entspricht. Aus diesem Grund ist eine Überweisung noch nicht mal als Anzug notwendig, da im Sinne des vorgeschlagenen Steuerrechnungsmodells mit der provisorischen Rechnung bereits eine Umsetzung vorgesehen ist.

Ich bitte Sie daher, kein Wasser in den Rhein zu tragen und den Vorstoss nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion FDP ergreift Luca Urgese das Wort.

Luca Urgese (FDP): Ich darf für die GLP, für die LDP und für die SVP sprechen. Was ist das Ziel dieses Vorstosses. Das Ziel ist, die Zahl der Steuerschuldnerinnen und Steuerschuldner zu senken. Wie erreichen wir das? Wir sind überzeugt, dass man die Menschen bei der Erfüllung ihrer Steuerpflicht stärker unterstützen kann. Allerdings nicht in Form eines Lohnabzuges, wir halten das nach wie vor entschieden für den falschen Weg. Ich muss jetzt hier nicht nochmals alle Argumente aufzählen, sie sind einerseits im Vorstoss aufgezählt und wir haben sie hier drin auch schon verschiedentlich diskutiert.

Eines möchte ich doch festhalten, liebe Heidi Mück, wenn wir hier von Effizienz und von Bürokratie sprechen. Erstens, das Inkasso der Steuern ist selbstverständlich Kernauftrag des Staates und es kann ja nicht sein, dass man die Bürokratie, die damit verbunden ist, einfach an die privaten Arbeitgeber abdelegiert. Weil die Bürokratie ist dann nicht weg, sondern man hat sie dann einfach elegant an den Privaten abdelegiert. Dort findet dann die Belastung aber weiterhin statt beziehungsweise sie wäre mit der Lösung, wie sie die Initiative vorschlägt, nochmal massiv höher und mit erheblichen Risiken verbunden. Wir haben deshalb eine andere Lösung vorgeschlagen, nämlich wir möchten die Steuerpflichtigen unterstützen, ihre Eigenverantwortung besser wahrnehmen zu können.

Wir nehmen dabei erfreut zur Kenntnis, dass der Regierungsrat bereits ein Projekt am Laufen hat, dieses Projekt mit der provisorischen Steuerrechnung, und dass er bereit ist, die Gedanken, die der Vorstoss in sich trägt, in diese Arbeiten miteinfließen zu lassen. Das ist positiv, das unterstützen wir, ich möchte aber doch festhalten, wir wären nicht zufrieden, wenn der Regierungsrat einfach mit einer Vorlage kommt, dass eine einmalige provisorische Steuerrechnung künftig möglich sein soll und das wäre es dann gewesen. Die Motion oder vielleicht dann später der Anzug schlägt explizit vor, dass beispielsweise eine monatliche oder vielleicht auch eine quartalsweise Rechnung möglich sein soll. Hier wünschen wir uns, dass auch eine gewisse Flexibilität bei der Periodizität dann entsprechend besteht.



Plus haben wir explizit festgehalten, dass auch die Möglichkeiten der Digitalisierung geprüft werden sollen, indem man das ausschöpfen kann, davon habe ich jetzt in der Stellungnahme des Regierungsrates nicht so viel gelesen. Da möchte ich auch nochmals unterstreichen, es gibt inzwischen verschiedene Möglichkeiten, wie man Zahlungspflichtige unterstützen kann bei der Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen. Sei das E-Bill, sei das Lastschriftverfahren, also es gibt inzwischen eine Vielfalt von Möglichkeiten, so dass jede und jeder selber entscheiden kann, was für ihn oder sie der beste entsprechende Weg ist.

Weil bereits ein Projekt am Laufen ist, leuchtet es uns ein, dass der Vorstoss nicht zwingend als Motion überwiesen werden muss, sondern dass das auch in Form eines Anzugs erfüllt werden kann. Das können wir unterstützen, bitten aber den Regierungsrat, die Ausführungen, die ich soeben getätigt habe, bei den Arbeiten entsprechend mit zu berücksichtigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Möchte Regierungsrätin Tanja Soland das Wort? Sie hat es.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich möchte nur noch darauf hinweisen, dass ich vor allem eines nicht möchte und das ist diese Anliegen zu verknüpfen. Weil ich finde, auch wenn die Initiative der SP dann mal zur Abstimmung kommt und angenommen wird, nehmen wir an, und das Verfahren so eingeführt würde, sehe ich nicht ein, warum die Steuerpflichtigen auf die provisorische Rechnung verzichten sollen. Ich finde es ein Bedürfnis, das fast überall in der Schweiz bereits eingeführt ist und ich würde das wirklich gerne auch bei uns einführen, weil das wäre wirklich eine grosse Erleichterung für alle Steuerpflichtigen. Ob es damit die Steuerschulden verringert, das kann ich nicht sagen, aber es ist auf jeden Fall sehr kundenfreundlich. Das wäre mir wichtig.

Anscheinend haben wir ein paar Anliegen übersehen, wie Luca Urgese sagt. Das liegt vielleicht auch an den vielen Motionen, die bereits über den Tisch gehen, aber wir werden auf jeden Fall prüfen und alles, was kundenfreundlich ist, was unseren Steuerpflichtigen entgegenkommt, möchten wir gerne anbieten. Daher bin ich froh, wenn Sie das Geschäft als Anzug überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurde kein Antrag auf Weiterbehandlung als Motion gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, Weiterbehandlung als Anzug

Heidi Mück beantragt Nichtüberweisung des Anzugs. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002912, 08.02.24 16:46:46]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben entschieden, das Geschäft als Anzug zu überweisen mit 48 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung.



57. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Zwischennutzung Musical Theater ab 2025 jetzt in Angriff nehmen, Stellungnahme des RR

[08.02.24 16:46:55, 23.5333.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Wünscht Regierungsrätin Tanja Soland das Wort? Sie verzichtet. Es sind keine Fraktionsvoten eingetragen. Als Einzelsprecher hat sich Johannes Sieber gemeldet.

Johannes Sieber (GLP): Anders als im «Chrüzlistich» aufgeführt, werden wir nicht beantragen, dieses Geschäft als Motion zu überweisen. Es wäre zugegebenermassen etwas eine Zwängerei, weil das Hauptproblem wurde ja gelöst, nämlich dass das Musical Theater über die vorgesehene Betriebsdauer hinaus weiter programmiert werden kann. Das ist erfüllt und ich möchte auch den Regierungsrat loben für diese pragmatische Lösung, die er da gefunden hat. Obwohl halt schon eine Ausschreibung einer Zwischennutzung dann noch die Chance mitgebracht hätte, dass man die Nachfrage etwas prüfen hätte können, ob sich potenzielle Betreiber*innen auch melden würden, das zu tun. Darauf müssen wir jetzt verzichten.

Ich möchte aber doch noch zu Protokoll geben, dass mir eine gewisse Ungereimtheit aufgefallen ist, nämlich hat doch Tanja Soland hier in diesem hohen Hause erklärt, dass dieser Betrieb dieses Musical Theaters, also nicht nur die Sanierung, sondern auch dieser Betrieb ohne Drittmittel nicht möglich sein wird und deswegen auf Subventionen angewiesen sein wird. Und jetzt hat doch diese private Betriebsgesellschaft diesen Vertrag ziemlich zackig verlängert und das ohne Drittmittel. Also muss doch davon ausgegangen werden, dass dieser Betrieb eben doch ohne Drittmittel möglich ist und da sehe ich eine gewisse Diskrepanz. Darauf wollte ich hinweisen, finde mich aber damit ab, wenn dieser Vorstoss jetzt abgeschrieben wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wünscht Regierungsrätin Tanja Soland das Wort? Sie verzichtet.

Ich muss mich noch korrigieren. Ich glaube, ich habe falsch gesagt, dass die Motion als rechtlich zulässig beurteilt wurde. Sie wurde als rechtlich unzulässig beurteilt.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion abzulehnen. Das Geschäft ist erledigt.

58. Anzug Remo Gallacchi und Konsorten betreffend ein System und eine Plattform für den ganzen Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR

[08.02.24 16:49:40, 19.5400.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug als erledigt abzuschreiben.

59. Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend ein digitales Forum für Basel, Schreiben des RR

[08.02.24 16:50:17, 21.5533.02]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Da hat sich Oliver Thommen für das GAB eingetragen.

Oliver Thommen (GAB): Das GAB bittet Sie, diesen Anzug stehen zu lassen und das aus folgenden Gründen. Sie haben vielleicht die Beantwortung gelesen und wir sind mehr oder weniger unzufrieden damit, wie dieser Anzug beantwortet worden ist. Man kann ja vielleicht einen Anzug nicht gut finden, aber dass man sich wenigstens darum kümmert und diesen sachgetreu beantwortet, das hätte ich schon erwartet, weil sonst muss ich nicht einen Anzug schreiben, sondern kann eine schriftliche Anfrage machen. Und dass der Regierungsrat nicht mal die zweite Forderung, nämlich eine Übersicht, welche Applikationen er als Kanton verwendet, gemacht hat, das finde ich schon ein bisschen deplorabel und würde Sie deshalb bitten, dem Regierungsrat nochmals eine Chance zu geben, zum Beispiel eine solche Übersicht zu erstellen.

Und auch ganz grundsätzlich, die Forderung der Motion, der Text ist ja relativ lang und umfangreich und bietet ein bisschen eine Auswahl an, was alles möglich ist, und Sie werden sagen, ja, das kann man ja gar nicht alles umsetzen, aber andere Gemeinwesen haben das längst umgesetzt. Aesch-bigott hat das schon lange. Es ist natürlich nicht ein Kanton wie Basel-Stadt, sondern eine Gemeinde mit vielleicht 10'000 bis 20'000 Einwohnenden, aber dort gibt es solche Plattformen zur Kommunikation und diese werden rege genutzt. Und warum man das in Basel nicht prüfen will mit einem Hinweis auf die vermeintliche Digitalstrategie, das erschliesst sich uns letztendlich nicht.

Darum bitte ich Sie, bitte nochmals stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wünscht Regierungsrätin Tanja Soland das Wort? Sie wünscht es und hat es.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Es tut mir leid, wenn Sie den Eindruck haben, wir hätten nicht mal Ihre Fragen beantworten wollen. Vielleicht konnten wir sie auch nicht. Es ist nicht ganz so einfach, was Sie wollten. Ich glaube, Sie sind in der GPK, wir können das auch gerne einmal dort länger besprechen. Wir sind im Moment ja dabei, wie Sie wissen, beim Aufbau der Digitalisierungsstelle mit dem DigiLab. Wir haben noch ein Projekt bei der IT in Überprüfung. Wir sind bei gewissen Dingen etwas unter Wasser, gebe ich zu. Wir versuchen auch zu priorisieren, daher ist das wahrscheinlich eher diesen ganzen Umstellungen und allem geschuldet. Und es ist nicht so einfach, weil wir nicht genau wissen, wer, was, wo macht im Kanton. Das ist alles im Moment nicht zentral, das ist alles dezentral. Da sind wir am Überprüfen, daher kommt das, dass die Antwort vielleicht in dem Sinne etwas unbefriedigend ist.

Und wenn Sie finden, wir könnten doch eine Plattform machen, die wäre sicher toll, das glaube ich Ihnen, aber ich habe, muss ich sagen, jetzt mal gesagt, wir müssen auch irgendwann priorisieren, weil wir brauchen das E-Konto, das hat jetzt mal erste Priorität. Wir müssen diese Überprüfungen machen, die Digitalisierungsstelle aufbauen und dann kann man sicher später auch alles andere nochmal anschauen. Also es ist eher auch ein Ausdruck der aktuellen Lage.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Frau Regierungsrätin, Sie dürfen entscheiden, ob Sie eine Zwischenfrage annehmen von Oliver Thommen. Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Ich habe bis jetzt nur Argumente gehört, warum Sie den Anzug nochmals stehen lassen sollten, wenn Sie doch etwas mehr Zeit brauchen für die Beantwortung.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wissen Sie, dieses Stehenlassen, da füllen Sie Berge damit. Sie erreichen mehr, wenn Sie dann später noch einmal nachfragen. Stehenlassen heisst, jetzt schon wieder in zwei Jahren. Wir können das später einmal anschauen, aber die Berge füllen sich mit Vorstössen und stehen gelassenen Vorstössen. Ja, ich gebe zu, so wie Sie gerne Vorstösse einreichen und Sie dürfen so viele, wie Sie wollen, so gerne sind wir auch froh, wenn wir mal einen weniger auf unsere Ablage haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst abschreiben. NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002916, 08.02.24 16:56:13]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 71 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

60. Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes, Stellungnahme des RR

[08.02.24 16:56:21, 23.5271.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Wünscht die Regierungsrätin das Wort? Sie verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Hier hat sich Hanna Bay für die SP eingetragen.

Hanna Bay (SP): Ich habe das vorliegende Traktandum respektive die fraktionsinterne Verantwortlichkeit sozusagen mit der Sitznummer 33 von Motionär Christian von Wartburg geerbt. Und das freut mich, denn gleich wie er erachte ich das Thema Whistleblowing nicht nur als eine Nebensächlichkeit, sondern als wichtiger Bestandteil, um das Funktionieren des und das Vertrauen in die Organe des Service Public zu gewährleisten. Dort genau hinzuschauen, wo es allenfalls falsch läuft, ist nicht nur ein Nice to have, sondern ein wichtiger Teil der staatlichen Rechenschaft. Dabei habe ich dem Antwortschreiben der Regierung mit Freude entnommen, dass diese die Auffassung teilt, das Whistleblowing ein wichtiges Handlungsfeld in der Korruptionsbekämpfung darstellt. Ebenso erfreulich ist es, dass eine elektronische Plattform für anonyme Meldungen offensichtlich noch dieses Jahr erfolgen soll.

Dennoch halte ich im Rahmen der SP-Fraktion an der Überweisung als Motion fest. Dabei geht es nicht darum, die sämtlichen bisherigen Bemühungen schlechtzureden, sondern vielmehr darum, bei einzelnen wichtigen Punkten zeitnah konkrete Verbesserungen zu erreichen. Ich möchte die einzelnen Punkte im Folgenden kurz durchgehen.

Erstens, das Verfahren soll klar geregelt werden. So muss klar sein, was mit einer Meldung geschieht, wie eine solche beantwortet wird und was deren Folgen sind.

Zweitens, und das ist meines Erachtens zentral, soll nicht nur eine vertrauliche Meldung möglich sein, sondern die Identität der Whistleblower soll auch während dem gesamten Verfahren geschützt werden, wenn dies gewünscht und auch notwendig ist. Dies ist in der bestehenden Verordnung nur ungenügend geregelt. Die Anonymität ist einzig beim Case Management geregelt, nicht aber beim eigentlichen Whistleblowing-Verfahren.

Drittens, und auch das ist wichtig, soll die Regelung nicht nur in einer vom Regierungsrat grundsätzlich jederzeit abänderbaren Verordnung sein, sondern in einem demokratisch legitimierten Gesetz im formellen Sinne.

Viertens ist die Frage, ob man die öffentlich-rechtlichen Anstalten, namentlich die Spitäler, in den Anwendungsbereich miteinschliesst. Schlussendlich eine politische Frage, wollen wir als Eigner sicherstellen, dass auch dort Missstände gemeldet werden können. Es geht schliesslich auch dort um Steuergelder oder wollen wir unter dem Deckmantel der Autonomie darauf verzichten. Ich bin für ersteres und damit bin ich auch nicht ganz alleine. Die Mehrheit der bestehenden Meldestellen in der Schweiz fassen ihren Aufgabenbereich weit. Dies ist der Studie der Fachhochschule Graubünden zu entnehmen, auf welche sich auch die Regierung beruft.



Und schliesslich noch die Frage, wo diese Meldestelle angegliedert sein soll. Hier ist der Regierung zwar recht zu geben, dass eine Angliederung an die Ombudsstelle nicht unüblich ist. Die gleiche Studie der FH Graubünden zeigt aber auch, dass es noch üblicher ist, die Meldestelle bei der Finanzkontrolle anzugliedern und das ergibt auch Sinn. Sso geht es bei Whistleblowing-Vorfällen oft, wenn auch nicht immer, um finanzielle Angelegenheiten. Andererseits spricht auch ein Blick in die jeweiligen gesetzlichen Grundlagen für eine Angliederung bei der Finanzkontrolle. So hat diese den unmissverständlichen Auftrag, das staatliche Handeln zu prüfen. Die Ombudsstelle demgegenüber hat den primären Gesetzauftrag bei Streitigkeiten zu vermitteln und zu helfen. Bei Whistleblowing-Fällen geht es aber nicht um das Vermitteln, sondern es geht um die genaue und ernsthafte Überprüfung der Angelegenheit.

Nun, wieso drängt sich jetzt eine gesetzliche Regelung auf? Ich denke, der Handlungsbedarf ist klar, ein weiteres Zuwarten erscheint schlicht nicht notwendig. Die SP begrüsst es zwar explizit, dass der Regierungsrat die Korruptionsthematik breiter anschauen und prüfen will. Ein Whistleblowing-Gesetz, welches diesen Namen auch verdient, steht aber dem nicht im Weg und wäre ein wichtiger Pflöck.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, nicht der Regierung zu folgen, sondern die Motion weiterhin als solche zu behandeln und zum zweiten Mal zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GAB spricht Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Grundsätzlich kann unsere Fraktion den Ausführungen des Regierungsrats folgen. Insbesondere die Problematik mit nicht direkt in der Verwaltung angesiedeltem Personal, wie da zu verfahren ist, ist sicher ein schwieriger Fall, und auch andere Fragen, die bereits Hanna Bay tangiert hat, sind sicher schwierig. Der Regierungsrat hat dort sicher gute Argumente, warum es als Anzug zu überweisen ist und unsere Fraktion hat ja auch Anzug im «Chrüzlistich».

Ich muss Ihnen allerdings sagen, wenn ich jetzt das vorherige Traktandum gehört habe, dann habe ich das Gefühl, wenn wir das als Anzug überweisen, dann verschwindet es in einer Schublade. Von dem her werde ich persönlich als Motion stimmen entgegen der Fraktionsmeinung und bitte Sie, das auch zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP geht das Wort an Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Erst mal herzlichen Dank an Hanna Bay für dieses Supervotum, das eigentlich sachlich alles gesagt hat, was zu sagen ist. Ich weiss gar nicht, ob ich noch etwas sagen soll, aber ich sage trotzdem was.

Auch die Fraktion der GLP beantragt das Überweisen als Motion. Das Anliegen dieser Motion ist der Erlass eines Gesetzes zum Schutz von Whistleblowing. Wir erachten, wie der Regierungsrat in seiner Beantwortung richtig erkannt hat, den aktuellen Schutz als ungenügend. Der Regierungsrat versucht in seiner Beantwortung aufzuzeigen, dass er sich mit der Thematik eingehend befasst und sie auch für wichtig erachtet. So habe er ein hohes Interesse an der Thematik und er will eine neue gesetzliche Regelung im Rahmen seiner aktuellen Bemühungen prüfen. Leider verpasst es der Regierungsrat, sich zu einer Verstärkung des Schutzes von Whistleblowing zu bekennen. Mit keinem Wort signalisiert er in seiner Beantwortung, dass dafür Handlungsbedarf besteht oder er bekräftigt auch nicht die Notwendigkeit, alles für den Schutz von Whistleblower*innen zu tun. Es macht vielmehr den Eindruck, als ob er einen Ausbau dieses Schutzes eher für unnötig erachtet. Das bedauere ich.

Mit Blick auf die Diskussion von heute Vormittag, und da schliesse ich mich Oliver Thommen an, müssen wir leider davon ausgehen, dass bei einer Überweisung als Anzug, so wie das der Regierungsrat beantragt, dieser Schutz auch nicht verstärkt werden wird. Wir werden dann vermutlich in zwei Jahren berichtet bekommen, Sie können uns mit einem Anzug nicht zum Erlass eines Gesetzes verpflichten, was dann leider auch richtig wäre. Lange Rede, kurzer Sinn, falls Sie in Whistleblowing einen Weg gegen Korruption und für das Aufdecken von Missständen sehen, dann müssen Sie dafür sorgen, dass Whistleblower*innen ausreichend geschützt sind. Das tun wir nur, wenn Sie diese Motion in einem zweiten Schritt als Motion überweisen. Ich hoffe, das tun Sie mit mir.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Johannes Sieber, nehmen Sie die Zwischenfrage von Pascal Messerli an? Sie wird angenommen.



Pascal Messerli (SVP): Johannes Sieber, Sie haben heute einer Motion zugestimmt für eine Generelle Aufgabenüberprüfung, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Ist es nicht widersprüchlich, wenn Sie jetzt eine zusätzliche Meldestelle neben der Ombudsstelle fordern? Ist das nicht auch eine Doppelspurigkeit?

Johannes Sieber (GLP): Ich denke, das hat Hanna Bay sehr gut ausgeführt, wo der Unterschied liegt und nein, ich denke nicht, dass es eine Doppelspurigkeit ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion FDP geht das Wort an David Jenny.

David Jenny (FDP): Zur Effizienzsteigerung kann nach Ansicht der FDP-Fraktion vollständig auf die Überweisung dieses Geschäftes verzichtet werden. Wenn Sie als Motion überweisen, dann belohnen Sie wirklich eine der schludrigsten Motionen, die ich gesehen haben. Ich meine, da wird so getan, als gibt es da ein Gesetz, das muss man dann nur noch abschreiben und dann ist alles getan. Da wurde einfach mit irgendwie Google Translate etwas von unseren Genfer Kollegen übersetzt. Zum Beispiel heisst es in Artikel 2: Das vorliegende Gesetz gilt für Angehörige. In der Genfer Version heisst es aber Personal. Das macht einen ziemlich grossen Unterschied zum Beispiel des Grossen Rates. Wenn Personal gesagt wird, dann ist an den Parlamentsdienst gedacht. Angehörige, auch wir sind Angehörige, wir sind aber nicht Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen, das haben wir auch schon festgestellt, das passt einfach nicht auf uns.

Dann Gross- und Kleinschreibung gibt es sowieso nicht in dieser Übersetzung. Dann heisst es zum Beispiel in Artikel 3: auf der Grundlage eines begründeten Verdachts seiner Hierarchie, tönt ja gut, aber wahrscheinlich auch nicht so, wie wir Gesetze verfassen. Dann ist auch noch toll, die Regierung legt das Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes innerhalb eines Jahres nach seiner Verabschiedung fest. Das heisst, innerhalb eines Jahres kann die Regierung sagen, das Gesetz tritt in 100 Jahren in Kraft. Wollen Sie dies? Also wirklich, da wurde also nicht sehr viel Aufwand betrieben in dieser Übersetzung und das soll Grundlage eines guten Gesetzes sein? Na dann Prost heute Abend.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: David Jenny, es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): David Jenny, ist Ihnen aufgefallen, dass dieser Gesetzesentwurf, der von meinem Ghostwriter war, ein Entwurf ist und nicht in Motionssinne verbindlich, sondern ein Vorschlag, wie das gemacht werden könnte?

David Jenny (FDP): Die Unsorgfalt dieses Entwurfes lässt schlimmes befürchten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an die Sprecherin des Regierungsrates. Sie verzichtet.

Hanna Bay beantragt Überweisung als Motion. Wir machen eine Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002918, 08.02.24 17:09:25]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben entschieden, das Geschäft als Motion weiterzubehandeln mit 51 Nein-Stimmen gegen 40 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

David Jenny beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 34 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002920, 08.02.24 17:10:13]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben das Geschäft als Motion überwiesen mit 57 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

61. Anzug der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Analyse zu den aktuellen Steuerabzügen im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR

[08.02.24 17:10:21, 21.5708.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug das erledigt abzuschreiben.

Wünscht Regierungsrätin Tanja Soland das Wort? Sie verzichtet. Wir kommen damit zu den Einzelsprechenden, weil es keine Fraktionssprechenden gibt. Das Wort geht an Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich bin hier als Einzelsprecherin gemeldet, aber ich spreche natürlich im Auftrag der grossen Mehrheit innerhalb der WAK, welche sich dafür ausgesprochen hat an unserer letzten Sitzung diesen Montag, hier auf Stehenlassen zu plädieren und ich habe auch gesehen und wir freuen uns, dass die meisten Fraktionen diesem Stehenlassen-Antrag auch zustimmen werden.

Warum stehe ich jetzt trotzdem hier. Dieser Anzug wurde bei der Erstüberweisung stillschweigend überwiesen. Darum gab es keine Gelegenheit oder wir haben nicht reagiert und sind ans Mikrofon gegangen und haben erläutert, worum es der WAK genau ging in diesem Anzug. Das ist vielleicht ein bisschen ein Grund dafür, dass wir nun, als wir die Antwort gesehen haben, fanden, ja, das ist jetzt aber nicht das, was wir uns erhofft hatten, womit wir in der WAK nun weiterarbeiten könnten.

Die Regierung hat alles brav beantwortet, ich würde mal so sagen, und kommt für sich zum Schluss, dass quasi alles, so wie es läuft, gut ist. Sie sagt dann auch an mehreren Stellen, der Regierungsrat erachtet die Wirkungseffizienz als gegeben, legt dann aber nicht dar, inwiefern sie das so betrachtet, auf welchen Analysen dieses Fazit dann beruht. Und das war halt im Anzug schon auch die Frage, inwiefern, war die Frage und da fehlt uns jetzt einfach ein bisschen der Background für diese Feststellungen in der Anzugsbeantwortung. Wir in der WAK würden gerne mit den Antworten weiterarbeiten können, in unserer Kommission besprechen, läuft das in die richtige Richtung, müsste man irgendwo Justierungen ins Auge fassen und dafür sind jetzt auch diese Antworten keine genügende Grundlage.

Wir können uns auch vorstellen, dass wir das mit den zuständigen Personen vom Finanzdepartement zum Beispiel auch einmal in einer Sitzung besprechen, damit man da gemeinsam auch schauen kann, in welche Richtung sollen jetzt dann diese Analysen gehen, braucht es vielleicht sogar einen Studienauftrag, damit wir da Bescheid wissen. Wir wissen, das dauert jetzt wieder, das ist auch kein Problem, im Gegenteil, wir sehen darin sogar einen Vorteil, denn dann kann nämlich das letzte Steuerpaket auch gleich noch mit in diese Analyse einbezogen werden. Weil dann sind da schon wieder ein paar Jahre Erfahrungen damit auf dem Tisch und man kann das gleich in einem Aufwasch machen.



Ich beantrage Ihnen Stehenlassen. Ich bedanke mich bei Ihnen und hoffe, das kommt jetzt gut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Tanja Soland wünscht in der zweiten Runde für den Regierungsrat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, es ist so, wie Sie das angetönt haben. Wir haben das gemacht, was wir in eigener Regie konnten. Wir haben geschaut, können wir mehr machen, das ist schwierig. Teilweise ist das auch Bundesrecht, wir sind teilweise auch eingeschränkt und wenn wir mehr machen wollen, wenn Sie Zahlen, Analysen, dann wird das eine Budgetfrage sein. Das werden wir extern geben müssen, das ist eine grössere Sache, wenn man das möchte, da müssen wir wohl eine Studie in Auftrag geben. Das ist jetzt einfach mal, um zu wissen, was wir so bereinigen konnten. Von dem her, wenn Sie den Eindruck haben, dass Sie da mehr brauchen, dann verstehe ich Sie auch so, dass wir das dann so entsprechend beantragen würden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

10 Ja, 78 Nein, 4 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0002922, 08.02.24 17:15:51*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 78 Nein-Stimmen gegen 10 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

62. Interpellation Nr. 166 Christoph Hochuli betreffend Zweifel an der Gemeinnützigkeit der Syngenta-Stiftung, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 17:16:00, 24.5011.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Syngenta verkauft seit Jahren hochgiftige Pestizide in Entwicklungsländern. Die Pestizide sind so giftig, dass die Personen, welche sie auf Agrarflächen versprühen, zwingend eine Schutzausrüstung tragen müssen. Viele dieser Personen können sich eine Schutzausrüstung aber nicht leisten. Gemäss einer Recherche der Sonntagszeitung eröffnete die Syngenta Stiftung in vielen Entwicklungsländern sogenannte «Farmers Hubs». Dort werden im Rahmen von Trainings Bauern und Bäuerinnen auch mit Produkten von Syngenta vertraut gemacht. Zudem würden Betreibende der Farmers Hubs das Syngenta-Logo auf ihre Kleidung tragen und an den Wänden der Räume würden Werbeplakate von Syngenta-Produkten hängen. In den zugehörigen Shops werden die Syngenta-Pestizide sogar verkauft. Eine Stiftung dürfte jedoch nicht Marketingzweck für eine Firma sein, denn sie ist laut Steuerverwaltung Basel-Stadt steuerbefreit. Bedingung für die Steuerbefreiung ist, dass die Stiftung im Allgemeininteresse und uneigennützig handelt.



In meiner Interpellation forderte ich den Regierungsrat auf, die Gemeinnützigkeit und Steuerbefreiung der Syngenta Stiftung zu überprüfen. Weiter stellte ich dem Regierungsrat Fragen zu Vereinbarkeit und Gemeinnützigkeit und dem Allgemeininteresse der Stiftung. Nun, die Regierungsantwort ist sehr diplomatisch und zurückhaltend formuliert. Leider versteckt sich der Regierungsrat hinter dem Steuergeheimnis und schreibt nichts davon, dass die Steuerverwaltung die Syngenta Stiftung in Zukunft genauer prüfen will. Doch genau dies hätte ich erwartet. Der Regierungsrat schreibt immerhin klar, dass bei einer Stiftung keine wirtschaftlichen Interessen verbunden sein dürfen. Genau dies ist aber einer der Kritikpunkte meiner Interpellation, weil die Farmer Hubs, die zur Syngenta Stiftung gehören, Pestizide von Syngenta bewerben und verkaufen. Das bedeutet, dass die Syngenta Stiftung nicht gemeinnützig ist und deshalb auch nicht steuerbefreit sein dürfte.

Meine Frage, ob der Regierungsrat die Ansicht teilt, dass die Syngenta Stiftung die agrarökologischen Prinzipien der UNO-Welternährungsorganisation FAO missachtet, beantwortet der Regierungsrat wohl absichtlich nicht. Es schreibt lediglich, dass er diese Prinzipien befürworte. Meiner Meinung nach sollte die Gesundheit von Bäuerinnen und Bauern im Rahmen der Agrarökologie einerseits durch die Förderung alternativer Pflanzenschutzmittel und andererseits auch durch die Förderung von ökologischer Diversität und biologischem Anbau auf dem Feld unterstützt werden. Dies wiederum stärkt die Resilienz gegenüber Schädlingen und senkt die Abhängigkeit von Pestiziden.

Entsprechend bin ich mit der Interpellationsantwort nicht zufrieden. Nichtsdestotrotz gebe ich die Hoffnung nicht auf und habe die Erwartung, dass die Steuerverwaltung und die Stiftungsaufsicht meine Interpellation zum Anlass nehmen, die Syngenta Stiftung bald genauer unter die Lupe zu nehmen und die von mir kritisierten Punkte richtig zu untersuchen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

63. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Prävention Verkehrssicherheit für Velofahrer:innen, Schreiben des RR

[08.02.24 17:20:07, 21.5429.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wünscht der Regierungsrat das Wort? Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet. Es sind keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

64. Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverkehrssicherheit, Schreiben des RR

[08.02.24 17:20:41, 21.5431.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Für die Fraktion GLP geht das Wort an Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Basel ist Velostadt. 20 Prozent der Wege werden mit dem Velo zurückgelegt. Damit ist es das beliebteste Verkehrsmittel in unserem Kanton. Aber Basel fällt zurück. In der Rangliste des Prix Vélo, bei dem die Nutzerinnen und Nutzer der Velo-Infrastruktur diese selbst bewerten können, ist Basel unter den Schweizer Grossstädten vom Spitzenplatz 2006 mittlerweile ins Mittelfeld abgerutscht. Basel ist in dieser Zeit nicht schlechter geworden, aber andere Städte haben sich offenbar mehr angestrengt. Wir Grünliberalen sind der Meinung, Basel darf sich nicht auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen, sondern muss neue Ideen bringen, wie sie wieder zur velofreundlichsten Stadt der Schweiz



werden kann. Nur so können wir die in der Mobilitätsstrategie und in der Klimastrategie gesetzten Ziele im Verkehrsbereich erreichen.

Die Antwort der Regierung ist uns in diesem Kontext zu wenig ambitioniert. So schreibt die Regierung beispielsweise, die bekannten Unfallschwerpunkte wiesen keine Auffälligkeiten betreffend Infrastruktur auf, weshalb sich daraus keine Massnahmen ableiten liessen. Dabei zeigt ein Blick auf die Unfallkarte, dass diese vor allem im Bereich von Kreuzungen auftreten, und zwar umso häufiger, je mehr Konfliktpunkte mit anderen Verkehrsteilnehmenden es gibt. Aus der Forschung weiss man, dass sich solche Unfälle mit sicherer Velo-Infrastruktur im Kreuzungsbereich verhindern liessen. Leider endet die Velo-Infrastruktur in unserem Kanton immer noch meistens an der Kreuzung.

Entgegen der Antwort der Regierung sehen wir Grünliberalen zudem durchaus ein Bedarf für eine Velo-Taskforce, die ausserhalb der bestehenden Strukturen einen frischen Blick auf die gebaute und geplante Velo-Infrastruktur werfen und sich für die Verbesserung der Sicherheit einsetzen kann. Diese Funktion könnte zum Beispiel die geplante Velo-Fachstelle übernehmen.

Deshalb werden wir Grünliberalen für das Stehenlassen des Anzugs stimmen und bitten Sie darum, es uns gleich zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Auch im Namen der SP-Fraktion möchte ich Sie dazu aufrufen, diesen Anzug stehen zu lassen. Wir haben dies in der Fraktion besprochen, hätten eigentlich auch gerne den vorherigen Anzug zur Förderung der Prävention stehen gelassen, haben dann aber darauf verzichtet, sehen aber durchaus, dass es noch grosses Potenzial gibt in der Verkehrssicherheit. Mein Vorredner hat schon sehr schön ausgeführt, dass das Potenzial da noch vorhanden ist, dass wir auch zurückfallen, gerade wenn es darum geht, wie die Sicherheit der velofahrenden Verkehrsteilnehmer*innen wahrgenommen wird.

In diesem Sinne möchten wir sehr gerne diesen Anzug weiter stehen lassen, um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden weiter zu stärken, weil wir haben da noch sehr, sehr viele Möglichkeiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GAB geht das Wort an Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GAB): Auch das Grün-Alternative Bündnis ist nicht zufrieden mit der Beantwortung des Anzuges und folgt der GLP beim Antrag auf Stehenlassen. Es ist leider so, dass wir im Kanton Basel-Stadt immer noch nicht wahnsinnig weit sind, was die Sicherheit der Velofahrer*innen anbelangt und wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, dann müssen wir schauen, dass das Velofahren möglichst sicher wird für alle, so dass auch Kinder im jungen Alter schon mit Sicherheit und sicher unterwegs sein können, so dass sie sich an das umweltfreundliche Gefährt früh möglichst gewöhnen können.

Insofern ist es gerechtfertigt, wenn man hier noch einmal über den Anzug geht und ihn stehen lässt. Ich habe auch mit Christian von Wartburg noch telefoniert, er möchte auch Stehenlassen, damit er weiterhin hier im Grossratsaal präsent ist. Also erfüllen wir ihm doch diesen Wunsch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. In der zweiten Runde ergreift Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Nur sehr kurz, ich denke, wir haben in der Beantwortung sehr wohl aufgezeigt, was wir im täglichen Wirken alles tun für die Verkehrssicherheit und für die Veloverkehrssicherheit. Ich möchte das nur einfach betonen. Es kommt jetzt etwas daher nach den Voten, als würden wir das gar nicht ernst nehmen. Wir analysieren jeden Unfall, wir schauen, wo können wir schnell Verbesserung hinbekommen. Wo wir halt an Grenzen stossen, ist in der Bautätigkeit. Das ist ein Zusammenspiel, dass wir mit dem BVD auch haben, und da stellt sich mir schon auch die Frage, wird man dann augenblicklich schneller, wenn wir jetzt eine weitere Taskforce haben. Die Stadt ist gebaut, wie Sie gebaut ist. Ich denke, wir arbeiten alle mit Hochdruck daran, dass wir besser werden, aber es ist nicht immer gleich im Handumdrehen erledigt.

Was wir sicher jetzt auch gemacht haben und gute Erfolge erzielt haben, ist diese Plattform, wo man Gefahrenstellen auch melden kann. Das wird rege genutzt und da wird wirklich im täglichen Abarbeiten dieser Gefahrenstellen auch einiges an Bewegung reinkommen. Aber ich denke, man muss das schon auch anerkennen, dass wir doch zwei Departemente haben, die sich mit dieser Thematik sehr wohl beschäftigen. Das ist mir nur etwas zu kurz gekommen. Meine Welt wird nicht



untergehen, wenn Sie das stehen lassen, wir werden weiterhin daran arbeiten und alles geben, aber ich wage zu bezweifeln, dass eine Taskforce hier wirklich Mehrwert bringt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 56 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002926, 08.02.24 17:28:16]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 56 Nein-Stimmen gegen 36 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

65. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend kein Einsatz von biometrischen Erkennungssystemen in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[08.02.24 17:28:24, 22.5022.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet in der ersten Runde auf ein Votum. Wir kommen damit zu den Fraktions- und Einzelsprechenden. Da hat sich Nicola Goepfert als Einzelsprecher eingetragen.

Nicola Goepfert (GAB): Ich beantrage Ihnen, den Anzug stehen zu lassen. Beginnen wir mit den positiven Aspekten aus dem Bericht der Regierung. Er anerkennt, dass mit der Generierung von grossen Datenmengen durch staatliche Behörden Fragen nach Datenschutz, Zugriff und Verwendung an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnen. Zudem steht der Regierungsrat der Gesichtserkennung in Echtzeit kritisch gegenüber. Aber die Regierung bleibt selbst beim Abgleich von Gesichtsdaten in Echtzeit vage und schliesst ein Interesse an dessen Einsatz nicht grundsätzlich aus.

Neue Systeme, welche grosse Datenmengen bearbeiten und in die Grundrechte von Menschen eingreifen, sind ein umfangreiches und komplexes Thema. Das wissen mindestens die Mitglieder der JDSK. Dort haben wir uns mit Algorithmus-basierten Systemen auseinandergesetzt und als Kommission einen Anzug betreffend Transparenz über den Einsatz von solchen Systemen in der Verwaltung eingereicht und es geht in eine vergleichbare Richtung.

Trotzdem handelt der Regierungsrat den Einsatz von biometrischen Erkennungssystemen in Basel-Stadt auf weniger als zwei Seiten ab. Entsprechend ungenau bleibt er auch. Der Bericht konstruiert eine Unterscheidung zwischen der Datenauswertung in Echtzeit und dieser im Nachgang. Diese Unterscheidung führt dazu, dass die nachträgliche Gesichtserkennung tendenziell legitimiert wird und im Gegensatz zur Echtzeiterkennung als unproblematisch angesehen wird. Die juristische Begründung fällt kurz und ungenau aus. Die Unterscheidung zwischen Echtzeit und nachträglicher biometrischer Identifikation ist aber weitgehend eine technische Unterscheidung. Hinsichtlich der Grundrechte sind die Unterschiede zwischen biometrischer Identifizierung in Echtzeit oder nachträglich gering. Selbst das Fedpol hat anerkannt, dass das, was bei ihnen als Gesichtsabgleich bezeichnet wird, auch eigentlich eine Form von Gesichtserkennung ist.

Wir brauchen eine genauere Einschätzung, eine bessere Auslegeordnung, um die Thematik mit der Ernsthaftigkeit zu behandeln, die sie erfordert. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP geht das Wort an Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Auch ich spreche heute für Beda Baumgartner, dem ich bei dieser Gelegenheit noch einmal gute Besserung wünsche.

Inhaltlich kann ich mich vollumfänglich meinem Vorredner Nicola Goepfert anschliessen. Der Anzug fordert, wir sehen es im Titel, dass im Kanton keine biometrischen Erkennungssysteme eingesetzt werden. Die Antwort des Regierungsrats stimmt uns grundsätzlich optimistisch. Er teilt die Auffassung, dass ein Abgleich von Gesichtsdaten in Echtzeit aus Gründen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes problematisch ist und ein Einsatz solcher Technologien heute auch rechtswidrig wäre, da eine gesetzliche Grundlage dafür fehlt. So weit, so gut.

Aber diese Unterscheidung, die auch Nicola Goepfert kritisiert hat, zwischen der Gesichtserkennung in Echtzeit und einem nachträglichen reinen Gesichtsabgleich mit einem Einzelbild, diese erachten wir für problematisch. Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass es sich beim nachträglichen Gesichtsabgleich nicht um eine Gesichtserkennung handelt, da diese eine Echtzeitverarbeitung voraussetzt. Dieser Unterschied sehen wir aus drei Gründen für problematisch. Den ersten haben wir schon von Nicola Goepfert gehört. Der Unterschied ist primär technischer oder verfahrenstechnischer Art. Hinsichtlich der tangierten Grundrechte gibt es aber keinen Unterschied wie auch im Hinblick auf die häufigere Diskriminierung dieser Technologien, beispielsweise von Frauen oder von Menschen mit dunkler Hautfarbe.

Zweitens ist der Regierungsrat der Auffassung, dass wir via Strafprozessordnung über die notwendige rechtliche Grundlage für einen nachträglichen Gesichtsabgleich verfügen. Dies ist aber wissenschaftlich umstritten. So ist etwa die St. Galler-Strafrechtsprofessorin Simmler klar der Meinung, dass jede Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten einer formell gesetzlichen Grundlage bedarf. Dies gelte auch für die automatisierte Gesichtserkennung und ich zitiere aus einer Studie von ihr: «Diese ist weder in der Strafprozessordnung noch andernorts in der erforderlichen Bestimmtheit geregelt. Die Rechtmässigkeit des Einsatzes einer automatisierten Gesichtserkennung im Strafverfahren ist deshalb zu verneinen.» Ende Zitat.

Der dritte Kritikpunkt betrifft auch wieder diese Argumentation hinsichtlich dieser Unterscheidung. Hier haben wir das Gefühl, dass sich die Regierung sehr stark auf die Kommunikation des Fedpol stützt, welches plant, ab 2026 das automatisierte Fingerabdruck-Identifikationssystem (AFIS) um ein Modul für den nachträglichen Gesichtsabgleich zu ergänzen. Interessant daran ist aber, was bereits Nicola Goepfert angetönt hat, dass das Fedpol inzwischen seine Kommunikation betreffend dieser Unterscheidung von Echtzeit und nachträglich korrigieren musste und inzwischen auf seiner Webseite festhält, dass auch bei einem Gesichtsabgleich, wie er durch AFIS 2026 ermöglicht werden soll, eine Technologie der Gesichtserkennung zum Einsatz kommt. Das Fedpol musste zudem einräumen, ich zitiere abermals: «Anders als in der ursprünglichen Medienmitteilung festgehalten, sind Systeme zur anlasslosen Überwachung mittels Gesichtserkennung auf Bundesebene nicht explizit gesetzlich verboten.»

Genau darum ist es unserer Ansicht nach auch notwendig, diesen Einsatz von biometrischen Erkennungssystemen zur Gesichtserkennung gesetzlich zu regeln und einzuschränken. Dass einfach eine Grundlage fehlt, das ist für uns nicht Sicherheit genug, dass solche Systeme heute und in Zukunft nicht zum Einsatz kommen. Wir sind zudem klar der Meinung, dass wir hier auch nicht auf nationale oder gar europäische Rechtsetzung warten, sondern eben diesen Grundsatz schon heute im Rahmen unserer Wirkungsmöglichkeiten, und diese sind nun mal kantonal, regeln sollten.

Die SP will darum auch den Anzug nochmal stehen lassen und ich würde mich freuen, wenn Sie uns folgen, damit diese Forderung des Anzugs und diese noch offenen Fragen, die ich eben ausgeführt habe, seitens Regierung geklärt werden können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ginge das Wort an die zuständige Regierungsrätin. Sie verzichtet.

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Nicola Goepfert und Salome Bessenich beantragen, ihn stehen zu lassen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002928, 08.02.24 17:36:47]



Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 49 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

66. Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb beim gewerblichen Personentransport, Stellungnahme des RR

[08.02.24 17:36:56, 23.5263.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Wünscht die Regierungsrätin das Wort? Sie verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionsvoten. Hier hat sich Nicola Goepfert eingetragen.

Nicola Goepfert (GAB): Ich beantrage Ihnen, die Motion als Motion zu überweisen. Über wird nicht müde zu behaupten, dass seine Fahrer*innen nicht vom amerikanischen Taxi-Dienst angestellt sind, sondern selbstständig seien. Doch seit Jahren verliert Uber mit dieser Argumentation immer wieder vor Gericht. Das Bundesgericht hat in einem erneuten Urteil zur Thematik klar festgehalten, Uber-Fahrer und -Fahrerinnen sind nicht selbstständig erwerbend. Die Kantone müssen nun endlich ihre Verantwortung gegenüber den Fahrer*innen wahrnehmen. Die kantonalen Arbeitsämter müssen einerseits die Einhaltung des Arbeitsgesetzes durch Uber durchsetzen und andererseits sicherstellen, dass Uber die Sozialversicherungsbeiträge seiner Angestellten korrekt abrechnet. Die Behörden müssen das illegale Uber-Modell stoppen und dafür sorgen, dass alle Angestellten anständig entlohnt und versichert werden. Arbeitnehmende müssen gegen diese neue Form von Ausbeutung besser geschützt werden. Ein Problem, das die Motion anspricht, ist auch die mögliche Nichteinhaltung der Arbeits- und Ruhezeitverordnung. Ein Problem dabei ist, wie die Regierung in ihrer Stellungnahme selbst schreibt, ich zitiere: «Das Amt für Wirtschaft und Arbeit führt gemeinsam mit der Kantonspolizei Kontrollen durch. Da Uber-Fahrende von aussen als solche nicht erkennbar sind, sind diese Kontrollen erschwert.»

Wer jetzt denkt, gut, die Motion hat mit ihrer Forderung nach Kennzeichnung das Problem korrekt erkannt, die Regierung pflichtet ihm bei und möchte es nun umsetzen, der irrt, denn bereits im darauffolgenden Satz schreibt die Regierung: Die mit der Motion geforderte Kennzeichnungspflicht für Uber-Fahrende könnte zwar als zusätzliches gesetzliches Erfordernis aufgenommen werden, ob damit effektive Kontrollen ermöglicht werden, ist aber fraglich. Und diese Aussage lässt sie dann einfach so im Raum stehen, ohne weiter darauf einzugehen. Im Rest der Stellungnahme wird nur noch darauf eingegangen, ob mit dieser Motion allenfalls die Privilegien der Taxis in Gefahr seien, obwohl das weder die Absicht noch überhaupt Bestandteil dieser Motion ist. Es braucht griffige und konkrete Massnahmen. Der Regierungsrat bleibt in der Antwort jedoch ergebnisoffen und vage, was wenig zu hoffen lässt. Die Arbeitsrechte müssen umgesetzt werden und die Verantwortung dafür liegt beim Regierungsrat.

Deshalb danke ich Ihnen, wenn Sie diese Motion als Motion überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SVP geht das Wort an Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie, diese Motion heute zu erledigen und sie auch nicht als Anzug zu überweisen. Der Regierungsrat geht in seiner Antwort auf die Motion Beda Baumgartner sehr deutlich auf die Problematik ein. Und ehrlicherweise muss ich auch sagen, die sozialversicherungstechnische Frage, Nicola Goepfert, lässt sich ja nun nicht mit einer Kennzeichnung lösen. Diese Kontrolltätigkeiten sind, wenn Sie es sich in der Praxis das einmal vergegenwärtigen, ja nicht einfacher oder auch schwieriger, wenn es eine Kennzeichnungspflicht gibt, denn damit ist das Problem, sofern es da überhaupt ein Problem gibt, ja nicht gelöst. In der Zwischenzeit sind wir ja auch in der Situation, und da verstehe ich auch dieses Bashing gegen Uber dann teilweise nicht, dass sehr viele Taxifahrer auch in Basel-Stadt nebenbei sich noch als Uber anbieten. Also wir haben heute bereits eine Vermischung von «normalen» Taxis, wie wir das kennen, also die da auch als Taxi entsprechend angemeldet sind, die heute auch als Uber unterwegs sind.



Und wenn Sie nun, ich komme zuerst jetzt auf das Argument, weshalb die Motion falsch wäre, wenn Sie nun wie Beda Baumgartner wahrscheinlich dann in Form von Pascal Pfister und jetzt Nicola Goepfert verlangen, dass Uber gleichgestellt wird mit Taxis, und das ist die Forderung Ihrer Motion, doch Nicola Goepfert, lesen Sie es, er soll zudem weitere Massnahmen prüfen, um gleich lange Spiesse beim gewerblichen Personentransport herzustellen, gleich lange Spiesse. Das bedeutet, der Uber-Fahrer hat den gleich langen Spieß wie der Taxifahrer, dann darf der Uber-Fahrer aber auch von den Privilegien des Taxis profitieren. Er darf zum Beispiel hier vor das Rathaus fahren und er darf selbstverständlich auch die Taxistandplätze benutzen. Das darf er in der heutigen Gesetzgebung nicht und das schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort auf Ihre Motion sehr deutlich, dass dies die Konsequenz wäre. Also Sie können hier in dieser Frage die Tür öffnen, dann haben Sie aber tatsächlich die Situation, dass eben auch ein Uber-Anbieter oder auch ein anderer, es könnte auch ein neuer Anbieter auf den Markt kommen, hier die gleichen Privilegien bekommt wie ein Taxifahrer. Das kann man wollen, aber ich glaube nicht, dass dies in Ihrem Sinne wäre und deshalb wäre es aus meiner Sicht falsch, wenn Sie auf diese Motion gehen.

Dann wenn wir beim Anzug sind. Da wird ja vom Regierungsrat in seiner Antwort relativ deutlich ausgeführt, dass er ja anerkennt, dass es eben diese sozialversicherungsrechtliche Problematik gibt. Hier bleibe ich dabei, in der Praxis ist dies schwierig zu kontrollieren. Ich frage mich dann auch, wer das machen soll, die Polizei, also ich finde ehrlicherweise, Stephanie Eymann kann mich korrigieren, aber die Kantonspolizei sollte im öffentlichen Raum andere Dinge prioritärer behandeln, wie da noch kontrollieren, wie ein Auto in der Gegend herumfährt und ob es sich dabei um ein Uber handelt. Das ist dann in der Praxis wirklich auch noch schwierig, weil diese Fahrzeuge bewegen sich ja relativ rasch von A nach B und wie soll denn die Polizei diese Fahrzeuge anhalten. Soll es Schwerpunktkontrollen geben nur unter dem Aspekt, handelt sich dabei um ein Uber oder nicht, wenn zufälligerweise hinten jemand sitzt oder vorne jemand sitzt, das dünkt mich auch wahnsinnig unpraktisch. Das mag vielleicht etwas enttäuschend sein für all jene, die finden, dieser sozialversicherungsrechtliche Status muss permanent und regelmässig überprüft werden, aber leider ist das so. In der Praxis sind viele Dinge, die die Polizei dann kontrollieren müsste, eben sehr schwer zu kontrollieren und hier scheint es uns ganz besonders schwer kontrollierbar zu sein.

Und dann sind wir bei all dem, was der Regierungsrat sonst noch festhält. Das sagt er in seiner Antwort auch, zum Beispiel, dass er einen Runden Tisch oder wie man dem auch immer sagen möchte, eingeführt hat, wo er ja auch mit diesem neugegründeten Verein von Taxifahrern und mehreren Taxi-Genossenschaften bereits im Gespräch ist. Wir finden diesen Weg ausreichend, aber dafür, nur um uns dann mal irgendwann darüber zu berichten und das ist ja letztlich die Konklusion in der Antwort des Regierungsrates auf den Vorstoss, dafür müssen wir diese Motion hier nicht als Anzug an den Regierungsrat überweisen. Dafür reicht es auch, wenn man dann irgendwann einmal in einem Jahr oder zwei Interpellationen einreicht, dann kann der Regierungsrat, wenn er denn möchte, hierzu Stellung nehmen.

Wir sind deshalb der Meinung, es ist nicht falsch, wenn wir heute diese Motion abschreiben und sie eben auch nicht als Motion weiterbehandeln. Das ist kein Statement für Uber, das ist auch kein Statement dagegen, dass man nicht den sozialversicherungsrechtlichen Aspekt oder die sozialversicherungsrechtliche Bindung kontrollieren soll. Da geht es uns darum, dass das in der Praxis einfach unmöglich scheint und wird tatsächlich, wenn wir diese Motion als Motion weiterlaufen lassen würden, sogar Uber bis zu einem gewissen Grad den roten Teppich ausrollen, und wenn Sie mit Taxifahrerinnen und Taxifahrern sprechen, dann ist ein grosses Problem ja in der Zwischenzeit nicht nur Uber, sondern eben auch, dass viele kantonsfremde Taxis auf diesem Gebiet hier aktiv sind. Das sehen Sie in der Zwischenzeit auch des Öfteren, dass Sie Taxis haben mit einem Kennzeichen ausserhalb des Kantons Basel-Stadt, teilweise sogar auch ausserhalb der Schweiz. Deshalb glaube ich nicht, dass wir hier nun quasi es dann noch ermöglichen sollten, dass Uber-Fahrer hier auf den Taxistandplätzen um Kunden werben können, völlig unabhängig, ob nun das Angebot von Uber gut oder schlecht ist, ich glaube, das ist auch gar nicht das Thema.

Deshalb bitte ich Sie heute im Namen meiner Fraktion, diese Motion als erledigt abzuschreiben. Wir ermutigen aber trotzdem selbstverständlich den Regierungsrat, weiter an diesen Runden Tisch, an diesen Gesprächen festzuhalten und überall dort, wo es möglich ist, auch sozialversicherungsrechtliche Verstösse zu ahnden. Diese gibt es aber nicht nur im Transport, im Personentransportbereich, diese gibt es wahrscheinlich auch in ganz vielen Betrieben, beispielsweise in der Gastronomie und andernorts im Kanton Basel-Stadt, wo wir auch wahrscheinlich bei Schwarzarbeitskontrollen Dinge feststellen würden, die weitaus schlimmer und auch wahrscheinlich sogar für die Betroffenen, die da unter vielleicht schwierigen Bedingungen arbeiten müssen, gravierender sind wie für die wenigen Uber-Fahrer, die wir letztlich in diesem Kanton haben. Dieser Markt der Uber-Fahrer hat sich im Vergleich zu vielleicht vor fünf, sechs Jahren in der Zwischenzeit deutlich bereinigt.

Wir glauben nicht, dass es hier deshalb notwendig ist, an dieser Motion festzuhalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP geht das Wort an Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Zuerst möchte ich festhalten, dass diese Motion als rechtlich gültig angesehen wird und es deshalb sehr sinnvoll ist, die Motion als Motion zu überweisen. Dazu möchte ich Sie einladen.



Es geht hier um eine Kennzeichnungspflicht. Joël Thüring, leider haben Sie sehr viele widersprüchliche Dinge jetzt relativ ausführlich dargelegt. Wir haben versucht, vor Jahren über dem Taxigesetz zu unterstellen, weil wir das damals richtig gefunden hätten. Leider haben Sie das in diesem Haus sehr knapp abgelehnt. Das habe ich schon damals nicht verstanden, aber wir sind jetzt nicht mit einer Neuauflage dieser Geschichte gekommen, sondern es geht jetzt hier allein um die Kennzeichnungspflicht. Damit ist auch klar, dass die Privilegien, die das Taxigesetz den Taxis geben würde, in keinster Weise auf Uber übertragen würden. Also dieser Punkt ist schon mal falsch.

Jetzt hat der Regierungsrat zuerst gesagt, Uber zu kontrollieren, sei sehr schwierig, weil Uber nicht zu erkennen sei. Dann haben wir gesagt, okay, machen wir die Kennzeichnungspflicht, weil es eben in der Praxis dann einfacher zu kontrollieren ist, weil man ein Uber dann sofort erkennt. Und in einem Punkt muss ich Joël Thüring recht geben, die sozialversicherungsrechtlichen Fragen, die klären wir nicht auf dieser Ebene. Übrigens im Gastgewerbe gibt es ein GAV, der wird kontrolliert und wenn dort Verstösse festgestellt werden, dann werden Sanktionen ausgesprochen, da gibt es eben sozialpartnerschaftliche Überwachung. Das gibt es leider im Personentransport nicht, es wäre schön, hätten wir das. Jetzt bei Uber wird diese Frage auch geklärt. Uber hat sich immer entzogen und hat sich immer auf den Standpunkt gestellt, dass sie keine Arbeitgeber sind. Die Gerichte haben das jetzt endlich festgestellt und hier haben wir sicher ein Vollzugsproblem auf der Seite der Arbeitsmarktbehörden, die sind dazu zuständig und sollen das machen.

Jetzt was macht die Polizei, wie kontrolliert sie die Taxis. Sie kontrolliert die Taxis ja heute auch schon logischerweise. Da kann man auch mit Taxi-Fahren sprechen, die finden das natürlich unangenehm, aber aus Sicht der Bevölkerung ist das natürlich wichtig, weil es geht dort um die Arbeitszeit- und Ruheverordnung zum Beispiel auch, da geht es um die Sicherheit, wie lange zum Beispiel fährt jemand und deshalb denke ich, ist diese Aufgabe wichtig. Das ist eine polizeiliche Aufgabe, wir erleichtern der Polizei die Arbeit, indem wir die Ubers kennzeichnen. Das ist eigentlich die ganze Geschichte. Das ist jetzt nicht eine Riesensache, aber ich glaube, dass es sinnvoll ist sowohl für die Fahrgästesicherheit, für die Verkehrssicherheit, auch für die allgemeine Gleichbehandlung.

Jetzt finde ich eigentlich schon, dass man das wirklich untersuchen sollte, dass man der Polizei die Möglichkeit geben sollte, die Arbeit einfacher zu gestalten und ich bitte Sie, als Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Pfister, nehmen Sie die Zwischenfrage von Joël Thüring an? Sie wird angenommen.

Joël Thüring (SVP): Pascal Pfister, Sie haben jetzt gesagt, es geht in dieser Motion nur um die Kennzeichnungspflicht. Ist Ihnen denn der zweite Satz des Motionstextes bekannt? Er soll zudem weitere Massnahmen prüfen, um gleich lange Spiesse beim gewerblichen Personentransport herzustellen. Gehen Sie jetzt mit mir einig, dass es eben nicht nur in dieser Motion um die Kennzeichnungspflicht geht?

Pascal Pfister (SP): Es geht in erster Linie, was den bindenden Charakter der Motion angeht, um die Kennzeichnungspflicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde verzichtet die Regierungsrätin auf ein Votum.

Nicola Goepfert beantragt Überweisung als Motion. Damit kommen wir zu einer Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002930, 08.02.24 17:52:13]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 54 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Joël Thüring beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 35 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002932, 08.02.24 17:52:58]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird als Motion weiterbehandelt mit 57 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

67. Interpellation Nr. 159 Eric Weber betreffend Notruf, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 17:53:07, 23.5654.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist Zufall, dass heute in 20 Minuten diese Geschichte drinsteht, was da passiert und was ich in meiner Interpellation auch erwähnt habe. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden und möchte das begründen. Ich habe gefragt: Wie viele Polizisten stellten in den letzten Jahren Anzeigen wegen Missbrauch Notruf? Ich war in Festanstellung bei der grössten Tageszeitung Europas, bei Bild. Ich weiss, was ein Text bedeutet. Die Regierung hat nicht auf diese Frage geantwortet, ich werde diese Interpellation neu einreichen. Ich möchte wissen, wie viele Anzeigen gestellt wurden wegen Missbrauch des Notrufs. Die Regierung sagt nur: Die eidgenössische Strafgesetzgebung gilt auch für Personen, die Notrufe absetzen. Ich bin als Mensch und Grossrat von dieser Antwort nicht befriedigt, die Regierung kann die Fragen nicht lesen, die hier sind. Ich habe gewusst, dass die Antworten der Regierung so sein werden, weil es wahrscheinlich nur eine Anzeige wegen Missbrauch des Notrufs gibt und diese Anzeige ist gegen Grossrat Eric Weber.

Noch zwei wichtige Punkte, lesen Sie 20 Minuten von heute, dort steht gross drin, wie Palästinenser-Demonstranten Food-Trucks auf dem Marktplatz bedroht haben. Und wenn diese Leute vor dem Rathaus stehen, habe ich das Recht, den Notruf anzurufen. Und dann darf man nicht sagen, es ist Missbrauch des Notrufs. Ich habe dem Mann von der Staatsanwaltschaft gesagt, ich werde stundenlang zu diesem Fall sprechen an höchster Stelle, im Parlament und das mache ich.

Ich habe damit geschlossen, aber ich wollte das noch erwähnen und Sie können selber lesen, dass meine Frage als Grossrat nicht beantwortet wurde und ich frage mich, was für hochbezahlte Stellen Sie dann bei der Regierung haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der 4. Sitzung

17:56 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 09:08:12

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	42	11	6	8	6	3	4	4	0	0	-1
Nein	47	13	10	7	4	6	4	3	0	0	-1
Ent	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Abgestimmt	91	25	16	15	10	9	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	7	3	2	0	1	1	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	93	26	16	15	10	9	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 09:20:08

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	37	0	1	14	10	8	0	3	1	0	-1
Nein	50	26	12	0	0	2	7	3	0	0	-1
Ent	5	0	3	1	0	0	0	1	0	0	-1
Abgestimmt	92	26	16	15	10	10	7	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
23.5601

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 09:22:06

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Jo Vergeat, GAB)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	88	24	16	14	10	10	8	6	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	89	24	16	14	10	10	8	6	1	0	-
Nicht abgestimmt	5	2	0	1	0	0	0	1	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
23.5601

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 09:23:20

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Jo Vergeat, GAB)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	87	25	14	13	10	10	8	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	89	25	15	13	10	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	5	1	1	2	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4
24.5017

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 09:24:28

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge David Wüest-Rudin, GLP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ent	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	87	26	14	13	10	10	7	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	2	0	1	0	0	0	1	0	0	0	-1
Abgestimmt	90	26	15	13	10	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	4	0	1	2	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
23.5632

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 09:25:40

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge Anouk Feurer, GAB)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	89	26	15	14	9	10	8	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	91	26	16	14	9	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	1	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
24.5016

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 09:26:46

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Claudio Miozzari, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	90	25	16	14	10	10	8	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	92	26	16	14	10	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
24.5045

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 09:28:09

Geschäft

Wahl eines Mitglieds des Oberrheinrates (Nachfolge Christian von Wartburg, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ent	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	88	25	15	14	9	10	8	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	91	26	15	14	10	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	3	0	1	1	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 74
24.5046

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 09:29:18

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Tobias Christ, GLP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	89	26	16	13	10	10	7	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	-1
Abgestimmt	91	26	16	13	10	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	2	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
23.1343

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 10:04:28

Geschäft

Bewilligungen von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	85	23	14	14	9	10	8	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	87	23	15	14	9	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	6	2	1	1	1	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	7	4	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	93	25	16	15	10	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
23.1343

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 10:05:15

Geschäft

Bewilligungen von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Nein	90	26	15	15	9	10	8	7	0	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	91	26	15	15	9	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	1	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
23.1343

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 10:06:07

Geschäft

Bewilligungen von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	88	26	14	15	9	9	8	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	90	26	15	15	9	9	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	1	1	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
23.1343

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 10:07:36

Geschäft

Bewilligungen von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Nein	88	25	14	15	9	10	8	7	0	0	-1
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	90	25	15	15	9	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	1	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
23.1343

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 10:08:22

Geschäft

Bewilligungen von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	89	26	14	15	9	10	8	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	91	26	15	15	9	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	1	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9
23.1342

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 10:50:28

Geschäft

Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabacki Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	72	25	16	13	1	7	8	2	0	0	-1
Nein	18	0	0	2	9	2	0	4	1	0	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-1
Abgestimmt	91	25	16	15	10	9	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9
23.1342

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 10:51:23

Geschäft

Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabacki Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	66	26	15	12	1	5	7	0	0	0	-1
Nein	21	0	0	3	9	2	1	6	0	0	-1
Ent	5	0	1	0	0	2	0	1	1	0	-1
Abgestimmt	92	26	16	15	10	9	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9
23.1342

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 10:52:10

Geschäft

Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabacki Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	78	26	16	15	1	7	8	5	0	0	-1
Nein	10	0	0	0	9	0	0	0	1	0	-1
Ent	4	0	0	0	0	2	0	2	0	0	-1
Abgestimmt	92	26	16	15	10	9	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10
23.0717

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 11:05:42

Geschäft

Förderung zeitgenössische Musik; Staatsbeiträge an das Musikbüro Basel für die Jahre 2024 bis 2026; Rahmenausgabenbewilligung Fachausschuss Musik BS/BL für die Jahre 2024 bis 2026/2029 im Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	86	24	16	14	10	8	8	6	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	87	24	16	14	10	8	8	6	1	0	-
Nicht abgestimmt	6	2	0	1	0	1	0	1	0	1	-
Nicht anwesend	7	3	2	0	1	1	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	93	26	16	15	10	9	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10
23.0717

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 11:06:31

Geschäft

Förderung zeitgenössische Musik; Staatsbeiträge an das Musikbüro Basel für die Jahre 2024 bis 2026; Rahmenausgabenbewilligung Fachausschuss Musik BS/BL für die Jahre 2024 bis 2026/2029 im Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	82	24	16	14	6	8	8	6	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	83	24	16	14	6	8	8	6	1	0	-
Nicht abgestimmt	10	2	0	1	4	1	0	1	0	1	-
Nicht anwesend	7	3	2	0	1	1	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	93	26	16	15	10	9	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11
23.0728

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 11:21:52

Geschäft

Staatsbeitrag für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge (KOFFF) für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabacki Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	89	26	16	14	10	8	8	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	90	26	16	14	10	8	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	7	3	2	0	1	1	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	93	26	16	15	10	9	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11
23.0728

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 11:22:33

Geschäft

Staatsbeitrag für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge (KOFFF) für die Jahre 2024 bis 2027,
Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	2	0	0	0	2	0	0	0	0	0	-1
Nein	73	21	14	9	8	8	6	6	1	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	75	21	14	9	10	8	6	6	1	0	-
Nicht abgestimmt	18	5	2	6	0	1	2	1	0	1	-
Nicht anwesend	7	3	2	0	1	1	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	93	26	16	15	10	9	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11
23.0728

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 11:23:12

Geschäft

Staatsbeitrag für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge (KOFFF) für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Nein	89	26	16	14	10	8	8	7	0	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	90	26	16	14	10	8	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	7	3	2	0	1	1	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	93	26	16	15	10	9	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11
23.0728

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 11:23:56

Geschäft

Staatsbeitrag für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge (KOFFF) für die Jahre 2024 bis 2027,
Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabacki Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	87	25	16	14	10	8	8	6	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	88	25	16	14	10	8	8	6	1	0	-
Nicht abgestimmt	5	1	0	1	0	1	0	1	0	1	-
Nicht anwesend	7	3	2	0	1	1	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	93	26	16	15	10	9	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12
23.0958

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 11:37:54

Geschäft

Staatsbeitrag für die Initiative «CLINNOVA – Innovation in Healthcare» für die Jahre 2024 bis 2026», Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	90	26	16	15	10	8	8	7	0	0	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	90	26	16	15	10	8	8	7	0	0	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	8	3	2	0	1	1	0	0	1	0	-
Stimmberechtigt	92	26	16	15	10	9	8	7	0	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13
23.0507

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 11:50:50

Geschäft

Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisation zur Erweiterung der Beachhalle Im Wasenboden 6, 4056 Basel, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	87	26	15	14	10	7	8	7	0	0	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	87	26	15	14	10	7	8	7	0	0	-
Nicht abgestimmt	5	0	1	1	0	2	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	8	3	2	0	1	1	0	0	1	0	-
Stimmberechtigt	92	26	16	15	10	9	8	7	0	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
23.5642

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 16:30:11

Geschäft

Antrag Claudia Baumgartner und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ent	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ent		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	53	25	7	1	0	9	8	3	0	0	-1
Nein	32	0	2	14	10	1	0	4	1	0	-1
Ent	10	0	9	0	1	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	95	25	18	15	11	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	96	25	18	15	11	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 18
23.5621

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 16:51:41

Geschäft

Motion 2 Pascal Messerli betreffend den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag streichen und durch einen anderen Tag ersetzen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	11	0	0	0	11	0	0	0	0	0	-1
Nein	80	24	18	12	0	10	8	7	1	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	91	24	18	12	11	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	4	0	0	3	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	5	5	0	0	0	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	95	24	18	15	11	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 19
23.5643

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 17:11:57

Geschäft

Motion 3 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Gleichbehandlung der nachobligatorischen Schulzeit in Sachen Familienurlaub

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Islar-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabacki Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ent	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ent	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	59	22	13	2	11	7	4	0	0	0	-1
Nein	21	1	1	9	0	3	1	6	0	0	-1
Ent	10	0	4	2	0	0	2	1	1	0	-1
Abgestimmt	90	23	18	13	11	10	7	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	6	2	0	2	0	0	1	0	0	1	-
Nicht anwesend	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	96	25	18	15	11	10	8	7	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 21
23.5649

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 17:40:34

Geschäft

Motion 5 Daniel Albietz und Konsorten betreffend faires Inventarisierungsverfahren

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	49	0	0	14	11	10	8	6	0	0	-1
Nein	41	22	18	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	4	3	0	1	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	94	25	18	15	11	10	8	6	1	0	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	0	0	1	0	0	-
Stimmberechtigt	95	25	18	15	11	10	8	6	1	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 22
23.5650

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 17:59:47

Geschäft

Motion 6 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend PACS und Verantwortungsgemeinschaft für Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium	Mitte
Ja	53	25	18	0	0	3	7	0	0	0	-1
Nein	38	0	0	15	10	7	0	6	0	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	91	25	18	15	10	10	7	6	0	0	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1	-
Nicht anwesend	7	4	0	0	1	0	0	1	1	0	-
Stimmberechtigt	93	25	18	15	10	10	8	6	0	1	-



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

07. Februar 2024 20:23:15

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Imichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht anwesend	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	99	30	17	15	11	10	8	7	1	0
Stimmberechtigt	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 23
23.5657

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 08:50:05

Geschäft

Motion 7 Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Gander Thomas (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabacki Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Irleichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht anwesend	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	25	3	8	3	5	1	3	1	0	1
Nicht anwesend	74	27	9	12	6	8	5	6	1	0
Stimmberechtigt	26	3	9	3	5	1	3	1	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 23
23.5657

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 09:27:13

Geschäft

Motion 7 Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Nein	44	27	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 24
23.5658

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 09:44:08

Geschäft

Motion 8 Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	50	0	0	15	10	10	8	7	0	0
Nein	45	27	17	0	1	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 26
23.5615

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 09:50:19

Geschäft

Anzug 1 Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	71	19	12	14	10	6	6	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	72	19	12	14	10	6	6	4	1	0
Nicht abgestimmt	24	7	5	1	1	4	2	3	0	1
Nicht anwesend	4	3	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	26	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 28
23.5629

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 09:58:48

Geschäft

Anzug 3 Philip Karger und Konsorten betreffend Bürokratie in der Verwaltung von Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	50	0	0	14	11	10	8	7	0	0
Nein	36	20	15	0	0	0	0	0	1	0
Ent	5	3	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	23	17	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	7	4	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	27	18	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 29
23.5630

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 10:04:31

Geschäft

Anzug 4 Eric Weber betreffend Grossräte müssen in ihrem Wahlkreis wohnen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüning Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	77	21	11	15	11	7	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	78	21	11	15	11	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	20	6	7	0	0	3	2	1	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	27	18	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 30
23.5651

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 10:48:10

Geschäft

Anzug 5 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Wissen schaffen und austauschen: Was ist los im Kleinbasel und was braucht es?

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabacki Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	62	27	17	0	0	8	8	2	0	0
Nein	33	0	0	15	11	1	0	5	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	27	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	27	18	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 34
22.5420

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 11:10:07

Geschäft

Anzug Brigitte Kühne und Raffaella Hanauer betreffend «Superblocks» in Basel, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	42	0	0	15	11	9	0	7	0	0
Nein	52	27	18	0	0	0	7	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	96	27	18	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	18	15	11	9	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 39
21.5630

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 11:53:12

Geschäft

Anzug Claudia Baumgartner und Konsorten betreffend übermässige Vermehrung von Freigängerkatzen / Tierwohl für Streunerkatzen, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	16	0	0	2	2	5	0	6	1	0
Nein	72	25	17	10	8	3	8	1	0	0
Ent	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	17	14	10	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	2	1	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	18	15	10	9	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 40
23.5346

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 15:19:09

Geschäft

Motion Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Selbstbestimmtes Leben zu Hause – in Zukunft mit zeitgemässen und bedarfsgerechten Leistungen!, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	47	0	0	14	10	9	7	7	0	0
Nein	48	27	18	0	0	1	1	0	0	1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	27	18	14	10	10	8	7	1	1
Nicht abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	4	2	0	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	18	14	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 43
23.5297

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 15:53:11

Geschäft

Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	41	0	0	15	1	10	8	7	0	0
Nein	53	27	18	0	8	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	27	18	15	9	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	18	15	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 43
23.5297

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 15:53:57

Geschäft

Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	57	27	18	0	10	0	2	0	0	0
Nein	36	0	0	15	0	10	4	7	0	0
Ent	3	0	0	0	0	0	2	0	1	0
Abgestimmt	96	27	18	15	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	18	15	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 48
19.5094

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 16:09:29

Geschäft

Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Anpassung der Zielsetzungen des Energiegesetzes an das Pariser Klimaabkommen, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	75	27	0	14	9	10	8	7	0	0
Nein	16	0	16	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	27	16	14	9	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	2	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	18	15	9	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 51
21.5027

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 16:24:23

Geschäft

Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten für eine mehrstufigen Trinkwasseraufbereitungsanlage nach dem Vorbild der Gemeinde Muttenz für das gesamte Basler Trinkwasser, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	45	1	0	15	9	9	3	7	1	0
Nein	48	26	18	0	0	1	3	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	94	27	18	15	9	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	18	15	9	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 52
21.5751

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 16:27:26

Geschäft

Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Senkung des Energieverbrauchs durch intelligente Heizsysteme, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	49	0	0	15	9	10	8	7	0	0
Nein	43	26	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	26	17	15	9	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	18	15	9	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 56
23.5348

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 16:46:23

Geschäft

Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend neues Steuerrechnungsmodell, statt Steuerinkasso auf die Unternehmen abwälzen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	48	0	0	15	9	10	8	6	0	0
Nein	45	27	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	18	15	9	10	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	0	1	1	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	18	15	9	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 59
21.5533

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 16:55:50

Geschäft

Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend ein digitales Forum für Basel, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	71	26	0	15	10	9	7	4	0	0
Nein	20	0	18	0	0	0	0	2	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	26	18	15	10	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	0	1	1	1	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 60
23.5271

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 17:09:02

Geschäft

Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes,
Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	40	0	1	14	10	9	0	6	0	0
Nein	51	26	16	0	0	1	8	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	17	14	10	10	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	1	0	0	0	1	1	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 60
23.5271

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 17:09:50

Geschäft

Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes,
Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	57	26	17	0	0	6	8	0	0	0
Nein	34	0	0	14	9	4	0	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	17	14	9	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	1	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 61
21.5708

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 17:15:29

Geschäft

Anzug der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Analyse zu den aktuellen Steuerabzügen im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ent
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	10	4	3	2	1	0	0	0	0	0
Nein	78	18	14	12	9	10	8	7	0	0
Ent	4	2	1	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	24	18	14	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	3	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	18	15	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 64
21.5431

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 17:27:54

Geschäft

Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverkehrssicherheit,
Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	36	0	0	14	10	5	0	7	0	0
Nein	56	26	18	0	0	4	8	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	26	18	14	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	18	15	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 65
22.5022

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 17:36:25

Geschäft

Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend kein Einsatz von biometrischen Erkennungssystemen in Basel-Stadt, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	49	0	0	14	10	10	7	7	1	0
Nein	46	27	18	0	0	0	1	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	27	18	14	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	18	15	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 66
23.5263

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 17:51:51

Geschäft

Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb beim gewerblichen Personentransport, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	39	0	0	13	9	10	0	7	0	0
Nein	54	27	18	1	1	0	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	27	18	14	10	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	18	15	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 66
23.5263

Abstimmungsdatum

08. Februar 2024 17:52:36

Geschäft

Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb beim gewerblichen Personentransport, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	57	27	18	0	1	4	7	0	0	0
Nein	35	0	0	14	9	5	0	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	27	18	14	10	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	1	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	18	15	10	10	8	7	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse für die Februar-Sitzung

<u>Tagesordnung</u>	<u>Komm.</u>	<u>Dep.</u>	<u>Dokument</u>
1. Staatsbeitrag für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge (KOFFF) für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der GSK	GSK	WSU	23.0728.02
2. Staatsbeitrag für die Initiative «CLINNOVA - Innovation in Healthcare» für die Jahre 2024 bis 2026», Bericht der GSK	GSK	GD	23.0958.02
3. Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK	BKK	PD	23.1342.02
4. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK	BKK	PD	23.1343.02
5. Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat, Stellungnahme des RR		GD	23.5297.02
6. Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb beim gewerblichen Personentransport, Stellungnahme des RR		JSD	23.5263.02
7. Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend bessere Durchmischung der Schulklassen für mehr Chancengerechtigkeit, Schreiben des RR		ED	21.5425.02
8. Anpassungen und weitere Entwicklungen im Bau- und Gastgewerbeinspektorat sowie Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend kundenfreundliche Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat, Bericht des RR		BVD	23.1773.01 19.5512.07
9. Anzug Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend «temporäre Genussorte» in der Freien Strasse, Schreiben des RR		BVD	21.5813.02
10. Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Veloverbindung Friedrich-Miescher-Strasse – Burgfelderstrasse, Schreiben des RR		BVD	21.5769.02
11. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend «Eine koordinierende Stelle in der Verwaltung zuständig für Zusammenfassung, Information und Sensibilisierung aller Aktivitäten im Rahmen des Klimaschutzes», Schreiben des RR		PD	21.5750.02
12. Anzug Brigitte Kühne und Raffaella Hanauer betreffend «Superblocks» in Basel, Schreiben des RR		PD	22.5420.02
13. Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes, Stellungnahme des RR		FD	23.5271.02
14. Anzug der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Analyse zu den aktuellen Steuerabzügen im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR		FD	21.5708.02

Überweisung an Kommissionen

15. Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss nüün, Stiftung IdéeSport, Verein Trendsport Basel, Verein Basler Kindertheater und Verein Junge Kultur Basel, Ratschlag des RR	BKK	ED	23.0823.01
16. Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der Beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2022, Bericht des RR	BKK	ED	23.1834.01-
17. Teilrevision des Gesetzes betreffend Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs sowie Bericht zur Motion David Jenny und Konsorten betreffend Anpassung des Gesetzes betreffend Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG) an das Gerichtsorganisationsgesetz (GOG), Ratschlag des RR	JSSK	JSD	23.1779.01 22.5161.03

18.	Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BürG, SG 121.100) sowie Motion Mahir Kabakci und Konsorten betreffend Streichung der Einbürgerungsgebühren für Personen unter 25 Jahren, Ratschlag des RR	JSSK	JSD	23.1497.01 22.5217.03
19.	Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität"	PetKo		24.5025.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

20.	Kantonale Volksinitiative "Hafen für alle - Freiräume statt Luxusprojekte!", Bericht des Ratsbüros	Ratsbüro		21.1523.05
21.	BaselArea: Ausrichtung von Betriebsbeiträgen für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK	WAK	WSU	23.1308.02
22.	Petition P467 "Einführung eines obligatorischen Workshops zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit an den Sekundarschulen der Stadt Basel", Bericht der PetKo	PetKo		23.5509.02
23.	Petition P468 "Einführung von umfassender Aufklärung und Prävention gegen Allgemeine und sexuelle Belästigung in schulischen Bildungsprogrammen", Bericht der PetKo	PetKo		23.5510.02
24.	Anpassung des Schulgesetzes vom 4. April 1929 zur Umsetzung der Motion Claudio Miozzari und Konsorten betreffend «gesetzliche Regelungen für die Tagesstruktur und Ferienangebote», Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend «keine Ausgrenzung von Kindern in den Tagesferien auf Grund der Schulwahl», Motion Brigitte Gysin und Konsorten betreffend «gesetzlich verankerte Vertretung der Tagesstrukturen in den Schulräten» sowie Anzug Kaspar Sutter und Konsorten betreffend «familiengerechte Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen» und Anzug Edibe Gölgeleli und Konsorten betreffend «Einführung Tagesschulen», Bericht der BKK	BKK	ED	23.1307.02 21.5508.04 22.5081.04 22.5397.04 17.5195.06 18.5390.05
25.	Förderung zeitgenössische Musik; Staatsbeiträge an das Musikbüro Basel für die Jahre 2024 bis 2026; Rahmenausgabenbewilligung Fachausschuss Musik BS/BL für die Jahre 2024 bis 2026/2029 im Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, Ratschlag des RR	BKK	PD	23.0717.01
26.	Soziales Wohnen Basel-Stadt zum Pilotprojekt Koordinationsstelle prekäre Wohnverhältnisse, Pilotprojekt Housing First, Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend soziale Wohnberatung/Wohnhilfe, Anzug Jürg Meyer und Konsorten betreffend Bereitstellung von Wohnungen für Menschen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend ein Stadthotel gegen die Obdachlosigkeit, Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Überprüfung und Erweiterung der Angebote für Obdachlose in der Stadt unabhängig von Anmeldekanton und Aufenthaltsstatus, Bericht der GSK	GSK	WSU	23.0672.02 16.5270.05 16.5272.05 21.5422.04 21.5513.03
27.	Motionen:			
1.	Franz-Xaver Leohnhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg			24.5018.01
2.	Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt			24.5021.01
3.	Joël Thüning betreffend bequem durch die Innenstadt mit einem Tramersatz – damit betagte und mobilitätseingeschränkte Personen und das Gewerbe nicht vergessen gehen			24.5031.01
28.	Anzüge:			
1.	Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Wiederaufnahme regelmässiger Wochenendfahrgelegenheiten des Rufbus auf dem Friedhof Hörnli			24.5022.01
2.	Eric Weber betreffend Hochgewichtige Menschen beim Kanton Basel-Stadt fördern			24.5027.01
3.	Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nutzung des Horburg-Parkings als Quartierparking			24.5032.01

- | | |
|---|------------|
| 4. Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Kultur für alle -
Swisslos-Fonds Unterstützung auch bei kulturellen Veranstaltungen
mit Kollekte | 24.5040.01 |
|---|------------|

Kenntnisnahme

- | | | |
|--|----------|------------|
| 29. Rücktritt von Michela Seggiani als Mitglied der Regiokommission sowie
des Districtsrates per 29. Februar 2024 | | 24.5014.01 |
| 30. Rücktritt von Claudio Miozzari als Mitglied der Bildungs- und
Kulturkommission per 6. Februar 2024 | | 24.5016.01 |
| 31. Rücktritt von Jo Vergeat als Mitglied der Finanzkommission per
6. Februar 2024 | | 23.5601.01 |
| 32. Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend eine durchgehende
Fussgänger Verbindung am Kleinbasler Rheinbord (stehen lassen),
Schreiben des RR | BVD | 17.5312.04 |
| 33. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Prüfung einer Aufhebung
von Tram- und Bushaltestellen zur Attraktivitätssteigerung eines
schnelleren Tram- und Busnetzes in Basel-Stadt (stehen lassen),
Schreiben des RR | BVD | 19.5429.03 |
| 34. Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend Einrichtung eines
runden Tisches für LGBTI-Anliegen (stehen lassen), Schreiben des RR | PD | 22.5023.02 |
| 35. Anzug Edibe Gölgeci und Konsorten betreffend Offenlegung der
Finanzierung von Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees
(stehen lassen), Schreiben des RR | PD | 21.5320.03 |
| 36. Anzug Alexandra Dill und Konsorten betreffend Schutz der persönlichen
Integrität im Grossen Rat (stehen lassen), Schreiben des Ratsbüros | Ratsbüro | 21.5707.02 |
| 37. Schriftliche Anfrage Christian C. Moesch betreffend Demenzstrategie
des Kantons, Schreiben des RR | GD | 23.5508.02 |
| 38. Schriftliche Anfrage Joël Thüring betreffend «Stadtbelebungs-Fonds -
wer bekommt was und wie oft?», Schreiben des RR | PD | 23.5436.02 |
| 39. Schriftliche Anfrage Annina von Falkenstein betreffend Freie
Musikschule Basel, Schreiben des RR | PD | 23.5503.02 |
| 40. Schriftliche Anfrage Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Einrichten eines
institutionalisierten Hotspot-Managements, Schreiben des RR | GD | 23.5525.02 |
| 41. Schriftliche Anfrage Brigitte Gysin betreffend Massnahmen zum Schutz
vor gesundheitlichen Hitzefolgen, Schreiben des RR | GD | 23.5500.02 |
| 42. Schriftliche Anfrage Christian C. Moesch betreffend «Kantonale
Unterstützung spitalambulanter Leistungen für Patienten mit
psychischen Belastungen», Schreiben des RR | GD | 23.5502.02 |
| 43. Schriftliche Anfrage Niggi Daniel Rechsteiner betreffend
Wohnschutzkommission - realistische Voraussetzungen zur
Verhinderung eines Sanierungsstillstandes, Schreiben des RR | PD | 23.5413.02 |
| 44. Schriftliche Anfrage Fina Girard betreffend reproduktive Gesundheit und
perinatale Versorgung von asylsuchenden Frauen, Schreiben des RR | WSU | 23.5529.02 |
| 45. Schriftliche Anfrage Joël Thüring betreffend "mit Steuergeldern
alimentierte Genderwahnsinn-Veranstaltungen an der Fachhochschule
Nordwestschweiz", Schreiben des RR | ED | 23.5552.02 |
| 46. Schriftliche Anfrage Brigitte Gysin betreffend Verbesserung der
Sicherheit an der Allmendstrasse, Schreiben des RR | BVD | 23.5551.02 |
| 47. Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend «künstliche Intelligenz»
im Kunstschaffen und der Kulturförderung, Schreiben des RR | PD | 23.5524.02 |
| 48. Schriftliche Anfrage Jean-Luc Perret zur Nachhaltigkeit von
Erdwärmesonden, Schreiben des RR | WSU | 23.5537.02 |
| 49. Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Gäste-Liste zur Ständerats-
Präsidenten Feier in Basel, Schreiben des RR | PD | 23.5538.02 |